und auch das ist heute allgemein anerkannt — der Besuch eines Kindergartens oft eine entscheidende Rolle spielen kann. Auf jeden Fall bietet er die Möglichkeit, für so manches Kind schwerwiegende Benachteiligungen auszugleichen. Und trotzdem, Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll und kann der Kindergarten immer nur als eine Ergänzungseinrichtung, wenn auch als eine wichtige Ergänzungseinrichtung für die Familie gesehen werden. Denn primär wird natürlich nach wie vor die Erziehungsarbeit in die Verantwortung der Familien fallen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Buchberger das Wort. Nach ihm spricht der Herr Abgeordnete Klobasa.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben alle Verständnis, wenn unter Umständen kurz vor einer Wahl die eine oder andere Aussage gemacht wird oder die eine oder andere Versprechung getan wird. Aber es scheint oft unverständlich zu sein, daß man kurz vor einer Wahl unter Umständen noch in aller Eile und in aller Hast versucht, ein Gesetz durchzubringen, um in eine bessere Situation zu kommen. Und ein solches Gesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Gesetz über die Schülerfreifahrt. Es ist bei der Beschlußfassung dieses Gesetzes im Parlament von seiten unserer Fraktion vielfach davor gewarnt worden, daß dieses Gesetz unvollständig sei, und das stimmt auch bis zu einem weiten Grad, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir müssen heute immer wieder die Feststellung machen, daß bei weitem noch nicht alle Kinder im ländlichen Raum die Möglichkeit haben, von diesem Gesetz entsprechend Gebrauch zu machen. (Abg. Pichler: "Sie haben recht, Herr Kollege!") Und es wird notwendig sein, daß wir uns über diese Problematik den Kopf zerbrechen, um diese schwierigen Probleme, mit denen wir gegenwärtig immer wieder konfrontiert werden, aus der Welt zu schaffen.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang einige Fragen aufzuwerfen. Nach wie vor ist die Situation so, daß unsere Omnibuslenker vor die allergrößten Schwierigkeiten gestellt werden, und zwar insofern, daß sie zu entscheiden haben, entweder fahren sie mit überbesetzten Bussen, oder sie lassen die Hälfte der Kinder, die auf die Abfahrt warten, zurück. Und nun eine Gewissensfrage, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was soll in solchen Fällen der Omnibuslenker tun? Soll er die Kinder zurücklassen, oder soll er mit einem überbesetzten Omnibus die Fahrt antreten? (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Den Kreisky fragen!") Wer trägt die Verantwortung, meine sehr Verehrten? (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Kreisky!" — Abg. Gerhard Heidinger: "Aber geh!") Es wäre in diesem Zusammenhang notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß entsprechend viele Busse zur Verfügung stehen, um eine etwaige Schwierigkeit aus dem Weg zu räumen. (Abg. Gerhard Heidinger: "Das ist ja kindisch!") Es geht um die Verantwortlichkeit des Omnibuslenkers. Was soll er tun? (Abg. Gratsch: "Die Busse waren früher auch nicht da!" — Abg. Gerhard Heidinger: "Das ist doch nicht neu. Das ist eine uralte Geschichte!") Wenn das auch schon eine alte Geschichte ist. Auf Grund der Dringlichkeit scheint es trotzdem notwendig zu sein, daß wir uns über diese Frage den Kopf zerbrechen und daß wir diesbezüglich auch entsprechend initiativ werden. Ich darf Sie, meine sehr Verehrten von der Linken, bitten, diesbezüglich die notwendigen Initiativen bei den Ministerien in nächster Zeit vorzubringen.

Eine zweite Frage wäre die: Im ländlichen Raum ist die Situation so. daß unsere Kinder bis zur Abfahrtsstelle einen gewissen Anmarschweg zu absolvieren haben. Und da müssen wir feststellen, daß diese Warte- oder Halteplätze meistens unter freiem Himmel sind und keine Möglichkeit besteht, sich unter ein Dach zu stellen. Es wäre notwendig, auch hier Vorsorge zu treffen. (Zwischenruf des Abgeordneten Gratsch.) Herr Kollege Gratsch, das soll kein Vorwurf sein, sondern wir sind dazu berufen, daß wir diese Dinge aufzeigen und gemeinsam versuchen, Abhilfe zu schaffen. Das ist meine persönliche Meinung. (Beifall bei der OVP. — Abg. Gratsch: "Richtig! Haben Sie das Ihren Ministern auch schon gesagt?") Eine dritte Problematik. Wir müssen ersuchen, zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, daß die Schulen nicht um dreiviertel acht geöffnet werden, sondern nach Möglichkeit zumindest eine halbe Stunde vor Schulbeginn. Das wäre auch ein Wunsch von uns, der immer wieder zutage tritt. Auch in der Schule selber wäre es notwendig, die notwendigen Aufenthaltsräume zur Verfügung zu stellen, weil die Situation momentan so ist, daß der Stundenplan noch immer so abgestimmt ist, daß die Schüler nicht alle zur gleichen Zeit die Schulzeit beenden, die eine Klasse früher, die andere später, und alle wollen gemeinsam mit dem Bus nach Hause fahren. Wir müssen hier Vorsorge treffen, damit hier entsprechende Warteräume in den Schulen zur Verfügung stehen. Ein nächster Faktor, der auch entscheidend ist, ist: Nach wie vor haben die Autobusunternehmer, die Taxiunternehmer usw. die größten Schwierigkeiten bei der Abrechnung. Es wäre sinnvoll, sich über die Frage Gedanken zu machen und die notwendigen Initiativen zu entwickeln.

Ich darf das Hohe Haus bitten, in der nächsten Zeit in bezug auf diese Fragen aktiv zu sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Klobasa das Wort.

Abg. Klobasa: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie im Protokoll der Budgetdebatte des Jahres 1970 nachlesen, so werden Sie sehen, daß ich auf diese Probleme eingegangen bin, die jetzt mein Vorredner, Kollege Buchberger, behandelt hat. (Abg. Pölzl: "Damals hat es ja noch gar keine Schülerfreifahrt gegeben!" — Landesrat Bammer: "Der Pölzl ist schon wieder bei der falschen Leich!") Keineswegs. Aber ich habe dafür geredet, wenn der Kollege Pölzl sich die Zeit nimmt und nachschaut, wird er das feststellen.

Aber das kann ich sagen. Ich war gar nicht hier im Landtag, ich war Volksschuloberlehrer — so hat es damals geheißen —, kamen Eltern zu mir, auch der Postenkommandant von Bad Gleichenberg, und haben dasselbe gesagt wie Kollege Buchberger, daß die Autobusse — obwohl keine Schülerfreifahrt war — genauso überfüllt waren wie jetzt. Aber seien wir froh, daß die Schülerfreifahrt eingeführt worden ist, denn sie ist ein Teil der Chancengleichheit für alle unsere jungen Menschen. (Abg. Pölzl: "Im Gebirge haben wir die Chancengleichheit nicht!") Das österreichische Schulwesen hatte aber, Kollege Pölzl, schon immer einen ausgezeichneten Ruf. Schon in den zwanziger Jahren war besonders Osterreich und Wien das Mekka zahlreicher Pädagogen. Es ist genauso einem ständigen Fluß unterworfen wie Wirtschaft und Technik. Daher schritt man zu dieser Schulreform, und ein Teil davon wird jetzt zur Ausführung gebracht. Sicher ist dabei, daß es auch zu Schwierigkeiten kommt. Aber Schwierigkeiten sind eben da, um überwunden zu werden. Die Herabsetzung der Klassenschülerzahl hat anfangs den Lehrermangel noch merkbarer fühlen lassen, als es uns lieb war. Vor zwei Jahren hatten wir 10.000 Lehrer in Osterreich zuwenig, gegenwärtig gibt es um 3000 Lehrer mehr und der Fehlbestand in diesem Schuljahr beträgt 7000 Lehrer. Herr Dr. Dorfer, auch einer der Gründe, warum der Personalstand des Bundes so hinaufgeschnellt ist.

Ein gewisses Problem spielen noch die Mutterschaftsurlaube in den kleineren Schulen. Gesetzlich können keine Supplenten dafür angestellt werden, so daß die 12 bis 14 Wochen lange Zeit, in der die Lehrkraft fehlt, die Klassen von den übrigen Lehrern dieser Schule mitgeführt werden müssen. Die Auflassung der Volksschuloberstufe ist eigentlich nichts anderes als die Angleichung der Dorfschule an die bestehende Form der städtischen Schule. In diesem Zusammenhang müssen auch die Schulen anders gebaut werden, als dies bisher der Fall war. Wenn der Generalredner der Volkspartei meint, daß Land und Gemeinden mit großen Opfern Schulbauten durchführen, dann stimmt das, und der Bund würde zu wenig tun, da möchte ich sagen, das stimmt nicht ganz. Herr Dr. Eichtinger hat das auch in einem Zwischenruf bestätigt. Wenn ich beispielsweise auf die Stadt Feldbach verweise, wo im Jahre 1966, als die Nationalratswahl vor der Tür stand, im Februar des Jahres eine Flugschrift von der Volkspartei an alle Haushalte ging, worin mitgeteilt wurde, daß die kommende Wahl entscheiden werde, ob in dieser Stadt die Handelsakademie gebaut werden würde oder nicht - die Wahlen sind geschlagen worden, die Österreichische Volkspartei wurde damals die stärkste Partei und nichts ist gebaut worden! Es ist der sozialistischen Regierung und dem sozialistischen Bürgermeister in Feldbach vorbehalten, den Spatenstich zu tätigen. (Abg. Pölzl: "Was wollen Sie damit sagen, Herr Kollege?")

Noch etwas anderes: Im Ausschuß standen die sogenannten Fehlplanungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Volksschulbauten zur Debatte. Es wurden die Bürgermeister zum Teil sogar verantwortlich gemacht und es kam zum Ausdruck, daß der Plan für die im Bau befindliche Schule auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vom Bürger-

meister hätte geändert werden können, das geht nicht, denn sie haben auch das Recht nicht dazu. Aber auf eines möchte ich aufmerksam machen. Sie alle kennen doch die Nachrichten und Berichte des Steirischen Landespressedienstes vom August 1972. Da kann man lesen unter Punkt 1: Schulraumbedarf in der Steiermark wird erhoben. Ich zitiere: Bezüglich des Schulbaues ist es notwendig, daß die neuere Entwicklung in den anderen Bundesländern, selbstverständlich auch im Ausland, genauestens studiert wird. Es geht darum, Modelle bzw. Übertragungsmöglichkeiten zu finden, die auf die derzeit in der Steiermark durchgeführten Schulversuche bzw. das bestehende Schulsystem anwendbar sind. Es geht hier um die offene Schule. Weiters heißt es auf der nächsten Seite: Die Kosten einer solchen Schulbauweise müßten nicht höher sein als die bisherigen traditionellen Schulbaukosten. Weiters heißt es unten: Die Rechtsabteilung 13 sowie die Fachabteilung IV a bemühen sich daher, grundsätzliche Studien auf diesem Bereich durchzuführen und auch zu verwirklichen. Es besteht die Absicht, daß in der nächsten Zeit ein solches Projekt der behördlichen Genehmigung zugeführt wird. Dieses Projekt wird das allgemeine Raumprogramm für eine achtklassige Volksschule umfassen. Das heißt, es ist bisher bis zur Rechtsabteilung 13 noch nicht vorgedrungen, daß es ja gar keine achtklassige Volksschule mehr gibt, sondern wir ja nur die vierklassige Grundschule haben. Den Bürgermeister will man aber verantwortlich machen, weil er doch verhindern hätte können, daß eine zu große Schule mit zuviel Klassenräumen, eine Schule mit einer Schulküche gebaut worden ist.

Auf noch etwas möchte ich kurz hinweisen: Eine Reihe von Schulen und besonders von Mittelschulen ist gezwungen, auf Grund des Klassenzimmermangels die Fünftagewoche durchzuführen. Wir haben zum Beispiel in der Handelsakademie Feldbach acht solcher Klassen, die nur am Nachmittag Unterricht haben und auch nur fünf Tage Unterricht haben. Ich bin ein Gegner dieser Fünftagewoche. Meine Tochter besucht eine solche Klasse, ich bin aber neugierig auf die Erfahrungswerte in dieser Hinsicht. Von einer Staffelung der Schulferien halte ich persönlich auch nicht so viel, wie es die Befürworter tun, denn ich glaube, die Ausdehnung des Unterrichtes ist von uns Pädagogen nicht zu befürworten.

Abschließend möchte ich aber doch sagen, daß wir gemeinsam das Beste für unsere Jugend wollen. Die beschlossenen Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens werden sicher auch dazu beitragen. Und nachdem im Jahre 1962 die große Mehrheit des Parlamentes für diese eingetreten ist, haben auch wir die Pflicht, sie zu unterstützen und die jungen Menschen werden uns das später sicher durch ihre Leistungen quittieren. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrammel. Nach ihm die Frau Abgeordnete Bischof.

Abg. Schrammel: Meine Damen und Herren des Landtages! Es wurde heute schon erwähnt, daß durch die Schulgesetzgebung des Bundes die Oberstufen aufgelassen wurden. Wir wollen das nicht kritisieren, das ist eine Maßnahme, die sicherlich im Zuge der Chancengleichheit, die auf dem Bildungssektor geschaffen werden soll, gutgeheißen werden kann. Wir müssen nur im ländlichen Bereich eines mit Bedauern feststellen, daß damit aber auch eine Entvölkerung in kultureller Hinsicht entsteht. Es ist kein Geheimnis, der Dorflehrer, der Schuldirektor auf dem Land und auch die Lehrer im ländlichen Bereich sind mehr oder weniger der Motor für alle kulturellen Veranstaltungen und überhaupt für das kulturelle Leben schlechthin. Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen, um all diesen Damen und Herren Lehrern in der Steiermark für diese Leistungen zu danken, die nirgendwo bezahlt werden, die allzuoft auch vergessen werden. Das Kulturleben wird aber auch in Zukunft in der sehr materialistisch ausgerichteten Zeit sich nicht nur in den städtischen Bereichen abspielen. Viele Beispiele könnte man anführen, daß das wahre, echte Kulturleben, das unverdorbene, jungfräuliche Kulturleben sich meist aus ländlichen Bereichen herausentwickelt hat. Man sollte uns diese Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des Kulturlebens am Lande für die Zukunft nicht nehmen. Wollen wir diese Sache nicht bagatellisieren und heute vielleicht im Zuge der vielen Reden untergehen lassen. Ich bitte daher, daß wir mehr Hauptschulsprengel im ländlichen Bereich schaffen, damit es uns gelingt, diese Impulse für die Zukunft zu erhalten. Die Kirchenchöre, die Laienspielgruppen, die Jugendorganisationen, das Vereinsleben und vieles andere wird ja meist von Lehrern betreut. Und wenn uns diese Lehrer in den ländlichen Bereichen nur mehr für die Unterstufe erhalten bleiben — es ist dann oft so, daß sie dort nicht mehr ihren Wohnsitz annehmen so wird man eben in diesem Bereiche der ländlichen Gegend das Kulturleben zum Absterben bringen.

Und noch etwas: Die Osterreichische Volkspartei hat einen Resolutionsantrag zur Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Krankenpflegeschule eingebracht. Man mag vielleicht dem gegenüberhalten, daß wir ohnedies in zwei großen Orten Krankenpflegeschulen haben, und zwar in Graz und Leoben, und daß die vielleicht ausreichen würden, um die Ausbildung in dieser Berufsrichtung zu gewährleisten. Die Praxis zeigt aber, daß sich gerade in der Ost-, West- und Untersteiermark sehr viele junge Mädchen für diese Berufsrichtung interessieren. In diesen Gebieten gibt es sehr wenig Industrie, die Möglichkeiten der Berufsausbildung sind nicht so groß wie in der Nähe der Landeshauptstadt Graz oder den Industriezentren der Obersteiermark. Es soll daher in der Ost-, West- und Untersteiermark ein Anreiz für die Ausbildung dieser Berufsgruppe geschaffen werden, indem in diesem Gebiet eine zusätzliche Krankenpflegeschule errichtet wird.

Ich hoffe, daß diese Maßnahme, obwohl sie im Finanz-Ausschuß nicht allgemein Zustimmung gefunden hat, doch in der Auswirkung dadurch bekräftigt wird, daß wir eine solche Schule erhalten werden. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Bischof.

Abg. Bischof: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich darf ich für die sozialistische Fraktion sagen, daß wir uns freuen, wenn das Kindergartenproblem wirklich in Angriff genommen wird. Bevor ich aber darauf eingehe, gestatten Sie mir ein paar Sätze als Elternteil zur freien Schulfahrt und zu den freien Schulbüchern. Die Mitglieder des OAAB und die Lehrer und Professoren der OVP-Fraktion müssen im Herzen dieser Maßnahme zustimmen. Denn gerade sie wissen, daß hier viele Begabungen brachgelegen sind und daß ein Land wie Österreich sich das nicht leisten kann. Ich darf weiter sagen: Sollte es wieder einmal zu einer konservativen Regierung kommen, die Eltern würden sich diese Maßnahme nicht mehr wegnehmen lassen. Ich bitte Sie, daß Sie das zur Kenntnis nehmen. Wir glauben aber auch, daß wir Sie mit dieser Maßnahme ins Mark getroffen haben, denn sonst würden Sie nicht so aufheulen. Und nun darf ich auf das Kindergartenproblem eingehen, wie wir Sozialisten das sehen. Es sind heute alle Bildungsfragen in Bewegung geraten. Wir stehen auf allen Gebieten der Erziehung und Bildung vor einer Neuorientierung. Es gibt neue wissenschaftliche Erkenntnisse, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das haben wir immer als unsere politische Pflicht angesehen. Neuere Forschungsergebnisse der Entwicklungspsychologie lassen vermuten, daß die Entwicklung der Begabungen in hohem Maße von der Umwelt abhängt, ja noch mehr, daß sogar die sogenannte Konstanz der Intelligenz bezweifelt werden muß. Die Entwicklung des jungen Menschen wurde jedenfalls noch vor etwa zehn Jahren weitgehend als ein von innen gesteuerter, in den Grundlinien festliegender Ablauf betrachtet. Der Einfluß der Umwelt wurde immer anerkannt, aber wurde nicht für ausschlaggebend erachtet. Nach den heutigen Ergebnissen der Forschung weiß man, daß eine günstige Umwelt die Intelligenzentwicklung fördert, eine ungünstige Umwelt sie hemmt. Auf alle Fälle kommt den ersten acht Lebensjahren eine ganz besondere Bedeutung zu, anders ausgedrückt sieht das so aus: Die Zuwachsrate der Intelligenz beträgt von der Geburt bis zum vierten Lebensjahr etwa 50 %, vom vierten bis zum achten Lebensjahr etwa 30 %, vom achten bis zum 17. Lebensjahr nur 20 %. Für die Praxis heißt das, daß die Möglichkeit, benachteiligten Kindern zu helfen, nach dem achten Lebensjahr sehr gering ist. Wir wissen aber auch, daß nur ein Drittel der Kinder die Möglichkeit hat, einen Kindergarten zu besuchen, und das ist viel zu wenig. Im Interesse einer allgemeinen Förderung unserer Kinder und insbesondere zur Milderung von Benachteiligungen von Kindern aus ungünstigen Verhältnissen wäre folgendes notwendig. Drei Punkte:

1. Ausbau der Kindergärten nach einem langfristigen Plan, wobei als Nahziel gelten müßte, daß jedes Kind wenigstens ein Jahr vor dem Schuleintritt Gelegenheit haben müßte, einen Kindergarten zu besuchen.

- 2. Erweiterung der Ausbildung der Kindergärtnerinnen und entsprechende Aufwertung ihres Berufes. Fortbildungskurse für die Kindergärtnerinnen müßten vom Land finanziert werden und nicht, wie ich von einem konkreten Fall weiß, daß das die Kindergärtnerinnen selbst finanzieren mußten.
- 3. Ergänzung des bisherigen Programms der Kindergärten vor allem durch Programme zur intensiven Sprachschulung.

Und nun, meine Damen und Herren, grundsätzlich zur Finanzierung der Kindergärten. Es ist hier leichter, für den baulichen Teil aufzukommen. Es gibt hier auch einzelne Betriebe, die mitfinanzieren. Schlimm wird es aber bei der Erhaltung von Kindergärten, und hier sind vor allem die Personalkosten belastend. Ein Beispiel: Ich habe einen Kindergarten aus einer Gemeinde mit vier Einheiten herausgenommen, der Platz bietet für 160 Kinder, eine Einheit = 40 Kinder. Die Fertigstellung dieses Kindergartens erfolgte 1967. Es war eine längere Bauzeit, und dieser Kindergarten kostete damals 3,7 Millionen Schilling. Jetzt würde dieser Kindergarten ungefähr 5 Millionen Schilling kosten. Für 1971 betrugen die Betriebskosten mit Personalaufwand für diesen Kindergarten 730.000 Schilling. Und für 1972 rechnet man mit rund 800.000 Schilling, davon allein an Personalkosten über 600.000 Schilling, Wir sehen, eine Belastung durch Personalkosten für eine Einheit von rund 150.000 Schilling. Ich frage Sie nun: Welche Gemeinde kann nun mehrere Kindergärten finanzieren? Wir als sozialistische Fraktion glauben, daß hier entscheidende Hilfe vom Land einsetzen müßte. Die sozialistische Fraktion hat hier schon dreimal Anträge gestellt, die in diese Richtung gehen.

Zusammenfassend darf ich sagen: Die sozialistische Fraktion fordert in ihren "Leitlinien für die Steiermark" den Ausbau eines gesamtsteirischen Kindergartennetzes, wobei der Personalaufwand gesetzlich fundiert vom Land zu übernehmen wäre. Der Kindergarten ist keine Bewahranstalt, keine Art bewachter Parkplatz für Kinder und auch nicht nur eine familienbegleitende Funktion, wie das im "Modell Steiermark" aufscheint, sondern wir glauben, der Kindergarten ist eine ungemein wirksame und wichtige Erziehungsstätte. Wir setzen uns aber auch ein für eine Aufwertung des Berufes der Kindergärtnerinnen und für eine Vergrößerung der Ausbildungskapazität der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalten. Die von der Sozialistischen Partei seit jeher und vehement geforderte Chancengleichheit beim Lebens- und Berufsstart hat hier ihren entscheidenden Ansatzpunkt, denn gerade die Periode des Vorschulalters ist für die spätere Gesamtentwicklung der Begabung und der Persönlichkeit weitestgehend maßgeblich. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Abgeordneter Ing. Stoisser. Nach ihm Abgeordneter Karrer. Ich erteile dem Abgeordneten Stoisser das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 2 sind auch die Berufsschulen und überhaupt die berufliche Ausbildung enthalten. Da möchte ich zu Beginn an den Generalredner der sozialistischen Fraktion, Abgeordneter Dr. Strenitz, folgende Frage richten: Er hat gesagt, daß er Wirtschaftswissenschaften gehört hat und vom magischen Dreieck der Wirtschaftskunde, das sich zum magischen Fünfeck ausweitet. Ich glaube, über diese Magie ist er nicht mehr hinausgekommen, denn gleich darauf hat er erklärt, daß die Unternehmer einfach die Preise erhöhen. Er müßte aber auch in Wirtschaftskunde gehört haben, daß die Preise eine Sache von Angebot und Nachfrage sind. Außerdem haben Sie dort eine Erklärung abgegeben, daß die Unternehmer aufgefordert wurden, ihre Preise zu erhöhen. Wenn Sie darauf ebenso eine solche Antwort geben, wie früher dem Landesrat Peltzmann, kann ich auf diese Aufklärung aber auch gerne verzichten. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Zur Zeit ist in Osterreich, wie überall in der westlichen Welt, die Berufsausbildung im dualen System. Die praktische Ausbildung erfolgt im Betnieb und die theoretische in den Schulen. Die Landesberufsschulen sind Sache des Landes Steiermark. Ich möchte hier gleich vermerken, daß sich das Land Steiermark dieser Aufgabe bestens entledigt. In der Post 231 ist ein Landeszuschuß von über 80 Millionen Schilling für die laufenden Ausgaben der Berufsschulen ausgewiesen. Ebenso in der Post 292 53/4 Millionen Schilling für das Lehrlingswesen. Im ao. Haushalt sind ebenfalls über 58 Millionen Schilling präliminiert für den Bau von Berufsschulen, und zwar für die Fertigstellung der Berufsschule Voitsberg, für die Weiterarbeit an der Landesberufsschule Mitterdorf im Mürztal und für den Baubeginn der Landesberufsschulen für die Lebenmittelhandwerker in Gleinstätten. Ebenso sind dort Posten enthalten für den Ankauf eines Heimes der Pensionsversicherungsanstalt als Internat für die Landesberufsschule in Gleichenberg, Weiterarbeiten an den Schulen in Radkersburg und auch für das Lehrlingszentrum in Graz. Es wird dann möglich sein, daß 70 Prozent der 29.259 Lehrlinge der Steiermark lehrgangsmäßig ihrer Berufsschulpflicht nachkommen können. In den Jahren 1963 bis 1973 wird die Steiermark über 770 Millionen Schilling für das gewerbliche Berufsschulwesen ausgegeben haben. Dafür meinen Dank an das Hohe Haus, das dies ermöglicht hat.

Osterreich hat kleine Wirtschaftsstrukturen. Deshalb ist es besonders auf beste Fach- und Führungskräfte angewiesen. Diese Fachkräfte werden im dualen System ausgebildet. Dieses System hat sich meiner Meinung nach bestens bewährt und auch in Gesprächen mit Gewerkschaftern bekommt man das bestätigt. Und trotzdem gibt es ständig Aktionen gegen diese duale Ausbildung. In der "Arbeiter-Zeitung" hat es im heurigen Frühjahr eine fünfteilige Artikelserie gegen dieses Ausbildungssystem gegeben. Zur Zeit kreist ein Fragebogen der Gewerkschaften, "Unternehmen Stop", in dem in über 70 Suggestivfragen die Lehrlinge aufgefordert werden, über ihren Lehrherrn, über ihren Betrieb und über ihren Beruf Auskunft zu geben. Ich möchte

hier den wissenschaftlichen Wert eines solchen Fragebogens völlig in Abrede stellen. Wenn Sie mit Soziologen reden, würden die Ihnen sagen, daß es völlig ausgeschlossen ist, aus dieser Fragestellung heraus nur einigermaßen brauchbare Ergebnisse zu erzielen. Aber was wollen Sie nun mit diesen Aktionen bezwecken? Wollen Sie das duale System abschaffen, wollen Sie haben, daß es so wird wie in Amerika, wo es überhaupt keine berufliche Ausbildung mehr gibt. Wollen Sie in der schulischen Ausbildung nur theoretisch geschulte Lehrlinge haben? (Zwischenruf von der SPO: "Das steht so drinnen!")

Wo drinnen? In diesem Fragebogen — schauen Sie sich ihn an. Was soll dabei herauskommen? Es sollen nur negative Antworten über den Unternehmer herauskommen. Nehmen Sie zum Beispiel die Frage: Wurden Sie schon einmal bestraft, a) mit Prügeln, b)... usw. Wozu das alles, ich weiß es nicht. Nur theoretisch ausgebildete Lehrlinge werden nicht in der Lage sein, ihrer Aufgabe als fachmännisch gut geschulte Kräfte in Kleinbetrieben richtig nachzukommen. Das rationelle Arbeiten nur in einer Schule zu lernen, ist ausgeschlossen. Das Erleben einer guten Leistung würde fehlen. Warum wollen Sie gegen dieses duale System immer wieder losziehen? Ich gebe zu, daß die duale Ausbildung sicher reformbedürftig ist und der heutigen Zeit angepaßt werden muß. Es wird Berufe geben, wo man mehr Theorie braucht. Es wird auch Berufe geben, wo man die Lehrzeit vielleicht sogar verkürzen kann. Es wird Berufe geben, in denen wir in der Stufenausbildung dem Lehrziel näherkommen werden und wir werden uns sicher über die pädagogische Ausbildung der Ausbildner mehr Gedanken machen müssen. Das alles gebe ich zu. Es soll auch die betriebliche Lehre keine Sackgasse sein, es soll eine weiterführende Schule möglich sein, dafür haben wir auch schon die Gewerbeakademie vorgesehen. Aber eines bitte ich Sie, meine Herren von der Gewerkschaft, das tragende Element der dualen Ausbildung, die praktische Arbeit im Betrieb, in der Produktion, die darf nicht in Frage gestellt werden.

Wir kommen dann noch zu einem anderen Problem, das ist das Problem der Führungskräfte. Wie ist die Situation für Führungskräfte für kleine und mittlere Betriebe heute in Osterreich: Es sind faktisch in jedem Bezirk allgemeinbildende höhere Schulen. Wir haben zur Zeit in Osterreich jährlich nahezu 10.000 Maturanten der AHS. Denen stehen etwas mehr als 3000 Maturanten von berufsbildenden höheren Schulen gegenüber. Glücklicherweise ist jedoch die Tendenz bei den berufsbildenden höheren Schulen eine steigende. Wir haben zur Zeit in Osterreich über 50.000 Studierende, wovon jährlich etwa 5000 mit einem Diplom oder mit einem Doktorat ihr Studium abschließen. Wir brauchen in Österreich zur Zeit sicher mehr Akademiker als in der Vergangenheit. Aber wenn man sich nun die Liste der Fachrichtungen ansieht, sieht man, daß dort Fachrichtungen überwiegen, die vielleicht nicht ganz so gefragt sind. Es sind über 700 Junisten, denen stehen 700 Techniker gegenüber und etwas mehr als 200 Wirtschaftswissenschafter. Ich glaube, da ist die Gewichtung nicht ganz richtig. Ein Akademiker wird sich sehr schwer bereit erklären, in einem kleinen Betrieb Führungspositionen zu übernehmen. Das entspricht nicht seiner Ausbildung und er wird dann in irgendeiner Weise frustriert. Oder die Akademiker wandern aus und das kleine Osterreich macht Entwicklungshilfe für reiche Industriestaaten. Die Lösung kann hier nur sein, daß wir mehr berufsbildende höhere Schulen bauen müssen. Ich stelle daher die Forderung an den Bund um mehr berufsbildende höhere Schulen, dort sollen wirklich intelligente junge Menschen eine Ausbildung in Management, Berufskunde, EDV, Betniebs- und Volkswirtschaft erhalten. Selbstverständlich darf auch das Allgemeinwissen nicht zu kurz kommen. Diese Absolventen sind für kleine und mittlere Betriebe bestens geeignet. Der gleiche Weg wäre die Gewerbeakademie, die ich schon vorher erwähnt habe. Im "Modell Steiermark" sind diese beiden Forderungen enthalten, und es wird auch an Sie, meine Damen und Herren dieses Hauses, einmal die Forderung kommen, hier etwas zu unternehmen, damit wir diesem Ziele näherkommen.

Zum Abschluß möchte ich mich noch bedanken beim Land für die großzügige Bereitstellung der Mittel, ich möchte mich bedanken bei den Lehrherren, bei der Wirtschaft für die Mühe mit den Lehrlingen und ebenso bei den Lehrern in den Berufsschulen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Karrer, nach ihm der Abgeordnete Seidl.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich zur Gruppe 2 - Schulwesen und hier im besonderen zur Berufsausbildung unserer Jugend einige Worte sagen darf, dann deshalb, weil ich glaube, daß wir wirtschaftlich einer Zeit entgegengehen, von der wir sagen können — die Erkenntnisse liegen ja schon auf der Hand -, wenn es uns nicht gelingt, die Jugend technisch dem derzeitigen Stand entsprechend auszubilden, werden wir wirtschaftlich auf der Strecke bleiben. Es hat auch mein Vorredner schon betont, daß auf diesem Sektor gerade jetzt ein besonderes Augenmerk liegt, denn die Bildung der jungen Menschen im Zusammenhang mit dem Aufstieg zu einem besseren Lebensstandard, der Bewältigung der technischen Entwicklung, in der wir nun einmal mitten drinnen sind, darf uns nicht gleichgültig sein. Wir müssen dieser Tatsache besonderes Augenmerk zuwenden. Heute beginnt beim Durchschnittsjungen mit 15 Jahren, soweit er geeignet ist, die Ausbildung für einen Beruf. Egal, für welche Sparte er sich qualifiziert, egal, wofür er Interesse und Freude mitbringt. Es ist nun so, daß die Befürchtungen, die vor Jahren noch waren auf Grund der Schulzeitverlängerung, nun überholt sind. Wir haben heute in der Steiermark eine sehr schöne Zahl von Lehrlingen — wir haben gehört von über 29.000. Ich darf dazu sagen, daß wir mit dem Lehrlingswesen der Zahl nach in Osterreich ziemlich an vorderster Stelle sind. Sicher spiegelt sich dies auch in der finanziellen Situation unseres Voranschlages wider, und zwar gerade in der Post 292 mit 5,750.000 Schil-

ling. Das ist ein Mehr gegenüber dem Vorjahr, aber wenn man die Bedeutung berücksichtigt, dann ist das durchaus verständlich. Die Lehrlingsentwicklung hat sich seit dem Jahre 1969 so verbessert, daß wir damals 25.329 Lehrlinge in der Steiermark hatten und heute nicht ganz 29.300. Dies ist eine sehr schöne Steigerung. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung von 7,4 Prozent zu verzeichnen. Wir müssen daher auch in Zukunft dieser Sparte besonderes Augenmerk zuwenden. Und wenn man die Struktur unserer Lehrlinge und unserer Betriebe ansieht, wo die meisten Lehrlinge ausgebildet werden, dann erkennt man, daß im Gewerbe 16.073 Lehrlinge (rund 55 Prozent), im Handel 6.490 (rund 22 Prozent), in der Industrie 4.385 (15 Prozent) ausgebildet werden. Diese Ziffern zeigen ein Bild, das schon lange vorherrscht, daß in der gewerblichen Wirtschaft, in den vielen, vielen Kleinbetrieben bisher die Lehrlingszahl natürlich am höchsten ist.

Daß diese Lehrlinge auch Geld kosten, da werden Sie mir beipflichten. Und daß dieses Geld, das vom Land beigesteuert wird, verteilt werden muß, das wissen Sie genauso wie ich. Und hier darf ich auch ein Wort dazu sagen. Es gibt, wenn man eine Lernbeihilfe erlangen will, einen Fragebogen, ein Formular, wo gewisse Bedingungen erfüllt werden müssen, damit man zu diesem Geld kommt. Und ich will nun ganz leidenschaftslos aufzeigen, wie die Situation in unserem Lande ist. Ich kann nachweisen, daß hier bei der Verteilung dieser Gelder nicht so vorgegangen wird, wie es schon jahrelang in diesem Haus aufgezeigt worden ist. Und ich kann auch nachweisen, daß meine Vorgängerin recht hatte, wenn sie sich immer bemühte, hier eine Demokratisierung hineinzubringen. Wenn ich gesagt habe, Demokratisierung, meine Damen und Herren, so ist es fast unmöglich, als Abgeordneter ohne Vollmacht vom Erziehungsberechtigten bei unserer zuständigen Abteilung ein solches Formular zu bekommen. Es ist mir wiederholt gelungen, daß ich solche Formulare auf Grund vorgelegter schriftlicher Unterlagen bekommen habe, das darf ich ganz offen sagen. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, das ist ja nicht der Sinn und die Bedeutung in unserem Lande, wie mit diesen Steuergeldern umgegangen wird. Es hat meines Erachtens ein jeder ein Anrecht, freien Zugang zu diesen Formularen zu bekommen, die im nachhinein eingereicht werden. Sie werden ja überprüft und bearbeitet, und eine Doppelgleisigkeit kann daher nicht eintreten. Es ist nur so, wenn ich hier ein konkretes Beispiel anführe, das sich im Vorjahr zugetragen hat, meine Damen und Herren, daß - ich gebe es zu - vielleicht irrtümlich ein Förderungsbetrag von 8700 Schilling auf einmal ausbezahlt worden ist, und zwar im Jahre 1971 unmittelbar vor der Nationalratswahl und daß der Nachbar, der auch ein Kind hatte, nur 700 Schilling zugesprochen bekommen hat. Natürlich berechtigte Aufregung, Proteste, die bis an die zuständige Abteilung gelangt sind, wo diese Proteste dann auch behandelt wurden. Nach längerem Hin und Her, meine Damen und Herren, wurde die Sache planiert. Aber wie es dazu gekommen ist, das ist meines Erachtens auch nicht in Ordnung. Die erste Anfrage dieser Partei, die sich beschwert hat, daß für ihr Kind nur

700 Schilling gegeben wurden, wurde schriftlich beantwortet, daß sich der Computer in Graz geirrt hat.

Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon soviel gesprochen über EDV, Computer und all diese neuzeitlichen Einrichtungen. Aber ich glaube, soviel verstehen wir alle davon, daß sich ein Computer nicht irrt, wenn er nicht falsch programmiert wird. Auf Grund dieser falschen Programmierung dürfte auch der Betrag von 8700 Schilling irrtümlich ausbezahlt worden sein, obwohl auf der anderen Seite ein Ansuchen jährlich gestellt werden muß, obwohl auf der anderen Seite verlangt wird, daß jedes Jahr das Lehrverhältnis seine Gültigkeit hat.

Das zweite, meine Damen und Herren, was ich dazu sagen möchte, ist die Erlangung eines solchen Formulars. Ich habe bei der letzten Landtagssitzung mit dem zuständigen Referenten gesprochen und ihn gebeten, für einen größeren Personenkreis von Lehrlingen Anträge zu bekommen, worauf ich die Antwort erhielt, es werden im heurigen Jahr keine Leistungen mehr getätigt, der Fonds ist erschöpft, daher werden die Formulare auch nicht mehr ausgegeben, ich könne sie jedoch im Jänner haben. Ich habe dem nicht so getraut und habe trotzdem eine schriftliche Eingabe in Form einer Sammelliste beim zuständigen Amt abgegeben, mit dem Bemerken, daß ich die Formulare wohl bekommen habe, daß aber auf Grund meiner Liste von Amts wegen durch den Herrn Landesrat Peltzmann drei Tage später dieses Formular durch die Post jedem Lehrling wieder zugesandt wurde. Es ist dadurch zu einer Zweitzustellung gekommen und ich glaube, meine Damen und Herren, dies zeigt deutlich, mit welchen Hintergedanken oder Vorurteil die Behandlung der Formulare für die Erlangung der Lehrlingsbeihilfe bei uns in der Steiermark vor sich geht. Ich darf hier auch ganz offen sagen, daß wir berechtigt die Forderung erheben können, daß diese Verwaltungsmethode einer Demokratisierung zugeführt wird, daß hier nicht nach außen hin der Anschein erweckt werden soll, hier würde nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgegangen. Und daß dabei mit den verschiedenen Glückwunschschreiben auch solche Schreiben von OVP-Bezirkssekretariaten dabei sind, auch das bin ich in der Lage zu beweisen. Ich meine daher, unsere Steirerinnen und Steirer haben ein Recht, daß aus diesen Geldern, die genauso aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt werden, keine parteipolitischen Hintergründe betrieben werden. (Beifall bei der

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Seidl. Nach ihm der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seidl das Wort.

Abg. Seidl: Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich zur Gruppe 2 und speziell zum steinischen Pflichtschulwesen einiges sagen darf, so gestatten Sie mir, daß in meinen Worten vielleicht auch das Herz eines Lehrers und eines Bürgermeisters mitschlägt. Ich habe dem Voranschlag entnommen, daß von seiten des Bun-

des laut dem Finanzausgleichsgesetz ein Zweckzuschuß von 18,3 Millionen Schilling gewährt wird, der interessanterweise gleich hoch ist wie 1972, und sich erst ab 1974 jährlich um nur 5 Prozent erhöht. Dieser Zweckzuschuß kommt voll und ganz den Gemeinden zugute. Die Beiträge des Landes für Schulbauten haben im Jahre 1972 25 Millionen betragen, davon wurden 10 Millionen über den Schulbaufonds von den Gemeinden refundiert, und betragen im Jahre 1973 40 Millionen, wovon auf der Einnahmenseite von seiten der Gemeinden 12 Millionen Schilling aufscheinen. Es ist sehr bemerkenswert und lobenswert, daß das Land gegenüber 1972 eine besondere Erhöhung eingebaut hat, so daß mit dem Zweckzuschuß des Bundes und mit den Beiträgen des Landes die Mittel um 34 Prozent aufgestockt werden konnten. Ich muß hier betonen, daß nur die Landesmittel aufgestockt wurden, aber nicht die Bundesmittel. Wenn man bedenkt, daß allein für die Realisierung des Hauptschulprogramms noch 1,2 Milliarden S notwendig sind, so kann man sich vorstellen, welche finanziellen Schwierigkeiten die Gemeinde, aber auch das Land zu verkraften haben. Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf etwas hinweisen: Ich kenne die Probleme der Schulsprengel sehr gut. Wir haben schon Schwierigkeiten bei der Gründung von neuen Hauptschulsprengeln, bei der Finanzierung von Hauptschulbauten, beim Bezahlen der Schulkosten, die hin und her gehen, die Gemeinden bezahlen da- und dorthin, das geht oft über drei oder vier Gemeinden, und diese Art von Schulkostenbeteiligung gibt es auch bei den Volksschulsprengeln. Bei diesen wäre die Möglichkeit gegeben, einige Überprüfungen anzustellen, um Volksschulsprengel auf ihr Gemeindegebiet zurückzuweisen bzw. zurückzudrängen, damit die Gemeinden die Last allein tragen können. Im Grundsätzlichen haben natürlich die Anderungen der Schulorganisation bei den Pflichtschulen, speziell die zu rasch erfolgte Auflösungsaktion der Volksschuloberstufen, zu pädagogisch oft nicht immer vertretbaren Lösungen geführt. Das muß ich betonen, weil man nämlich nicht gleichzeitig die dafür notwendigen Sonderschulklassen errichten konnte. Hier müssen noch raschest Formen gefunden werden, um die Kinder, die nicht so befähigt sind bzw. schwächer befähigt sind, nicht noch weiter zu diskriminieren und sie in Sonderschulen zu versetzen. Ich finde diese Form auch nicht ideal. Auf der anderen Seite müssen jetzt solche schwächer befähigten Kinder in Ballungszentren, in großen Schulen untergebracht werden und, um es drastisch zu sagen, sie müssen dort fast untergehen. Desgleichen darf ich sagen, daß der Ausbau der Schullaufbahnberatung für die Abgänger der 4. Volksschulstufe noch eines weiteren Ausbaues bedarf, denn die Eltern müssen entscheiden, was tut ihr Kind nun. Im großen und ganzen könnte man sagen, daß Einheitsschulen zu wenig Chancengleichheit bieten. Dem Kind müssen die Möglichkeiten geboten werden, die seinen Fähigkeiten und seinen Talenten entsprechen.

Es ist sehr erfreulich, daß Resolutionsanträge zur Gruppe 2 aufliegen, sie sind bereits erwähnt worden; es werden neue Hauptschulsprengel gewünscht, es wird der Ausbau von Kindergärtnerinnenausbildungslehranstalten vorgeschlagen, ein Schülerheim soll in Murau errichtet werden, Schülerwarteräume, ein Studentinnenheim in Graz, weitere Kindergärten, auch für das Krankenpflegepersonal sollen Ausbildungsstätten geschaffen werden; das ist sehr lobenswert und würde natürlich dem Land und dem Bund ziemliche Beträge kosten.

Und nun noch etwas, und zwar die Bedarfszuweisungen, die das Land bekommt. Ich bin selbst Vertreter einer ländlichen Gemeinde. Ich weiß, wie sehr wir bluten müssen und wie sehr wir belastet sind. Die Bedarfszuweisungen betragen auch nach dem neuen Finanzausgleich 13,5 Prozent der Ertragsanteile und werden sich im Jahre 1973 nach den Voranschlagssätzen des Landesvoranschlages nur um 6,5 Prozent erhöhen. Wenn ich diese Bedarfszuweisungen anschaue, so glaube ich feststellen zu müssen, daß dies ein echter Verlust für die Gemeinden ist, der nicht zuletzt auf das neue Finanzausgleichsgesetz 1973 zurückzuführen ist. Noch dazu, wenn man feststellt, ich habe mir das von Baufachleuten geben lassen, daß die Baukosten von 1971 auf 1972 allein um 25 Prozent gestiegen sind. (Landesrat Bammer: "Nicht alle, das ist die Obergrenze!") Im Durchschnitt bitte. Mir wurde das jedenfalls von einem Fachmann gesagt.

Ein weiteres Problem, das die Gemeinde betrifft, möchte ich noch aufzeigen: Die Gemeinden spüren, daß sie - fast möchte ich sagen - von Monat zu Monat mehr Aufgaben aufgelastet bekommen, ich meine jetzt Aufgaben des Bundes. Ich darf das auf eine einfache Formel bringen. Die Gemeinden müssen mehr leisten, mehr arbeiten, bekommen aber auf der anderen Seite weniger Geld. Der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz hat in seiner Hauptrede angeführt, daß aus der Finanzausgleichsmasse den Gemeinden im Jahr um 9 Milliarden mehr zufließen werden. Ich darf nun das Resümeeprotokoll zur Paktierung des Finanzausgleiches erwähnen, in dem steht ganz klar, daß die Finanzausgleichsmasse für die Gemeinden im Jahr 1973 1,298 Milliarden Schilling beträgt. Der Anteil aus der Finanzausgleichsmasse. (Landesrat Bammer: "Mal sechs!" — Abg. Dr. Strenitz: "Für sechs Jahre, habe ich gesagt!") Entschuldigung, das habe ich überhört. Dann haben wir beide recht gehabt, Herr Doktor. Trotz allem muß ich sagen, daß das neue Finanzausgleichsgesetz 1973 bei Gott keine Wunderformel dastellt, weder für das Land noch für die Gemeinden. Ich muß dies mit aller Deutlichkeit aufzeigen. Ich bin nicht der erste und auch nicht der letzte, der feststellt, daß es noch immer den abgestuften Bevölkerungsschlüssel gibt und noch immer keine Berücksichtigung der reinen Wohngemeinden. Wo bleibt auf dem kommunalen Sektor das gleiche Recht auf Lebensform für jeden Staatsbürger? Ich darf hier betonen, daß im Lande Steiermark eine klare und realisierbare Schwerpunktpolitik besteht, die speziell im OVP-"Modell Steiermark" ihren Niederschlag findet.

Wenn der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klauser in seiner Einbegleitungsrede zum Landesvoranschlag 1973 an die steirische Bevölkerung appelierte, mit ihren Wünschen und Forderungen gegenüber der öffentlichen Hand Maß zu halten, so möge dieser Wunsch umgekehrt auch an die sozialistische

Bundesregierung weitergegeben werden. Es ist heute schon die Gratisschulbuchaktion zitiert worden. Es ist das typische Beispiel, wie man aus der Gratisschulbuchaktion eine Wegwerfmilliarde werden läßt. Ich möchte auf die Problematik im einzelnen nicht eingehen, wie viele Gutscheine zum Schulanfang vorhanden waren, daß es heute noch Bücher gibt, die man nicht erhält, daß es Bücher gibt, für die es keine Gutscheine gibt und umgekehrt Gutscheine, für die es keine Bücher gibt. In meinen Augen sind das keine Gratisbücher. Soweit die Mittel aus dem Familienbeihilfenfonds entnommen werden, sind es keine Gratisbücher (Abg. Brandl: "Ja freilich, in Ordnung! Da haben wir nichts dagegen!"), sondern eine Familienbeihilfe, die in Form einer Sachleistung den Eltern gewährt wird. Man möge das aber nicht so hinstellen. Denn jeder Schilling, der aus dem Familienbeihilfenfonds genommen wird und für diesen Zweck verwendet wird, bedeutet auf der anderen Seite weniger Familienbeihilfe. (Landesrat Bammer: "Herr Abgeordneter, was ist denn früher mit dem Geld geschehen?" - Landesrat Gruber: "Da war er nicht Abgeordneter, das weiß er nicht!")

Es ist auch interessant in diesem Zusammenhang, daß vor gar nicht langer Zeit - es ist keine OVP-Broschüre, aus der ich das entnommen habe der Herr Bundeskanzler erklärt habe, daß in die Teuerungsabgeltung, welche für die Pensionisten geplant ist, die Familien nicht einbezogen werden, da sie schon die Schulbücher bekommen haben. Das ist bei Gott keine familienfreundliche Einstellung. Noch dazu tritt im nächsten Jahr ein neues Einkommensteuergesetz in Kraft. Obwohl es der Herr Kollege Strenitz erwähnt hat, darf ich hier noch zwei Beispiele zitieren, die beweisen, daß diese neue Besteuerung alles eher als familienfreundlich ist. (Abg. Dr. Strenitz: "Das sagt die OVP!") Ein Ehepaar der Steuergruppe B mit einem Kind zahlt bei einem Jahresbruttoeinkommen des Gatten von 60.000 Schilling und einem solchen der Gattin von 40.000 Schilling, also einem Familiengesamteinkommen von 100.000 Schilling eine Lohnsteuer von zusammen 3989 Schilling. Die Gattin bezahlt dann keine Lohnsteuer. Ein Alleinverdiener, ebenfalls der Steuergruppe B, mit einem Kind zahlt aber beim gleichen Familieneinkommen von 100.000 Schilling trotz des Alleinverdienerabsetzbetrages eine Lohnsteuer von 11.954 Schilling, das heißt also, bei gleichem Familieneinkommen das Dreifache.

Ich habe hier noch ein anderes Beispiel, wo das sogar bis zum Vierfachen geht. (Landesrat Bammer: "Sie sind schon bei der Gruppe 9! Das gehört zu den Finanzen!") Entschuldigen Sie, Herr Landesrat. Ich lasse mir als freigewählter Abgeordneter hier nicht das Wort nehmen. Auch meine Vorredner aus Ihrer Fraktion haben verschiedene Dinge in dieses Kapitel hineingenommen, Sie werden das auch mir gestatten. (Abg. Jamnegg: "Aber der Konnex ist da!") Ich habe jedenfalls das Gefühl — wir können uns dann privat unterhalten, Herr Kollege. Ich bin zwar kein Steuerfachmann, ich habe mir das nicht selbst zusammengedacht, ich werde es Ihnen dann zeigen. (Abg. Stoisser: "Der Seidl hat recht!" — Abg. Brandl: "Immer!")

Aus diesen Dingen, die ich nur streiflichterweise aufzeigen durfte: Die Sorge der Schule, die Sorge der Gemeinde, die Sorge der Familie, habe ich doch das Gefühl, daß die Politik der sozialistischen Bundesregierung bei Gott nicht modern und zukunftsorientiert ist. (Landesrat Bammer: "Ein bisserl schon!") Ich glaube sagen zu können, daß unsere Partei sorgen wird, daß die sozialistischen Wassertriebe nicht in den Himmel wachsen. (Landesrat Bammer: "Jetzt sind wir beim Wasserwirtschaftsverband!" — Beifall bei der OVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Als nächstem Redner erteile ich dem Herm Abgeordneten Lackner das Wort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag!

Ich bin zwar kein Schulmeister, muß aber trotzdem ein paar Worte zum Kapitel 2 sagen. (Abg. Dr. Heidinger: "Du bist ja gar kein Lehrer!" — Landesrat Bammer: "Darum wird es ja interessant!") Das macht nichts, aber Bürgermeister bin ich, wenn ich kein Schulmeister bin.

Es wurde nicht nur heute, sondern schon öfter über die Gratisschulbuchaktion gesprochen. Die Frau Kollegin Bischof hat sogar eine sehr feierliche Erklärung abgegeben. Ich will jetzt keine Debatte deswegen anfangen, nur ganz am Rand ein paar Gedanken vermerken. Wir alle wollen haben, daß Ordnung und Sparsamkeit herrscht, weil das die Voraussetzung für ein geordnetes Leben ist. Und wenn wir haben wollen, daß das in Zukunft so weitergeht, dann können wir gar nicht früh genug anfangen, dieses Kleinod Ordnung und Sparsamkeit in die Herzen und die Gehirne unserer Kinder einzuprägen. Aber die Schulbuchaktion ist kein gutes Beispiel dafür. Wenn man schon die Schulbücher herschenkt, soll man nicht so verschwenderisch sein und soll sie wenigstens ein paar Jahre verwenden. Die Kinder verlieren ja das Gefühl für das Geld, das trotzdem schwer erarbeitet und schwer verdient werden muß. Und die Katze beißt sich dann gleich in den Schwanz. Die Tragik dabei ist, daß die Kinder und die Lehrer durch den Gesamtunterricht überhaupt dazu verleitet werden, soviel Bücher als möglich anzuschaffen, weil sie nichts kosten, und die Kinder, die in der unglücklichen Lage sind und nicht die Möglichkeit haben, mit dem Schulautobus zu fahren, müssen kiloweise Papier hin- und heimtragen. Auf der einen Seite hört man immer, daß die Kinder vom Land Haltungsschäden haben. Die Schule gibt da kein gutes Beispiel. (Landesrat Gruber: "Karl, denen geht es so wie den Abgeordneten!" — Beifall bei der OVP.) So. Schluß mit der Schulbuchaktion (Landesrat Bammer: "Mit der Knitik!"), das heißt mit der Debatte.

Es ist erfreulich, daß wir in Admont ein Landesschülerheim bekommen haben, weil gerade dadurch die Kinder aus den entlegenen Gräben ebenfalls die Möglichkeit haben, eine Hauptschule zu besuchen, was sonst überhaupt nicht möglich gewesen wäre. (Landesrat Bammer: "Die Gemeinde blutet!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: "Ist viel Wohnbauförderung dabei!" — Landesrat Bammer: "Nein, nein.

Die Gemeinde bekommt nichts außer dem Schulaufwand!")

Außerdem ist noch ein erfreuliches Kapitel in der Gruppe 2 vorhanden. In Schladming gibt es eine Schihauptschule. Das ist zwar keine österreichische Erfindung, aber doch einzigartig in Osterreich. Im Jahre 1970 hat man mit 15 Kindern begonnen, und jetzt sind es bereits 60. Trotz strenger Auslese durch den Steirischen Schiverband ist es so, daß im Jahre 1974 die Kinder, die jetzt in einem Bauernhof untergebracht werden, gar nicht mehr untergebracht werden können. Es muß ein Internat gebaut werden. Erfreulicherweise sind 3 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Der Bürgermeister von Ramsau hat sogar eigens für diesen Zweck einen Baugrund zur Verfügung gestellt. (Landesrat Bammer: "Von Schladming!") Nein, der Ramsauer Bürgermeister. Die Ramsauer kommen halt bis Schladming herunter. (Landesrat Gruber: "Aber gebaut wird in Schladming!") In Schladming wird gebaut, das

Aber es wäre eine Halbheit, wenn man die Kinder nach der 4. Klasse Hauptschule fortgehen ließe. Es muß daher automatisch für die Kinder eine weitere Berufsausbildung möglich sein, damit sie den Schisport weiter ausüben können. Daher ist es notwendig, in Schladming eine Handelsschule zu errichten. 80 Prozent der Eltern haben sich dafür ausgesprochen. Außerdem sind die Leistungen, die die Kinder erbringen, wirklich beachtlich und es ist enfreulich, wenn man mit den Funktionären spricht, dann muß man feststellen, daß 50 Prozent der Schihauptschüler in den OSV-Kader aufgenommen werden können. Ganz vorsichtig geschätzt, werden sich sogar fünf für die Nationalmannschaft qualifizieren. Man muß sich aber trotzdem die Frage stellen: Wenn die Kinder nur immer Schifahren gehen, wie schaut es denn beim Lernen aus? Und das ist jetzt das interessante. Es ist wirklich so, daß die Kinder mehr auf der Piste sind und Freizeit ganz klein geschrieben ist, aber der Lennerfolg ist trotzdem überdurchschnittlich, besser als bei den anderen Schulen, wo die Kinder mit der Freizeit nichts anzufangen wissen. Das haben nicht nur die Lehrer von Schladming festgestellt, sondern sogar eine maßgebliche Persönlichkeit, ein Sektionsrat vom Unterrichtsministerium. Der hat gesagt, daß die Schischule Schladming als Versuchsschule einzigartig in Osterreich dasteht. (Landesrat Bammer: "Der hat dich schön angelogen, da gibt es ja ein paar!") Nein, der hat das mit Begeisterung festgestellt.

Diese Leistungen sind auch für uns selbstverständlich verpflichtend. 1,300.000 Schilling kostet die Erhaltung dieser Schihauptschule, die Eltern allein leisten 350.000 Schilling und, Herr Landesrat Jungwirth, 850.000 Schilling wären noch notwendig. Die Schifirmen stellen das Schimaterial zur Verfügung, die Sparkassen, Raiffeisenkasse, Volksbank — jede hat einen VW-Bus gespendet. Man sieht, alles hilft zusammen und daher müssen auch wir vom Land unseren Beitrag leisten, denn die Kinder, die aus dieser Schischule herauskommen, werden — zeitlich gesprochen — ja morgen oder übermorgen die Steiermark, unser Heimatland, nach außen hin vertreten, mit Erfolgen, die wir

für unseren Fremdenverkehr immer wieder brauchen, wenn sie zum Beispiel als Medaillengewinner nach Hause kommen. (Beifall.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich Frau Prof. Hartwig zu Worte gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Prof. Hartwig: Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir ein paar kurze Bemerkungen zu den vorhergehenden Reden zum Kapitel Schule. Frau Abgeordnete, Sie haben gemeint, für die Kindergärtnerinnen müßte eine Anderung des Dienstrechtes geschaffen werden. Ich bim völlig Ihrer Meinung. Ich glaube nur, daß wir dann gemeinsam darauf hinarbeiten müssen, daß nicht nur das Dienstrecht an sich, sondern auch die Einstufung geändert wird, denn sonst werden wir es nicht erreichen. Wir werden ohne Zweifel die Ausbildung ein bißchen verändern müssen und auch die Einstufung.

Der Herr Abgeordnete Buchberger hat gemeint, die Schülerfreifahrt sei mangelhaft, weil die Busse überfüllt seien, weil keine Dächer über den Haltestellen sind. Erstens glaube ich, daß die Überfüllung der Autobusse nicht nur durch das Gesetz geregelt werden kann, da müßten andere Wege gegangen werden. Ich gebe auch ohne weiteres zu, daß ursprünglich dieses Gesetz Mängel gehabt hat. Aber ich muß schon sagen, keine Fehler macht nur der, der nichts arbeitet, wenn gearbeitet wird, gibt es auch Fehler. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: "Das ist eine gute Ausrede!") Sie haben auf diesem Gebiet ohne Zweifel keine Fehler gemacht. (Abg. Brandl: "Sehr gut, sehr gut!")

Zu den Haltungsschäden, die der Herr Kollege Lackner angeführt hat, muß ich Ihnen leider als Lehrer sagen, seit ich in der Schule war, ist immer über die Haltungsschäden der Schüler geklagt worden, längst vorher schon. Diese Klage erfolgte mit Recht und ich glaube wirklich, daß es nicht sehr viel Sinn hat, Fitness-Märsche und all diese Dinge zu fördern und auf der anderen Seite nicht zu erreichen, daß die Kinder auch von zu Hause aus ein bißchen Bewegung machen, zum Beispiel, daß sie gewisse Schulwege zu Fuß gehen. Ich bin da sehr dafür.

Ein gefährliches Wort scheint mir das Wort des Herrn Abgeordneten Seidl über die Sonderschulen zu sein. Ich glaube, daß gerade die Lehrer sehr darauf hinwirken müssen, daß diese von früher her übernommene Vorstellung, daß die Sonderschulen schrecklich und völlig unmöglich sind, so daß die Eltern Scheu haben, ihre Kinder dorthin zu geben, abgebaut werden sollte. Denn die Kinder, die nicht in der Lage sind, in einer normalen Schule mitzukommen, die können eben gerade in diesen Schulen ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden und nur in diesen Schulen ist das möglich. Ich glaube, daß wir uns da sehr vorsichtig ausdrücken sollten.

Ein sehr ernstes Problem ist meiner Meinung nach die Frage des Kulturlebens auf dem Lande, von dem der Herr Abgeordnete Schrammel gesprochen hat. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, daß man es lösen könnte damit, daß man achtklassige Volksschulen beläßt, das würde nicht gehen. (Abg. Schrammel: "Das habe ich nicht gesagt!") Sie haben vollkommen recht mit Ihrer Meinung, daß die Lehrer — wenigstens früher — der kulturelle Mittelpunkt waren. Die Schwierigkeit liegt ja vielmehr dabei, daß die Lehrer jetzt vielfach Fahrlehrer sind, die hin- und herpendeln. (Abg. Schrammel: "Mehr Raum für die Schule habe ich gemeint!") Ja sicher, aber wir werden sicher nicht in jedem Ort, wo es eine Volksschule gibt, eine Hauptschule haben können. Da werden noch andere Änderungen eintreten müssen.

Ich darf jetzt noch eine ganz kurze Bemerkung anfügen: Wenn Sie die Entwicklung im österreichischen Schulwesen in unserem Jahrhundert und damit auch im steirischen Schulwesen natürlich, verfolgen, dann gibt es drei wichtige Daten: Das erste war die Glöckel'sche Schulreform im Jahre 1920, die überhaupt -- und das kann micht mehr bestritten werden — zur weiteren Entwicklung der österreichischen Schule den Anstoß gegeben hat und wovon im wesentlichen das zweite Werk profitiert hat, nämlich das Schulgesetzwerk 1962, zu dem wir uns natürlich bekennen, von dem wir aber mit großer Freude feststellen, daß es gelungen ist, dort zu verankern die selbständige Oberstufenform, die gerade für die ländlichen Gebiete eine echte Hilfe und ein echter Fortschritt für die Bildungsmöglichkeiten der Jugend ist, ebenso wie die Ausbildung der Lehrer an der Pädagogischen Akademie, die zuerst sehr bekämpft wurde von der OVP, die sich aber als ausgesprochener Vorteil erweist, wir haben heute viel mehr Lehrer als früher. Der dritte wesentliche Punkt ist die jetzige Gesetzgebung durch die sozialistische Bundesregierung, die die regionale und die soziale Gleichheit aller Kinder, wenigstens soweit das überhaupt menschenmöglich ist, gerade durch die Maßnahmen wie Schulbeihilfen. Schülerfreifahrten und Gratisschulbücher gewährleistet und jetzt werden die Dinge noch bekämpft und Sie sind jetzt wegen der Gratisschulbuchaktion, wegen der unbestritten fehlerhaften heurigen Organisation, sehr ungehalten. Aber ich sage Ihnen eines, in kurzer Zeit werden diese Errungenschaften so selbstverständlich sein wie vieles

Und wenn man — um Ihr "Modell Steiermark" zu zitieren — dort liest, was über die Entwicklung des Bildungswesens drinnensteht, muß ich sagen, wir sind froh und glücklich, daß sich die Ideen, die vor 20 und noch mehr Jahren schon von Glöcke in vieler Hinsicht geäußert worden sind, heute Allgemeingut sind, nicht mehr bestritten werden und wir auf diese Weise einen weiteren Beweis dafür haben, daß die wirklich fortschrittlichen sozialistischen Ideen sich durchsetzen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wimmler das Wort.

Abg. Wimmler: Meine Damen und Herren!

Wenn auch der Landesfinanzreferent in seiner Einbegleitungsrede zum Landesvoranschlag 1973 betont hat, daß infolge mehrerer steuer- und wirtschaftspolitischer Neuerungen, die uns das Jahr 1972 gebracht hat, die Verschuldung des Landes am Ende des Jahres 1973 mit 2,7 Milliarden Schilling an der Spitze aller Bundesländer liegen wird, so darf man doch sicher feststellen, daß diese Verschuldung wahrscheinlich nur im Hinblick auf die einmalige Übergangssituation dieses Jahres gesehen werden muß. Wir sind daher trotzdem der Meinung, daß die von uns Freiheitlichen schon vor Jahren und mehrmals in diesem Hohen Hause erhobene Forderung, die den Gemeinden auferlegte Last der Schulbauten abzunehmen und auf das Land zu übertragen, zweckmäßig wäre. Wir lassen uns dabei von der Überlegung leiten, daß — von einigen finanzstarken Gemeinden abgesehen — auch bisher kaum eine Gemeinde in der Lage gewesen ist, eine Schulbaufinanzierung allein vorzunehmen und daß außerdem kaum eine Gemeinde in der Lage ist, über ihre Grenzen hinaus die Frage der Bevölkerungsbewegung von einem übergeordneten Standpunkt aus zu erheben und zu beurteilen. Daraus ergibt sich meiner Meinung nach in finanzieller Hinsicht, daß eine Übernahme der Schulbaulast durch das Land kaum eine größere Belastung zur Folge haben würde. Es wäre sogar denkbar, meine Damen und Herren, daß mit Vereinheitlichung und zusammengefaßten Aufträgen Einsparungen erzielt werden könnten. Ich habe nicht die Absicht, zu polemisieren, wenn ich in diesem Zusammenhang von immer mehr leerstehenden Schulgebäuden spreche, deren Fertigstellung nicht allzuweit zurückliegt. Denn ich weiß, daß nicht alles auf das Konto Ehrgeiz von Bürgermeistern und Gemeinden oder auf Fehleinschätzungen gebucht werden kann. Natürlich kann niemand Hellseher sein, und auch auf diesem Gebiet, wie überall, können Fehleinschätzungen vorkommen. Aber derartige Fehlplanungen, wie sie unter anderem in Pürgg sichtbar geworden sind, dürften meines Erachtens wohl nicht vorkommen. Eine gesamtsteirische Schulbauplanung mit der Ubernahme der Schulbaulast von den Gemeinden hätte diese unnütze Ausgabe von rund 2 Millionen Schilling in Pürgg sicherlich verhindert. Bei einer solchen Gesamtplanung, meine Damen und Herren, könnten viele Einzelbestrebungen koordiniert werden, und vor allem könnten Gesichtspunkte größere Berücksichtigung finden, die über den Rahmen der einzelnen Gemeinde hinausgehen und von den Gemeinden in den meisten Fällen auch nicht erfaßbar sind. Eine Konzentration der Kräfte sowie eine sinnvolle Vereinheitlichung des Schulbaues ohne allgemeine Uniformierung könnte mit weniger Geld bessere und zweckmäßigere Schulbauten ergeben und die von uns allen gewünschte Chancengleichheit vergrößern. Ganz kurz, meine Damen und Herren, möchte ich auch von der Besetzung besonders solcher Lehrerstellen sprechen, die mehr oder weniger in abgelegenen Teilen unseres Landes, abgelegen von größeren Siedlungsräumen, bestehen. Es ist verständlich, daß die meisten frischgebackenen Lehrer und Lehrerinnen alles daransetzen, in einem größeren Ort, in einer höher organisierten Schule angestellt zu werden. Ich sage ausdrücklich, es ist verständlich. Aber ich glaube, daß es nicht zuletzt im Interesse des jungen Lehrers wäre, ihn zuerst in kleineren, entlegeneren Schulen wirken zu lassen. Ich denke an Gebiete und Orte wie Wildalpen, Donnersbachwald und

ähnliche, wo sich dem jungen Lehrer oder der jungen Lehrerin besser als in den größeren Schulen die Möglichkeit bietet, der echten Erziehungsaufgabe gerecht zu werden. Meiner Meinung nach muß es doch dem Ideal eines jungen Lehrers entsprechen, durch besseres Kennenlernen des Kindes und engere Kontakte mit den Eltern, die sich dort naturgemäß leichter ergeben, eine exaktere Beurteilung des ihm anvertrauten Kindes zu erlangen. Ich halte es für die vornehmste Aufgabe in unserer Gesellschaft, unseren Kindern das Rüstzeug für das Leben zu geben und ihnen nicht bloß Wissen zu vermitteln, sondern sie in ihrem ganzen Wesen zu erkennen und zu formen. Eine dankbare Aufgabe außerdem, Talente ausfindig zu machen und zu fördern, dankbar sowohl für die Kinder und für deren Eltern als auch für die Gesellschaft. So auf die jungen Lehrer einzuwirken und abgelegene Schulen nicht als Strafposten zu bewerten, sondern sie begehrter zu machen, wäre eine dankbare Aufgabe für die Schulverwaltung im Interesse der Lehrer und nicht nur im Interesse der Lehrer, sondern sicherlich auch im Interesse des ländlichen Raumes. Ich glaube, es gibt dort auch manche Impulse, die es vielleicht in der Stadt nicht überall gibt. Daß diese Lehrer natürlich nach entsprechender Zeit die Möglichkeit eingeräumt erhalten müßten, zu besseren Kontaktmöglichkeiten in größeren Schulen zu kommen, versteht sich von selbst. Und wenn ich, meine Damen und Herren, von abgelegenen Schulen spreche, müßte wohl auch gesagt werden, daß es in diesen Gebieten noch einiger Maßnahmen bedarf, um die heute schon erwähnte und begrüßenswerte Einführung der Schülerfreifahrt auch den Kindern dieser Gebiete in annähernd gleicher Weise zukommen zu lassen wie in den Städten. Schaffen wir, meine Damen und Herren, also die Voraussetzung für eine gesamtsteinische Schulbauplanung durch die Übernahme der Schulbaulast von den Gemeinden, und vermitteln wir unseren Kindern mit guten Lehrern und wohldurchdachten Methoden eine gute Ausbildung. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Ausführungen des Kollegen Ing. Stoisser veranlassen mich, doch ein paar Worte zur Berufsausbildung der Lehrlinge zu sagen. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir uns über die Frage, auf welchem Weg wir möglichst viele gut ausgebildete Facharbeiter aller Berufsgruppen bekommen, min-'destens ebenso viele Gedanken machen sollen als über die Studenten, wie etwa der Weg zum Doktorat, zum Juristen führt, mit dem man dann nicht weiß, was man anfangen soll. Dies ist heute bereits gesagt worden. Die duale Berufsausbildung war für uns nie eine Frage, das ist eine Entwicklung, eine historische, aber vor allen Dingen eine technische. Wie ich in die Lehre gegangen bin, war mein Chef jedesmal wütend, wenn ich einen Tag in der Woche in die Berufsschule gehen mußte. Ich hatte allerdings einen Chef, der sich um meine Ausbildung

gekümmert hat, nicht nur um mich, sondern auch um die anderen Lehrlinge. In der Zwischenzeit hat sich da manches geändert und es ist zur Verschiebung von der praktischen Ausbildung im Betrieb zur schulischen Ausbildung gekommen. Wir haben daher begrüßt, daß in der Steiermark die Lehrlinge eine zusammenhängende internatsmäßige schulische Ausbildung durchmachen. Das ist schon ein sehr wesentlicher Fortschritt. Ich glaube aber, daß das noch nicht die letzte Weisheit ist, sondern daß sich diese Verschiebung zur schulischen Ausbildung fortsetzen wird müssen wegen der Spezialisierung der Betriebe. Denken Sie nur an ein Beispiel: Wenn ein Lehrling bei der Firma Robinson Automechaniker lernt, wird er die ganze Lehrzeit über nur mit Volkswagen zu tun haben und überhaupt keine Ahnung von einem Dieselmotor bekommen. Es ist doch kein Zufall, daß es sich das Land soviel Geld kosten läßt, um in die Berufsschulen teure und moderne Maschinen aller Art zu investieren, damit für die Lehrlinge eine breitere Basis für die Ausbildung geschaffen wird. Ich will es gar nicht so darstellen, wie es aus den Fragebogen hervorgeht, daß es viele ungeeignete Meisterlehren gibt. Nicht aus böser Absicht, sondern aus dem Umstand. daß im ganzen Betrieb überhaupt niemand ist, der die pädagogische Voraussetzung mitbringt, einen Lehrling wirklich auszubilden. Wenn Sie bedenken, daß im Akkord gearbeitet wird und niemand Lust und vor allem Zeit hat, sich um einen Jungen zu kümmern. Der arbeitet so nebenher und die Prüfung ergibt dann ein Ergebnis, das manches Mal schauderhaft ist. (Abg. Ing. Stoisser: "Das gilt aber nicht für die kleinen Betriebe!") In der Bauwirtschaft wird derzeit der erste Lehrbauhof von der Bauinnung in Niederösterreich gebaut. Dort werden die Lehrlinge nicht mehr beim Meister ausgebildet, sondern werden am Lehrbauhof ausgebildet, wo eben der praktische mit dem theoretischen Unterricht in Verbindung gebracht wird. Wenn wir von Mobilität sprechen und hier heute gesagt wurde, daß jeder damit rechnen muß, innerhalb seiner Berufsgruppe seinen Beruf zu wechseln, so muß man ihm eine möglichst breite Ausbildungsbasis geben. Die kann nicht in einem Meisterbetrieb, der zum Beispiel nur Tür- oder Fensterstöcke oder nur ein bestimmtes Möbelstück herstellt, erreicht werden. So ist das von uns gemeint, wenn wir die duale Berufsausbildung wohl bejahen, daß sie aber die Entwicklung zur schulischen Ausbildung nehmen muß. Ich verstehe nicht, Herr Abgeordneter Stoisser, wieso Sie sagen konnten, daß wir gegen dieses Ausbildungssystem im Grunde etwas einzuwenden haben. (Albg. Ing. Stoisser: "Im sozialistischen Bildungssystem steht es drinnen!") Ich bin auch überzeugt, daß sich diese duale Berufsausbildung, wie sie sich jetzt entwickelt, zur höheren berufsweiterbildenden Schule hin entwickeln wird. Ich habe vor zwei Jahren gesagt — da bin ich von Herrn Landesrat Peltzmann beinahe ausgelacht worden —, es ist doch ein Unrecht, daß nur mehr einige Firmen sich der Lehrlingsausbildung widmen und die Kosten auf sich nehmen. Man sollte das doch so machen, daß man eine Ausbildungsumlage einhebt für jeden Beschäftigten; das ist jetzt ein Antrag des OAAB in Niederösterreich gewesen, wie ich vor

wenigen Tagen gelesen habe. Auch auf diesem Gebiet kommen Sie scheinbar doch langsam auf die wirklichen Probleme und ich glaube, daß sich die Entwicklung in dieser Richtung fortsetzen wird. Ich glaube, daß Landesrat Peltzmann, wie wir alle, das Land hat ja das Geld zur Verfügung gestellt, mit unseren Berufsschulen, wie sie sich entwickeln, im großen und ganzen zufrieden und stolz sein können; aber das ist der Weg, der hier gegangen wird, von der Meisterlehre hinüber immer mehr zur schulischen Ausbildung. Und nur so werden wir dann auch die entsprechenden Fachkräfte, die auch ein bestimmtes Image haben, bekommen und auch junge Leute, die diese Schulen besuchen werden. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Laurich das Wort.

Abg. Laurich: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger hat im Finanzausschuß gesagt, daß er die Schulbuchaktion nicht polemisch behandeln wird. Leider hat man heute andere Töne gehört. Wir haben gehört, daß die Schulbuchaktion überhudelt durchgeführt wurde, und man hat auch von der Verschwendung von Steuergeldern gesprochen. Daß ausgerechnet aus den Reihen der bäuerlichen Vertreter an der Schulbuchaktion und an den Schülerfreißahrten Kritik geübt wurde, das befremdet und überrascht mich, weil gerade die bäuerliche Jugend echte Vorteile von diesen beiden Reformen hat. (Abg. Brandl: "Jawohl!" — Beifall bei der SPO.)

Ich möchte Ihnen bekanntgeben, daß das Bundesministerium für Unternicht Anfang Oktober vom Landesschulrat für Steiermark einen Erfahrungsbericht über die Durchführung der Gratisschulbuchaktion angefordert hat. Wir können mit einem gewissen Stolz feststellen, daß dieser Bericht für die Steiermark absolut positiv ist. Von den steirischen Schulen, und zwar von 650 steirischen Pflichtschulen, haben 32 einen Bericht abgegeben, von rund 180 Hauptschulen zehn, ferner sieben höhere Schulen und fünf Berufsschulen. Insgesamt haben sich also 7 Prozent der Schulen an dieser Aufforderung beteiligt. Wir können aus diesem Bericht entnehmen, daß die Schulbuchaktion, obwohl sie vor Schulschluß unter größtem Zeitdruck gestanden ist, es doch zuwege gebracht hat, daß rund 95 Prozent aller steirischen Schulen termingerecht die Bestellungen für die Schulbücher abgegeben haben. Ich glaube, daß von dieser Stelle aus daher der steirischen Lehrerschaft zu danken ist (Beifall). Wir geben selbstverständlich zu, daß es da und dort verschiedene Schwierigkeiten und Komplikationen gegeben hat. Nicht zuletzt deshalb, weil ja doch an einzelnen Schulen Schülerladen vorhanden waren. Manche Schulen hätten bis zu 50 Prozent ihre Schüler mit Schulbüchern aus der Schülerlade beteilen können.

Wir wissen, daß auch aus anderen Gründen sehr harte Kritik geübt wurde, zum Beispiel, daß die Bücher nicht zeitgerecht ausgeliefert worden sind. Auch hier kann ich für die Steiermark sagen, daß mit Stichtag 13. Oktober — also in der 5. Schulwoche — 90 Prozent aller Schulbücher in den Händen der Schüler waren. (Abg. Ing. Stoisser: "Nur meine Kinder haben sie noch nicht!") Das war ein ausgesprochenes Pech, Herr Kollege. Vielleicht liegt das aber an dem Buchhändler oder am Verlag.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Abgeordnete Stoisser sagt, daß seine Kinder die Bücher nicht haben, so möchte ich feststellen, daß es alle Jahre zuvor immer Engpässe mit der Versorgung mit Schulbüchern gegeben hat und daß Verzögerungen bei der Auslieferung von Schulbüchern immer vorhanden waren.

Wir wollen aber ehrlich sein. Echt betroffen von diesen Verzögerungen waren die ersten Lehrgänge von Berufsschulen. Denn Sie wissen ja, daß die Berufsschulen Lehrgänge haben, die zwei Monate dauern, und wenn im ersten Monat die Schulbücher nicht da waren, so mußte die Hälfte der Zeit ohne Schulbücher gearbeitet werden.

Man kann aber damit rechnen, daß in allen Schulen der Steiermark über 50 Prozent neue Buchtitel mit Schulbeginn eingeführt wurden. Und wir wissen aus dem Erfahrungsbericht, daß bei den steirischen Schülern eine Steigerung von mehr als 300 Prozent bei Schulbüchern zu verzeichnen ist.

Es ist richtig, daß man für die Zukunft einige Anderungen durchführen wird. Es wäre zum Beispiel zu prüfen, ob die Unterschriften und die Stempel auf diesen Scheinen erforderlich sind. Es wäre ferner zu überlegen, daß man Schulbücher, die als reine Arbeitsbücher für ein Jahr zu gelten haben, einführen wird und andere Bücher, die für die ganze Schulzeit Verwendung finden sollen. Ich denke da an das Osterreichische Wörterbuch, aber auch an die verschiedenen Atlanten.

Es hat auch bei den Lehrern Unwillen erregt, daß keine kostenlosen Lehrer-Handbücher vorhanden sind. Auch das ist etwas, was sicher geklärt werden kann. Ich habe heute enfahren, daß man dadurch, daß man mit Computerkarten arbeiten wird, eine beachtliche Vereinfachung durchführen kann, und daß ein geringerer Verwaltungsaufwand möglich wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es an der Zeit wäre, mit jeder unsachlichen Kritik und Polemik aufzuhören, und daß wir uns gemeinsam darüber freuen sollen, daß jeder österreichische Schüler kostenlose Schulbücher in die Hand bekommt. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Landesrat Peltzmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Entwicklung der Wirtschaft macht es notwendig, daß die praxisnahe Ausbildung immer mehr in den Vordergrund zu treten hat. Ich glaube, daß sich der Steiermärkische Landtag bereits früh genug auf diese Entwicklung eingestellt hat. Vor mir liegt der Entwurf einer Gesamtplanung des Berufsschulwesens in der Steiermark, beschlossen im Jahre 1964 vom Berufsschulbeirat, welcher der

Stärke der Parteien im Lande gemäß bestellt ist. Wir können mit Stolz feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir den Entwurf zu 80 Prozent realisieren konnten, obwohl gerade in der Berufsausbildung die Fortschritte der Technik, aber auch das Interesse der Jugend an den einzelnen Ausbildungssparten sich dauernd ändern. Wenn ich denke, im Jahre 1962 hatten wir in der Steiermark noch 470 Schuhmacherlehrlinge, heute sind es rund 40. Umgekehrt hat sich die Zahl der Mechanikerlehrlinge verdoppelt. Aber was für unser Land sehr verwunderlich ist - hier trägt doch die Fremdenverkehrspolitik ihre Früchte -, daß wir besonders in den Fremdenverkehrssparten, in den Lehrberufen Kellner und Köche, in Österreich absolute Spitze erreicht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon gesagt, welche Schulen schon in Planung sind und in nächster Zeit fertiggestellt werden können. Aber ich bitte jetzt die Damen und Herren des Hohen Hauses um ein wenig Verständnis. Wir haben diesen Entwurf, der die ganze Reorganisation des Berufsschulwesens beinhaltet, gemeinsam beschlossen. Und jetzt müssen wir auch die Schwierigkeiten, die sich bei der Umstellung ergeben - sie sind auch hier enthalten, da wir sie vorausgesehen haben - meistern, und zwar gemeinsam meistern. Es hat keinen Sinn, wenn ein Abgeordneter kommt und sagt, jede Bezirksberufsschule könnt ihr zusperren, aber meine nicht. Meine Damen und Herren! Wir haben uns zur Verfachlichung bekannt. Wir haben uns dazu bekannt, daß die lehrgangsmäßige Schule die Tagesschule abgelöst hat. Da können wir nicht, weil es dem einen oder anderen nicht in den Kram paßt, sagen, meine Schule wohl, aber die andere nicht. Hier bitte ich um Verständnis. Wir haben als letzte Landesberufsschule die Landesberufsschule für die metallverarbeitenden Branchen in der Industrielehre vorbereitet. Das heißt, daß sämtliche Lehrlinge in der metallverarbeitenden Industrie in einer Landesberufsschule zusammengefaßt werden, mit Ausnahme des Schulsprengels Graz. Ich möchte das dezidiert erklären, damit hier nicht falsche Auffassungen entstehen. Der Raum Graz hat die Zahl in den einzelnen Fachsparten, um drei aufsteigende Klassen zu gewährleisten. Darum dreht es sich ja. Wir wollen Graz nicht etwas wegnehmen. Wenn Sie die Zahlen für Graz und das Land Steiermark betrachten, so müssen Sie feststellen, daß Graz durch unsere Regelung gewonnen hat, daß mehr Lehrlinge nach Graz eingeschult wurden, als in der Vorausschau vorgesehen war. Wir sind auch dabei, mit der Kammer und dem Land beim Berufsschulzentrum Graz einem Zustand ein Ende zu bereiten, der heute nicht mehr zu vertreten ist. Es war, glaube ich, bei den Tagesschulen möglich, daß der Schüler sich für das Mittagessen ein Jausenpaket mitgenommen hat. Das war einmal in der Woche. Aber es ist nicht zu vertreten, wenn Lehrlinge acht Wochen lang die Schule besuchen und acht Wochen lang kein warmes Mittagessen bekommen. Wir haben eine Zwischenlösung gefunden, die uns nicht befriedigt. Aber wir glauben, mit dem neuen Essenzentrum im Berufsschulzentrum Graz auch diese Misere beenden zu können.

Nun noch ein Wort zu den Lehrlingsbeihilfen. Lieber Herr Kollege Bürgermeister a. D. Landtagsabgeordneter Karrer! Ich muß schon sagen, jeder andere, der aufgestanden wäre und sich beschwert hätte, hätte bei mir Verständnis gefunden. (Landesrat Bammer: "Gemeinderat a. D. Peltzmann!") Das war ich auch 15 Jahre lang, das ist gar keine Schande, ist eine gute Schule, ein Gemeinderat. Man merkt, du hast sie nicht mitgemacht.

Lieber Kollege Karrer! Wir können mit den Mitteln rund 2500 bis 3000 Lehrlinge fördern helfen. Sie wissen, daß das Landesarbeitsamt nur die Lehrlinge im ersten Lehrjahr fördert. Es kommt zu Doppelförderungen. Das heißt, daß man die Formulare auf diese neue Entwicklung einstellen muß. Es gibt in diesem Hohen Haus höchstens fünf Abgeordnete, die selbst diese Formulare abholen. Es wurde aber beschlossen — auch hier im Hohen Haus, meine Damen und Herren — daß nur die Erziehungsberechtigten Anspruch auf die Formulare haben. Und nun, meine Damen und Herren, über 29.000 Lehrlinge haben wir in der Steiermark. Rund 2500 bis 3000 können wir beteilen. Ich habe nichts dagegen, wenn man die Formularflut an alle sendet, aber dann bitte ich beim nächsten Voranschlag um Verständnis, daß man diese Summe verzehnfacht. Dann können wir es realisieren. Wir wollen nur denen unter den Arm greifen, die sozial hilfsbedürftig sind. Wenn jemand zwei, drei Kinder hat, die einen sind noch in der Schule, die anderen lernen schon. Dort soll die Grundlage des Helfens sein, nicht einfach drüberstreuen. Das hat keinen Sinn.

Herr Abgeordneter Karrer! Ich habe es mir kurz auf meiner kleinen Tischrechenmaschine zusammengerechnet: 25,470.000 Schilling haben wir seit dem Jahre 1962 ausgegeben. Und all diese Ansuchen bearbeitet eine Beamtin. Und diese Beamtin hat sich bei diesen Tausenden Ansuchen einmal geirrt, und zwar waren bewilligt 700 Schilling. Wie der Achter vor den Siebener gekommen ist, weiß ich nicht. Dann waren 8700 Schilling da. Das ist durch die Buchhaltung gegangen und keiner hat etwas daran gefunden. Was haben wir getan? Ich bin sofort in die Regierung gegangen, habe das meinen Regierungskollegen vorgetragen und es wurde auch in der Regierung saniert. Aber lieber Bürgermeister Karrer! Wenn dir als Bürgermeister, als Abgeordneter, als Betriebsrat noch nie ein Fehler unterlaufen ist, dann lasse ich dich morgen vergolden. (Gelächter.)

Diese Dinge sollte man nicht aufspielen. Irren ist menschlich und geirrt wird nur dort, wo gearbeitet wird. Und der Frau war das wirklich peinlich, daß ihr in ihrer langjährigen Dienstzeit als Landesbeamtin dieser Irrtum unterlaufen ist. Herr Bürgermeister Karrer! Ich glaube, es war sogar eine Intervention von dir, und es war einer deiner Parteiangehörigen, der diese Summe bekommen hat. (Abg. Hammerl: "Den vergolden wir auch!") Das muß ein mords Glücksfall gewesen sein.

Vernünftig ist der Weg, den 90 Prozent gehen. Sie schreiben an die Abteilung und bekommen ein Formular. Das senden sie dann ein, es wird in der Abteilung bearbeitet. Und, lieber Bürgermeister Karrer, in allen meinen Referaten — und mir liegen

Listen vor in der Regierung —, angefangen von den Feuerwehren, hat mir noch kein einziges sozialistisches Regierungsmitglied in den zehn Jahren vorgeworfen, ich hätte diese Mittel parteipolitisch vergeben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Aber mir schon!") Das wäre nur möglich, wenn ich den Beamten die Weisung geben würde, beim Ansuchen muß das Parteibuch miteingereicht werden, sonst ist das ja nicht realisierbar.

Schauen Sie, diese Beschuldigung ist bis heute Gott sei Dank noch nie in den Raum gestellt worden.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir doch einige Worte zum Ausbildungssystem selbst. Wir in der Wirtschaft wissen ganz genau, daß die Ausbildung der Lehrlinge immer wieder neue Wege erfordert. Und wir müssen uns, wenn wir dieser Ausbildung gerecht werden wollen, auch selbst einem Ausbildungsgang unterwerfen. Wir haben hier bereits die Programme erstellt und wir hoffen, daß wir in Zusammenarbeit diese Programme, das heißt, auch die Lehrherren auszubilden, welche Lehrlinge ausbilden, erreichen werden. Der Herr Abgeordnete Loidl hat hier am Pult die Dinge anders dargestellt, als es zuerst nach seinen Zwischenrufen — über die ich mich ein bißchen geärgert habe - den Anschein hatte. Herr Abgeordneter Loidl, Sie selbst sind doch der beste Beweis, daß die duale Ausbildung keine schlechte war. Sie bekennen sich zu ührer Ausbildung, Sie sind heute stolzer Landtagsabgeordneter, Sie sind Vertreter Ihrer Berufskollegen und können auch stolz sein darauf. Und ich glaube, Sie verstehen das, wie ich das meine.

Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein ganz kleines Wort zur Schulbuchaktion. Meine Damen und Herren, ich bin den Eltern nichts neidig, ich habe selbst drei Kinder und weiß, daß die Schule Geld kostet. (Unverständlicher Zwischenruf.) Bitte, das betrachtet ein Lehrer und ein Vater immer anders, das weiß ich!

Und wenn es die Staatsfinanzen erlauben, und das werden sie wahrscheinlich, finde ich es richtig, wenn man den Eltern von schulpflichtigen Kindern unter die Arme greift. Aber nur der Weg, wie er gegangen wurde, gegen den wehre ich mich. In meiner Jugend habe ich gelernt, daß ein gutes Buch ein guter Freund ist. Und jetzt degradieren wir das Buch zu einer Essigflasche, zu einem Wegwerfartikel. (Abg. Zinkanell: "Aber das habt doch ihr erfunden!") Zu einem Wegwerfartikel, Herr Kollege. (Zweiter Präsident Ileschitz: "Nicht gegen den Buchhandel reden!") Herr Präsident Ileschitz, wenn wir so engstirnig denken würden, wie Sie von uns denken, hätten wir die Wirtschaft vor 100 Jahren schon zusperren können. (Abg. Loidl: "Schmeißen Sie die Bücher weg? Schenken Sie mir ein Buch, ich schmeiß' es nicht weg!")

Schauen Sie, das hat mit Geschäft nichts zu tun, sondern das ist eine Stellung zum Buch. Wenn man heute in der Regierung sagt — diese Äußerung ist ja getan worden —, man kann den Eltern diesen Betrag, den sie benötigen, nicht überantworten, da damit die Anschaffung des Notwendigen nicht gesichert ist, meine Damen und Herren, da muß ich sagen, zu allem anderen war ich gut genug

als Vater, nur zum Schulbuchkaufen bin ich zu blöde, danke schön, Herr Kreisky! So sind doch die Dinge, stellen wir sie nur in das richtige Licht. Es hat doch keinen Sinn, wenn wir uns gegenseitig anheizen — ich weiß schon, Herr Kollege Pichler, vor zwei Jahren ist es uns so gegangen, da haben wir den Blödsinn unserer Regierung vertreten müssen. (Heiterkeit.) Da bin ich Ihnen ja gar nicht böse deswegen.

Meine Damen und Herren, es hat mich heute mit Befriedigung erfüllt, als der Gewerkschaftsfunktionär Loidl sagte, auch er sei für die duale Ausbildung. Daß wir uns immer an die neue Zeit anpassen müssen, ist selbstverständlich. Ich erinnere mich, es liegt ein paar Jahre zurück - ich war mit Herrn Kollegen Bammer im Auftrage des Berufsschulbeirates in Stockholm und der dortige Stadtrat hat uns die schulmäßige Ausbildung von Lehrlingen vorgeführt. Am meisten von allem hat mir der Ausspruch dieses Mannes imponiert, der sagte, meine Herren, wir haben einen Weg versucht, müssen aber zugeben, daß es der falsche war. Ich glaube, ich irre mich nicht; wir waren in einer Fleischhauerschule, und Groß-Stockholm hat eine Einwohnerzahl von 1,2 Millionen Menschen, dort wurden für die Großstadt 12 Fleischhauer ausgebildet. Auf die Frage, wie ist das dann mit der Versorgung der Bevölkerung, hat uns der gleiche Herr erklärt, ja, wenn die Urlaubszeit kommt, kaufen wir uns Knäckebrot und zwei Monate kommen wir auch damit durch. Ich wüßte nicht, was unsere Bauarbeiter dazu sagen würden, wenn sie auf der Baustelle Knäckebrot bekommen würden. Die würden in den Streik treten. Ich meine, man soll Gutes, wenn es sich erwiesen hat, versuchen zu erhalten. Und wir sollen Neues mit dem Guten verbinden, und das wollen wir doch gemeinsam. Also versuchen wir doch, diesen Weg gemeinsam zu gehen, weil es doch darauf ankommt, daß die Jugend einst diesen Platz im Wirtschaftsprozeß einnimmt, den wir zur Zeit ausfüllen. Es kann nur in unserem eigenen Interesse sein, daß diese Jugend gut ausgebildet wird.

Der Steiermärkische Landtag — und dafür möchte ich jetzt Dank sagen — hat in den Budgets der letzten zehn Jahre bewiesen, daß die Ausbildung unserer Lehrlinge kein Lippenbekenntnis ist, er hat Summen dafür zur Verfügung gestellt, und ich glaube, wir haben diese Summen gut angelegt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Prof. Jungwirth. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst gestatten Sie mir auch eine Außerung zu den Schulbüchern, nicht polemisch, sondern mit meinem ganz naiven Lehrerverstand. Aus der Erfahrung weiß man, daß ein Schulbuch im Durchschnitt ungefähr drei Jahre hält. Es gibt welche, die stärker benützt werden, in die man öfter hineinschaut und andere, die weniger stark benützt werden. Ein Rechenbuch hält weniger lang und ein Religionsbuch hält länger. Es gibt nun fast an jeder Schule eine Schülerbibliothek

oder eine Schülerlade, und dort, wo es keine gibt, kann man eine solche einrichten. Es würde nun genügen, diese Schülerladen einmal im Herbst vollzustopfen, so daß wirklich jeder Schüler alle Bücher bekommt. Das würde bedeuten, daß der Verwaltungsaufwand geringer wäre, denn man müßte nur mehr nachschaffen, also im Durchschnitt jedes dritte Jahr. Und nach Adam Riese würde die ganze Aktion nur ein Drittel kosten, und jeder hätte trotzdem seine Bücher. Ich verstehe bis heute nicht, warum man nicht diesen Weg gewählt hat, bei dem man sich eine Menge Geld erspart hätte. (Abg. Pölzl: "Weil man nicht wirtschaften kann bei der Regierung!" — Abg. Marczik: "Das ist der Schlendrian!") Unter der Voraussetzung, daß sie -wie angenommen wird - nur 600 Millionen Schilling kostet, hätte man 400 Millionen Schilling erspart, womit man wiederum einiges hätte tun kön-

Zur Gruppe 2 nur zu einigen Punkten, die mich betreffen und die auch in der Diskussion zum Teil angesprochen worden sind.

Zuerst zu den Kindergärten. Meine Damen und Herren, es ist ja bekannt, daß die vorschulische Erziehung sehr stark ins Gespräch gekommen ist. Wie sieht die Problematik in der Steiermark kurz formuliert aus? Das Gefälle, das schon angedeutet worden ist, zwischen besser und weniger gut versorgten Städten und Bezirken ist auffallend stark. Es hat nun das Land begonnen, die Kindergärten in den letzten Jahren stärker zu fördern, als das vorher der Fall gewesen ist. Wir werden im Budget des Jahres 1973 9 Millionen Schilling haben. Das wäre an und für sich Anlaß zur Freude oder zur Genugtuung, wenn man weiß, daß z. B. im Jahre 1970, als ich die Ehre hatte, zum ersten Mal in diesem Landtag aufzutreten, unter derselben Post erst eine Summe von 800.000 Schilling ausgewiesen wurde. Auf der anderen Seite aber kein Selbstbetrug. Berechnet man nämlich die reinen Personalkosten, die derzeit in den steirischen Kindergärten anfallen, dann kommt man auf eine Summe von rund 65 Millionen Schilling. Was sind also die Hauptprobleme, wenn uns an einer Entwicklung des Kindergartenwesens liegt?

- 1. Die Frage der Kindergärtnerinnen. Hier wurde schon eine richtige Zahl in der Diskussion genannt. Wenn man eine Zielvorstellung formuliert, und mit einer muß man beginnen, um rechnen zu können, bis 1980/81 sollten, sehr optimistisch gesprochen, 50 % der Drei- bis Fünfjährigen einen Kindergartenplatz bekommen. Dazu würde man 1600 Kindergärtnerinnen benötigen. Dazu genügt schon einmal der Ausstoß der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalten in der Steiermark nicht. Das ist das Problem Nummer eins.
- 2. Die Bauten. Wir haben eine Kostenschätzung gemacht und sind von der Annahme ausgegangen, daß bei derselben Zielvorstellung die Hälfte der notwendigen Kindergärten neu errichtet werden müßte und die Hälfte durch Adaptierungen der schon bestehenden Bauten aufgenommen werden könnte. Unter dieser Voraussetzung und mit Baupreisen von Mitte 1972 würden bis zum Jahr 1980/81 613 Millionen Schilling in der Steiermark benötigt. Die Personalkosten würden sich auch wei-

ter entwickeln. Mit der Zielvorstellung, die ich schon formuliert habe, würden die reinen Personalkosten ohne Sachaufwand im Jahre 1980 ohne Valorisierung der Gehälter 160 Millionen Schilling betragen.

Es liegen also Zahlen und Daten auf dem Tisch. Wir wissen es sehr zu schätzen. Wir alle, die sich um diese Problematik kümmern, die sich als Träger dafür einsetzen, seien es Gemeinden, seien es private Träger, vor allem die katholische Kirche, oft auch in gemeinsamen Projekten. Wir können aber in der jetzigen Phase sagen, wir sind in einer Aufbruchsphase, wo wir vom Land aus gesehen nur Anreize geben können, Anreize für Bauten und zu einem gewissen Grad auch für die Bezahlung des Personals. Ich glaube, das Wesentliche aber ist, daß hier ein Bewußtseinsprozeß oder ein Meinungsbildungsprozeß eingesetzt hat in den letzten Jahren und daß es jetzt möglich geworden ist, über das Kindergartenwesen leidenschaftslos zu sprechen. Es wird in allernächster Zeit die politische Frage auf dem Tisch liegen, wieviel geleistet werden kann, wie ergiebig die Melkkuh Land ist. Je größer diese Melkkuh ist, desto mehr wird sich natürlich der zuständige Referent freuen.

Zu den Pflichtschulen, soweit sie mein Referat betreffen. Vier Schwerpunkte wurden bereits angedeutet, vier Schwerpunkte unserer Arbeit, der Reorganisation des Schulwesens.

- 1. Die Auflassung einklassiger Volksschulen. Wir haben derzeit noch 56 zum Teil in ganz extremen Lagen, wo ganz sorgfältig geprüft wird, ob es menschlich zumutbar ist, diese Schule aufzulassen. Es wird nichts vom Grünen Tisch mit einem Federstrich erledigt.
- 2. Die Auflassung der Oberstufen. Auch hier gibt es selbstverständlich Härten. Aber hier hat es eine echte Bildungssackgasse gegeben. Es gibt eine statistische Untersuchung für ganz Osterreich aus dem Jahre 1969/70, wo man festgestellt hat, daß von den Abgängen der Volksschuloberstufen einer von hundert in eine weiterführende höhere Schule gekommen ist. Das war eine echte Bildungssackgasse, und es ist sicherlich pädagogisch und in jeder anderen Hinsicht notwendig und vertretbar geworden, hier abzubauen. Dieser Abbau geht sehr schnell vor sich. Ich möchte das nur durch einen Vergleich demonstrieren:

Oberstufe 1969/70, also vor drei Jahren, in der Steiermark 21.800 Schüler. In diesem Schuljahr sind es nur mehr 3100. Es ist also aus sieben Schülern binnen drei Jahren ein einziger Oberstufenschüler geworden. Und hier nun die Folge, das Problem der Sonderschule, das auch bereits angedeutet wurde.

3. Schwerpunkt: Sonderschule. Ein Problem, das eigentlich mit dem Namen beginnt, das wissen wir auch. Aber es gibt sicherlich noch vordringlichere Fragen, als dieses Gesetz in Wien zu novellieren. Wir haben derzeit in der Steiermark 18 selbständige Sonderschulen und noch eine Menge Sonderschulklassen, im ganzen jedenfalls 4400 Sonderschüler. Aber, meine Damen und Herren, ich muß auf eines hinweisen: Die Frage ist noch nicht beantwortet, wie ist der beste Weg in die Zukunft? Sie ist noch nicht ganz eindeutig beantwortet. Es

steht fest, daß an Sonderschulen zusammengeworfen werden: Kinder, die organisch nicht befähigt sind zu einer anderen Schulbildung, die es nicht schaffen, mit dem Köpfchen nicht schaffen, und andere, die aus milieubedingten Störungen heraus nicht genügend lernfähig sind. Es ist nicht zu begrüßen, wenn diese zwei Kategorien zueinander geworfen werden. Die Internationale Diskussion - da geht es uns halt wie überall in Bildungsfragen: Die Fachleute verlassen uns. Denn es steht Meinung gegen Meinung. Man spricht von der Wissensexplosion. Wenn man allein die Pädagogik hernimmt, möchte man sagen, es ist bloß eine Meinungsexplosion. Die einen sagen, und das geht quer durch Staaten und guer durch Himmelsrichtungen, die einen sagen, für diese benachteiligten schwächeren Kinder sei es besser, sie zu separieren, zu trennen, zu isolieren und in einer Sonderklasse besonders zu behandeln. Die anderen sagen nicht isolieren, denn da würden sie erst recht zu Außenseitern der Gesellschaft, sondern integrieren, hereinholen in die normale Klasse und dort mit den richtigen Methoden behandeln. Das sagen die Erfahrungen, das sagen die Wissenschaftler — das ist der Widerspruch, bei dem man in der Bildungspolitik, nicht nur bei der Sonderschule, steht. Auf das möchte ich hinweisen und ich muß sagen, auf Grund dieser besonderen Situation haben wir eine Untersuchung eingeleitet in der Steiermark, der pädagogische psychologische Schuldienst ist hier eingesetzt worden, um diesen Dingen in den Sonderschulen noch genauer auf den Grund zu gehen und zu sehen, in welchem Maße ist es wirklich notwendig, das Sonderschulwesen zu erweitern und zu vergrößern.

Viertens und letztens zur Frage der Hauptschulen: Es war ein wesentlicher Punkt in der Reorganisation des Pflichtschulwesens in den letzten Jahren, das Hauptschulnetz in der Steiermark möglichst dicht zu gestalten. Wir haben 183 mit rund 65.000 Schülern. Es sind alle zweizügig, also alle differenziert. Darauf geht auch dieses Schulmodell zurück, von dem früher von einem der Herren Abgeordneten gesprochen worden ist. Mit der achtklassigen Schule war natürlich keine achtklassige Volksschule gemeint, sondern eine vierklassige Hauptschule mit den beiden Klassenzügen.

Hauptaufgabe: Frage der Pflichtschulsprengel, ihre Errichtung und ihre Erweiterung. Wir haben im Jahre 1972 dreiviertel der Hauptschulen bereits mit einem großen Pflichtschulsprengel bedacht. Und wenn jetzt die Frage auftaucht, wir möchten noch mehr Hauptschulen, dann muß ich darauf antworten, das Land stimmt einem Antrag zu, das Land kann ja nicht selber errichten, es müssen Voraussetzungen gegeben sein, dazu gehört die Schülerzahl. Es müssen 240 Schüler vorhanden sein. Bitte das zu bedenken und zu überlegen. Die Regierung kann die Hauptschule errichten, aber die Kinder machen müssen die Bezirke selber.

Was die Standortfragen betrifft, so stehen wir bei unseren Erhebungen derzeit so weit, daß wir sagen, an drei Punkten der Steiermark würde sich noch leicht eine Hauptschule errichten lassen, was die Schülerzahlen betrifft: im Raume nördlich von Leibnitz, im Raum von Ranten und im Raum von Landl. Dies ist der derzeitige Stand unserer Erhebungen. Die zuständige Abteilung -- das muß ich zur Klärung sagen — kann bei der Projektierung bzw. bei der Kommissionierung nur nach den pädagogischen und hygienischen Standpunkten vorgehen. Wir werden nicht Bürgermeistern Vorhaltungen machen, die vielleicht Schulen gegründet haben, dort, wo sie nicht oder nicht ganz notwendig sind. Auch sie sind der begrenzten Vorausschaubarkeit von Dingen wahrscheinlich erlegen. Wir haben auch eine Schulraumerhebung gemacht. Darüber wurde gesprochen. Sie liegt auf dem Tisch. Aufwandsbedarf nach dem Baukostenindex 1971 1,2 Milliarden Schilling, das konnte errechnet werden. Aber wir können natürlich nicht mit Sicherheit sagen, ob diese Vorausschau jetzt wirklich stimmt. Wir können ja nicht die berufliche Mobilität bis zum Jahre 1980/81 vorhersehen. Es könnte ja auch passieren, daß den Frauen die Pille nicht mehr schmeckt. dann stimmen unsere Berechnungen auch nicht mehr. Diese begrenzte Vorausschaubarkeit bitte ich immer wieder zu bedenken. Wir werden unsere Konzepte nicht starr halten können, sondern nur flexibel und so gehen wir auch vor.

Zur Frage der Lehrer, auch das ist angedeutet worden: Die Situation entspannt sich leicht, die pädagogischen Akademien sind ja wahre Lehrerfabriken geworden, sie speien nur so die Lehrerbrigaden aus, im Jahre 1972 waren es 403, die in Graz absolviert haben. Der Fehlbestand laut Dienstpostenplan ist rund 1600, er könnte also bei einer normalen Entwicklung im Jahre 1975/76 behoben sein.

Wir sind aber auf ein Problem gekommen, das ist noch bezogen auf das Thema Lehrer: Es war schon bekannt, aber wir sind den Dingen jetzt noch genauer auf den Grund gegangen. Es handelt sich um die geprüften Hauptschullehrer. Im Mai 1972 waren nur 41 % der steirischen Hauptschullehrer wirklich geprüft, ein Teil teilgeprüft und 32 %, also ein Drittel, noch ganz ungeprüft. Das ist sicherlich ein ganz besonderes Problem. Es wurde daher die Budgetpost der Lehrerfortbildung aus diesem Grund besonders stark aufgestockt für das Jahr 1973, weil wir im Zusammenwirken mit dem Pädagogischen Institut diesen Schwerpunkt der Hauptschullehrerbildung im Jahre 1973 forcieren werden. Ähnliches gilt auch bei den Kindergärtnerinnen, wo die Frau Abgeordnete Bischof einen Fall angesprochen hat. Wir können mit Sicherheit vom Land aus nie vorausberechnen, wie viele Kindergärtnerinnen zu Fortbildungsveranstaltungen kommen, es sind ja nicht unsere Landeskindergärtnerinnen, sie müssen ja beurlaubt werden usw. Wir können hier nur Richtsummen einsetzen, im Jahre 1972 waren diese tatsächlich zu knapp bemessen, wir haben aber für 1973 diese Summe um 50 % auf 150.000 Schilling aufgestockt.

Die Schulversuche in Schladming und Mureck: Schladming wurde schon besprochen, es ist sicherlich ein zukunftsweisender Versuch, es ist nicht der einzige in ganz Österreich, aber es ist sicherlich einer der besten. Ganz besonders wesentlich ist, daß wir die Fortsetzung konstruieren mit einer anderen Schule, der diesbezügliche Antrag liegt bereits in Wien.

Das Privatschülerheim des Schiverbandes wird subventioniert, aber das ist natürlich nur ein Provisorium. Wir werden darangehen, das zehnte Landesschülerheim als Serviceleistung des Landes in Schladming einzurichten.

Ein Wort noch zu Mureck, weil auch diese Post neu im Budget 1973 aufscheint: Es handelt sich um eine sogenannte dreijährige Fachschule für Sozialarbeit für Mädchen und Burschen, wenn derzeit auch nur im ganzen 58 Mädchen die Schule besuchen. Es ist dies ein neuer Schultyp, der aber bereits in der 5. Schulorganisationsnovelle verankert ist. Es finden jetzt gerade Verhandlungen in Wien statt, im Dezember. Man will die Lehrziele der drei bestehenden Schulversuche dieser Art aufeinander abstimmen. Das sind die Caritas-Vorschulen, eine Fachschule für humanitäre Frauenberufe in Wien und unser Murecker Modell. Es ist sicherlich auch dieser Versuch eine Leistung, die neue Ausbildungschancen im ländlichen Raum bietet und auch ein Stück Grenzlandförderung. Mit dem Bau soll Mitte April 1973 begonnen werden.

Soweit zu einigen Einzelheiten aus der Organisation und Reorganisation des Pflichtschulwesens in Steiermark. Auch ich möchte in dieselbe Kerbe schlagen wie Kollege Peltzmann: Wenn wir nämlich, die wir immer wieder mit diesen Fragen befaßt sind, der Lehrer genauso wie der Politiker, in das Ausland sehen, um dort Erfahrungen zu sammeln, da muß ich sagen, hat es manches Mal einen Vorteil, daß die Bildungslawine, die in den sechziger Jahren losgetreten worden ist, in Österreich eine langsame Lawine ist, die uns dazu bringt, daß wir nicht immer jede Schulmode mitmachen. Es war sehr informativ, mit gewissen Referenten der Steirischen Akademie 1972 aus der Bundesrepublik zu sprechen, die ihre Vorstellungen entwickelt haben, die aber selber — wenn man in der Diskussion auf den Grund gegangen ist gesagt haben letzten Endes, wir wissen, daß wir nichts wissen. Gerade vor kurzem hatte ich Gelègenheit, sowohl in Jugoslawien als in Ungarn über die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen zu sprechen. Die Antworten auf meine Frage von Leuten, die, wie ich glaube, offen gesprochen haben, waren: Wir sind nicht sehr zufrieden, wir möchten darangehen zu differenzieren. Wir möchten nicht gleichschalten, sondern differenzieren, denn es zeigt sich, daß der "gleiche" Lehrplan für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht richtig ist.

Wie man jetzt zu Schulversuchen stehen mag und wie das Ergebnis lauten mag: Ich glaube, es wird nur eine Form richtig und tragbar sein am Ende, wenn wir nur von den Zehn- bis Vierzehnjährigen sprechen, nämlich eine Form, die so differenziert ist, daß der Schwächere gefördert und der Stärkere gefordert wird. Ich glaube, das wird das Endziel der Entwicklung sein müssen, wenn es uns mit unserem Schulsystem gut gehen soll.

Ich möchte am Schluß sagen, daß wir grundsätzlich als Österreicher immer gegenüber dem Ausland Minderwertigkeitsgefühle haben. Wir brauchen sie, glaube ich, nicht zu haben, was unser Schulsystem betrifft. Wir brauchen sie auch nicht in der Steiermark zu haben und ich möchte auch danken, nicht nur den Abgeordneten, die dem

Budget zustimmen wollen (Abg. Pölzl: "Müssen!"), sondern auch den Beamten, denn die zuständige Abteilung, die diese Organisation und diese Reorganisation betreibt, ist im Grunde genommen eine Zwergabteilung, die mit sehr wenigen Beamten sehr viel leistet. Zug um Zug geht die Reorganisation weiter. Wir wollen dabei den Menschen nicht vergessen, der davon betroffen wird, in der Familie, im ganzen Land. In diesem Sinne wollen wir auch weiterarbeiten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich habe die Anordnung erlassen, daß während der Sitzung keine Tageszeitungen ausgeteilt werden. Ich habe das gemacht im Interesse der Aufmerksamkeit, die dem einzelnen Redner gebührt. Wir sind hier, um zu hören und zu sprechen. (Beifall.) Ich möchte darauf hinweisen, daß es sich bei dieser Anordnung nicht um eine Frage der Quantität, sondern um ein Prinzip gehandelt hat. Ich bitte, sich das zu merken.

Es liegen zur Gruppe 2 keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Ritzinger: Ich wiederhole meinen Antrag, der Gruppe 2 in ihren Ansätzen die Genehmigung zu erteilen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag und damit die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3 — Kulturwesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Voranschlagsgruppe 3 — Kulturwesen weist die Abschnitte Wissenschaftspflege, Kunstpflege, Volksbildung, Heimatpflege mit Naturschutz, Archiv, Rundfunk und Filmwesen auf. Die Gesamteinnahmen sind mit 5,562.000 Schilling, die Gesamtausgaben mit 156,615.000 Schilling veranschlagt. Der Zuschuß des Landes beträgt somit 151,053.000 Schilling. Die Ausgaben sind gegenüber 1972 um 15,5 % gestiegen, die Einnahmen dagegen um 4 % gesunken. Schwerpunkt in dieser Gruppe sind die Musikschulen, Musikpflege mit 53,727.000 Schilling, das ist ein Plus von 16,5 % gegenüber dem Vorjahr, Volksbildung mit 5,679.000 Schilling plus 21 % gegenüber den Vorjahrsansätzen und Denkmalpflege mit 6,222.000 Schilling weist sogar eine 290/oige Steigerung auf. Aus diesen Zahlen sehen Sie die Bereitschaft des Landes Steiermark, auf breitester Basis eine Förderung der Kultur vorzunehmen. Der Finanz-Ausschuß hat diese Gruppe beraten, und ich stelle in seinem Namen den Antrag, der Landtag möge diese Ansätze genehmigen.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Ich bin eigentlich zu meiner Wortmeldung angeregt worden bei der Durchsicht der verschiedenen Budgetposten der Gruppe 3, wo mir zwei Begriffe ins Auge gestochen haben, die eigentlich in meinen jungen Tagen für mich eher eine Provokation gewesen wären, nämlich der Begriff Naturschutz und Denkmalschutz. Wenn man ein wenig nachdenkt, muß man feststellen, daß es wenige Begriffe gibt, die in der letzten Zeit eine solche Wandlung in ihrem Verständnis erfahren haben wie gerade diese beiden. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß in der heutigen Zeit kaum ein Problem so tief ins Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen ist und ein solches Echo gefunden hat wie gerade die Frage der lebendigen Gestaltung unserer Umwelt. Vielleicht hängt es auch damit zusammen, daß in dieser Frage an die Wurzeln unserer menschlichen Existenz gerührt wird, wenn es darum geht, diese Lebensgrundlagen zu erhalten, die vielleicht heute stärker bedroht sind als je zuvor. Und diesem Weg ist eigentlich die Erkenntnis zugrunde liegend, daß die nachteiligen Auswirkungen der Bedrohung unserer Umwelt das Ergebnis eines bedenkenlosen, um nicht zu sagen schrankenlosen Gebrauches der Natur, man könnte auch sagen, des Mißbrauches sind. Es ist mir in lebhafter Erinnerung, daß Professoren an der Hochschule uns immer wieder den Unterschied des Wirtschaftssystems der Landwirtschaft zwischen Amerika und Europa einzuprägen versucht haben. Dabei wurde herausgestrichen und das, glaube ich, ist heute ja besser verständlich aus der Sicht der letzten Jahre — daß nicht der Verbrauch, sondern die Nachhaltigkeit das bestimmende Element der Natur und der Kultur sein muß. Diese nachteiligen Auswirkungen etwa der Bedrohung unserer biologischen Lebensgrundlagen, überhaupt unserer Lebensgrundlagen schlechthin, werden dort am stärksten spürbar, wo die Verdichtung des Zusammenlebens der Menschen am stärksten gegeben ist, nämlich im industriellen und städtischen Bereich. Und damit im Zusammenhang ist vielleicht auch verständlich, daß neben der Umweltproblematik in jüngster Zeit vor allem auch das Problem der Stadt mehr in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt ist, und zwar deshalb, weil die Qualität des Lebens in diesen Verdichtungszonen am stärksten gestört und gefährdet ist. In diesem Zusammenhang kann man eigentlich von einer völligen Umkehr der Entwicklung in dem Sinn sprechen, daß aus einer Landflucht allmählich eine Stadtflucht geworden ist, die die Probleme dieser Stadt damit nicht löst, sondern sie in den ländlichen Raum hineinschiebt. Es ist eine Flucht aus der Unwirtlichkeit der Stadt, um einen Begriff des Soziologen Mitcherlich zu verwenden, eine Flucht aus der Anonymität, eine Flucht aus eigentlich immer ungünstiger werdenden Lebensbedingungen, ob es sich nun um die Luft, um den Lärm um die Hektik, um die Hast handelt, denen wir heute alle ausgesetzt sind. Letztlich steht hinter dieser Stadtflucht eigentlich eine Utopie im Sinne einer Sehnsucht nach einer unberührten Landschaft, nach einer Natur, die nicht durch den menschlichen Zugriff verunstaltet worden ist, eine Sehnsucht nach Ruhe, nach Grün, nach Wiese, nach

Erholung. Eigentlich ist es eine Flucht ins Traumland, und zwar deshalb, weil in dem Maß die Unmittelbarkeit, die Unberührbarkeit dieser Natur verlorengeht, als eine immer größere Zahl von Menschen in diesen Raum hinein vorstößt und dazu beiträgt, die Probleme der Stadt auf das Land hinauszutragen. Damit sind wir bei einem Problem, das auch heute schon mehrmals in diesem Hohen Haus zur Diskussion gestellt worden ist, bei der Frage der Raumordnung, der Zersiedelung unserer Landschaft. Ich glaube, daß der Vorwurf, der dem Eigenheimbauer in diesem Zusammenhang immer wieder gemacht wird, ein wenig an der Wirklichkeit vorbeigeht, weil man eine Entwicklung, wie etwa den Trend zum eigenen Haus, zum eigenen Heim draußen im Grünen, nicht wegdiskutieren kann, weil dieser Trend zum eigenen Heim eine Reaktion auf die geringe Lebens- und Wohnqualität unserer Städte darstellt. Meine Damen und Herren, wenn Sie gezwungen sind, in solchen Stadtrandsiedlungen in teilweise ungünstigen Lebensverhältnissen zu wohnen, wenn Sie das Familienleben von vier Stockwerken im eigenen Haus miterleben, wenn Sie die Kinder nicht in den Rasen hineinlassen dürfen, weil er nicht zu betreten ist, und wenn Sie miterleben müssen, wie junge Menschen der Gefahr der Straße und der schlechten Luft ausgesetzt sind, dann glaube ich daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Frage der Raumordnung sicherlich durch ein Gesetz lösbar ist, aber nicht nur durch ein Gesetz. Diese Frage ist letztlich nur lösbar, wenn man versucht, die Probleme an der Wurzel anzufassen. Das heißt, daß man nicht den Eigenheimbauer behindert, sondern versucht, Wohnformen zu entwickeln, die etwa die Wohnqualität des Eigenheimes zu ersetzen ver-

Und damit bin ich bei einem Problem, mit dem ich mich ein wenig beschäftigen möchte: bei der Frage der Qualität unserer Städte bzw. einer kritischen Analyse unserer heutigen Stadt. Ich glaube, daß wir hier drei Punkte herausheben müssen. Wenn wir die Entwicklung unserer Städte im letzten Jahrhundert verfolgen, so können wir feststellen, daß die eigentlichen Kernregionen, die Citys, die Altstädte, also jener Bereich unserer Städte, von dem man sagt, ich gehe in die Stadt hinein, daß diese Kernregionen ihrer eigentlichen Funktion mehr und mehr entfremdet werden, daß sie in Gefahr sind, ihrer ursprünglichen Funktion entkleidet zu werden, nämlich ihrer Funktion, Zentrum des Wohnens, des Lebens, der Kultur, des Gewerbes, des Handels, aber auch der Begegnung zu sein. Heute erleben wir, daß gerade diese Kernbereiche — dafür ist auch Graz ein recht gutes Beispiel — allmählich durch eine sogenannte Überfunktionalisierung, das heißt durch Funktionen überfordert werden, die ihrem ursprünglichen Zweck gar nicht entsprechen. Banken, Versicherungen, Großkaufhäuser, Büros — alle jene Verwaltungseinrichtungen, die vielleicht von der Ertragslage her, von der Kapitalkraft, in der Lage sind, hohe Kosten zu tragen, verdrängen die ursprüngliche Funktion, die Wohnfunktion. Die Wohnung verschwindet mehr und mehr aus diesem Stadtkern. Es kommt vielleicht auch noch dazu, daß gerade

diese Altstädte in der Qualität der Wohnungen weitgehend zurückgeblieben sind und daher mehr oder minder die Wohnfunktion in den Hintergrund gedrängt wird. Ein gutes Beispiel gibt uns eine Untersuchung aus dem Altstadtkern von Klagenfurt, die aufgezeigt hat, daß sich in der Altstadt von Klagenfurt ein sehr hoher Anteil von verwitweten Frauen über 50 Jahren befindet. Wenn Sie die etwas über 1000 Einwohner dieser Kernregionen nach ihrer soziologischen Herkunft untersuchen, dann können Sie feststellen, daß das soziologische Bild in keiner Weise jenem der beruflichen Zusammensetzung der übrigen Bevölkerungsschichte entspricht. Es gibt ein Übergewicht von Pensionisten und Rentnern. Es wird der Mensch mehr oder minder aus diesen Kernbereichen abgedrängt und damit die ursprüngliche Funktion desselben, nämlich lebensvolles Zentrum zu sein, abgeschwächt.

Ich darf Ihnen das am Beispiel Graz auch noch kurz aufzeigen, und zwar an Hand einer Untersuchung, die Prof. Wurzer im Zusammenhang mit dem Grazer Flächennutzungsplan gemacht hat. Hier wird die Überfunktionalisierung des Kerngebietes an drei Beispielen deutlich ablesbar. Prof. Wurzer stellt fest, daß 40 % der im Handel Beschäftigten in der Stadt Graz ihren Arbeitsplatz im 1. und 2. Bezirk haben. Das heißt, daß Sie hier den tertiären Bereich übergewichtig vorfinden. Eine zweite Zahl, die interessant ist, ist die Abnahme der Wohnbevölkerung im 1. Bezirk um insgesamt 2423 Personen, das sind 20 %, innerhalb der letzten 14 Jahre. Die Untersuchung liegt schon einige Jahre zurück.

Der dritte Faktor steht im Zusammenhang mit dem ersten, mit der sogenannten Funktionsverlagerung: die sehr starke Zunahme des Individualverkehrs durch Zunahme der Verwaltungs- und Bürofunktionen. Wir haben im Kerngebiet von Graz nach den Erhebungen von Herrn Prof. Wurzer einen Fehlbestand von 4000 Abstellplätzen. Wahrscheinlich beträgt der Fehlbestand jetzt bereits 6000. Eine Folge der Funktionsverlagerung ist die Verödung der Kerngebiete, die zwar am Tag überbelegt, in der Nacht aber mehr oder minder ausgestorben sind. Es leben hier fast keine Menschen mehr und wenn, sind es infolge der schlechten Wohnqualitäten durchwegs ältere Menschen. Ein zweites Phänomen in diesem Zusammenhang ist das Entstehen von Massensiedlungen an den Stadtrandzonen. Diese bringen jedoch kein Heimatgefühl zustande, es fehlt an der entsprechenden Infrastruktur. Ich könnte Ihnen, auch von Graz her gesehen, eine Reihe von Beispielen aufzeigen, ich will es nicht tun. Es fehlt in derartigen Siedlungen an Gemeinschaftseinrichtungen, an Schulen, Kindergärten, Sportplätzen, Spielplätzen, Kulturzentren, aber auch an Geschäftszentren. Und das dritte Problem unserer Städte, das uns von der Raumordnung her stark berührt, ist die Ausuferung der Städte an den Randzonen, und zwar durch teppichartige Verbauung mit dem Einfamilienhaus. Hier erleben wir eine ähnliche Situation. Es fehlen die gewachsenen Kernstrukturen. Es fehlt die funktionelle Gliederung. Es gibt keinen Mittelpunkt der Siedlung. Es ist so, daß hier ganze Landstriche atomisiert besiedelt sind. Und jetzt komme ich zum dritten und

damit eigentlich zum letzten Punkt, nämlich zu der Frage: Wie können wir das Problem dieser Städte lösen?

Ich darf darauf hinweisen, daß wir heute einen Antrag auf Schaffung eines Altstadterhaltungsgesetzes für Graz eingebracht haben. Graz zählt zu den größten erhaltenen, aber auch zu den schönsten Altstädten Europas. Ich glaube, daß Graz sich durchaus mit Salzburg messen kann. Nur um einen Überblick zu geben, der eigentlich die Dimension dieser Landeshauptstadt aufzeigt: nach Untersuchungen des Denkmalamtes gibt es in Osterreich 176 Städte und Märkte mit einer historischen Bausubstanz. Etwa 16.000 Wohnhäuser in Osterreich weisen einen historischen Charakter auf. Die Größenordnung von Graz wird ersichtlich, wenn Sie sich die Untersuchung ansehen, die vor drei oder vier Jahren vom Referat für Stadtverschönerung gemacht wurde. Hier hat der frühere Abgeordnete Stöffler sich als sehr initiativ erwiesen. Bei der genannten Untersuchung, die zusammen mit dem Stadtplanungsamt, der Technischen Hochschule und der Höheren Technischen Lehranstalt sowie dem Landeskonservator durchgeführt wurde, wurde die Grazer Altstadt systematisch aufgenommen und dabei festgestellt, daß in diesem Kerngebiet insgesamt 850 kunsthistorisch sehr bedeutsame Fassaden vorhanden sind. Graz hat einen Altstadtkern, der überaus beachtlich ist. Es wurde im Rahmen dieser Bestandsaufnahme auch ein Bestandsplan für diese Altstadtobjekte mit Detailaufnahmen für insgesamt 16 sanierungswürdige Objekte erarbeitet. Eine hervorragende Grundlage für eine Altstadtpolitik in Graz, die nicht nur vom Gesichtspunkt des Fremdenverkehrs, sondern als kultureller Auftrag von höchster Bedeutung ist. Wie aber gerade die letzten Monate und Jahre zeigen, ist diese Altstadt, die zweifellos ein kulturelles Kapital darstellt, eigentlich ständig in Gefahr, von den früher genannten kapitalkräftigen Unternehmungen vereinnahmt zu werden. Es ist auch interessant, daß die Aktion "Rettet die Grazer Altstadt" eigentlich ein Echo gefunden hat, wie es kaum zu erwarten war. Es ist immerhin eine gigantische Leistung, wenn sich 80.000 Menschen für die Erhaltung dieser Altstadt aussprechen. Daß diese Altstadt bedroht ist, ist kein Schreckgespenst. Sie brauchen nur hören, welche wunderschönen Baubestände abgerissen werden und Versicherungen und dergleichen weichen sollen, abgesehen von den verschiedenen Garagenprojekten. Was ist jetzt zu tun? Ich möchte ganz kurz noch die wesentlichen Gesichtspunkte, die ein solches Gesetz zu erfassen hätte, skizzieren. Ich glaube, daß die Erfahrungen mit dem Altstadterhaltungsgesetz von Salzburg aus dem Jahr 1967 uns immerhin zeigen, daß ein solches Gesetz durchaus in der Lage ist, den erhaltenswerten Altbestand zu garantieren. Einer der Kernpunkte eines solchen Gesetzes muß es sein, den Bestand einer solchen Altstadt zu gewährleisten. Das wird dadurch erreichbar sein, daß man in einem solchen Landesgesetz, natürlich in Absprache mit der Stadtgemeinde Graz, versucht, jene Kerngebiete abzugrenzen, die es zu erhalten gilt. Es kann aber nicht nur darum gehen, den Altstadtkern im Stadtzentrum zu schützen, sondern wohl auch jene Bereiche,

die unter dem Begriff "Murvorstadt" zusammenzufassen sind, das ist das Gebiet um die Mariahilferstraße, Griesplatz und dergleichen.

Aber ich glaube, es wird auch notwendig sein, die eingemeindeten Vororte von Graz, die zweifellos sehr charakteristische Ortsbilder aufweisen, wie St. Peter, St. Veit, St. Martin, um nur einige aufzuzählen, in eine solche Schutzbestimmung hineinzunehmen wie auch selbstverständlich die Landschaftsschutzgebiete mitzuberücksichtigen, die da sind — um nur zwei zu nennen —, Schloßberg und Kalvarienberg. Eggenberg zählt natürlich auch dazu. Ein zweiter Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang wird es sein, den Schutz dadurch zu erreichen, daß alle Baumaßnahmen in diesen Gebieten unter eine über die Bauordnung hinausgehende Bewilligungspflicht gestellt werden. Im Rahmen dieses Verfahrens, das so rechtzeitig eingerichtet werden muß, daß nicht schon unabänderliche Fakten vorliegen, ist auch eine Gutachterkommission einzubauen. Gerade Salzburg hat uns gezeigt, daß diese Gutachterkommissionen eine Offentlichkeit zustande bringen, die echt in der Lage ist, einiges zu mobilisieren. Ein wesentlicher Gesichtspunkt, den wir mit aller Entschiedenheit vertreten müssen, ist, daß jene Objekte, die zum charakteristischen Bild einer Stadt gehören, mit einem Demolierungsverbot belegt werden, wobei es, das sei auch offen gesagt, nicht nur darum geht, den Fassadenschutz zustande zu bringen - das kann vielleicht die letzte Rettung sein. Die Salzburger Erfahrung zeigt uns, daß der Schutz der Fassade zu wenig ist, wenn nicht auch der dahinter stehende Baukörper oder in Graz — wenn Sie vom Schloßberg herunterschauen - die Dachlandschaft mit in diesen Schutz einbezogen wird. Aber das ist nur ein Gesichtspunkt, den man berücksichtigen müßte. Es geht aber nicht nur um das Konservieren, sondern um die Revitalisierung oder die Wiederbelebung. Das ist vielleicht der neue Gesichtspunkt. Das heißt, daß wir gerade in diesen Kerngebieten den Wohnwert selbst so verbessern, daß Menschen bereit sind, in diesen Gebieten zu leben. Ein erster Schritt ist sicherlich auch die Einführung einer Fußgängerzone, wenngleich da und dort noch einige Schönheitsfehler bestehen. Daß natürlich diese Revitalisierung dieser Kerne ein gigantisches finanzielles Problem darstellt, darf nicht übersehen werden.

Aber ich habe hier auch einige Zahlen, die belegt sind; allerdings aus dem Jahre 1970. In der Relation dürften sie auch heute noch einigermaßen stimmen. Diese Zahlen zeigen uns, daß im Kostenvergleich zwischen Abreißen und Neuaufbauen die Wiederbelebung, die Sanierung auch wirtschaftlicher ist. Und zwar wurde auch in dieser früher angeführten Klagenfurter Arbeit für die Stadt Klagenfurt ein Kostenvergleich angestellt, der gezeigt hat, daß die Kosten damals im sozialen Wohnbau bei 1200 Schilling je m² verbauter Fläche gelegen waren. Die Werte für die Sanierung von Altbeständen, die hier errechnet wurden, und zwar in Salzburg aus der Steingasse, lagen damals bei 1000 bis 1100 Schilling je m². Es ist dadurch der Altbestand in seiner herrlichen Qualität erhalten geblieben und der Wohnwert wiederhergestellt worden, und zwar mit durchwegs gleichen oder gerin-

geren Kosten. In Wien in der Blutgasse — das war auch ein damals durchgeführtes Sanierungsprojekt — haben die Kosten je m² 1000 Schilling betragen. Das heißt, daß eine Sanierung durchaus auch finanziell interessant sein kann und nicht nur zusätzliche Kosten verursacht. Ich glaube, daß das Wohnungsverbesserungsgesetz einen ersten sehr brauchbaren Schritt in diese Richtung hin abgegeben hat. Ich glaube aber auch, daß, wenn wir diese Fragen auf Sicht lösen wollen, wir nicht umhinkommen, doch einen eigenen Altstadtfonds einzurichten, das heißt einen Fonds, der speziell Zuschüsse für die Sanierung selbst ausweist. Ich könnte mir vorstellen, daß man eine ähnliche Lösung anstrebt wie in Salzburg, wo man einen Fonds installiert hat, der unter anderem aus Mitteln der Stadt Salzburg, des Landes und auch des Bundes getragen werden soll. Ich bin eigentlich schon am Schluß, möchte jedoch noch einen Gedanken in den Raum stellen: Vor wenigen Wochen war in Graz ein außerordentlich bedeutender Mann, der eigentlich von den Amerikanern der "Umweltarchitekt" genannt wurde - und zwar Gruen. Er hat im Rahmen eines Vortrages, wo er sich mit dem Problem der Stadt beschäftigte, eine fast unheimliche Perspektive entwickelt, wie die Stadt weitergehen könnte, wenn man gewisse Dinge nicht in den Griff bekommen sollte. In der städtebaulichen Diskussion der vergangenen Jahrzehnte ist ein Begriff immer wieder im Mittelpunkt gestanden, der von einem berühmten Architekten geprägt worden ist, der Begriff der autogerechten Stadt. Es gibt diese autogerechte Stadt in Amerika, sie ist zur Unmenschlichkeit ausgewachsen. Das, was wir brauchen, meine Damen und Herren, ist jene Stadt, die am Menschen den Maßstab genommen hat. Wir haben sie noch in Europa, wir befinden uns mitten drin. Ich glaube, daß sie in Gefahr ist, ich glaube auch, daß wir sie erhalten müssen. damit auch unsere Nachkommen einmal in dieser menschengerechten Stadt leben können, (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gross. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gross: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor ich mich mit anderen Fragen zur Gruppe 3 noch zu dieser späten Stunde beschäftige, möchte ich grundsätzlich noch einiges zum Steirischen Herbst sagen, vor allem zur Gestaltung des Plakates, welches in der Offentlichkeit stark diskutiert wurde. Nachdem in diesem Zusammenhang immer wieder auch der Osterreichische Gewerkschaftsbund zitiert worden ist, möchte ich klarstellen, daß dieses Plakat nicht von uns entworfen worden ist. Es war vielmehr der Versuch, einmal Arbeitnehmer auf diesem Gebiet für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Es mußte uns aber von vornherein klar sein, daß solche Bemühungen auch gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen, weil den Freizeitgruppen zugestanden worden ist, daß sie das Plakat selbst auswählen können und weder von den Organisatoren des Steirischen Herbstes noch von anderen Stellen darauf Einfluß genommen wurde. Es wäre nach meiner Meinung ganz zwecklos, wenn man heute lange Diskussionen darüber führen würde, ob dieses Plakat seinen Zweck erfüllt hat oder nicht. Auf alle Fälle hat man eines damit erreicht, daß sich breitere Kreise der Offentlichkeit als bisher mit dem Steirischen Herbst beschäftigt haben. Damit will ich nicht sagen, daß das immer im positiven Sinne der Fall war. Die Pressekommentare würden eher dagegen sprechen. Aber ich glaube, man sollte auf diesem Gebiet auch den Mut zu Experimenten haben. Über Kunst und künstlerische Gestaltung gibt es in unserer Gesellschaftsordnung so viele verschiedene Auffassungen, daß uns auch negative Stellungnahmen nicht abbringen sollen, neue Wege zu versuchen, um noch mehr Menschen unseres Landes mit dieser großen kulturellen Aktivität der Steiermark zu konfrontieren.

Im Zusammenhang mit dem Steirischen Herbst möchte ich auch etwas zur Steirischen Akademie sagen: Man konnte nicht erwarten, dafür breitere Kreise der Bevölkerung zu gewinnen und gerade das müßte unser Hauptanliegen sein, den Steirischen Herbst bzw. die Akademie aus einer gewissen Exklusivität, die meiner Meinung nach noch immer besteht, herauszubringen. Vielleicht sollte man sich in diesem Zusammenhang auch überlegen, ob es nicht schon bei der Programmerstellung zweckmäßig wäre, Vertreter von Organisationen heranzuziehen, die wesentliche Gruppen unserer Bevölkerung vertreten. Das muß nicht gleichbedeutend sein mit einem geistigen Abfall oder einer negativen Auslese, wenn man hier gewisse Konzessionen gegenüber unseren Mitbürgern macht. Ich glaube allerdings nicht, daß man der Steirischen Akademie einen guten Dienst erwiesen hat, als man auf die Ablehnung einer Landesausstellung vor diesem Landhaus hier mit einem Schreiben an alle Vortragenden, auch an ausländische, reagierte und vom bornierten Politikerveto sprach. Es ist einzig den verantwortlichen Stellen im Land Steiermark und in der Stadt Graz zu danken, daß die in diesem Schreiben angekündigte Aktion, die praktisch auf eine Blockierung des Verkehrs in der Innenstadt von Graz hinausgeführt hätte, nicht durchgeführt werden konnte. Ich glaube auch nicht, meine Damen und Herren, daß es sehr geschickt ist, Fragen der Bildung in einer solchen Form unter die Menschen unserer Landeshauptstadt zu tragen und diese gleichzeitig mit einer Aufforderung zu verbinden, bei einer anschließenden Fahrt ins Weinland diese "schröcklichen" Ereignisse zu vergessen. Ich versäume es bewußt, hier zu erwähnen, von wem dieses Schreiben verfaßt wurde. Ich sehe es als einen Übergriff an, den ein Bediensteter für sich allein nicht verantworten kann, aber für uns soll damit diese Frage auch abgeschlossen sein. Fragen der Kultur sollen nämlich unserer Meinung nach doch sachlicher und ernster behandelt werden.

In den letzten Tagen wurde von einigen Zeitungen bekanntgegeben, daß die Absicht bestünde, im Park des Schlosses Eggenberg ein Gebäude zu errichten, wo die Teilnehmer an den Management-Kursen untergebracht werden sollen. Ich halte persönlich den Standort eines solchen Gebäudes für verfehlt, weil man damit einer der schönsten Parkanlagen, die unsere Stadt besitzt, durch diesen ge-

planten Bau sicherlich vieles von ihrer Atmosphäre und ihrer Anziehungskraft für die Bevölkerung nehmen würde. Soweit mir bekannt ist, soll es hier derzeit noch keinen grundsätzlichen Beschluß der Regierung geben, das gilt auch für die Frage des Standortes. Man müßte daher fragen, warum in diesem Stadium einem Architektenbüro bereits ein Auftrag erteilt worden ist. Man muß sich aber weiters die Frage stellen, ob im Hinblick auf die Management-Kurse, die ja nur in gewissen Intervallen stattfinden, ein solches Vorhaben überhaupt gerechtfertigt erscheint. Wir wissen alle genau, daß die Baugenehmigung für ein Lokal, welches vor dem Schloß Eggenberg errichtet worden ist, davon abhängig gemacht wurde, daß dieses Lokal gleichzeitig auch eine entsprechende Bettenanzahl miteinkalkuliert. Ich glaube nicht, daß dieser geplante Bau sehr zweckmäßig sein wird. Man sollte sich diese Dinge sehr genau überlegen und prüfen, ob die finanziellen Mittel des Landes nicht zweckmäßiger verwendet werden sollen. Im konkreten Fall meine ich zum Beispiel für eine verstärkte Förderung der Erwachsenenbildung, die erfreulicherweise einen immer größeren Umfang annimmt und wo ein absolut steigender Trend bei den Besucherzahlen festzustellen ist. Daß bei der Erwachsenenbildung die berufliche Weiterbildung einen immer breiteren Raum einnimmt, ist begrüßenwert, weil wir durch eine bessere berufliche Qualifikation nicht nur den Menschen helfen, sondern der Wirtschaft jene Fachkräfte zur Verfügung stellen, die sie so notwendig braucht.

Wir sollten daher — um nur ein Beispiel aus unserer Landeshauptstadt zu nehmen - auch alles tun, um hier den Bestand unserer Abend-Handelsakademie im Rahmen der Urania zu sichern, die derzeit meiner Meinung nach ernsthaft gefährdet erscheint. Es ist sicherlich sehr zu begrüßen, daß nach jahrzehntelangen vergeblichen Bemühungen der Erwachsenenbildungsorganisationen nunmehr ein Gesetz vom Bund beschlossen wird, das sowohl Aufgaben und Zweck der Erwachsenenbildung zum ersten Mal grundlegend festlegt und auch entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten in seinen Anfängen vorsieht. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir Sozialisten schon seit Jahren für die Steiermark die Erstellung eines Bildungsplanes verlangt haben, weil wir das als eine der Grundlagen für unsere weiteren Bemühungen auf dem Gebiete der Bildung und Kultur betrachten. Dabei müssen wir uns im klaren sein, daß eine stärkere Koordinierung der Träger der Erwachsenenbildung unerläßlich sein müßte und daß man bei der Verwirklichung gewisser Bildungsvorhaben auch neue Lernmethoden einführen muß, wobei dem audiovisuellen Hilfsmittel eine viel stärkere Bedeutung zukommen wird.

Als besonders erfreulich möchte ich auch noch erwähnen, daß der Bund seinen Zuschuß für die Erhaltung unserer Bühnen von 2,8 Millionen Schilling im Vorjahr auf über 6 Millionen Schilling im kommenden Jahr erhöhen wird. Es ist mir klar, daß die Probleme unserer Theater nicht allein auf finanziellem Gebiet liegen. Doch ist die verstärkte Hilfestellung des Bundes für uns sicherlich von Bedeutung. Im übrigen haben unsere Theater eine

absolut steigende Tendenz von Besuchern aufzuweisen, und ich glaube, daß einen wesentlichen Anteil daran die Spielplangestaltung und die modernen Werbemethoden haben. Wir haben hier in diesem Hause oft sehr lange über das Theater gesprochen und vieles kritisiert. Aber ich glaube, man sollte nunmehr der neuen Führung die Chance geben, in Ruhe weiterzuarbeiten, was nicht heißt, daß wir dort nicht Kritik üben sollen, wo sie berechtigt erscheint. Die Bemühungen der Theaterbesucherorganisationen, Menschen in das Theater zu bringen, möchte ich hier besonders hervorheben. Ihre Tätigkeit hat sicherlich auch zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Generalrede des Herrn Abgeordneten Hasiba noch zurückkommen, wo er bei den Theatern ein Abonnementsystem verlangt hat. Ich weiß nicht, was er sich konkret darunter vorgestellt hat, aber ich darf sagen, daß es ein neues Abonnementsystem, sogar in verschiedenen Varianten, bei den Vereinigten Bühnen gibt.

Meine Damen und Herren! Bei allen Schwierigkeiten und Sorgen, die uns die Erhaltung der Theater bringt, sollen wir nicht übersehen, welche große Kulturaufgabe dieses Theater in unserer heutigen Gesellschaftsordnung zu erfüllen hat. Wir müssen daher für diese Frage dieselbe aufgeschlossene Haltung zeigen, die wir heute bei der Bewältigung sozialer und wirtschaftlicher Probleme an den Tag legen. (Allgemeiner Beifall.)

Erster Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Laurich.

Abg. Laurich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als letzter Redner in der langen Reihe (Präsident Koren: "Heute abend!") möchte ich mich sehr kurz fassen. Ich freue mich zunächst, daß die Ansätze für den Landeshaushalt 1973 für Naturschutz und Bergwacht um insgesamt 520.000 Schilling erhöht wurden. Ich stelle aber mit Bedauern fest, daß unsere Steiermark — auch die grüne Mark genannt - noch immer kein zeitgemäßes Naturschutzgesetz hat und daß immer noch die reichsdeutschen Bestimmungen aus dem Jahre 1938 Geltung haben. Sozialistische Abgeordnete haben wiederholt Anträge und Anfragen gestellt, die zum Ziele hatten, daß ein zeitgemäßes Naturschutzgesetz in Verbindung mit dem Seeuferschutz, dem Landschaftsschutz und dem Schutz einer gesunden Umwelt verabschiedet werden kann. Ich stelle neuerlich die Dringlichkeit für ein modernes Naturschutzgesetz fest und fordere die zuständigen Stellen auf, ein brauchbares und den Erfordernissen entsprechendes Naturschutzgesetz ehestmöglich dem Steiermärkischen Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 22 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 6. Dezember 1972, 8.30 Uhr.

Zweiter Präsident Ileschitz: Wir nehmen nun die Beratungen wieder auf. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pölzl. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm spricht der Abgeordnete Pichler.

Abg. Pölzl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Klauser, ich glaube vor drei Jahren, beim Voranschlag gebeten, daß der Abschnitt 38 "Filmund Rundfunkwesen" mit einem wesentlich höheren Betrag bedacht wird, als er heuer wiederum von Ihnen dem Hohen Haus vorgelegt wird. Ich fordere Sie auf, nächstes Jahr mindestens 10 Millionen Schilling dieser Post zur Verfügung zu stellen und begründe das wie folgt:

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal in Erinnerung bringen, daß Salzburg mit einem Film, der über die Trapp-Familie unter dem Titel "Sound of Music" gedreht wurde, mit einem amerikanischen Autor und einem amerikanischen Regisseur jährlich bis zu 100.000 amerikanische Touristen aufzuweisen hat, die nur den Spuren dieses Filmes folgen. Er wurde nicht als Fremdenverkehrsfilm gedreht, sondern als Imagewerbung für das Land Salzburg. Und wir haben in der Steiermark die Möglichkeit, durch unseren steirischen Erzherzog Johann, auf der einen Seite den Bürgermeister von Stainz, auf der anderen Seite den deutschen Reichesverweser, die steirische "Love Story" zu drehen. Wir haben die Möglichkeit, den steirischen Prinzen mit der bürgerlichen Plochl, mit Mozart, mit der Zauberflöte, die in Amerika durchaus beliebt ist, mit den weißen Pferden von Piber (Landesrat Dr. Klauser: "Mit den jodelnden weißen Pferden von Piber!"), mit Mariazell, überall, wo Erzherzog Johann befruchtend gewirkt hat, zu brin-

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben im Präsidenten dieses Hohen Hauses einen Experten. Und wir können darüber glücklich sein, daß Herr Univ.-Prof. Dr. Koren hier in diesem Landtag als Präsident wirkt. Denn er ist vielleicht der einzige Experte, der in Hinsicht auf das Leben von Erzherzog Johann als Berater fungieren kann. Bitte, nehmen Sie meine Worte ernst. Ich weiß durch meine Reisen nach Amerika, daß Filme, die in einer etwas rührseligen, modernen Art aufgezogen sind, Millionen Amerikaner veranlassen werden, die Steiermark zu besuchen. Erzherzog Johann war doch ein überaus moderner Mensch. Ihm verdanken wir die Technische Hochschule, die Montanistische Hochschule, und zwar zu einer Zeit, wo das nicht so selbstverständlich war. Herr Landesrat Dr. Klauser, in allem Ernst fordere ich Sie auf, ohne daß Sie erst wieder gebeten werden müssen (Landesrat Dr. Klauser: "Sie wenden sich an die falsche Adresse, dort!" - Weist auf Landesrat Prof. Jungwirth.), setzen Sie, bitte, unabhängig von allen anderen Posten diesen Betrag im nächsten Jahr höher fest! (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pichler. Nach ihm der Abgeordnete Wimmler.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Pichler das Wort.

Abg. Pichler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte ein paar Bemerkungen zu den Volksmusikschulen. Die Volksmusikschulen sind eine Einrichtung bei den Gemeinden geworden, die kaum mehr wegzudenken ist, aber sie sind gleichzeitig auch für die Gemeinden eine Belastung geworden, die sie allein einfach nicht mehr tragen können. Es ist in den Bezirken und in den Städten so, daß sie nicht nur die in diesen Stadtmauern beheimateten Menschen zu betreuen haben, sondern es kommen ja alle kleineren Nachbargemeinden mit dazu, die trachten, ihre Kinder dort unterzubringen und sie die Musikschule dort besuchen zu lassen. Es kommt auf die Gemeinde daher eine verhältnismäßig hohe Last zu: einerseits diese Volksmusikschulen einzurichten, sie zu führen und dann aber gleichzeitig für die Kosten des gesamten Lehrkörpers aufzukommen. Das Land leistet sicherlich seinen Beitrag und wird dieser Beitrag von den Gemeinden auch anerkannt, aber man muß gleichzeitig feststellen, daß es durchwegs und jährlich der Fall ist, daß sehr viele Bewerber abgewiesen werden müssen, weil für sie nicht die Möglichkeit besteht, eine solche Musikschule zu besuchen. Es handelt sich dabei meistens um jene Menschen, ganz junge Menschen, die von Haus aus ein bestimmtes Interesse - unterstützt durch die Eltern —, aber auch ein bestimmtes Talent mitbringen, sonst würden sie ja wohl kaum in diese Schule gehen wollen oder in diese Schule geleitet werden. Und wenn sie nicht die Möglichkeit haben, dort aufgenommen zu werden, wird wahrscheinlich so manches Talent nicht geweckt werden und vielleicht sogar für die spätere Zeit so manches Genie verlorengehen. Ich darf daher an den zuständigen Referenten sehr wohl die Bitte richten, bei der Dotierung der zuständigen Post in der Gruppe 3 für die Volksmusikschulen die Zuwendungen an die Gemeinden etwas großzügiger zu handhaben. Falls es bei der letzten Dotierung für das Jahr 1973 gar zu einem Abstrich gekommen sein sollte, bitte ich, lieber Herr Landesrat Prof. Jungwirth, das in dem nächsten Jahr doch nicht mehr zu tun, denn die Gemeinden werden es Ihnen sehr zu danken wissen. Es sind die Räumlichkeiten durchwegs zu klein, sie müssen ausgebaut werden und es müssen weitere Musikschullehrer eingestellt werden. Wir haben dort ohnedies noch den großen Vorteil, wir wissen nur noch nicht, wie lange, daß wir durchwegs Lehrer beschäftigen, die dies nebenberuflich machen, die das auch mit einer bestimmten Überzeugung und Liebe zur Musik tun und mit einem Aufopferungsgeist eben für diese jungen Menschen. Ich könnte mir in diesem Zusammenhang doch vorstellen, daß wir in erster Linie trachten, der Anregung und sogar einer Entschließung des Landtages vom Vorjahr soweit als möglich treu zu bleiben und doch nicht irgendwo zu erklären, Herr Landesrat, an diese Punkte oder Entschließungen kann ich mich nicht voll gebunden fühlen, wo wir damals gesagt haben, daß wir trachten, 50 % dieser Kosten zu übernehmen.

Ich rege daher heute an und stelle konkret fest, wir haben einen solchen Resolutionsantrag eingebracht und wiederhole trotz der bereits anders erfolgten Vereinbarung, es möge ein Volksmusikschulerhaltungsgesetz auf raschestem Wege geschaffen werden, das im besonderen die Punkte enthalten soll:

volle Bezüge der Reisekosten und der Dienstgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Leiter der Volksmusikschulen, 50 % der Personalkosten der Lehrer der Volksmusikschulen, die vollen Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die Reisekosten der Lehrer der Volksmusikschulen, vom Sachaufwand: Instrumente und Bibliotheksmaterial. Es bleibt für die Gemeinden trotzdem noch ein ganz beachtlicher Teil an Lasten übrig, die sie selbstverständlich gerne tragen werden, noch lieber tragen werden, wenn vom Land diesbezüglich die entsprechende Unterstützung kommt.

Ich darf sowohl den Herrn Landesfinanzreferenten als auch den zuständigen Referenten für diese Gruppe, Herrn Landesrat Prof. Jungwirth, bitten, sich in dieser Richtung abzuklären und gemeinsam den Willen zu äußern und auch die Bereitschaft zu zeigen, daß die Volksmusikschulen in der nächsten Zeit besser dotiert werden und daß wir recht bald in der Lage sind, ein solches Gesetz zu beschließen. Daher ersuche ich die Landesregierung, eine solche Vorlage ausarbeiten zu lassen. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist der Abgeordnete Wimmler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmler: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Behandlung dieser Gruppe möchte ich in gleicher Weise, wie es mein Kollege Laurich gestern gemacht hat, dringend die Erlassung eines Naturschutzgesetzes unter Hinweis auf den Fall Putterer-See fordern. Ich darf ausdrücklich feststellen, daß ich meine Überlegungen nicht so sehr auf die Ablehnung von Apartmenthäusern an sich gründe. Ich gehe einfach von der Tatsache aus, daß das Amt der Steiermärkischen Landesregierung im Jahre 1954 einen Bescheid erlassen hat, in dem wörtlich zu lesen steht: Jede Verbauung dieses Gebietes würde das Landschaftsbild empfindlich stören. Und diese Begründung, meine Damen und Herren, ist meines Erachtens zeitlos. Ihre Rechtswirksamkeit beruhte allerdings auf einer Landschaftsschutzverordnung, die im Zuge des Berufungsverfahrens vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden ist. Die Zeit bis zur Erlassung einer neuen Verordnung wurde leider von allen Seiten dazu ausgenützt, die Widmungsbewilligung zu erwirken bzw. zu erteilen, ohne Rücksicht auf die eindeutige Feststellung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, daß jede Verbauung dieses Landschaftsbild stören würde. Wie mir der örtliche Sachverständige vor längerer Zeit auch mitgeteilt hat, wurde diese Bewilligung auch gegen seine Stellungnahme erteilt. Er hat mir geschrieben unter anderem, daß "meine Bemühungen gescheitert sind und hat sich die Baubehörde erster Instanz in seiner Entscheidung an die Ausnahmebewilligung der Landesschutzbehörde bzw. Naturschutzbehörde gehalten und meine Bedenken nicht berücksichtigt". Mir ist klar, meine Damen und Herren, daß jeder Bau in diesem Gebiet aus diesen Gründen, erst recht ein Apartmenthaus, zumindest von der Naturschutzbehörde nicht zu gestatten gewesen wäre, aber gestattet worden ist, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für eine solche Untersagung fehlten. Es soll damit nicht gesagt sein, daß es nicht im Bereich der Baubehörde erster Instanz gelegen wäre, die Widmungsbewilligung dennoch zu versagen, aber ich sehe ein, welcher Bürgermeister hält es aus, angesichts einer positiven Entscheidung der Landschaftsschutzbehörde nein zu sagen. Hier ist der Bürgermeister eben überfordert. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß gerade in Fragen des Naturschutzes, des Landschaftsschutzes, ein Gremium von Fachleuten an den zu treffenden Entscheidungen maßgeblich mitwirken muß, um dem Bürgermeister eine Rückendeckung zu geben. Dieses Beispiel aber soll zeigen, daß die Verabschiedung eines solchen Gesetzes außerordentlich dringend ist, damit nicht in der Zwischenzeit noch möglichst viel bewilligt werden kann, so daß für das Gesetz keine Anwendungsmöglichkeit mehr gegeben ist. Das Beispiel zeigt aber auch, meine Damen und Herren, daß die Gemeinde-Verfassungsnovelle 1962 in vielem nicht genügend durchdacht war, daß sie nicht ausgereift ist und den Keim einer Rechtswidrigkeit enthält. Besonders auf dem Gebiete des Bauwesens ergeben sich bedeutende Nachteile. Selbst in Zwerggemeinden entscheidet der Bürgermeister - vielfach ohne geeignete Hilfskräfte und ohne geeignete Berater — über Großbauten. Diese Tatsache wäre an sich nicht so schlimm, wenn es wie früher gegen die Bescheide der Baubehörde ein wirksames Rechtsmittel gäbe. Die Verfassungsnovelle 1962 hat aber in Verbindung mit den Gemeindeordnungen zwei Instanzen geschaffen, die in Wirklichkeit nur eine Instanz sind. Damit ist unter anderem die Gemeinde ihre eigene Baubehörde geworden, eine Tatsache, die auf anderen Gebieten völlig undenkbar wäre. Echte Unzulänglichkeiten ergeben sich wie gesagt dann, wenn gegen den Bescheid des Bürgermeisters berufen wird und der Gemeinderat als letzte Instanz entscheidet. Wie diese Entscheidung ausfällt, ergibt sich einfach aus der Tatsache, daß die Mehrheit des Gemeinderates ihren Bürgermeister in den seltensten Fällen im Stiche lassen und seinen Bescheid aufheben wird, abgesehen davon, daß bei größeren Bauvorhaben vom Bürgermeister bereits in der ersten Instanz Ausschüsse zumindest zu Rate gezogen werden, deren Mitglieder von der zweiten Instanz nach wie vor bei der allfälligen Berufung mitwirken. Dasselbe trifft nicht selten auch für den Sachverständigen zu, dessen Gutachten sowohl in der ersten als auch in der zweiten Instanz der Entscheidung zugrunde liegt. Es ist also fast immer ein Mitwirken von Organen und Personen in der zweiten und in diesem Falle natürlich letzten - Instanz gegeben, die bereits in der ersten Instanz mitgewirkt haben. (Abg. Heidinger: "Befangenheit!") So einfach ist das mit der Befangenheit nicht. Schauen Sie sich das in der Praxis an, wie das wirklich ist. Ich könnte Ihnen das an Hand eines Beispieles in unserer eigenen Gemeinde ohne weiteres darlegen.

Es ist jedenfalls damit sicherlich die Wurzel für eine Rechtsunsicherheit gegeben, und ich glaube,

wir haben alles zu tun, um solche Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Natürlich, meine Damen und Herren, kann man auch einwenden, daß gegen den Bescheid des Gemeinderates die Vorstellung bei der Aufsichtsbehörde oder sogar beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht werden kann. Aber das sind an sich keine Instanzen im eigentlichen Sinne.

Meine Damen und Herren! Ich appelliere daher an Sie, mitzuhelfen, hier einen Wandel zu schaffen und diese Rechtsstaatwidrigkeiten zu beseitigen.

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Haas.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! In der Sitzung des Finanz-Ausschusses wurde ein eingebrachter Antrag, betreffend die Errichtung eines Osterreichischen Forstmuseums in Wildalpen im Salzatal einstimmig angenommen. In diesem Ort, der inmitten eines ausgedehnten Waldgebietes liegt, der eine alte forstliche Tradition hat, befindet sich bereits eine sehr wertvolle Sammlung von Geräten, Forstbringungseinrichtungen, Forstliteratur und dergleichen aus den vergangenen Jahrhunderten. Auf dieser Grundlage könnte im Zusammenwirken mit den zuständigen Ministerien und interessierten Stellen ein gesamtösterreichisches Forstmuseum errichtet werden. Wie unsere Vorfahren in den Wäldern gelebt, gearbeitet, wie sie damals schon das grüne Gold unseres Landes für unsere Forst- und Volkswirtschaft genützt haben, ist wert, auch für die Zukunft erhalten zu werden.

Ich darf Sie bitten, uns bei der Errichtung dieses Forstmuseums, bei der Verwirklichung dieses Projektes zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Haas das Wort, nach ihm Dr. Strenitz.

Abg. Haas: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nicht nur die Vereinigten Bühnen von Graz, der vielzitierte Steirische Herbst, Trigon 1973 scheinen auf in der Haushaltsgruppe 3 im friedlichen Miteinander übrigens mit der steinischen Blasmusik, mit den Trachtenvereinen, mit Heimatmuseen, so die ganze Bandbreite der Kulturförderung unseres Landes demonstrierend. Auch das Kapitel Naturschutz ist in der Haushaltgruppe 3 angeführt. Wenn es gleich in der Aufstellung eines der letzten Kapitel ist, so ist es ganz sicher nicht eines der letzten in der Wertung und in der Bedeutung. Ist doch der Naturschutz heute nicht nur das Bewahren von irgendwelchen seltenen Pflanzen- und Tiergattungen, sondern wir verstehen unter Naturschutz heute den Schutz unserer gesamten heimischen Tier- und Pflanzenwelt, den Schutz der Landschaft, ja des gesamten Lebensraumes, in den wir hineingeboren sind. Wenn Sie wollen, können Sie dafür auch das heute so sehr strapazierte Wort Umweltschutz verwenden, das in aller Munde ist. Keine Zeitung, die nicht jeden Tag davon zu berichten weiß. Rundfunk und Fernsehen liefern ständig dazu Beiträge. Konferenzen und Kongresse sonder Zahl finden zu diesem Thema statt. Ich habe nur ein wenig den Eindruck, daß wir alle miteinander oft ein wenig zuviel des Guten tun, daß wir zu sehr dieses Wort Umweltschutz zu einem Modevokabel machen und es als Schlagwort zerredet haben. Ich glaube, es wäre besser, weniger davon zu reden und dafür mehr zu tun. Gerade von uns hier in diesem Saal erwartet man ja, daß wir ernsthafte gesetzgeberische Taten leisten und weniger schöne Lippenbekenntnisse zu diesem Thema abgeben. Wenn Sie, meine verehrten Kollegen von der Sozialistischen Partei und von der freiheitlichen Fraktion, unser "Modell Steiermark" genauso aufmerksam studiert haben, wie das Ihre Parteivorsitzenden getan haben und sie haben uns das ja gestern in diesem Hause demonstriert (Abg. Premsberger: "Die Leitlinien für Steiermark, haben wir gesagt!") -, dann werden Sie feststellen können, daß eine ganze breite Palette sehr konkreter Maßnahmen unsererseits vorgeschlagen wird, und zwar zur Müll- und Abfallbeseitigung. (Abg. DDr. Götz: "Herr Kollege, das stimmt nicht ganz; Maßnahmen sind vorgesehen, aber nicht eine sehr breite Palette!") Dann haben Sie es doch nicht sehr aufmerksam studiert, Herr Kollege Götz — eine sehr breite Palette, ich bleibe doch dabei, und ich darf Ihnen das aufzählen (Abg. Brandl: "Haben wir auch!"):

Maßnahmen zur Abfall- und Müllbeseitigung, Maßnahmen (Abg. Pichler: "Haben wir auch!") zur Reinhaltung von Luft und Wasser (Von der SPO: "Haben wir auch!"), Maßnahmen zur Bekämpfung des Lärms, prophylaktische Maßnahmen auf dem Gebiete des Nahrungsmittelbereiches. Dazu kommen noch die ganzen speziellen Vorhaben auf dem Gebiete des Naturschutzes, des Landschaftsschutzes und dazu noch eine neue steirische Raumordnung.

Es ist zu überlegen, ob es sinnvoll ist, das alles in ein umfassendes Landes-Umweltschutzgesetz zusammenzuführen oder ob wir das in einzelnen speziellen Gesetzen tun wollen. Aber ich glaube, das ist von zweitrangiger Bedeutung, entscheidend ist mur, daß wir diese Probleme anpacken und daß wir das bald tun. Dabei möchte ich aber auch nicht unerwähnt lassen, daß für verschiedene dieser Materien bereits beachtliche legistische Vorarbeiten geleistet worden sind und ich könnte mir vorstellen, daß bei entsprechender Einsicht und bei allseits gutem Willen es durchaus möglich ist, daß wir schon im nächsten Jahr etwa so bedeutsame Gesetzeswerke wie die steirische Raumordnung oder das steirische Naturschutzgesetz in diesem Hause verabschieden können. Ein Antrag zu einem Lärmbekämpfungs- bzw. Lärmschutzgesetz wurde von allen drei Parteien in der letzten Sitzung des Hohen Hauses eingebracht, das Motorschlittengesetz wird in Kürze dem Hohen Hause vorgelegt werden und ich kann mir auch vorstellen, daß es keine unüberwindlichen Hindernisse geben wird, wenn in nächster Zeit ein Abfallbeseitigungsgesetz, ein Olfeuerungsgesetz, ein Gasgesetz und das steirische Campinggesetz diesem Hohen Hause vorgelegt werden sollten, zumal man ja sowohl in der Formel Steiermark als auch in den sozialistischen Leitlinien sich zu diesen Notwendigkeiten bekennt.

Acht Gesetze also — sicherlich von unterschiedlichem Gewicht — aber zusammengenommen doch von sehr einschneidender Bedeutung, die in nächster Zeit zu beraten und zu beschließen sein werden und ich glaube, daß das zum Thema Umweltschutz ein weitaus besserer Beitrag ist als hier langatmige Reden zu halten und schöne Rhetorikübungen zu halten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber zum speziellen Abschnitt Naturschutz einige Feststellungen treffen: Es sind dies sehr erfreuliche Feststellungen: Erstens einmal, daß die Mittel für die Aufgaben des Naturschutzes um ein Beachtliches erhöht worden sind, und zwar um ganze 60 Prozent.

Das erlaubt uns zweitens, für unsere steinische Bergwacht, die für ihren großartigen und idealistischen Einsatz unseren Respekt und unseren Dank verdient, bedeutend mehr Mittel zur Verfügung zu stellen — statt 170.000 Schilling werden es im kommenden Jahr 300.000 Schilling sein.

Das erlaubt uns drittens aber auch, einige seit längerer Zeit schon angepeilte Vorhaben des Naturschutzes nun zu realisieren. Ich denke hier an das Edlacher Moor, wo einige Grundstücke beschafft werden sollen, Grundstücke, auf denen das berühmte Karlszepter noch wächst - eine in Europa bereits ausgestorbene Pflanze --, das erlaubt uns aber auch, und das freut mich besonders, den Alpengarten Rannach vor dem Untergange zu bewahren. Ich möchte der Steiermärkischen Landesregierung und vor allem dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Jungwirth, sehr herzlich danken, daß für den Ankauf dieses Alpengartens nun grünes Licht gegeben worden ist. Es ist wirklich fünf Minuten vor zwölf. Denn, meine Damen und Herren, von seiten der Besitzerin soll unter allen Umständen noch im heurigen Jahr dieser Alpengarten verkauft werden und wir wissen von den Kaufinteressenten, daß kein einziger bereit ist, diesen Alpengarten weiter fortzuführen. Das hieße, daß die mit sehr viel Mühe und Liebe großgezogenen rund 15.000 Alpenpflanzen sehr bald schon ausgerissen und vernichtet werden würden, das hieße, daß all die Opfer und all der Idealismus, mit dem Direktor Ebner — der seinerzeitige Begründer — und seine Mitarbeiter zu Werke gegangen sind, vergänglich gewesen wären, ebenso wie die rund 2 Millionen Schilling, die an öffentlichen Mitteln in diesen Alpengarten geflossen sind. Ich bin deshalb sehr glücklich, daß geradezu in letzter Minute sich die Dinge doch zum Guten wenden und seitens der Landesregierung die Bereitschaft zum Ankauf gegeben ist, die Bereitschaft, an das Land zu verkaufen, ist ebenfalls gegeben, der Kaufpreis scheint nicht unseriös, die Bedeckung im Budget ist desgleichen vorhanden, ebenso wie die Gewähr, daß dieser Alpengarten auch künftighin durch das Botanische Institut der Universität Graz und durch das Stadtgartenamt Graz wird gärtnerisch betreut werden können.

Nur eines zum Schluß noch, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn wir uns dieses Juwel vor den Toren der Stadt Graz auch künftighin erhalten wollen, dann bitte ich sehr, rasch zu handeln, denn Eile tut not! (Allgemeiner Beifall.) **Präsident:** Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte heute zur Abwechslung einmal eine ruhige Rede halten, was aber nicht heißen soll, daß auch in der Kultur die Wogen der Erregung manchmal nicht hochgehen können. Es hat im Rahmen des Steirischen Herbstes heuer ein Plakat gegeben, welches die Gemüter einigermaßen erregt hat. Ich möchte hier nicht weiter über die Asthetik des Plakates philosophieren, schon allein deshalb, weil man Kunst heute nicht allein an Schönheit messen kann. Im übrigen hat auch der Herr Präsident dieses Hohen Hauses anläßlich der Eröffnung des Steirischen Herbstes in so wohlformulierter, tiefsinniger und humorvoller Art zum Problem dieses Plakates Stellung bezogen, daß ich dem nichts mehr hinzufügen möchte.

Offengeblieben ist für mich aber die Frage, ob dieses Plakat des Steirischen Herbstes seinen Zweck erfüllt hat, nämlich die Aufmerksamkeit des breiten Publikums auf das eigentliche Anliegen des Steirischen Herbstes zu lenken. Auf das eigentliche Anliegen des Steirischen Herbstes, das ich sehe in der Konfrontation des breiten Publikums mit den modernen Strömungen der Kunst. Die Antwort muß teils ja, teils nein lauten. Ja deswegen, weil das Plakat Aufmerksamkeit erregt hat, nein, weil diese Aufmerksamkeit in eine falsche Richtung gegangen ist. Weil man im allgemeinen nur über das Plakat diskutiert hat, nicht aber über das eigentliche Problem des Steirischen Herbstes, das ich darin sehe, herauszukommen aus der Exklusivität einiger weniger, die Jahr für Jahr immer dieselben sind. Das eigentliche Problem des Steinischen Herbstes ist es also, daß nach wie vor eine Minderheit von Informierten und Interessierten dem weitaus größeren Teil unserer Gesellschaft gegenübersteht, der sich doch in einer mehr oder minder weitgehenden Beziehungslosigkeit zu den zeitgenössischen Strömungen unserer Kunst befindet. Diese Tatsache ist in einem sehr markigen Spruch an den Wänden des Forums Stadtpark ausgedrückt worden, da stand zu lesen: "Elitäre Kunst ist Onanie". Das eigentliche Problem des Steinischen Herbstes wäre also nicht das Plakat gewesen, sondern zu erreichen, daß Kunst nicht für das Volk, sondern durch das Volk gemacht wird, die Artikulierung dessen durch den arbeitenden Menschen, was ihn bewegt, was er verändert wissen möchte, was ihn interessiert, die Herausforderung des Mitmenschen durch den Mitmenschen. Nichts, meine Damen und Herren, gegen eine progressive Thematik des Steinischen Herbstes, die auch wir Sozialisten durchaus bejahen und der wir positiv gegenüberstehen. Aber es bleibt für mich nach wie vor die Frage offen, ob Konzeption, Organisation und Durchführung des Steirischen Herbstes dazu beigetragen haben, unsere Mitbürger ein bißchen wegzulocken von dieser schweigenden, phantasielosen und fernsehgeschwängerten Freizeitgestaltung. Ich glaube, daß diese Frage auch identisch ist mit der ersten und obersten Frage, die wir an unsere Kulturpolitik überhaupt zu nichten haben. Denn Kulturpolitik kann nicht allein die

Subventionierung von Theatern und Orchestern sein, sondern Kulturpolitik soll sein die Entfaltung des Menschen zu eigenem, schöpferischem Tun.

Bin zweites Problem in diesem Zusammenhang ist für mich — diese Frage ist auch im vergangenen Jahr schon zur Diskussion gestanden —, ob nicht vielleicht etwas weniger etwas mehr gewesen wäre. Es war ganz einfach nicht möglich, sich in einer Zeit von rund knapp drei Wochen auch nur einen annähernden Überblick über diese unglaubliche Fülle von Dingen zu verschaffen, die im Rahmen des Steirischen Herbstes geboten worden sind und es gebührt allen Veranstaltern, die diese Dinge gebracht haben, der herzliche Dank für ihre Mühe und ihre Arbeit.

Es hat im Steirischen Herbst großartige Veranstaltungen gegeben. Ich darf nur als Grazer Abgeordneter, weil mir diese Dinge besonders am Herzen liegen, die Karikade in der Ganggalerie oder die humoristische Graphik im Kulturhaus der Stadt Graz herausheben, und ich tue sicher vielen anderen Veranstaltungen unrecht, wenn ich sie hier nicht nenne. Es sind hier Dinge von Weltformat geboten worden. Aber vielleicht wäre es doch besser gewesen, etwas mehr zu streuen, nicht alles zusammenzupressen auf einen Zeitraum von drei Wochen, um sich dann — ich möchte nicht sagen einem kulturellen Nichtstun hinzugeben — aber vielleicht doch für die übrige Zeit des Jahres ein bißchen den kulturellen Schongang einzulegen.

Und nun, meine Damen und Herren, ein weiteres Anliegen ganz kurz gestreift.

Die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses haben vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, die Entlehnungsgebühr bei der Steiermärkischen Landesbibliothek aufzulassen. Wir sind bei diesem Antrag vom Beispiel der Landeshauptstadt Graz ausgegangen, die mit dem Nulltarif für die Stadtbüchereien schon vorangegangen ist. Die Erfolge, die die Stadt Graz damit erzielen konnte, lassen sich an zwei Zahlen sehr schön demonstrieren. Durch die Einführung des Nulltarifs ist die Entlehnungsziffer innerhalb eines Jahres um 46 Prozent gestiegen und die Zahl der Einschreibungen um 97,86 Prozent, also fast um 100 Prozent, in die Höhe gegangen. Die Einschreibungsziffer hat sich von 1865 auf 3699 Einschreibungen erhöht. Es ist uns von der zuständigen Rechtsabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung gestern eine Vorlage auf den Tisch gelegt worden, in der diesem Antrag der sozialistischen Fraktion zum Teil Rechnung getragen wird. Es wird mit 1. Jänner 1973 die Entlehnungsgebühr in der Steiermärkischen Landesbibliothek wegfallen, es wird auch der Betrag der Jahresentlehnung mit 30 Schilling festgelegt werden. Das ist zwar keine volle Erfüllung unseres Antrages, aber es ist doch ein weiterer Schritt. Und wir sagen dafür ein herzliches Dankeschön.

Nun ein drittes Problem, das ich ebenfalls nur ganz kurz streifen möchte:

Es fehlt im heurigen Budget eine Post, nämlich die Post für den Ankauf des Heinrich-Harrer-Museums. Dieses Museum ist im vergangenen Jahr tatsächlich verkauft worden, aber es ist nicht in Graz geblieben, sondern es hat die Stadt Zürich diese wertvolle Sammlung erworben. Ich will nicht

darüber richten, wer daran schuld ist, ob das Land oder ob die Stadt sich nicht genügend eingesetzt hätte. Ich darf nur erinnern, daß als Standort ursprünglich auch das Schloß Eggenberg vorgesehen war, daß es nicht möglich war, das Museum dort unterzubringen und daß man jetzt in diesem Schloß Eggenberg eine Managementschule mit dem schon berühmt gewordenen Dormitorium entstehen lassen will. Ich sage nur eines: Es ist sehr schade, daß diese wertvolle Sammlung der Stadt Graz oder auch dem Land Steiermark verloren gegangen ist.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zum Schluß. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit für zwei Minuten auf ein sehr liebenswertes Kind dieser Stadt Graz richten, das nach langer Wanderschaft wieder in sein Elternhaus zurückgekehrt ist. Das ist das Grazer Stadtmuseum. Ich weiß, es gehört nicht mehr ganz zu diesem Voranschlag, denn es ist mit 1. Jänner 1972 der Stadt im Wege eines Geschenkes übertragen worden. Aber ich möchte ein paar Sätze zu diesem Grazer Stadtmuseum sagen, weil die Arbeiten in der Stadt Graz jetzt so weit vorangeschritten sind, daß zumindest mit der Eröffnung eines Teiles noch im Jahre 1973 zu rechnen sein wird.

Das Grazer Stadtmuseum ist tatsächlich schon vor einiger Zeit geschlossen und die Bestände sind verbraucht worden. Die Geschichte dieses Grazer Stadtmuseums ist über 40 Jahre alt. Es war im Jahre 1914, als ein Grazer Gemeinderat namens Wiedner den Antrag auf Errichtung eines Schloßbergmuseums gestellt hat. Das Grazer Stadtmuseum, dessen Bestände sehr schnell angewachsen sind, hat in der Folge einen sehr schwienigen Weg zurücklegen und seine Unterkunft oft wechseln müssen. Nun hat sich die Stadt Graz schon seit Jahren bemüht, für dieses Museum einen geeigneten Ort zu finden. Das ist dann im Palais Khuenburg in der Sackstraße 18 gelungen, einem historisch sehr bedeutenden Renaissancebau, in dem im übrigen der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand geboren wurde. Dieses Palais Khuenberg mußte baulich sanniert werden. Die Renovierung umfaßt aber nicht nur das Innere des Palais, sondern auch die Außenfassade. Nach Abschluß der Sanierungsarbeiten wird dort einer der schönsten Grazer Renaissancebauten zu sehen sein. Alles zusammen bieten sich hier die Möglichkeiten, ein Kulturzentrum von unschätzbarem Wert entstehen zu lassen. Ich darf Ihnen nur stichwortweise sagen, welch kostbares Erbe die Stadt Graz hier übernimmt. Der Besucher wird hier etwa das große Modell der Stadt Graz vom Jahr 1800 sehen, man wird älteste Ansichten, Pläne, Karten und Zeichnungen dieser Stadt finden, Zeugen aus der Grichtspraxis, die Prügelbank, Türken und Pest werden wieder aufleben. Sie werden Porträts bekannter Persönlichkeiten der Grazer Geschichte ebenso finden wie Zeugen aus der Musikgeschichte. Und das Bild der alten Stadt Graz wird wieder lebendig werden von der frühesten Zeit, dem Kaiserreich, bis herauf über die Bürgerstadt, die Franzosenzeit in das 19. Jahrhundert und bis zur Gegenwart. Die Stadt Graz wird dieses Erbe liebevoll pflegen und darüber hinaus auch nicht die Verbindung zur Gegenwart vergessen. Es ist zu hoffen, daß die Grazer Bevölkerung und insbesondere auch die Grazer Jugend dieser liebenswerten Kostbarkeit die gebührende Aufmerksamkeit schenken wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm kommt Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs.

Abg. Lackner: Hoher Landtag!

Wer den Ausspruch geprägt hat, "Die Steiermark ist ein Land der Vielfalt", weiß ich leider nicht, aber auf jeden Fall war es ein Mensch mit Herz und mit einem gesunden Geist. Die Steiermark ist wahrlich ein Land der Vielfalt, ist reich an Bodenschätzen, reich an Schönheiten und reich an Kultur. Wir. als die Verantwortlichen in diesem Haus. sind gerade dazu verpflichtet, diese Kultur nicht nur zu bewahren, sondern auch jederzeit zu verteidigen. Wir müssen festhalten an dem guten Alten, das organisch gewachsen ist, das die Menschen und dieses Land geformt und gestaltet hat. Wir müssen uns bekennen zu Theater und Musik, zur modernen Kunst, die ebenfalls nicht mehr wegzudenken wäre; aber wir müssen uns nicht alles gefallen lassen, was geboten wird. Der Kollege Dr. Strenitz und der Kollege Groß haben gestern und heute zu dem Plakat gesprochen. Und ich möchte auch gerne ein Wort zu den Plakaten sagen.

Kollege Groß ist der Meinung, das Plakat hat bei der Presse zwar nicht den richtigen Niederschlag gefunden, aber es hat trotzdem seinen Zweck erfüllt, weil recht viele Leute vom Steirischen Herbst geredet haben. Der Kollege Dr. Strenitz hat gesagt, ja und nein. Also: Zweck erfüllt - nicht erfüllt. Ich, von der Sicht der Obersteiermark aus, bin der Meinung, das Plakat hat seinen Zweck nicht erfüllt, und zwar deshalb: Wenn man nämlich auf der negativen Seite erst bekannt werden will, dann ist das ein Armutszeugnis. Wir können in der Molkerei Stainach auch nicht die Milch zuerst sauer werden lassen, damit wir ins Gespräch kommen (Gelächter; allgemeiner Beifall), und dann womöglich erwarten, daß wir etwas verkaufen können. Wenn etwas gut sein soll, so kann nur die Qualität an der Spitze stehen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: "Richtig!") Aber wir müssen der Wahrheit die Ehre geben.

War wirklich nur das Plakat schuld? Mir als Obersteirer ist, wenn man nach Graz fährt, auch noch etwas anderes aufgefallen, was das Stadtbild von Graz verschandelt hat, und zwar war das noch ein Plakat von der Bierbrauerei: Da war ein Mädchen in der Lederhose — oben ohne — und die Verpackung der Muttermilch ist mit einem schmalen Hosenträger verdeckt gewesen. (Heiterkeit. — Landesrat Gruber: "Das traust du dich auch nur zu sagen, weil der Peltzmann nicht da ist!") Auch dieses Plakat hat mit moderner Kunst überhaupt nichts zu tun, sondern ist nichts anderes als moderner Kitsch.

Damit wir aber die Dinge wieder in gelenkte Bahnen bekommen, verspreche ich heute, ich werde mich sehr bemühen, daß der nächste Steirische Herbst mit einem Plakat angekündigt wird, auf dem ein sauberes, fesches Steirerdirndl drauf ist, aber nicht von hinten, sondern von vorne. (Beifall — Abg. Zinkanell: "Aber ohne Hosenträger, Karl!")

Präsident: Zu Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm. Nach ihm der Herr Abgeordnete Lind.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Vorredner ersparten es mir, als nächster Redner auch über das Plakat des Steirischen Herbstes zu sprechen. Ich möchte mich eher den Ausführungen meines vorvergangenen Redners insofern anschließen, als hinter dem Steirischen Herbst wirklich viel mehr steckt, als es auf dem Plakat den Anschein hatte. Ich freue mich, daß gerade ein Sozialist von dieser Stelle aus die Bedeutung des Steirischen Herbstes gewürdigt hat und sich dazu bekannte — wie ich annehme, sozusagen für seine ganze Fraktion —, denn ich erinnere mich noch sehr genau, als vor Jahren die Rede darüber war, die Grazer Sommerspiele in einen Steinischen Herbst umzuwandeln, da war es vor allem die sozialistische Seite im Theaterausschuß, insbesondere der Herr Bürgermeister Scherbaum, die von dieser Änderung nichts wissen wollten und es hat sehr langer und sehr heftiger Diskussionen bedurft, bis wir uns dann doch gemeinsam gefunden haben und das durchgeführt wurde, was heute — wie Dr. Strenitz ausführte — immerhin ein solches Qualitätsniveau erreicht hat, daß es auch einer besseren Einsicht zufolge von Ihnen bejaht werden kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß ich glaube, daß solche Meinungsverschiedenheiten über ein solches Thema gar kein so großes Unglück sind. Es gibt eine zweite Parallele dazu, und das möchte ich eigentlich zum Hauptgegenstand meiner Wortmeldung machen, das ist das Grazer Theater. Sie wissen, die Kulturpolitik des Landes Steiermark steht vielfach im Verruf — das ultramoderne Trigon wurde von dieser Stelle aus immer wieder sehr eingehend besprochen und es ist wohl in erster Linie in den vergangenen Jahren immer der Fall gewesen, daß das nicht so Erfreuliche daran besprochen wurde. Es entgeht den meisten bei Durchsicht des Voranschlages, daß die sogenannten konservativen Ausgabemöglichkeiten im Rahmen der Kunstförderung bei weitem den Löwenanteil der Budgetziffern ausmachen und daß der bedeutendste Geldverschlinger in dem Zusammenhang die Grazer Theater — das Opernhaus und das Schauspielhaus - sind, die im Rahmen der Vereinigten Bühnen gemeinsam vom Land Steiermark und Stadt Graz verwaltet werden. Ich habe jedes Jahr über die Arbeit des Theaterausschusses gesprochen, einem Ausschuß, der paritätisch zwischen Stadt und Land besetzt ist, in dem ich die Ehre habe, zusammen mit der Frau Prof. Hartwig und vor allem dem Herrn Präsidenten Koren mitzuwirken. Dieser Theaterausschuß, in den wir vom Land Steiermark entsandt wurden, und zwar von der Landesregierung, arbeitet und hat sich im vergangenen Jahr entschlossen, die Anzahl der Köpfe zu verringern, in der Hoffnung, dadurch eine etwas intensivere Arbeit leisten zu können. Sie wissen, daß mit der Größe des Gremiums die Verantwortungsfreudigkeit des einzelnen abnimmt und wir sind daher zu dem Entschluß gekommen, die rund 30 Mitglieder auf 9 zu reduzieren, um ein Gremium zu schaffen, das wirklich geeignet ist, als Gesprächspartner für Intendanten und Verwaltungsdirektor aufzutreten und die Schwierigkeiten, die man allgemein als Theaterkrise Graz bezeichnet hat, zu beseitigen. Als eine der letzten Taten des alten Theaterausschusses mit der hohen Mitgliederzahl, in dem auch die Besucherorganisationen vertreten waren, wurde ein neuer Intendant, der Herr Dr. Nemeth, bestellt und der Herr Dr. Tarjan, der uns allen als Operettensänger bekannt war, zum Verwaltungsdirektor, Diese Entscheidung war auch in keiner Weise eine, die von beiden Fraktionen einhellig durchgeführt wurde, es gab einen monatelangen Kampf darum, es bestand seitens der Sozialisten eher die Absicht, den vergangenen Intendanten vertraglich zu verlängern und wir haben dann am Schluß überstimmt und Herrn Dr. Nemeth mit Mehrheit eingesetzt. Ich möchte aber auch hier den Kollegen im Theaterausschuß die Ehre geben, die heute frei von allen Vorurteilen bereit sind, mit Dr. Nemeth zusammenzuarbeiten und daß der Erfolg der ersten Monate seines Wirkens immerhin das bestätigt hat, daß es durchaus auch demokratisch ist, einmal zu überstimmen und daß eine Mehrheit einmal auch recht haben kann. Beide Herren haben sich mit sehr viel Schwung und Energie darangemacht, den Stall, den sie vorgefunden haben, und in dem — lieber Kollege Lackner, hier würdest du die besseren Ausdrücke wählen können - es allerhand zu beseitigen gab, auszumisten (Albg. Prof. Hartwig: "Der Vergleich ,Stall' mit ,Theater' ist nicht ganz passend!"), frisches Spreu einzustreuen und den Dingen einen günstigeren Verlauf zu geben. (Abg. Dr. Heidinger: "Erfreulicher Umweltschutz!") Die Besucherzahlen sind steigend, das Programm ist besser angekommen als in den vergangenen Jahren und die Ankündigung des Intendanten, die er uns im Neunerausschuß gegeben hat, daß es im heurigen Jahr weniger Fäkalien auf der Bühne zu sehen geben wird, scheint sich zu bewahrheiten. (Landesrat Dr. Klauser: "Wenn Sie sagen, die Sozialisten waren ursprünglich gegen Nemeth, dann muß ich Sie berichtigen!") Waren Sie nicht dagegen? Ja, das kann sein - also bitte, die Sozialisten minus Landesrat Dr. Klauser, das möchte ich hier gerne bestätigen. Ich wollte Ihnen nicht Unrecht tun, Herr Landesrat, ich bin ganz zufrieden, wenn Sie sagen, Sie waren immer dafür.

Es geht nun um folgendes, meine Damen und Herren: Land Steiermark und Stadt Graz sind veranlaßt, durch das erfolgreiche Wirken des verkleinerten Theaterausschusses und vor allem im Zusammenhang mit der noch immer offenen Frage der Erhaltung der Gebäude der Vereinigten Bühnen, die im Besitz der Stadt Graz sind, eine Anderung dieser Vereinbarung, die aus dem Jahre 1956 stammt, zu beraten. Es geht im wesentlichen darum, daß ein Modus gefunden werden muß, der es der Stadt Graz möglich macht, diese beiden Gebäude, die einen beträchtlichen Erhaltungsaufwand erfordern, zu erhalten — einer Stadt Graz, die auf der anderen Seite in den vergangenen Jahren immer Schwierigkeiten gehabt hat, ihren fünfzigprozentigen

Anteil zum Betrieb der Vereinigten Bühnen beizusteuern, was so weit gegangen ist, daß im vorigen Jahr die Situation plötzlich aufgetreten war, daß die Stadt Graz sich überhaupt geweigert hat zu zahlen und dann durch sehr mühevolle Verhandlungen die ganze Angelegenheit wieder flottgemacht werden konnte.

Ich würde die Landesregierung bitten, wenn sie an die Modifikation dieses Vertrages schreitet und mit der Stadt die Verhandlungen führt, daß man sich wirklich bemüht, dieses Gremium, das einfach zu groß war, um die Probleme des Theaters zu behandeln, zu verkleinern und auf den Neunerausschuß zu reduzieren. Ich glaube, daß es noch besser wäre, wenn dort noch weniger mitreden würden, daß aber einfach ein entscheidungsfähiges Gremium vorhanden sein muß und daß neun meiner Meinung nach eine absolute Obergrenze darstellt. Denn wie geht es denn? Es sind neun Mitglieder. Dazu kommen noch der Generalsekretär und der Schriftführer, weiters der Intendant, der Verwaltungsdirektor, und schon wieder sind fast 15 Personen da. In so einem großen Kreis eine so schwierige Materie wie das Theater zu behandeln, ist meiner Meinung nach einfach nicht möglich und auch gar nicht im Sinne eines modernen Managements, daß man auf so viele Leute die Verantwortung aufteilt. In diesem Zusammenhang wird von den Besucherorganisationen eine Mitgliedschaft im neuen Theaterausschuß verlangt, eine Forderung, die vielleicht sehr verständlich und sehr logisch klingt, die aber ich für meine Person ablehnen würde. Denn meiner Meinung nach sind die Gesprächspartner für die Besucherorganisationen der Intendant und der Verwaltungsdirektor und nicht der Ausschuß, der ein Supermanagement darstellen soll und mehr mit finanziellen Fragen befaßt ist, wenngleich es auch theoretisch zu unserem Aufgabenkreis gehört, das Programm des Theaters zu bewilligen, was aber wirklich nur eine theonetische Aufgabe darstellt, denn wir können nicht in Durchbrechung des Intendantenprinzips, zu dem wir uns alle bekannt haben, dem Theater vorschreiben, was und wie es zu spielen hat. Es fehlen uns dazu auch weitgehend die Vorkenntnisse.

Meine Damen und Herren! Vom Theater ausgehend und doch wieder zum Steinischen Herbst zurückkommend, möchte ich noch ein Problem anschneiden, daß mir doch im Zusammenhang mit diesem Kapitel wesentlich erscheint. Es wird in der letzten Zeit seitens der Bundesregierung eine Anderung des Rundfunkgesetzes angestrebt - wir haben gestern vom sozialistischen Generalredner gehört, daß man dies sicher nicht tun wird, ohne eingehend mit den Initiatoren des Volksbegehrens zu sprechen, und ich bin froh über diese Feststellung. Nachdem man aber zuerst schon gesagt hat, was man eigentlich tun möchte, glaube ich, daß dieses Gespräch mehr eine Alibihandlung darstellen wird. Es ist hier nicht notwendig, alle die Leistungen, die der Intendant Bacher und sein Team seit dem Rundfunkgesetz 1967 erbracht haben, aufzuzeigen. Ich möchte nur zwei Dinge herausgreifen: Der Teil Osterreichs, der noch nicht durch Fernsehen und Rundfunk erfaßt ist, ist praktisch null geworden. Wir haben in weiten Teilen ein Farbfernsehpro-

gramm. Und wir haben vor allem etwas, was besonders wesentlich ist; wir haben dem Föderalismus in Osterreich zumindest auf dem Rundfunksektor doch einen beachtlichen Raum eingeräumt. (Abg. Pölzl: "Einstweilen noch!") Es wurden entlang der Westbahnstrecke vier neue Funkhäuser gebaut, in Linz, Salzburg, Innsbruck und Dornbirn, und es wäre jetzt sozusagen an der Zeit, auch in Graz ein neues Funkhaus zu bauen. Denn jeder, der dort hinaufgeht, sieht, daß diese Räumlichkeiten aus allen Nähten platzen und daß hier ein Neubau wirklich sehr notwendig gebraucht wird. Es würde sich dabei für uns die Möglichkeit ergeben, durch einen finanziellen Beitrag einen modernen Veranstaltungssaal mittlerer Größe in Graz zu bekommen, der auch für die Darbietungen des Steirischen Herbstes verwendet werden könnte. Und ich glaube, daß aus diesem Grunde die Landesregierung wirklich überlegen sollte, zum Ausbau des Funkhauses Graz einen finanziellen Beitrag zu leisten. Das berühmte Ding, das immer wieder gezeichnet wird, die fernsehkonsumierende Gesellschaft, die am Abend vor dem Fernsehschirm ihre Freizeit verbringt, ist eben eine Realität. Wir können nur versuchen, möglichst gutes und qualitativ hochwertiges Fernsehprogramm zu haben, es wird uns nicht gelingen, die Leute vom Fernseher weg und etwa ins Theater oder sonstwohin zu bringen. Wir müssen schauen, daß wir dort etwas tun, und die Zusammenarbeit zwischen dem ORF und den Landesstellen, zum Beispiel im Steirischen Herbst, ist sicher ein sehr guter Weg, um dieses Medium, das nun einmal da ist, in unsere Kulturbemühungen einzubeziehen.

Das wäre mein Wunsch im Zusammenhang mit dem Rundfunk. Ich persönlich glaube, daß eine Anderung des Rundfunkgesetzes nicht unbedingt notwendig ist, aus Gründen der Kulturpolitik ganz sicher nicht, es gibt eben andere politische Momente, die dafür sprechen mögen. Man muß nicht mit allem einverstanden sein, was dort geschieht. Eines muß man aber anerkennen, der ORF war noch nie so gut, wie er heute ist, und ich glaube, daß er auch erfolgreich zu vergleichen ist mit den meisten Programmen anderer, viel größerer europäischer Länder, daß die technischen Einrichtungen des ORF sich sehr gut vergleichen lassen mit anderen Ländern, daß die Bestreichungsdichte sehr groß ist und daß wir daher eigentlich auch einmal Anerkennung zollen und nicht immer nur Kritik üben sollen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Klauser, nach ihm Abgeordneter Lind.

Landesrat Dr. Klauser: Herr Kollege Fuchs!

Ich habe mich lediglich deswegen zu Wort gemeldet, weil mir die Berichtigung, die Sie auf meinen Zwischenruf vorgenommen haben, noch nicht ganz das wahre Bild wiederzugeben scheint. Auszugehen ist von der unbestrittenen Tatsache, daß die Herren Stöckl und Schubert es zweifellos verstanden haben, einen sehr dichten Nebel von schönen Worten, allgemeinen Erklärungen und nichtssagenden Erzählungen aufzubauen, hinter dem der wahre Sachverhalt nicht leicht zu eruieren war, was sich dort abspielte, wie die finanzielle Situa-

tion aussah, wie die künstlerische Planung vor sich geht usw. Sie wissen das genausogut wie ich. Es war immer wieder und für mich durchaus erfreulich festzustellen, daß die Diskussion damals noch zuerst im großen, dann im kleinen Theaterausschuß doch letzten Endes nur darum gegangen ist, ob es möglich ist, daraufzukommen, was wirklich gespielt wird. Ich darf nur an die berühmte Geschichte mit den Kontrollberichten erinnern. Es war doch, glaube ich, so, daß hier nicht gesagt werden kann - und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet -, die Sozialisten seien von der OVP in diesem Theaterausschuß überzeugt worden. daß es einer neuen Intendanz, eines neuen Verwaltungsdirektors oder ähnlicher Einrichtungen bedarf. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Darf ich einen Zwischenruf machen, Herr Landesrat? Vom Überzeugen kann keine Rede sein, wir mußten Sie ja überstimmen beim Intendanten!" - Gelächter. - Zwischenrufe.) Das ist eben nicht richtig, Herr Kollege. Es ist durchaus richtig, daß das erste Mal bei der Verlängerung Schubert eine lange Diskussion war. Beim zweiten Mal ist es sogar so gekommen, daß eine Lösung gefunden wurde, die - wie soll ich sagen — eine Art freiwilligen Zwang als Ergebnis gehabt hat. (Abg. Fuchs: "Herr Landesrat, entschuldigen Sie, der Bürgermeister hat doch die Sitzung unterbrochen, nachdem die Abstimmung danebengegangen war, und da sind Sie doch alle aufgestanden und hinausgegangen!")

Herr Kollege, ich muß noch einmal wiederholen, Sie verwechseln hier Ursache und Wirkung, und Sie verwechseln die Dinge, die dem zugrunde gelegen sind. Die Auseinandersetzung hat sich an der Verlängerung entzündet, die einstimmig über die Bühne gegangen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Ich habe mich auch sofort kornigiert!") Und Sie und ich haben gegen Stöckl gefochten. Und ich darf noch etwas sagen.

Der Kollege Edler, der die Dinge naturgemäß von seiner Funktion her nüchterner sieht oder von einer ähnlichen Basis her sieht wie ich, war auf meiner Seite, daß es bei jenen Funktionären, die die Dinge mehr von der kulturellen Auswirkung her sehen, manchmal zu Schwierigkeiten kommt, wenn man den kulturellen Eindruck und die kulturelle Auswirkung in ein Verhältnis zu den ziffernmäßigen Konsequenzen und Folgen setzt. Dies trifft Ihre Seite genauso wie unsere Seite, Herr Kollege. Was nichts daran ändert, daß die Konstruktion, die gefunden wurde, zweifellos Aussicht auf Erfolg verspricht, daß die Intendanz und die Verwaltung unvergleichlich besser sind, als dies jemals war und daß wir Hoffnung haben können, daß die Beschlüsse ihre Rechtfertigung finden.

Noch eine Bemerkung zur Konstruktion des Neunerausschusses: Ich bin zwar vollkommen Ihrer Meinung, daß das Gremium eher schon zu groß ist. Nur muß man auch die Zusammensetzung von der Seite her sehen, daß eine Verkleinerung dazu führen würde, daß wahrscheinlich das Gremium nicht mehr von sich aus gewisse Entscheidungen treffen könnte, sondern dann Rückfragen notwendig werden, Kollegialbeschlüsse eingeholt werden müssen und erst recht eine Verzögerung herbeigeführt werden würde. Ich weiß nicht recht, wie Sie sich das

vorstellen. Wen soll man denn ausscheiden? Jeder ist irgendwo vom Referat her von vomherein mit der Problematik befaßt, jeder, der aus diesem Gremium herausgestrichen wird, muß dann erst recht befragt werden und das hätte nur eine Verzögerung zur Folge. Daher bin ich der Meinung, daß es einfach irreal wäre, einer zusätzlichen Verkleinerung das Wort zu reden, irreal in dem Sinne, als der Zweck, nämlich ein entscheidungsfähiges Gremium zu schaffen, dadurch nicht erreicht werden könnte. Ich glaube, es muß einfach hingenommen werden, daß dies die kleinste Zahl ist, die erreicht werden kann.

Was die Theaterorganisation anlangt, stimme ich Ihnen völlig zu. Die Auseinandersetzung soll zwischen Dr. Nemeth, Dr. Tarjan und denen erfolgen; im Ausschuß wäre nicht der richtige Platz dafür. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Bitte um Entschuldigung, jetzt setzen Sie sich allerdings in Gegensatz zum Bürgermeister Scherbaum!")

Herr Kollege, das nehme ich in Kauf, falls das so sein sollte. Jedenfalls bin ich Ihrer Meinung, daß es sinnvoller wäre, die Theaterorganisationen nicht im Neunerausschuß zu haben, weil die Verhandlungen auf der Ebene Intendanz und Verwaltung vor sich gehen sollten.

Die Problematik, die ich noch anschneiden möchte, ist die Zwangslage, in der sich das Theater dadurch befindet, daß an unzähligen Stellen der Stadt verschiedene Einrichtungen verteilt sind und naturgemäß die Organisation vor allem der Verwaltung darunter leidet. Ich weiß nicht, ob wir im Zuge der Reorganisation zu einer Lösung kommen können, die das erleichtert. Sicher ist nur eines, daß der Ausbau des alten Dorotheums nur als Not- oder Zwischenlösung angesehen werden kann. Es wird sicherlich nicht leicht sein, auch von der finanziellen Seite her, eine bessere Form zu finden und die Möglichkeit zu schaffen, daß die an sich sehr großen Bestände des Theaters so untergebracht und verwaltet werden, daß sie überhaupt greifbar sind. Wie der neue Vertrag ausschauen wird, das kann ich nicht sagen - ich habe ihn nicht einmal gegesehen und kann dazu auch keine Außerung abgeben. Ich bin aber sicher, daß das kleine Gremium notwendig ist, auch endgültig und rechtlich installiert werden muß und daß an sich doch auch gesagt werden kann, daß eigentlich schon die kurze Zeit, in der es mehr oder weniger ohne rechtliche Basis gearbeitet hat, die Richtigkeit dieses Versuches an sich bestätigt hat. Ich glaube daher schon, daß wir mit dem Beginn der Arbeiten der neuen Herren schon zufrieden sein können und hoffen, daß die Ergebnisse auch die Anstrengungen der beteiligten Gebietskörperschaften rechtfertigen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm Abgeordneter Dr. Dorfer.

Abg. Lind: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das steirische Musikschulwerk ist hervorragend. Es werden in 34 Musikschulen von ca. 350 Lehrkräften durchschnittlich 7500 Schüler unterrichtet. Diese Lehrkräfte, die Schüler und all die, die aus dieser Schule herauskommen, sind Eckpfeiler in unserem kulturellen Geschehen. Ich glaube, es ist unsere innigste Verpflichtung, dafür einzutreten, daß auch die Gemeinden das entsprechende Fundament haben, um diese Volksmusikschulen aufrechterhalten zu können. Es haben die Gemeinden Aufgaben übernommen, die überregional sind. Ich darf bitten, auch künftighin zu sorgen, daß von seiten des Landes noch mehr Mittel zur Förderung der Volksmusikschulen zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch erfreulicherweise das Budget in den letzten zwei Jahren bedeutsam aufgestockt wurde, so kann ich aber immer wieder sagen, daß es uns gelingen muß, auch noch darüber hinaus zusätzliche Mittel aufzubringen. Die Volksmusikschulen speziell in den Städten haben überregionalen Charakter, es kommen Kinder und Schüler aus den Nachbargemeinden, die abgewiesen werden müssen. Es ist sehr schwer für den Schulerhalter, Abweisungen vorzunehmen. Es sind keine Mittel vorhanden, um die Schulen zu erweitern. Ich glaube, es ist daran zu denken, daß für die Schulbauten selbst geeignete Baukostenzuschüsse geleistet werden, um hier einen Schritt voranzukommen. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir den Leitern und Lehrkräften den Dank aussprechen und all denen, die sich immer wieder zur Verfügung stellen, daß unser Land Osterreich als Musikland weiterhin bezeichnet werden kann, daß es Menschen gibt, die bereit sind, einzutneten für die Musik, die zusammenwirken und zusammenstehen. Wir wissen ganz genau, ohne Musik gibt es heute keine Veranstaltungen und beinahe keine Entscheidungen mehr und die Musik ist es immer wieder, die die Menschen zusammenführt. Darum soll es unser innigstes Anliegen sein, dafür zu sorgen, daß die Förderungen an die Gemeinden größer werden. Vielleicht ist es möglich, Bezirksmusikschulen zu gründen oder auf Landesebene einiges zu tun. Es müßten hier neue Wege beschritten werden, um die Talente zu fördern, die vorhanden sind, aber brach liegenbleiben müssen. Ich möchte Sie also hier um die geeignete Unterstützung bitten, wenn es gilt, das Budget auszuweiten, damit die erforderlichen Dotierungen vorbanden sind.

Wenn ich schon bei den Leistungen der Gemeinden bin, die immer wieder bereit sind einzuspringen, sie sind ja die unterste Stelle, an die alles abgegeben wird. Ich möchte klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß die Gemeinden viele Bundesaufgaben übernommen haben, gerade im Bildungswesen — das Entstehen der neuen Gymnasien zum Beispiel in den Bezirksstädten ist den Gemeinden zu verdanken. Sie müssen gratis die Grundstücke zur Verfügung stellen. Sie müssen gratis die Schulräume durch viele, viele Jahre hindurch zur Verfügung stellen. Es drängt sich folgende Frage auf: die Lösung der Schulbuchaktion. Ich glaube, hier wurde ein Problem gelöst, welches schon gelöst war. Die Schulbuchversorgung hat funktioniert. Die Eltern haben die Schulbücher gekauft. Die Elternvereinigungen besitzen viele Schulbücher, die sie jetzt wahrscheinlich weggeben müssen. Mir kommt diese Aktion so vor, als wenn man täglich eine neue Krawatte bekommt, aber nicht das erforderliche Hemd besitzt, um diese Krawatte anlegen zu können. Und wie sieht es mit den Schulräumen aus? Der Bund hat hier nicht die entsprechenden Maßnahmen ergniffen, um die Schulraumfrage zu lösen. Sie werden sich sagen: Die Mittel für die Schulbücher kommen aus einem anderen Fonds als der Schulbaufonds. Sagen Sie es der Bevölkerung, die das ja nicht auseinanderlegt. Wir brauchen die Schulräume, um unterrichten zu können. Das sagen die Lehrer, die Schüler, die Eltern und die Gemeinden. Warum sollen die Gemeinden immer wieder Lasten tragen, die der Bund zu tragen hat? Und ich bitte darauf einzuwirken, daß diese Frage gelöst wird. Ich freue mich ganz besonders darüber, daß die Sozialistische Partei in den Leitlinien für die Steiermark auch einen die Stadt Hartberg betreffenden Punkt hat. Hier wird ein Gymnasium mit einer Langform gefordert. Ich kann sagen, daß wir uns schon viele Jahre bemühen und vor allem in der letzten Zeit wiederum bemüht haben, um eine Langform zu erhalten. Der Unternichtsminister hat nein gesagt. Es würde mich sehr freuen, wenn die Zentrale einmal von der Steiermark aus Initiativen entgegennehmen würde, wenn es unseren Freunden hier gelingen würde, den Unterrichtsminister dazu zu bewegen, daß er unseren Wünschen Rechnung trägt. Ich wünsche viel Erfolg dabei und darf vielmals darum bitten.

Ich komme schon zum Schluß und möchte nochmals bitten, daß alle Kräfte sich bemühen, dafür zu sorgen, daß nicht die Schulbuchfrage, sondern vor allen Dingen die Schulraumfrage gelöst wird, damit ein gedeihlicher Unterricht in den allgemeinbildenden höheren Schulen vor sich gehen kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer, nach ihm der Abgeordnete Dipl.-Ing. DDr. Götz.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zu den erfreulichsten Erscheinungen im Kulturleben der Stadt Graz zählt zweifellos der junge Grazer Konzertchor, der aus einem sehr traditionsreichen Chor in Graz hervorgegangen ist. Der Grazer Konzertchor mit seinen derzeit ungefähr 100 aktiven Mitgliedern hat durch sein bisheriges Auftreten in der Offentlichkeit in Graz bewiesen, daß er unter der künstlerischen Leitung des jungen und hochtalentierten Dirigenten Hochstrasser in der Lage und gewillt ist, schwierigste und bedeutsamste Werke der Chorliteratur dem kunstinteressierten Grazer Konzertpublikum darzubieten. Ich darf dem Herrn Landesnat Jungwirth für seine bishenige Förderung dieses Grazer Konzertchors, der auf völlig freiwilliger Basis entstanden ist, herzlich danken und ich darf als Mitglied des Kuratoriums dieses Gnazer Konzertchors Herrn Landesrat Jungwirth bitten, auch im kommenden Jahr aus Mitteln der Kunstförderung dieses Landes dieses idealistisch arbeitende Ensemble zu unterstützen, damit es für Graz erhalten werden kann; und nicht nur dieses Ensemble, sondern ich würde meinen, einen so talentierten und großartigen jungen Künstler, wie

es Alois Hochstrasser ist. Auch er muß der Stadt Graz erhalten bleiben.

Noch ein zweites Anliegen hat mich bewogen, mich zur Gruppe 3 zu Wort zu melden. Es ist an sich ein sehr trauriges Kapitel. Es ist der Umstand, daß die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz ohne Gebäude ist. Der Lehrbetrieb dieser Hochschule ist zur Zeit in acht verschiedenen Objekten der Stadt Graz untergebracht. Daß dies mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, liegt auf der Hand. Außerdem muß ich darauf hinweisen, daß die finanziellen Belastungen für die Hochschulen für Mieten und Erhaltung fremder Gebäude sich jährlich auf weit über 1 Million — heuer dürften es 1,2 bis 1,3 Millionen werden — erstreckt. Es steht außer Frage, daß kompetent für den Bau dieser Hochschule an sich der Bund ist, Trotzdem muß dazu folgendes gesagt werden:

Das Land Steiermark hat schon in der Vergangenheit bewiesen, daß es sehr viel Steuermittel aufwendet zur Förderung der Hochschulen in unserem Lande. Und für die Zukunft hat die Volkspartei dieses Landes im "Modell Steiermark" der OVP schniftlich sich der steirischen Offentlichkeit gegenüber verpflichtet (Zwischenruf von der SPO: "Mao! Mao!"), letzten Endes auch wieder alles zu tun, um die Hochschulen zu fördern, einen Fonds für Hochschulförderung zu errichten und dergleichen mehr. Dazu haben wir uns schriftlich, Herr Kollege Heidinger, verpflichtet. Das Land Steiermark hat sich daher schon 1968 bereit erklärt, für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst ein neues Gebäude zu errichten, obwohl der Bund dafür zuständig wäre. Das Land Steiermark hat sich seinerzeit schon dazu verpflichtet, ein Drittel des laufenden Aufwandes für diese Hochschule zu bezahlen. Es knüpft nur, wenn das Land freiwillig dieses Gebäude errichtet, die Bedingung daran, daß es dann aus der Drittelverpflichtung der Erhaltung der Hochschule entlassen ist. Und darauf ist der Bund bislang nicht eingestiegen. Ich darf darauf hinweisen, daß diese Drittelverpflichtung bereits im Budget 1972 ausgewiesenermaßen im UV. 325,751 10,700.000 Schilling betragen hat und daß das Drittel im Jahre 1973 11 Millionen Schilling laut Voranschlag betragen wird. Trotzdem war es bisher nicht möglich, die Verhandlungen zwischen Land und Bund, die sich seit Jahren dahinziehen, zu einem positiven Ergebnis zu bringen, weil der Bund nicht nur verlangt, daß wir die Hochschule bauen, sondern weil er verlangt, daß, wenn wir dann schon aus der Drittelpflicht für die Erhaltung entlassen werden, wozu wir an sich gesetzlich noch gar nicht verpflichtet wären, wir zusätzlich noch hohe Ablösesummen zahlen. Hier kann das Land natürlich nicht auf Unmögliches einsteigen. Ich bin wirklich persönlich der Überzeugung, daß dieser Fall eines Neubaues eines Hauses für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz ein neuer weiterer schlagender Beweis dafür ist, daß die derzeitige Bundesregierung wohl ein eigenes Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung installient hat (Abg. Loidl: "Alles soll in 30 Monaten geschehen! Er kann es nicht lassen!"), für notwendige Hochschulbauten aber offensichtlich kein Geld zur Verfügung stellen kann. Wenn es aber

um politische Vorteile geht, gerade auf dem Kunstsektor, so ist man sofort beim Nulltanif-Geschrei, da spielt auf einmal das Geld überhaupt keine Rolle mehr. Die räumliche Beengtheit - Herr Loidl, Sie werden das doch hoffentlich nicht bestreiten der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz wird immer unerträglicher. Daß dies echte nachteilige Folgen für den Betrieb dieser Hochschule hat, dürfte wohl auf der Hand liegen. Es haben daher Abgeordnete der Volkspartei einen Resolutionsantrag in diesem Hohen Hause eingebracht, mit dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, bei den zuständigen Bundeszentralstellen in Wien mit Nachdruck dafür einzutreten, daß der Abschluß einer Vereinbarung zwischen Bund und Land im Hinblick auf einen Neubau des Gebäudes für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz beschleunigt wird. Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen. (Abg. Pölzl: "Da stimmen sie sogar mit!" — Unverständliche Zwischenrufe von der SPO.)

Und am Schluß, meine Damen und Herren, muß ich anknüpfen an eine Aussage des Kollegen Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, der gesagt hat, daß das Rundfunkprogramm in diesem Lande noch nie so gut war wie heute. Seine Aussage ist jedenfalls völlig unwidersprochen auch von seiten der Sozialisten geblieben. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Premsberger: "Fragen Sie einmal die Nachbarn!") Ich glaube, wir sind uns darüber völlig einig. Dieser ORF hat aber offenbar einen großen "Fehler" daß er nicht das tut, was die Sozialistische Partei oder die derzeitige Bundesregierung will. Das ist der große Fehler dieses Rundfunks. (Abg. Gerhard Heidinger: "Aber OVP-hörig ist der Rundfunk!") Ich darf Ihnen sagen, daß dieser Rundfunk nicht OVP-hörig ist, das hat er bei den letzten zwei Nationalratswahlen bewiesen. Da können Sie wahrhaftig nicht sagen, daß der Rundfunk in Richtung OVP geschaltet hätte. (Landesrat Gruber: "Da ist die OVP schuld und nicht der Rundfunk!")

Es ist gestern schon bei einer Generalrede dazwischengerufen worden: "Der Intendant muß nicht immer ein Schwarzer sein." Erstens ist mir nicht bekannt, daß der Generalintendant ein OVP-Mitglied ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Ist er auch nicht!" Abg. Gratsch: "Er kann ruhig ein OVP-Mitglied sein!") Zweitens muß ich mit Nachdruck feststellen, daß die OVP im Aufsichtsrat eine Minderheit ist und daß nur der Umstand, daß gewisse Vereinigungen der Wissenschaft, Kunst usw., die dort vertreten sind, nicht unbedingt Sozialisten sind, es ermöglicht, daß nicht ein sozialistischer Apparatschik Generalintendant wird. Dieser Umstand ist natürlich kein Maß, daß hier der ORF völlig umorganisiert werden soll. (Abg. Gerhard Heidinger: "Wieso sind wir Apparatschiks? Wieso beleidigen Sie uns, Sie Nullerl?" - Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe.) Der ORF hat nie das getan, was die OVP wollte. Er hat uns oft sogar sehr, sehr weh getan. Aber er ist ein unabhängiger Rundfunk, und das soll er bleiben. Was Sie wollen. ist nichts anderes - und das muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, das gilt auch für Ihre Bosse Kreisky und Benya, Sie wollen den ORF

zu einem Instrument der SPO oder der SPO-Regierung umfunktionieren. Nur darum geht es. Alles andere, meine Herren Sozialisten, ist nur schönheiliges Geschwätz und nichts anders. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Hinblick auf meinen Namen möchte ich es mir leider versagen, auf das Plakat zum Steirischen Herbst näher einzugehen. (Abg. Gerhard Heidinger: "Was hat denn 'Alexander' damit zu tun?") Ich möchte aber eine Außerung, die der Herr Ing. Fuchs abgegeben hat, und die die Vereinigten Bühnen Stadt-Land betrifft, nichtigstellen: Vor allem deshalb, weil freiheitliche Abgeordnete einen Resolutionsantrag eingebracht haben, dem dankenswerterweise auch die anderen Damen und Herren des Hohen Hauses beigetreten sind, der daraufhin abzielt, die derzeit bestehende Rechtsbasis in dem Sinne zu ändern, daß auch die Aufwendungen für die Erhaltung der beiden Häuser 50:50 geteilt werden, was bisher nicht der Fall war. Herr Ing. Fuchs hat darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahr die Stadt Graz ihren 50% igen Anteil nicht bezahlt hat. Ich darf hier nur eines sagen: Die Stadt Graz hat damals einhellig und mit der Auffassung aller Fraktionen den Standpunkt vertreten, daß es notwendig sei, klarzustellen, inwieweit die höheren Ansprüche gerechtfertigt sind oder nicht. Und ich bin schon der Meinung, meine Damen und Herren, bei aller künstlerischen Freiheit, die zweifellos jeder Intendant genießen soll in seiner Gestaltung, daß die Gebietskörperschaften, die ja die notwendigen Steuermittel zur Verfügung stellen, zumindest die Aufgabe haben, die Frage der Zweckmäßigkeit und der Wintschaftlichkeit erheblicher Steuermittel auch zu prüfen und zu überlegen. Nichts anderes sollte und wurde durch diesen Schritt im vergangenen Jahr erzwungen.

Nun noch eine Frage, die auch schon in dieser Generaldebatte, in dieser Debatte zum Budget 1973, mehrfach die Gemüter bewegt hat, und ich glaube, zu Recht bewegt hat. Das ist der Schlafsaal oder Dormitorium im Schloßpark Eggenberg. Meine Damen und Herren, was mir bisher abgegangen ist in dieser Diskussion sowie auch in der Stellungnahme des Referenten, in Wirklichkeit ist das Land Steiermark Eigentümer des Schlosses Eggenberg und des Parkes. Und der Eigentümer muß sich dazu grundsätzlich äußern und abgegangen ist mir bisher das klare Nein des Eigentümers. Auch die Begründung, daß die ehemalige Schloßgärtnerei ein so herrlicher Platz sei und daß sie in diesem Ausmaß mehr und besser den Besuchern dargeboten werden könnte, wenn dieses Dormitorium errichtet ist, bezweifle ich und muß sagen, insbesondere dann, wenn man weiß, daß gerade an der Nordwestseite Wohnbauten errichtet sind. Es gibt sicher im Umkreis einschließlich der schon genannten Taverne die Möglichkeit, auch in der geforderten Qualität Unterbringungsmöglichkeiten sicherzustellen, sei es im Zuge eines Ausbaues, sei es im Zuge eines Neubaues oder Umbaues, aber nicht im Schloßpark. Warum ich das sage: Weil ich doch darauf hinweisen möchte, wie das dann in der Praxis weitergeht. Es geht nämlich dann so weiter, daß der vom Grundeigentümer Ermächtigte, in dem Fall die Akademie, wenn sie will, ein Bauansuchen einbringt und daß der Schwarze Peter der Baubehörde zugeschoben wird, die in Wirklichkeit nicht in der Lage ist, den Standpunkt, der Park muß geschützt werden, bei der derzeitigen Rechtslage auch in einer Versagung des angestrebten Bescheides durchzubringen. Die Baubehörde steht dann da, hat baurechtlich keine Einwendungen und muß unter Umständen eine Genehmigung erteilen. Ich glaube daher, daß der wesentliche Schritt vom Grundeigentümer gesetzt werden muß und das ist ein Nein zu dieser Planung oder zu dieser Idee. Zu einer Idee, bei der es ja auch unterschiedliche Auffassungen gibt, wenn man hört, daß angeblich schon im Sommer der Herr Dr. Ocherbauer befragt wurde, wie er sich zu einem solchen Plan stellt und daß trotz Ablehnung, die schon damals erfolgt ist, dieses Projekt nach wie vor herumgeistert.

Ich möchte auch in dem Zusammenhang, meine Damen und Herren, das Gesamtproblem der Parkanlagen, speziell der Parkanlagen im Rahmen dieser Landeshauptstadt anschneiden, und zwar deshalb anschneiden, weil auch hier sehr einfach die Auffassung vertreten wird und immer mehr um sich greift, ja, die Parkanlagen, die Grünanlagen, das letzte grüne Eckerl unserer Stadt wird zugebaut, aber die Frage ist nicht beantwortet, ja, wie schaut es denn mit der Möglichkeit aus, derartige Bauvorhaben verhindern zu können? Auf der einen Seite hat es zu Recht, meine Damen und Herren, große Empörung ausgelöst, als wertvolle Baumbestände im Metahofpark geschlägert wurden. Wir stehen knapp davor, daß sich an einem anderen Teil eines noch bestehenden Privatparks ähnliches vollziehen wird, weil, so wie ich gehört habe, eine Wiener Wohnbaugenossenschaft diesen Grund zu Verbauungszwecken erworben hat. Welche Möglichkeiten gibt es? Man kann nun einen einzelnen Baum, der aber besondere Voraussetzungen erfüllen muß, ein besonders seltener und alter Baum, den kann man im Sinne des Denkmalschutzes zum Naturdenkmal erklären. Aber das, was die Denkmalschützer mit Recht verlangen, den Ensembleschutz im Bereiche der Häuser, dieser selbe Ensembleschutz ist im Bereich von Parkanlagen nicht möglich und was nützt es, innerhalb einer gesamten Parkanlage einen Baum unter Denkmalschutz zu stellen, wenn die übrigen geschlägert werden. So geht es nicht und es ist zweifellos erforderlich, hier eine Anderung der Rechtslage herbeizuführen, weil sonst, meine Damen und Herren, sämtliche Grün- und Parkanlagen, die nicht im Besitz der öffentlichen Hand sind, vor der Verbauung nicht geschützt werden können. Es sei denn durch Rechtsbruch gegenüber der derzeitigen Rechtslage, und das ist nicht möglich, das ist nicht zumutbar, das würde einen Verstoß gegen jenen Eid darstellen, den praktisch jeder Mandatar auf die Verfassung und auf die Einhaltung der Gesetze abgelegt hat. Ich bitte daher im Hinblick auf ein Naturschutzgesetz, im Hinblick auf die Erweiterung des Landschaftsschutzes und im Hinblick auf Diskussionen zur Änderung des Denkmalschutzes auch die Grundflächen, die insbesondere im Ballungszentrum von außerordentlicher Bedeutung sind, in die Überlegungen und in die rechtliche Regelung miteinzubeziehen.

Eine kleine Anmerkung darf ich noch zu den Andeutungen zum Problem Umweltschutz machen. Ich habe gestern gesagt, daß es uns Freiheitlichen nicht um Prioritäten geht, dann, wenn Entscheidungen, und zwar notwendige, dringliche Entscheidungen wirklich ins Rollen kommen. Aber zur Steuerung der chronologischen Entwicklung möchte ich doch sagen, das Motorschlittengesetz - ich erinnere die Damen und Herren an die Ausschußdiskussion -, die Frage der Einbringung des Luftreinhaltegesetzes, des Lärmschutzgesetzes, mir kommt es nicht darauf an, jetzt Federn auf den Hut zu stecken, aber das sind freiheitliche Anträge gewesen, die dankenswerterweise unterstützt wurden. (Abg. Jamnegg: "Nicht nur!") Entschuldigen Sie, natürlich sind sie hier eingebracht worden auf Grund unserer Initiative. Aber ich betone, mir geht es gar nicht darum, hier Prioritäten zu setzen. Um was es uns geht, ist, daß diese Materien einer Regelung unterzogen werden. Und, meine Damen und Herren, wenn ich daran denke, daß es in anderen Ländern wesentlich ausführlichere, detailliertere und strengere Normen gerade auf dem Sektor Lärmschutz gibt als bei uns, wo wir ja nicht mehr in unseren derzeitigen Gesetzen haben als Allgemeinvorstellungen, wie der "ortsübliche, der zumutbare" Lärm. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, und diese Messung ist erst einige Tage alt, daß im Zentrum des Grazer Stadtparks 60 Dezibel Lärmbelästigung gemessen werden. In diesem Zusammenhang muß man sich die Frage stellen, wenn es in einem sehr wirtschafts- und profitorientierten Land wie Amerika möglich ist, Normen in Richtung Kraftfahrzeug, Abgase, Lärm usw. zu finden, die weit über den Rahmen der europäischen Gesetzgebung hinausgehen, die in Stufenplänen sehr wohl bis zum Jahre 1975 erheblichste Verbesserungen vorsehen, dann muß das auch bei uns möglich sein.

Es ist vom Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer der Wunsch herangetragen worden, doch in der Frage des Gebäudes der Musikakademie einen Schritt weiterzukommen. Ich möchte eine ähnliche Post, die in der ao. Gebarung aufscheint, die an sich Bundessache ist, zum Anlaß nehmen, eine Erinnerung anzubringen. Es geht um das dringende Ersuchen der Technischen Hochschule in Graz, das Auditorium maximum — das ist das Zwischenstück zwischen dem Neubau und dem Altbau der Technik, jener Teil, in dem sich das alte Physikgebäude befindet - neu zu errichten, wofür das Land eine Vorfinanzierung vornehmen möge. Soweit mir bekannt ist, war die Landesregierung bereit, das in dem angegebenen Ausmaß von 30 Millionen Schilling durchzuführen, benötigt dazu aber die grundsätzliche Bewilligung des Bauvorhabens durch das Wissenschaftsministerium. Ich glaube, daß das auch der Grund ist, warum in der außerordentlichen Gebarung nur eine Erinnerungsposition von 1000 Schilling eingesetzt ist, um den guten Willen und die

Bereitschaft zu dokumentieren und daß sicher im Falle einer Bewilligung durch das Ministerium eine Nachbedeckung dieser Haushaltspost erfolgen würde.

Um diese ersuche ich, und ich möchte auch von dieser Stelle aus dieses Ersuchen an die zuständigen Bundesstellen und an das zuständige Ministerium herantragen, doch einen Weg zu akzeptieren, der etwa bei der Gründung der Hochschule in Linz ebenso akzeptiert wurde, daß bestimmte Gebäude oder Gebäudeteile - in Linz und Oberösterreich waren es ja erheblich mehr — von dem zuständigen Land vorfinanziert und vom Bund zu gegebener Zeit refundiert werden. Wenn wir aber schon bei den Hochschulen sind, meine Damen und Herren, möchte ich doch auch ein Wort zu der laufenden Diskussion über die Neuorganisation der Hochschulen sagen. Zu dem vorliegenden Entwurf eines Universitätsorganisationsgesetzes möchte ich darauf hinweisen, daß hier die Diskussionen nach Auffassung der Freiheitlichen sich zum Teil in durchaus falschen Bahnen und nebeneinander bewegen. Denn um was geht es? Auf der einen Seite um den Versuch, eine moderne Organisationsstruktur für die Hochschulen zu bekommen. Dann geht es mehr schlagwortartig um die Frage der Demokratisierung der Hochschulen. Warum ich sage schlagwortartig und warum ich sage, der sogenannten Demokratisierung. Meine Damen und Herren, ich darf hier etwas zitieren, das sich mit dem Problem Wissenschaft - Freiheit - Politik beschäftigt. Ein kurzes Zitat: "Die moderne Wissenschaft hat sich im Kampf um die Befreiung von theologischen Dogmen entwickelt. Sie ist aber auch später immer wieder mit den weltanschaulichen, politischen Dogmen autoritärer und totalitärer Systeme in Konflikt gekommen, welche in einer unabhängigen Wahrheitsfindung verständlicherweise eine Gefährdung ihrer unbeschränkten Herrschaftsansprüche auf sich nimmt. Dadurch ist sie mit der Entstehung, Entwicklung und Verteidigung jener freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsform eng verbunden, die sich seinerzeit gegen Absolutismus und Gottesgnadentum durchsetzen mußten und die in unserem Jahrhundert durch Diktaturen verschiedener Richtungen gefährdet waren und sind. So sind nicht nur die Hochschullehrer bedroht, wenn irgendeine Macht sich anschickt, den Universitäten eine bestimmte, von vornherein feststehende Auffassung der Welt, des Menschen und der Gesellschaft aufzuzwingen." Und das, glaube ich, sollte man bedenken, wenn man an die Neuorganisation der Hochschulen geht: daß erstens alle Zweige der Hochschulen und alle Formen der Hochschulen nicht in einen Topf geworfen werden können — die Ausnahmebestimmungen im UOG für die medizinischen Fakultäten beweisen ja auch, daß sich am Beispiel einer Blinddarmoperation das Modell der Demokratisierung relativ schlecht darstellen läßt und relativ gefährlich für den, der operiert wird. Etwas Ähnliches gibt es auf dem gesamten Gebiet der naturwissenschaftlichen Fächer. Meine Damen, ob zwei mal zwei vier ist - um die Differentialrechnung auszuklammern — darüber kann man mehrheitlich nicht abstimmen. Aber es ist sehr schlecht, wenn man mehrheitlich abzustimmen beginnt über jene Grundbegniffe, die die technischen Wissenschaften entwickelt haben. Was ich damit meine, ist: Wir stellen absolut nicht außer Streit die Tatsache, daß es Professoren gibt und gab und in Hinkunft geben wird, wo man unterschiedlicher Meinung sein kann, ob eine Ausstatung mit völliger unanfechtbarer Autorität richtig ist. Ich sage ganz offen, ich habe es selbst durch über zwei Jahre als Vorsitzender der Studentenschaft erfahren, natürlich gehört auch hier eine Kontrolleinrichtung vorgesehen. Natürlich gehört hier, wenn sich eine Selbstherrlichkeit breitzumachen beginnt, dem ein Riegel vorgeschoben.

Aber man soll nicht, wenn man über Herrschaftssysteme am Hochschulsektor zu streiten beginnt und das in den Mittelpunkt der Gesamtbetrachtung stellt, die eigentliche Funktion einer Hochschule in einem demokratischen Staat übersehen; und die ist zu lehren und zu forschen. Und man soll auch nicht beginnen, Lehre und Forschung in einen Topf zu werfen, weil auch das Problem, wo was von wem geforscht wird, meine Damen und Herren, nicht durch Mehrheitsentscheidungen, zumindest nicht unterschiedlich Mehr heit sentscheid ungendurch Qualifizierter herbeigeführt bzw. gelöst werden kann. Also denken wir daran, daß es zu einer Differenzierung im Hinblick auf die einzelnen Fakultäten kommen muß. Das gescheiteste wäre ein Rahmengesetz, wobei für die einzelnen Studiengänge dann spezielle Studienordnungen zu entwickeln wären. Wir denken daran, daß weiters eine Trennung, sogar eine Dreiteilung Verwaltung — Lehre - Forschung, zu erfolgen hätte, um die Hochschulprofessoren von dem immer steigenden Verwaltungskram einigermaßen zu entlasten, wir denken daran, daß im Lehrbetrieb der Universitätslektor im steigenden Maße zum Einsatz kommen könnte, wir denken daran, daß die Stellung der Assistenten und Dozenten — also des sogenannten Mittelbaues - in verstärktem Maße gleichrangig, auch in der Beurteilung, in dem Augenblick, wo sie habilitiert sind, gleichrangig mit den Professoren in den Entscheidungsgremien zu verankern wäre, wir denken daran, daß in den Studienkommissionen das Mitspracherecht von Studenten, Mittelbau und Professorenschaft absolut paritätisch gerechtfertigt ist, aber wir glauben, daß im Bereich der Forschung, im Bereich der Berufungsverfahren doch nicht diese Gleichrangigkeit gegeben sein kann, denn, meine Damen und Herren, und das sage ich als recht engagierter ehemaliger Studentenvertreter, ich muß doch trotz allem erklären, wenn der einzelne Student, der auf die Hochschule kommt, über Habilitationen entscheiden kann, über Berufungen entscheiden kann, dann weiß ich nicht, wozu studiert er noch, denn dann braucht er ja wirklich auf dieser Hochschule kein Wissen und keine Beurteilungsgrundlagen mehr zu erwerben. Dann hat er sie ja schon.

Oder er hat sie nicht, dann muß umgekehrt das Mitspracherecht mit einem großen Fragezeichen in jenen Bereichen versehen werden, die ich eben aufgezeigt habe.

Warum, meine Damen und Herren, ich das hier anschneide: Natürlich ist es primär Bundesangelegenheit, aber ich glaube, man kann die Augen nicht verschließen, wenn man in einer Stadt lebt, die in hohem Maße Hochschulstadt ist, und deren weitere Entwicklung und deren Ruhm im wesentlichen von der Position dieser Hochschulen mitbestimmt werden. Und daher kann es uns nicht ganz gleichgültig sein, ob aus den Hochschulen Spielwiesen für Modellversuche werden, ob man mit der berechtigten Forderung auf Reform gleichzeitig auch die Basis einer gesunden Entwicklung aus der Vergangenheit in die Zukunft unterbricht, es kann uns nicht gleichgültig sein, ob der Ruf, den die Absolventen österreichischer Hochschulen in der ganzen Welt noch haben, gleich bleibt, besser oder schlechter wird.

Und wenn man zum Schluß ganz nüchtern, ganz nach der Kosten-Nutzung-Rechnung es betrachtet, dann möchte ich doch die Frage stellen, wenn Sie als Produkt der Hochschulen etwa unserer Medizinischen oder Technischen Fakultät den Absolventen, den Ingenieur, den Arzt ansehen, und weil dieses Produkt — nämlich der österreichische Arzt und der österreichische Techniker — in aller Welt noch gerne genommen wird, das heißt, noch gerne als Arbeiter, als in seinem Beruf Tätiger, in allen Teilen der Welt Verwendung finden kann, wenn dieses Produkt also genommen wird, kann nicht der ganze Produktionsvorgang falsch sein. Und das bitte ich zu bedenken und auch, daß von den Hochschulen für unsere Entwicklung, und zwar keineswegs nur im Bereich akademischer Berufe, sondern tief in den Bereich unserer Wirtschaft hineingehend, entscheidend für die Frage der Arbeitsplatzsicherung, daß das alles Mitausfluß der Tätigkeit von Wissenschaft, von Forschung, von Geist und Fortschritt ist, und daß wir daher sorgsamst wohlüberlegte Maßnahmen setzen, daß nicht aus einer blinden Fortschrittsgläubigkeit eine Lücke in der Entwicklung entsteht, die wir alle auszubaden haben. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gratsch das Wort. Der nächste Redner nach ihm ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller.

Abg. Gratsch: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fragen und Problemstellungen im Zusammenhang mit den Massenmedien stehen zwangsläufig immer stärker im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. In einer Zeit, in der um ein Beispiel zu nennen - viele meinen, daß sich die Massenkommunikationsmittel als weitere Macht im Staate etablieren, ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich mit den Wirkungen, aber auch mit den Methoden der Massenmedien sehr kritisch auseinanderzusetzen. Ich persönlich bedauere es ja sehr, daß es anscheinend nicht mehr möglich ist, über die theoretischen Funktionen der Medien und hier besonders des ORF in einer emotionsfreien Atmosphäre zu diskutieren. Der Generalredner der OVP hat gestern die Haltung der Sozialistischen Partei mit e. c. (exempli causa) umschrieben. Der Abgeordnete Dr. Dorfer hat vorhin in gewohnter Manier in sehr gehässiger Art und Weise die Dinge, wie sie wirklich liegen, vollkommen verdreht, bewußt verdreht. (Abg. Dr. Dorfer: "Da waren Sie wieder einmal beleidigt! Das ist keine "Manier", das ist die Wahrheit!") Keineswegs beleidigt. Erlauben Sie mir eine Gegendarstellung zu Ihrer Darstellung. Ich hielte es einer grundsätzlichen Debatte auch in diesem Hohen Hause wert, etwa über die Bildungsfragen der Medien, ihre erzieherischen Wirkungen oder ihren Einfluß auf die heranwachsende Generation sehr ernsthaft zu diskutieren. Aber nachdem in der heutigen Zeit ja jeder von der Volkspartei, der sich kritisch zum Beispiel über die Berichterstattung des ORF äußert, als Zerstörer der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit diffamiert wird, möchte ich doch einige kurze Worte zu diesem Thema sagen: Wie sieht denn der oftzitierte ORF-Kannibalismus der Sozialistischen Partei nun wirklich aus? (Abg. Pölzl: "Furchtbar!") Fest steht, daß der ORF nach eigenen Aussagen und Angaben von 5,4 Millionen erwachsenen Österreichern über 16 Jahre regelmäßig ungefähr 4,1 Millionen Zuseher bzw. -hörer mit Informationssendungen erreicht. Und es steht meiner Meinung nach weiters fest, daß die eigene Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den zentralen Nachrichtenstellen des ORF durch einen sehr straffen, ja vielleicht zentralistischen Führungsstil in unzeitgemäßer Weise beschnitten ist, daß also die Meinungsbildung des ORF der pluralistischen Gesellschaftsordnung nur mehr sehr unvollkommen entspricht. (Abg. Dr. Dorfer: "Nicht der SPO entsprechend!")

Der harte Kern der Sache liegt meiner Meinung nach in der Mitbestimmung und in der journalistischen Freiheit der ORF-Redakteure, weil dies der einzig gangbare Weg ist, die Gefahr, die jedes Monopol in sich birgt, in einem gewissen Ausmaß zu mildern. Was hat nun Bundeskanzler Kreisky wirklich vorgeschlagen? Sie wissen ja, was er vorgeschlagen hat. Sie wollen es nicht nur nicht wahrhaben, sondern Sie verdrehen es. Er hat vorgeschlagen, etwa die Bestellung des Generalintendanten, so wie es das Rundfunkvolksbegehren vorsieht, nicht durch den Aufsichtsrat, sondern durch die Gesellschafterversammlung vornehmen zu lassen.

Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren von der OVP, schon nachfühlen — das hat Ihnen auch der Generalredner meiner Fraktion gestern gesagt —, daß Ihnen die augenblickliche Situation viel lieber sein muß, weil es bei der augenblicklichen Situation einfach unmöglich ist "einen Generalintendanten zu bestellen, der nicht die volle Zustimmung der Osterreichischen Volkspartei findet (Abg. Dr. Dorfer: "Das ist völlig falsch!"), und zwar unabhängig von der jeweiligen politischen Landschaft in Osterreich.

Ein weiterer Vorschlag, meine Damen und Herren! Die Verankerung eines Redaktionsstatutes im Gesetz, um die weitestgehende Unabhängigkeit der Redakteure zu garantieren.

Ein weiterer Vorschlag: Den Hörern ein gewisses Maß an Mitbestimmung durch Installierung eines Hörerbeirates einzuräumen. (Abg. Dr. Dorfer: "Das ist sozialistische Manier!")

Ich sehe nicht ein, warum man über diese Vorschläge nicht einfach leidenschaftslos diskutieren kann. (Abg. Pölzl: "Herr Abgeordneter Gratsch, ihr habt einen Bacher-Komplex!") Das sind die Vorschläge.

Herr Abgeordneter Dr. Dorfer, erlauben Sie mir bitte eine Bemerkung zu Ihrer Person, Sie zwingen mich dazu. Ich danke Gott, daß Sie der Osterreichischen Volkspartei angehören (Abg. Pichler: "Und dort soll er bleiben!"), Gott möge Sie dieser Partei noch lange erhalten. Denn Leute wie Sie sind es, die der eigenen Partei in der letzten Konsequenz mehr Schaden zufügen, als sie ihr Nutzen bringen. (Beifall bei der SPO: "Bravo!" — Abg. Brandl: "Er soll alt werden in der Volkspartei!")

Es wird hier nichts von oben herab diskutiert, es wird vorgeschlagen, es wird zur Diskussion gestellt. Und auch für diesen Fall gilt der Grundsatz, daß die Diskussion der Nährboden der Demokratie zu sein hat und auch ist. (Abg. Dr. Dorfer: "Lauter Blabla!" — Unverständliche Zwischenrufe.) Ich habe also einige der Vorschläge und Möglichkeiten angeführt und mich wirklich bemüht, Emotionen aus der Betrachtung auszuklammern. Was wir wollen, ist unter Umständen vorerst im Rahmen einer Diskussion ein demokratisches Nachziehverfahren im ORF. Es wird und es kann kein Köpferollen geben, und es ist uns auch vollkommen egal, ob etwa Intendant Bacher der Osterreichischen Volkspartei als Mitglied angehört. Das ist seine politische Meinung. Er kann sie vertreten, er kann jeder Partei angehören. (Abg. Dr. Dorfer: "Jedenfalls ist er kein 'Roter', und das ist furchtbar!") Das gilt auch für den Intendanten Bacher. Wir wollen, meine Damen und Herren, keinen roten Rundfunk. Wir wollen aber auch keinen schwarzen Rundfunk. Was wir wollen, das ist ein wirklich unabhängiger Rundfunk. (Beifall bei der SPO. — Abg. Pölzl: "Ach so, jetzt auf einmal!" - Abg. Dr. Dorfer: "Unabhängig ist das, was für Kreisky ist!")

Zweiter Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Prof. Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer mich kennt, weiß, daß ich einen sehr weiten Kulturbegriff habe. Ich glaube, daß nicht nur die Ofen in diesem Saal und diese Decke Kultur sind, sondern auch die Mikrofone oder die Kugelschreiber auf den Bänken. Ich bin eigentlich der Auffassung, daß im Landesbudget die Gruppen 0 bis 9 Kulturgruppen sind. Vielleicht könnte man sagen, die Gruppe 3 ist die Gruppe "Kultur", und die übrigen sind zumindestens die Subkulturen mit den Subkulturreferenten. Aber leider komme ich mit dieser Auffassung wahrscheinlich nicht durch, und ich muß mich darauf beschränken, zur Gruppe 3, die sich Kultur nennt, zu sprechen. (Landeshauptmannstellv. Sebastian: "Wenn Sie es ressortmäßig meinen, nicht, Herr Kollege!") Diese Gruppe beinhaltet ja im wesentlichen die Kunst und einige Teile des Bildungswesens. Zuerst ein paar Worte zum Theater. Darüber wurde vor allem auch deswegen gesprochen, weil es finanziell gesehen eine gewichtige Post ist. Weil es hier schon Berichtigungen gegeben hat, muß ich auch mit einer Berichtigung beginnen an den Herrn Kollegen Klauser, der im Augenblick nicht hier ist. Wenn der Kollege Fuchs gesprochen hat von der Frage der Bestellung des Intendanten Nemeth gegen Schubert vor zwei Jahren, dann hat er damit nur gemeint, daß es damals nicht möglich war, zu überzeugen, sondern daß es eben einmal notwendig war, zu überstimmen. Diese Abstimmung ist ja 9:7 ausgegangen. Das ist aber längst vorbei und vergessen. Es sind sicherlich alle Beteiligten froh, daß wir eine neue Mannschaft haben mit Dr. Nemeth und Dr. Tarjan, die in der kurzen Zeit ihrer bisherigen Anwesenheit dafür gesorgt haben, daß im Theater Ruhe und Ordnung in dem Maße eingekehrt sind, wie das für einen Theaterbetrieb wünschenswert ist, das heißt, nicht im totalen Sinne Ruhe und Ordnung. Der Beitrag des Landes Steiermark zu den Vereinigten Bühnen ist — das wurde auch vermerkt — zum ersten Mal seit urdenklichen Zeiten für das Jahr 1973 gesunken. Das geht darauf zurück, daß der Bundesbeitrag von 1972 auf 1973 stark steigt. Damit ist eine langjähnige Forderung der sogenannten Ländertheater zum Teil in Erfüllung gegangen. Die Kulturreferenten der Länder verlangen seit einiger Zeit, daß die großen Länderbühnen — und die größten haben wir in Graz - mindestens vom Bund 10 Prozent des Abganges der Bundestheater pro Jahr erhalten. Dazu muß ich sagen, es geht uns hier so wie in der Geschichte vom Hasen und dem Igel. Als von den Finanzausgleichsverhandlungen in diesem Jahr die Kunde gekommen ist, es wird für die Ländertheater aufgestockt von 1972 auf 1973 von 30 auf 50 Millionen Schilling, hat man gesagt: "Großartig, jetzt haben wir fast die 10 Prozent erreicht." Denn der Abgang der Bundestheater war in diesem Jahr 550 Millionen Schilling. Wir waren fast mit unserer Forderung am Ziel. Aber am Ziel sitzt eben in dieser Geschichte der Igel, und der Igel ist jeweils das Budget der Bundestheater für das nächste Jahr. Dieser Abgang der Bundestheater beträgt für das Jahr 1973 bereits 731 Millionen Schilling, also fast 2 Millionen Schilling pro Tag. Ich möchte nicht als Hinterwäldler gelten, der hier billig und ganz leicht polemisiert gegen diese Bühnen in Wien, die eines der größten kulturellen und künstlerischen Schaufenster Osterreichs sind. Aber wir glauben, daß die Relationen nicht ganz stimmen und daß hier wohl auch Gründe in der Wirtschaftsführung dieser großen Betriebe in Wien liegen, in die man eines Tages wohl auch stärker hineinleuchten wird müssen, als man es bisher gewagt hat, denn die Bundestheater zählen natürlich zu den heiligen Kühen im österreichischen Kunstleben. Auf der anderen Seite stehen wir aber in den Ländertheatern, also auch in Graz, im Sog der Gehälterentwicklung, der Lohnentwicklung, zum Teil auch der Gagenentwicklung der Bundestheater, derzeit wiederum besonders bei den Technikern, die — verständlicherweise — sagen, an den Bundestheatern sind die Sätze wesentlich höher als bei uns in Graz oder in Linz oder in Innsbruck, wir fordern Nachziehverfahren. Es drohen also wiederum neue Belastungen, abgesehen davon, daß auch das Arbeitszeitgesetz große Schwierigkeiten bietet, weil es auf einen Theaterbetrieb keine Rücksicht nimmt und man eben schon bei Pessimisten gehört hat, man wird in Zukunft nur Stücke spie-

len, die 120 Minuten dauern und nicht länger. Soweit wird es sicher nicht kommen. Die Schwierigkeiten sind aber jedenfalls leider noch nicht ausgeräumt, es sind bisher nur kleine Fortschritte erzielt worden.

Was den Theaterausschuß oder den Neunerausschuß betrifft, möchte ich zu der Wechselrede, die vorher stattgefunden hat, sagen, daß auch ich der Auffassung bin, daß dieses Gremium klein bleiben muß, weil hier die Entscheidungsfähigkeit leichter gegeben ist. Ein gemeinsamer Entwurf von Land und Stadt liegt ja bereits vor, und ich nehme an, daß in Kürze hier der Beschluß über die Bühne gehen wird.

Soweit zum Theater und nun ein paar Worte zur Musik. Ein ganz großer Sorgenposten ist die Hochschule für Musik und darstellende Kunst. Das Jahr 1963 hat hier einen Vertrag gebracht zwischen dem Bund und dem Land Steiermark und seither trägt das Land Steiermark ein Drittel des Abganges dieser Hochschule. Das ist eine freiwillige Leistung, zu der wir ja nicht verpflichtet wären. Aber wir waren und sind froh, daß wir unter dieser Bedingung überhaupt eine Chance hatten, diese Hochschule nach Graz zu bekommen. Das bedeutet jetzt für das nächste Jahr bereits eine Belastung im Landesbudget von 11 Millionen Schilling. Dazu kommt, daß der Unterrichts- bzw. Vorlesungsbetrieb immer schwieriger wird. Sie ist ja aufgesplittert auf 10 Gebäude, die auf die Stadt Graz verteilt sind. Sie zahlt Mieten und Baukostenbeiträge von rund 1,2 Millionen Schilling pro Jahr dorthin, wo sie nicht Eigentümer und nicht Hausherr ist. Das Palais Meran ist zum Teil bereits baufällig. Es ist die dringendste Forderung und der dringendste Wunsch in meinem Referat an den Bund, daß die Verhandlungen schneller zu einem Abschluß kommen mögen. Früher habe ich schon angedeutet, es gibt zusätzliche Ablöseforderungen, hier konnte man sich bisher hauptsächlich auf Beamtenebene nicht einigen. Es liegt hier aber wirklich ein dringendes Bedürfnis vor, zu dieser Lösung des Neubaues der Hochschule für Musik und darstellende Kunst zu kommen.

Um bei der Musik zu bleiben, eine weitere große Leistung des Landes ist die Landesmusikschule. Der Abgang, den wir hier im nächsten Jahr zu tragen haben, beträgt 14,5 Millionen Schilling. Wir bekennen uns zu dieser wichtigen Einrichtung, die rund 1500 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, außerschulisch zur Musikausübung geführt zu werden. Es ist dies eine der Leistungen, die das Land Steiermark hier in der Landeshauptstadt erbningt und ich möchte hier einblenden, daß im Kulturbudget des Landes die Landeshauptstadt Graz gut wegkommt. Ich sage das deswegen, weil es hie und da angezweifelt wird und ich möchte sagen, daß diese Leistungen gerne erbracht werden, weil wir der Auffassung sind, daß dies eine Verpflichtung des Landes gegenüber der Landeshauptstadt ist, die man auch nicht wegdiskutieren soll, sie läßt sich auch nicht wegdiskutieren, man braucht nur das Budget ein wenig zu studieren. Ich erinnere an Posten wie die Vereinigten Bühnen, das Philharmonische Orchester, die Landesmusikschule, die Landesbiliothek, die Landesmuseen, deren Tätigkeit sich hauptsächlich auf Graz konzentriert, das Studentenheim des Landes Steiermark, das Künstlerhaus und viele weitere Förderungsposten in der Kunstpflege und in der Denkmalpflege. Was die Musikhochschulen betrifft, wurde auch über die Volksmusikschulen gesprochen. Auch hier ist die Hilfe des Landes im Steigen begriffen. Es gibt im ganzen Land 34 Musikschulen mit über 8000 Schülern und die Progression dieser Subventionspost in der Gruppe 3 ist die stärkste seit dem Jahr 1970. 1970 waren es 3,7 Millionen, 1973 werden es 16 Millionen sein und die Steigerung von 1972 auf 1973 wird 20 Prozent betragen, sie liegt über dem Durchschnitt der Steigerung des Landesbudgets.

Ich bin gerne bereit, weitere Hilfen hier einzusetzen, weil auch an diesen Volksmusikschulen wirklich eine ganz wichtige kulturelle Leistung im ganzen Lande erbracht wird. Ich muß allerdings schon jetzt anmelden, es ist auf die Dauer nicht möglich, ein Ungleichgewicht im Kulturbudget herzustellen zwischen Theater und Musik einerseits und allen anderen Kunstrichtungen andererseits. Hoch das Theater! und Viva la musica!, aber die Graphiker, die Bildhauer, die Maler, die Literaten, die Filmer, die Fotografen melden auch immer stärker und zu Recht ihre Forderungen an und das Gleichgewicht, das sie verlangen, ist bei weitem noch nicht gegeben. Ich muß also von vornherein darauf verweisen, es ist notwendig, anzuziehen, aber nicht nur auf dem Gebiet des Theaters und der Musik. Die Volksmusikschulen leisten Breitenarbeiten und ich möchte sagen, das ist eine der wesentlichsten Aufgaben in der Kulturpolitik überhaupt. In der Kulturpolitik darf es nicht darum gehen, Aktivitäten zu setzen oder nur Aktivitäten zu fördern, die 2 Prozent der Bevölkerung interessieren und über die dann referiert wird, sondern es geht ganz wesentlich um die Breite, um den Fundus und diese Nabelschnüre, die da bestehen zwischen der Volksmusik- über die Landesmusikbis zur Hochschule, von der Laienspielgruppe über das Schauspielhaus bis zum Burgtheater, von der Volksmusikschule bis zur Oper usw. Deswegen werden Sie im Budget immer wieder Posten finden, die darauf hinweisen, daß die Breitenarbeit intensiviert wird. Ich erinnere daran, daß wir als erstes Bundesland darangegangen sind, die Qualität der Blasmusik entscheidend zu heben, dadurch, daß erstmalig ein Kapellmeisterkurs, eine Fortbildungsveranstaltung an der Hochschule für Musik, eingerichtet worden ist. Die Nachfrage war ganz enorm, wir sind hier offenbar in eine Bedarfslücke eingesprungen. Vieles aus dieser Breitenarbeit gehört in das Kapitel Jugend und ich werde später bei einer anderen Gruppe kurz darauf zurückzukommen haben. Ich möchte aber auch darauf verweisen, daß wir mit einer Arbeitsgemeinschaft Volksbildung – Theater, mit Theatergruppen, Diskussionen, einer Wanderausstellung die Leute mehr als bisher an das Geschehen des Theaters heranzubringen versuchen, daß wir mit einer Wanderausstellung Schule - Museum, die im heurigen Herbst eröffnet worden ist, eine der Aktivitäten, die nicht zur Kenntnis genommen werden im Rahmen der Tätigkeit des Steirischen Herbstes, daß wir mit einer solchen Wanderausstellung offenbar auch eine sol-

che Bedarfslücke getroffen haben. Hier wurde nämlich eine Graphikausstellung zusammengestellt, die nun den Bezirken zur Verfügung steht, auch den kleinsten Schulen, wenn sie sie anfordern. Wobei nicht nur die Ausstellung eingerichtet wird, sondern auch versucht wird, mit den Schülern, mit den Jugendlichen darüber in Diskussion zu treten. Die Ausstellung ist in Weiz eröffnet worden und sie kurvt jetzt in der Gegend des Feistritztales, bis in kleine Orte hat sich Interesse dafür gezeigt. Das ist eines der Betätigungsfelder, über die auch immer wieder zu sprechen ist, wo wir versuchen, die schöpferischen Kräfte im Lande in der Breite, in der Basis anzusprechen, um eben nicht nur zu einem elitären Betrieb zu kommen, der schon gestern besprochen worden ist. So ist es auch dazu gekommen, daß man versucht hat, bei den Vorarbeiten zum Steirischen Herbst mit Freizeitgruppen in Kontakt zu kommen, von denen eben eine ein vielbestauntes Plakat geschaffen hat, von dem schon einiges gesagt worden ist. Ich habe - weil ja der Prophet im eigenen Lande nie sehr viel gilt — ein Zitat vorbereitet, das ich Ihnen bringen möchte. Es bezieht sich nicht direkt auf den Steirischen Herbst, es könnte aber vielleicht dafür geschrieben sein. Es stammt von einem recht unverdächtigen Zeugen, von Hermann Hesse, und es stammt aus dem Jahre 1917, nicht 1971, sondern

Er hat damals davon gesprochen, daß die Kunst immer wiederum neue Sprachen erfindet und damit ihre Umwelt, ihre Mitbürger strapaziert. Und er sagt dann an einer Stelle: "Hat nun der Mitbürger eine Sprache gelernt, die er für die Sprache der Kunst hält, so ist er zufrieden und meint, die Kunst zu verstehen und zu besitzen und wird wütend, wenn er erfährt, daß diese Sprache, die er so mühsam gelernt hat, nur für eine ganz kleine Provinz der Kunst gültig ist. Zur Zeit unserer Großväter gab es strebsame und gebildete Leute, die sich dazu durchgerungen hatten, in der Musik neben Mozart und Haydn auch Beethoven gelten zu lassen. So weit gingen sie mit. Aber als nun Chopin kam und Liszt und Wagner und als man ihnen zumutete, nochmals und abermals eine neue Sprache zu lernen, nochmals revolutionär und jung, elastisch und freudig an etwas Neues heranzugehen, da wurden sie tief verdrossen, erkannten den Verfall der Kunst und die Entartung der Zeit, in der zu leben sie verurteilt waren. So wie diesen armen Menschen geht es heute wieder vielen Tausenden. Die Kunst zeigt neue Gesichter, neue Sprachen, neue, lallende Laute und Gebärden. Sie hat es satt, immer und immerzu die Sprache von gestern und vorgestern zu reden. Sie will auch einmal tanzen, sie will auch einmal über die Schnur hauen. Sie will auch einmal den Hut schief aufsetzen und im Zickzack gehen. Und die Mitbürger sind darüber wütend, fühlen sich verhöhnt (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Lackner, lederne Hosenträger mußt du heute haben, weißt du!") und an der Wurzel in ihrem Wert angezweifelt, werfen mit Schimpfworten um sich und ziehen sich die Decke ihrer Bildung über die Ohren. Und derselbe Bürger, der wegen der leisesten Berührung und Beleidigung seiner persönlichen Würde zum Richter läuft, wird jetzt erfinderisch in furchtbaren Beleidigungen."

Soweit Hermann Hesse im Jahre 1917. (Allgemeiner Beifall.)

Nun, meine Damen und Herren, in Sachen Kunst und Kunstförderung stehen wir immer wiederum vor dem Problem, Talente in der Steiermark zu haben - Gott sei Dank zu haben -, denen man es möglich machen muß, zu bestehen in der Auseinandersetzung, auch in der internationalen Auseinandersetzung. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, daß Künstler der älteren oder mittleren Generation zum Teil weltweit arriviert sind, die aus der Steiermark sind oder in der Steiermark ihre künstlerische Karriere begonnen haben; sei es Robert Stolz, sei es Karl Böhm, sei es Gundula Janowitz, sei es - bei Mell wird es etwas schwierig, da scheiden sich die Geister, die einen meinen Max und die anderen Marisa -, wir dürfen uns (Landeshauptmannstellvertreter begnügen Wegart: "Ich bin für die Marisa!" — Landesrat Bammer: "Ich bin auch für die zweite!"), daß diese draußen sind und etabliert sind, sondern es wird immer neue Kräfte geben, die nachstoßen, unter den Architekten, von denen ja welche in München dieses Jahr beispielsweise mitgebaut haben, unter den Fotografen, wir haben ganz hervorragende international bekannte Fotografen in der Steiermark, unter den Filmern und besonders im Theater. Ich würde sagen, Graz und die Steiermark quellen über an Talenten, an Schauspielern, an Regisseuren und Autoren auf dem Gebiet des Theaters, die weit über die Steiermark und zum Teil auch über Österreich bekannt sind und bereits wirken, auch in der besonders unruhigen, komplizierten und daher kritisierten jungen und jüngsten Generation. Gerade jetzt ist wieder ein Stück des vielzitierten Wolfgang Bauer von Esslin ins Englische übersetzt worden und wird in London aufgeführt. Und von Handke gibt es in allerletzter Zeit sogar schon eine Übersetzung ins Japanische. Immer wieder also die Problematik, Talente zu suchen, ihnen Chancen zu geben. Für die stärksten von ihnen wird die Steiermark zu klein werden. Das war immer schon so. das ist auch heute nicht anders. Aber diese Talente sollen wenigstens sagen können, ich bin hinausgegangen in die Welt und die Steiermark hat mir dabei geholfen, meine Startlöcher zu graben. Entscheidend in der Förderung ist immer wiederum die Frage der Qualität. Und weil es hier keine meßbaren und wägbaren Kriterien gibt, bleibt der zuverlässigste Gradmesser nach Henry Moore und das wird sicherlich im wesentlichen stimmen —, eben die Zeit. Aber wir haben nicht Zeit abzuwarten und wir dürfen uns nicht vor der späteren Zeit drücken. Es geht immer wieder darum, der Qualität nachzuspüren und in der Kunstförderung nicht einseitig zu sein. Denn die einseitige Kunstförderung wäre mit einer einseitigen Denkmalpflege zu vergleichen, wo man beispielsweise sagen könnte: Mir gefällt nur die Renaissance, für den Hof da draußen bin ich, aber das Spätbarock reiße ich ab, und die Hochschule in Wien produziert im Jahr die Landstube lassen wir nicht mehr bestehen. So ungefähr 10 bis 20. So geht das nicht mehr weiter. einfach geht das nicht. Aber ich glaube, daß es doch auch ein grundsätzliches Problem ist mit der offiziell geförderten Kunst. Ihr droht immer wieder-

um - das ist kein steirisches, sondern ein internationales Problem — die Furcht vor dem Neuen und auch der Stopp für das Neue. Deswegen glaube ich auch, daß es nicht gut ist, daß die öffentliche Hand die Kunstförderung ganz annektiert. Und auch deswegen glaube ich, daß es wichtig ist, der privaten Kunstförderung, dem Mäzenatentum, die Chancen zu geben, beispielsweise durch Möglichkeiten steuerlicher Abschreibung. Hier eine stärkere Streuung zu erzielen, die letzten Endes, wenn der Geschmack der Förderung, auch der Mut der Förderung stärker gestreut ist, auch eine stärkere Streuung von Chancen für die Künstler mit sich bringt, das wäre erstrebenswert.

Der Steirische Herbst - ich habe es seit jeher gesagt — hat die Chance, sich in jedem Jahr neu schaffen zu müssen. Er muß in jedem Jahr neu erfunden werden. Und er wird auch für das Jahr 1973 neu erfunden werden müssen. Es ist völlig richtig zu sagen, daß es nicht wünschenswert ist, daß er ein Exklusiv-Festival sei oder werde oder bleibe. Das ist nicht interessant und nicht wünschenswert. Es ist wesentlich, daß er im Sinne der ursprünglichen Schöpfung eine Manifestation sei. eine Manifestation für das Land, eine Manifestation aber auch der schöpferischen Kräfte des Landes. Wir versuchen ja, die Basis zu verbreitern. Wenn Sie die Programme der Steirischen Herbste studieren, dann können Sie beobachten, daß hier die Streuung - auch in die Bezirke hinaus - immer größer geworden ist. Aber es ist richtig, wenn man sagt, es ist durch diese vermehrte Streuung jetzt wiederum ein neues Problem immer stärker entstanden, nämlich daß zuviel auf engem Raum ich meine jetzt den zeitlichen Raum, nicht den geographischen — zusammengedrängt wird. Und ich kann mir durchaus vorstellen, daß hier im Sinne dieser ständigen Regeneration des Steirischen Herbstes im Jahre 1973 ein zusätzliches Experiment gemacht wird in dem Sinne, daß man sehr wohl einen internationalen Kern für kurze Zeit, wie das bisher der Fall gewesen ist, für zwei oder drei Wochen beläßt, daß man aber die Peripherie - da meine ich Veranstaltungen sowohl in Graz als auch in den Bezirken — zeitlich verlängert, schon in den September verlegt und bis in den November hineinzieht, damit dieses Hasten und diese Hektik, die mit Recht da und dort vorgeworfen wurden, gemildert werden.

Und noch etwas: Es handelt sich also darum möglichst viele Menschen zur Selbsttätigkeit zu bringen und zur selbständigen Auseinandersetzung. Und hier gibt es zwei Sorgen für den Landespolitiker, die wieder einmal den Bund betreffen. Die erste Sorge ist folgende: Wir sind froh, daß wir eine Ausbildungsstätte für Musik und Theater haben. Die bildenden Künstler fühlen sich aber immer stärker benachteiligt, auch schon dort, wo die Ausbildung für den Lehrer, volkstümlich gesagt für den Zeichenlehrer, so schwierig ist. In ganz Osterreich gibt es einen Fehlbestand von rund 600 Es interessieren sich daher zu Recht Linz und Salzburg um eine zusätzliche Ausbildungsstätte für Kunsterzieher und es ist höchste Zeit, daß sich auch

Graz dafür interessiert. Glücklicherweise ist eine gemeinsame Plattform gebaut worden zwischen Technischer Hochschule und Universität, so daß jetzt ein reifes Projekt vorliegt und es wird im Interesse des Landes als auch der Stadt liegen, diese Initiative in Wien entscheidend zu unterstützen, denn wir haben Talente im Land und sollen diese Talente auch hier ausbilden können, bis sie dann letzten Endes auch an den Schulen wirksam werden können.

Die zweite Sorge auf diesem Gebiet habe ich schon einmal angeschnitten in diesem Landtag, das sind die bekannten zwei Fachinspektoren, die wir so dringend in der Steiermark brauchen und noch immer nicht haben: den Fachinspektor für die Musikerziehung und den Fachinspektor für die bildnerische Erziehung. Das ist nicht nur eine Lehrermarotte und etwas, was sich nur auf die Schule bezieht, denn diese zwei Persönlichkeiten können sehr wohl Bindeglied sein zwischen Schule und Erwachsenenbildung und Kulturarbeit in den Gemeinden, im Lande usw. Und hier stehen wir in einem leider noch immer nicht gelösten Dilemma, beide sind für die Bereiche Steiermark und Kärnten zu nominieren. Die beiden Landesschulräte können sich aus politischen Gründen nicht auf gemeinsame Vorschläge einigen und so kommt es, daß wir keinen Fachinspektor für Musikerziehung seit dem 1. Jänner 1971 haben und keinen für bildnerische Erziehung seit dem 1. Juli 1971, Wenn diese Einigungen nicht erzielt werden können, dann bleibe ich bei meinem Vorschlag, den ich immer schon gemacht habe, man möge die Inspektionsgebiete trennen, das ist sachlich gerechtfertigt, denn diese Inspektoren wurden 1952 geschaffen und da hat es eine Schulexplosion gegeben, und so ein Fachinspektor für Steiermark allein hat randvoll zu tun, er würde sich schwer tun, Kärnten noch dazu zu übernehmen und umgekehrt würde es ähnlich sein. Sicherlich sind es finanzielle Fragen, die in Wahrheit dahinterstecken. In Wahrheit ist das Finanzministerium auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, aber letzten Endes geht es eigentlich um geringe Summen. Ein Fachinspektor kostet in einem Jahr ungefähr 2 Stunden Bundestheater.

Zur Erwachsenenbildung bitte ich nur ganz kurz: Neue Aktivitäten hat es in erfreulicher Weise gegeben im Jahre 1972, ich erinnere an die Volksbildungswochen, die in diesem Jahr wieder stattgefunden haben, an die Premiere der Mitarbeiterausbildung in der Steiermark, welches das erste Bundesland ist, das sich mit dieser Problematik praktisch auseinandersetzt, die Aktion "Es ist nie zu spät", diese Nachhollehrgänge für Bewohner des ländlichen Raumes. Nichts anfangen konnten wir auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung mit den Bildungsprogrammen im Rundfunk und Fernsehen. Hier ist es wirklich notwendig, daß durch die Schaffung einer ORF-Akademie, die in Wien vor der Türe steht, es zu besseren Programmen kommt. Auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung möchte ich auf eine neue Post hinweisen, nämlich auf das Forschungsprojekt audiovisuelle Zentren. Es geht darum, daß in einem Forschungsprojekt herauskommen soll, in welchem Umfang es für die Steiermark interessant ist, ein audiovisuelles

Zentrum zu errichten, das heißt, eine Anlage, in der eine Information von Bild und Ton gespeichert wird, und zwar so, daß sie gleich wieder abrufbar ist. Das, was Spezialisten eine Mediathek nennen und was wahrscheinlich die Bibliothek des 21. Jahrhunderts werden wird. Hier ist mit einer weit gebauten Plattform dieses Projekt vergeben worden und wir können neugienig sein, in welcher Form hier Vorschläge von den Fachleuten erstellt werden.

Bei den Büchereien haben wir das Jahr des Buches hinter uns, die steigenden Leserzahlen gelten für sehr viele Bibliotheken — Herr Dr. Strenitz hat bereits heute davon gesprochen — auch für die Landesbibliothek, auch für viele zentrale Bibliotheken in der ganzen Steiermark, deren Qualität immer mehr gehobenn wird durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen dem Land Steiermark und der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Büchereien, so daß die Förderung wirklich gezielt und sinnvoll eingesetzt werden kann.

Noch zum Kapitel Bildung ein kurzes Wort: zum Landesmuseum Joanneum, denn auch ein Museum ist, wenn es nichtig geführt wird, ein Bildungsinstitut. Ich muß an dieser Stelle unterstreichen, daß dieses oft unterschätzte und manches Mal nicht genug beachtete Institut eine gute Weiterentwicklung bringt. Das geht auf einige glückliche Faktoren zurück: erstens auf einen sehr starken persönlichen Einsatz einiger zum Teil sehr junger Kräfte im Landesmuseum Joanneum, zweitens auf technische Fortschritte, auf den Einbau der Heizung in der Raubergasse 10 und in der Neuen Galerie. drittens auf die Einrichtung einer Musterabteilung, nämlich der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte im Schloß Eggenberg, und viertens auch auf eine Werbung, die koordiniert betrieben wird, so daß die Offentlichkeit mehr über die Tätigkeit des Joanneums erfährt. Die Besucherziffern steigen auch. Wir hatten im Jahre 1972 205.000 Besucher, im Jahre 1973 werden es rund 250.000 sein. Wobei ganz besonders hohe Ziffern gelten für Eggenberg, sowohl für den Park als auch für das Schloß — das Schloß mit rund 50.000 Besuchern -, das Landeszeughaus mit rund 25.000 und das ausgezeichnete Landschaftsmuseum in Trautenfels, das in diesem Jahr 14.000 Besucher gehabt hat.

Für die Zukunft sind einige bauliche Verbesserungen vordringlich. Sie sind daher bereits zum Teil im Budget des Jahres 1973 untergebracht. Es geht um neue Einrichtungen für die naturwissenschaftlichen Abteilungen in der Raubergasse, vor allem auch um eine kosmetische Aktion, nämlich um die Renovierung der Fassade des Gebäudes in der Neutorgasse, das ja bereits aussieht wie nach dem 3. Weltkrieg. Und es wird in weiterer Folge um den Einbau von Heizungs- und Klimaanlagen in der Neutorgasse gehen, womit man zwei sehr gute Abteilungen — nämlich die Alte Galerie und das Kunstgewerbemuseum eines Tages wird wachküssen können. Und diese Abteilungen verdienen das auch. Ich möchte darauf hinweisen, daß das Joanneum nicht nur in Graz wirkt, sondern es auch immer stärker versucht, dienlich zu sein, Service zu leisten für die steirischen Bezirke. Wir haben 1972 27 Ausstellungen von verschiedenen Abteilungen des Joanneums in die Bezirke, drei davon auch ins Ausland, gesandt.

Ein letzter Posten ist Stainz. Auch hier geht die Errichtung des Bauernmuseums voran. Wir können damit rechnen, daß noch im Jahre 1973 diese Abteilung eröffnet werden kann.

Nun noch ein paar Worte zur Denkmalpflege. Auch die Posten der Denkmalpflege wurden im Budget zum Teil stark aufgestockt. Das Wort Denkmalpflege ist ein sehr unglücklicher Begriff. Man glaubt immer wiederum in der Offentlichkeit, hier geht es darum, ein paar Reiterdenkmäler, ein paar Kriegerdenkmäler oder ein paar Statuen zu restaurieren. Es handelt sich natürlich um einen viel weiteren Begriff, nämlich um die Erhaltung und Revitalisierung von historischen Kunstwerken und von historischer Architektur. Diese Architektur gehört eindeutig zum Charakter unseres Landes, und wir haben alles dazu beizutragen, sie uns zu erhalten. Denn auch der Fremde, der zu uns kommt, sagt es uns immer wieder: "Erhaltet euch diesen Teil des Gesichtes der Steiermark, denn auch deswegen kommen wir zu euch. An der Einheitsemmentaler-Architektur, wie sie von Oslo bis Palermo bereits existiert, sind wir nicht interessiert. Sie ist notwendig, aber sie ist nicht interessant," Hier stehen wir immer wiederum vor den Problemen der Erhaltung. An und für sich ist für die Denkmalpflege der Bund kompetent. Aber die Mittel reichen beim Bund genausowenig wie bei anderen Gebietskörperschaften. Die Anforderungen sind sehr groß. Die Summe, die im Bundesbudget 1972 eingesetzt war, betrug 18 Millionen Schilling. Das reicht für 1 bis 2 größere Projekte und Vorhaben — für ganz Österreich. Auf der anderen Seite waren für die Fremdenverkehrswerbung ungefähr 100 Millionen Schilling eingesetzt. Die Werbung, die mit dieser Architektur und mit diesen Bauten für unser Land wirbt. Das Land Steiermark leistet große freiwillige Leistungen. Auch die Hilfe für die Stadt Graz möchte ich hier noch einmal herausstreichen, wo die Haushaltspost auf 2 Millionen für 1973 aufgestockt wird. Aber auch hier wird es auf die Dauer nicht genügen, sich nur an Bund, Land oder Stadtgemeinden zu wenden. Auch hier wird es notwendig sein, der Privatinitiative zusätzliche Chancen zu geben. Deswegen gehe ich auch in diesem Bereich immer wiederum als Wanderprediger herum. Ich bin der Auffassung, daß man auch private Aufwendungen steuerlich begünstigen muß, die der Denkmalpflege, soweit sie das öffentliche Gut betrifft, zugute kommen.

Nun noch ein Beitrag des Landes zur Frage der Grazer Altstadt. Noch eine neue Post wird für das Jahr 1973 eröffnet. Und zwar geht es hier um den Schutzstollen, für den ein Betrag von 850.000 Schilling eingesetzt worden ist. Es handelt sich dabei um folgendes:

Es ist geplant, für Kulturgüter speziell des Joanneums einen luftdrucksicheren Stollen im Schloßberg zu errichten. Die Errichtung eines solchen Stollens ist die Voraussetzung dafür, daß das umliegende Gebiet — und das ist die ganze Grazer Altstadt — die Chance hat, nach der Haager Kon-

vention unter den sogenannten Sonderschutz gestellt zu werden. Das ist eine ganz seltene Möglichkeit. In der ganzen Steiermark gibt es nur zwei Punkte, die diese Möglichkeit haben, einerseits die Johanneskapelle in Pürgg und andererseits die Grazer Altstadt. Wir haben deswegen diese Post eröffnet, um auch hier einen Beitrag zu leisten für die Erhaltung und Revitalisierung dieser Grazer City. In diesem Zusammenhang bei der Denkmalpflege ist es auch notwendig, daß ich ein paar Worte sage über Eggenberg, über die Story, über diesen Krimi, der in den letzten Tagen über die Managerakademie in Eggenberg kursiert. Es ist dazu zur Information der Abgeordneten dieses Hauses folgendes zu sagen:

1. Die Osterreichische Akademie für Führungskräfte — so heißt sie offiziell — vulgo Managerakademie ist ein selbständiger Verein, mit dem ich persönlich leider nichts zu tun habe. Ich sage leider, weil es ein sehr fortschrittliches Institut ist. Ich bin weder im Kuratorium noch bin ich Referent, noch bin ich Subventionsgeber, denn der Kursbetrieb wird dort kostendeckend geführt.

2. sind die Träger auf einer sehr breiten Plattform versammelt. Träger sind das Land Steiermark, die Stadtgemeinde Graz, die Hochschulen, die Kammern, auch die Arbeiterkammer natürlich, und die Industriellenvereinigung.

3. finden die Kurse dieser Managementakademie derzeit an verschiedenen Orten statt. Einige sind im Schloß Eggenberg, einige am Raiffeisenhof und einige sogar im Alpineheim in Ratten. Es hat daher der Verein der Akademie den Wunsch ausgesprochen und den Plan gefaßt, zu konzentrieren, zusammenzufassen und daher auch zu bauen. Und weil das Sekretariat der Akademie im Schloß Eggenberg ist und auch bleiben soll, träumt man natürlich davon, im Umkreis des Schlosses zu bleiben. (Hammerl: "Das wird wohl ein Traum bleiben!") Daher ist auch die Idee aufgetaucht, natürlich nicht neben dem Schloß und nicht vor dem Schloß und auch nicht im Park, sondern auf dem Areal der aufgelassenen Schloßgärtnerei an der Baiernstraße, das ist die Straße hinter dem Schloß, einen Bau aufzuführen.

4. hat nun diese Managerakademie den Ruf an die fördernden Institutionen, darunter auch an das Land, gerichtet, man möge ihr für einen Bau zu Hilfe kommen. Und weil das Land fortschrittliche Initiativen immer fördert, ist auch hier die Bereitschaft vorhanden, einen solchen Bau zu fördern. Da es aber bisher im Rahmen dieses Vereines nur Vorstudien gibt und nichts präziseres, war es nur möglich, im ao. Haushalt des Landes eine Summe unterzubringen. Jeder der etwas von Budgettechnik versteht, weiß, daß Summen im ao. Haushalt auf Jahre untergebracht werden können, wo sie oft nach Jahren abberufen werden oder überhaupt nicht abberufen werden. Es gibt noch andere, die in der Gruppe 3 und auch anderswo seit Jahren stehen.

Das ist, kurz zusammengefaßt, bisher alles. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: "Der Grundeigentümer muß ja sagen!")

Ich komme zur Zusammenfassung: Es wurde bisher kein Grund zur Verfügung gestellt, es wurde

auch kein Modell vorgelegt, es wurde auch dem Denkmalschutz, der ich nicht bin, mit dem aber das Land sehr gut zusammenarbeitet, kein Modell vorgelegt, geschweige denn, daß in irgendeiner Form ein Bau- oder Widmungsverfahren eingeleitet wurde. Es wurde, kurz zusammengefaßt, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine einzige Bewilligung erteilt und kein einziger Schilling freigegeben. Das ist der Stand der Dinge, in diesem Embryonalzustand befanden sich die Dinge und befinden sie sich noch, man hätte ihn sehr leicht eruieren können, wenn man hätte wollen. (Landesrat Bammer: "Wir sind für die "Fristenlösung"!") Ich möchte aber an der ganzen Sache auch etwas Positives sehen, nämlich zwei Dinge: 1. Die Managerakademie hat durch diese Diskussion wieder eine neue Publizität bekommen und das verdient sie, denn sie ist eine ausgezeichnete Leistung von Menschen dieses Landes, (Abg. Dr. Strenitz: "Das Dormitorium wird langsam zum Komplexitorium!") 2. Ein weiterer positiver Faktor: Vor zwei oder drei Jahren hätte man mit dieser Story wahrscheinlich keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken können, heute ist das möglich geworden, man kann damit sogar nicht nur Hunde, sondern auch Leser gewinnen und das ist, glaube ich, eine positive Entwicklung, letzten Endes auch ein Erfolg für die Umweltprediger, zu denen ich mich gerne seit einiger Zeit zähle. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "In der Regierung waren Sie nicht so ganz auf der Seite der Umweltschützer! Da haben Sie 8 Millionen haben wollen!") Das ist eine Teilsumme, ich habe genau darüber referiert, daß das Projekt in den ersten Vorberechnungen nach der Meldung des Vereines sich nicht auf 8, sondern auf mehr Millionen beziffert.

Und schließlich noch ein Wort, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Naturschutz. Auch diese Frage wurde von einigen Rednern angeschnitten. Ich möchte ganz kurz zusammenfassen: Auch hier ist ein Meinungsprozeß eingetreten, ähnlich wie gestern bei den Kindergärten, ähnlich wie bei der Denkmalpflege. Es ist richtig, wenn man sagt, in diesen Fragen, beim Landschaftsschutz und beim Naturschutz, sind die Bürgermeister überfordert. Ich muß aber auch Beamte des Landschaftsschutzes und des Naturschutzes in Schutz nehmen. denn auch sie sind manches Mal überfordert. Sie sind — ich würde sagen — permanent Buhmänner. Man hat ihnen in der Vergangenheit oft vorgeworfen, warum laßt ihr nicht bauen und man wirft ihnen in der Gegenwart immer häufiger vor, ja warum laßt ihr denn bauen! Das ist sicherlich eine positive Entwicklung, die Schwienigkeiten werden damit natürlich nicht kleiner. Man muß eines dazu sagen, daß auch Beamte des Landschaftsschutzes oder des Naturschutzes und Sachverständige manches Mal vor vollendete Tatsachen gestellt werden, weil eben Fundamente schon stehen, womöglich schon Rohbauten stehen und nun an sie die dringende Bitte herangetragen wird, nichts zu blockieren und zwar sowohl vom Häuselbauer als auch von einem größeren Projektanten. Es ist diese Frage auch deswegen nicht befriedigend gelöst, weil sie nicht als Vorfrage im Verfahren gilt. Wenn sie als Vorfrage gelten würde, dann müßte sie vor der

Bauverhandlung und vor der Widmungsverhandlung an Ort und Stelle abgeführt werden. Das ist nicht der Fall, daher auch oft die praktischen Schwierigkeiten. Für die Großprojekte wurde ein Gremium von Fachleuten erbeten, dieses ist inzwischen schon geschaffen worden. Es handelt sich um den Beirat für Naturschutz, der als eine zusätzliche Bremse gegenüber Großprojekten eingesetzt worden ist. Sicher ist, daß auch hier sich die Bereitschaft der Allgemeinheit weiterentwickeln muß, denn solange wir nicht lernen, das Land zu lieben und zu respektieren wie ein uns anvertrautes Gut, solange wird die Zerstörung des Landes weitergehen.

Meine Damen und Herren, soweit zur Gruppe 3, soweit einige Bemerkungen zur Gruppe der Kultur.

Ich möchte zusammenfassend sagen: Wir besitzen an der Steiermark ein Land, das mit vielem Gut ausgestattet ist, das erhaltenswert ist, das viele Talente besitzt, die Förderung verdienen. Leitgedanke von Kulturpolitik muß sein: Entwicklung. Es kann sich nicht immer um eine quantitative Entwicklung handeln, es ist sehr oft eine nicht meßbare, das heißt eine qualitative Entwicklung. Aber ich glaube, daß wir immer wiederum die Möglichkeit haben, trotz gegenteiliger Auffassungen diese Entwicklung voranzutreiben, es wird nur die Zeit entscheiden können, wo in der Kunstpolitik, wo in der Bildungspolitik der richtige Akzent gesetzt worden ist. Es muß sich der Kulturpolitiker dem Urteil der Zeit stellen und ich werde mich auch diesem Urteile immer gerne stellen. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Ing. Stoisser: Ich wiederhole meinen Antrag auf Genehmigung der Voranschlagsgruppe 3 "Kultur".

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, eine Hand zu heben. (Geschieht.)

Die Gruppe 3 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe. Berichterstatter ist Abgeordneter Johann Fellinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellinger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, sind Gesamtausgaben in der Höhe von 315,061.000 Schilling vorgesehen, das sind um 30,996.000 Schilling mehr als im Voranschlag 1972. Einnahmen sind vorgesehen in der Höhe von 129,762.000 Schilling, daher um 8,319.000 Schilling mehr als im Jahre 1972. Aus diesen Beträgen kann man ersehen, daß in der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, ein Betrag von 185,299.000 Schilling aus Landesmitteln bereitgestellt werden muß. Jenen — und ich habe diese Sätze schon

voriges Jahr geprägt - sozial Bedürftigen zu helfen, ihre Not zu lindern, war immer unsere Aufgabe. Es sind ja solche Menschen, die durch ihr körperliches Gebrechen gezwungen sind, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen oder die unverschuldet in eine Notlage geraten sind. Die Voraussetzungen zur Durchführung von sozialen Maßnahmen, um all diesen Kindern, Frauen und Männern zu helfen, sind im Voranschlag gegeben. Die Gruppe 4 gliedert sich in 8 Abschnitte und 11 Unterabschnitte. Im Abschnitt 41, offene Fürsorge, werden bedürftige Pflegekinder sowie Erwachsene betreut. Im Jahre 1973 werden wieder voraussichtlich 582 Pflegekinder und 214 hilfsbedürftige Erwachsene für die Unterbringung auf privaten Kostplätzen nach den Richtlinien der öffentlichen Fürsorge dauernd unterstützt werden müssen. Außerdem wird ungefähr die gleiche Anzahl von Pflegekindern und Erwachsenen fallweise unterstützt werden. Bei der geschlossenen Fürsorge wurden im Jahre 1973 gegenüber 1972 7,900.000 Schilling mehr im Voranschlag präliminiert. Bei der Unterbringung von Geisteskranken, Taubstummen, Blinden und sonstigen Hilfsbedürftigen in eigenen und fremden Anstalten müssen 75 Prozent der Kosten die Bezirksfürsorgeverbände tragen. Im Voranschlag sind für die geschlossene Fürsorge 100,400.000 Schilling vorgesehen. Im Unterabschnitt 446, Blindenbeihilfe, darf ich berichten, daß für das Jahr 1973 voraussichtlich 1639 Blindenbeihilfenempfänger vorhanden sein werden, davon 813 Vollblinde und 826 praktisch Blinde. Die monatliche Blindenbeihilfe wird voraussichtlich ab 1. Jänner 1973 für Vollblinde 1060 Schilling, für praktisch Blinde 635 Schilling monatlich betragen. Im Unterabschnitt 467 ist die Behindertenhilfe zusammengefaßt. Es sind dafür 55 Millionen Schilling vorgesehen, das sind um 5 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag 1972. Es wird an etwa 1690 Behinderte ab dem 16. Lebensjahr, die vorwiegend bettlägerig sind oder einer ständigen persönlichen Hilfe bedürfen, vierzehnmal jährlich ein monatliches Pflegegeld ab 1. Jänner 1973 von 850 Schilling gewährt werden. Weiters wurden bei der Behindertenhilfe durch die Bezirksverwaltungsbehörden in 232 Fällen Eingliederungshilfen und in 12 Fällen Beschäftigungstherapie bewilligt. 44 Personen wurde ein geschützter Arbeitsplatz zuerkannt. Das Land Steiermark selbst hat durch die Rechtsabteilung 9 im Jahre 1972 in 126 Fällen Eingliederungshilfen und in 22 Fällen Beschäftigungstherapie bewilligt. Im Unterabschnitt 449/11 und 851, Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien, sind für das Jahr 1973 wieder 9,9 Millionen Schilling vorgesehen. In dieser Aktion wurde sehr vielen Menschen geholfen, und ich kann von meinem eigenen Bezirk sagen, daß alle Fälle erledigt worden sind. Es ist kein Fall im Rückstand, Allein im Jahre 1972 wurde in 147 Fällen mit insgesamt 1240 Kindern entweder durch Darlehen oder Beihilfen die Wohnraumbeschaffung gefördert. Seit dem Jahre 1955 wird im Land Steiermark im Einvernehmen mit den Bezirkfürsorgeverbänden eine Altenurlaubsaktion durchgeführt. Im Jahre 1972 wurden 2667 Personen in vier Turnussen in insgesamt 18 Gasthäusern untergebracht. Das ist eine der erfreulichsten Aktio-

nen für unsere alten Menschen. Ich kann dazu nur sagen, daß wir dem Landesrat Gruber sowie der Landesregierung für diese Aktion dankbar sind, weil ja viele Menschen darunter sind, die das erste Mal im Leben einen Urlaub haben. In den drei Landesfürsorgeheimen sind eine Reihe von Investitionen für 1973 festgelegt worden und vor allem für das neugebaute Fürsorgeheim, wo der Herr Landesrat das letzte Mal berichtet hat, daß die Grundbeschaffung schon vor sich gegangen ist, sind 8 Millionen Schilling vorgesehen, und es wird mit dem Bau des neuen Fürsorgeheimes demnächst begonnen.

Ich darf das Hohe Haus im Namen des Finanzausschusses bitten, der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, die Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Bischof das Wort.

Abg. Bischof: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Hernen!

Die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, die Fortschritte der Medizin und der Hygiene haben in den letzten Jahrzehnten die Lebenserwartung beträchtlich gesteigert. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt in Österreich für Männer 66,3 Jahre und für Frauen 73,5 Jahre. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt daher ständig zu. Sozialhilfe und Sozialversicherung haben daher die Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der alten Menschen so weit zu sichern, daß sie frei von materieller Not ein unabhängiges Leben führen können. Mit der Gewährung von finanziellen Leistungen allein ist aber nicht geholfen in der heutigen Zeit. Es ist darüber hinaus notwendig, die mit dem Altern verbundenen körperlichen und geistigseelischen Beschwerden zu lindern und die älteren Menschen davor zu bewahren, daß sie aus dem Gemeinschaftsleben herausgedrängt und der Isolierung und der Vereinsamung ausgesetzt werden. Die öffentliche und die private Wohlfahrt haben auf dem Gebiete der Betreuung älterer Menschen schon beachtliche Leistungen erbracht. Diese Bemühungen müssen aber noch weiter verstärkt werden.

Es muß im steigenden Maße die Aufgabe der Gesellschaft sein, sich um neue Formen der Betreuung der älteren Mitbürger zu bemühen. In diesem Zusammenhang werden die Bemühungen der Rechtsabteilung 9 um Kontakte mit dem In- und Ausland und die Teilnahme an Tagungen und Länderkonferenzen sehr begrüßt. Die Aufklärung über eine rechtzeitige Vorbereitung auf das Alter als dritte Lebensphase ist ebenfalls von großer Bedeutung. Die Betreuungsmaßnahmen müssen allen alten Menschen ohne Rücksicht auf ihre materielle Bedürftigkeit zugute kommen. Dabei können jedoch entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Betreuten angemessene Kostenbeiträge eingehoben werden. Es gibt zahllose Möglichkeiten einer befriedigenden Freizeitgestaltung. Dazu zählen: Besichtigungen, Reisen, Urlaube. Hier sei erwähnt die Altenurlaubsaktion, eine Initiative unseres Sozialreferenten, die seit 1965 mit viel Erfolg durchgeführt wird. Für nicht wenige bedeutet es oft den ersten Urlaub in ihrem Leben. Landesrat Gruber bekommt hier Tausende Dankschreiben. In diesem Jahre kam diese Aktion 2267 Personen zugute, die in vier Turnusgruppen in 18 Gasthöfen untergebracht waren. Seit Bestehen dieser Aktion gibt es bereits über 13.500 Altenurlauber.

Gestatten Sie hier eine Einflechtung: In sämtlichen 9 Bundesländern sind die für das Sozialwesen zuständigen Landesregierungsmitglieder Sozialisten. Der Förderung geselliger Kontakte und der Teilnahme am kulturellen Leben dienen aber auch Fahrpreisermäßigungen auf öffentlichen Verkehrsmitteln und Begünstigungen beim Besuch eines Theaters, eines Konzertes oder Gebührenermäßigung bei Rundfunk, Fernsehen und Telefon. Wir begrüßen den kostenlosen Museumsbesuch, den Frau Minister Firnberg vor zwei Tagen aufgezeigt hat. Für die Freizeitgestaltung wird aber auch begrüßt die Förderung von Altenklubs. Nur muß hier getrachtet werden, daß zweckentsprechende Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehen oder bereits in Wohnanlagen eingeplant werden. Ideal wären hier eigene Zentren mit mehreren verschieden ausgestatteten Räumen, zum Beispiel kleine Hobbyräume und größere gemeinsame Veranstaltungsräume. Gesundheitliche, soziale und pflegerische Betreuung ist in den Heimen und Anstalten gewährleistet. Und hier liegt noch ein Wunsch der Oststeiermark vor, ein Heim für Hartberg bzw. Feldbach zu bekommen. Aber auch in der häuslichen Umgebung müßte diese Gewährleistung sein und deshalb begrüßen wir die Mittel, die für eine Heim- oder Haushilfe über die Volkshilfe und Caritas vorgesehen sind, Noch viel mehr Gemeinden müßten sich dieser Einrichtung bedienen, denn gerade diese persönliche Hilfe ist oft sehr entscheidend. Die Zustellung einer warmen Mahlzeit in die Wohnung, das sogenannte Essen auf Rädern, wie es die Stadt Graz schon länger praktiziert, wäre nachahmenswert. Willkommen sind aber auch die Förderungsbeiträge an die Gemeinden für die Altenbetreuung. Mit verschiedenen Veranstaltungen kann man dadurch einmal im Jahr den alten Menschen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stellen. Es ist aber auch notwendig, die gesamte Bevölkerung über Altersprobleme laufend aufzuklären, damit den Betagten mehr Verständnis und Achtung entgegengebracht wird, um so eine Entwertung des sozialen Ansehens im Alter zu verhindern. Das Land Steiermark hat ein vorbildliches Behindertengesetz, das mit der zweiten Novelle noch verbessert werden konnte. Bedeutungsvoll ist hier die Herabsetzung des Alters für die Erfassung von 18 auf 16 Jahre. Allein diese Herabsetzung um zwei Jahre erfordert einen Mehraufwand von 4 Millionen Schilling. Da nun auch altersbedingte Leiden miteingeschlossen sind, ist diese Novelle ein echter Fortschritt für die Zivilbehinderten. Für die Armsten unserer Gesellschaft, nämlich für die Blinden, kommt ebenfalls eine Verbesserung mit einer zweiten Novelle zum Blindenbeihilfengesetz. Die Steiermark ist auch das einzige Bundesland in Osterreich, welches eine eigene Wohnbauförderungsaktion für besonders kinderreiche Familien eingeführt hat. Seit Bestehen dieser bedeutsamen familienpolitischen Förderungsmaßnahme konnte über 1400 Familien mit über 10.800 Kindern geholfen werden. Der Landesbeitrag hiezu betrug seit Bestehen dieser Maßnahme 67 Millionen und der Beitrag der Bezirksfürsorgeverbände 20 Millionen Schilling. Nicht richtig finde ich, daß der alte Mensch der ignorierte Konsument ist. Mit 16 wird man umworben, mit 60 ist man vergessen. Betagte Menschen haben es schwer, das Passende zu finden. Begriffe wie Mini, Maxi und Hot pants sind die Schlagzeilen der Werbung. Hier, glaube ich, lassen sich die Industrie, die Hersteller etwas entgehen. Oder ist das ein Kompliment für die Senioren, da man glaubt, die Jungen seien leichter zu verführen als die Alten?

Ein Reihe weiterer Maßnahmen für die ältere Generation haben wir in den Leitlinien für die Steiermark vorgesehen. Wir hoffen, diese Maßnahmen in naher Zukunft zu verwirklichen.

Erwähnt sei auch in diesem Zusammenhang, daß erstmalig eine Bundesregierung erhebliche Mittel für die Pensionisten, für ihre Organisationen zur Verfügung gestellt hat. Allen in der Sozialhilfe Tätigen gebührt Dank und Anerkennung, denn gerade hier ist eine richtige Kontaktnahme von großer Bedeutung. Es sollen aber auch die älteren Menschen selbst angeregt werden, durch eigene Aktivität zur Lösung ihrer Probleme beizutragen. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Schrammel das Wort. Der nächste Redner ist Abgeordneter Wimmler.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren des Landtages! Die Notwendigkeit der Fürsorgeeinrichtungen erkennen wir alle, und man möchte förmlich sagen, mit dem Zunehmen des Wohlstandes wird es auch vermehrt notwendig sein, daß wir gerade für die Fürsorgeeinrichtungen vermehrt Budgetansätze schaffen. Die Steiermark gilt in vieler Hinsicht als sehr fortschrittlich, wirtschaftlich betrachtet oder in kultureller Hinsicht. Wir müssen aber mit Bedauern feststellen, daß wir bei den Fürsorgeeinrichtungen in sozialer Hinsicht weit zurückgeblieben sind. Es sei mir gestattet zu erwähnen, daß, wenn man die Budgetansätze durchschaut, man förmlich das Gefühl hat, daß diese Gruppe als antiquiert, verstaubt gelten könnte. Denn es ist lediglich ein Zufallsansatz in der Weise immer wieder geschaffen, daß man Feuerwehr spielen muß in jenen Fällen, wo größte Not am Platze ist. Und wenn man hier den Schleier wegzieht, so kann man in der Steiermark doch noch eine sehr arge versteckte Armut feststellen. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß wir den seinerzeitigen Ausspruch des sozialistischen Parteivorsitzenden Kreisky um so ernster nehmen in der heutigen Zeit, wo er gesagt hat: "Die Reichen werden immer reicher, und die Armen werden immer ärmer!" (Abg. Premsberger: "Den habt Ihr zuerst bestritten!") Heute sind die Unterschiede viel stärker geworden, und hier Abhilfe zu schaffen, wäre unsere gemeinsame Aufgabe. Ich möchte anläßlich dieser Budgetsitzung eine längst fällige Forderung stellen, nämlich die Schaffung eines Landessozialhilfegesetzes.

Hier könnte man an Hand eines Gesetzes viele Einrichtungen von Fürsorgeleistungen zusammenfassen, daß wir vor allem der versteckten Armut Herr werden können. Es ist interessant, daß unser derzeitiges Fürsorgerecht noch ein reichsrechtliches Fürsorgerecht ist und daß die heutige Zeit sicher auch in dieser Hinsicht nicht stehengeblieben ist. Eine Angleichung, eine Anpassung, der heutigen Zeit entspechend, wäre daher dringend notwendig.

Zum Invalideneinstellungsgesetz — wenn ich einige Details herausgreifen darf - möchte ich nur eines mit Bedauern feststellen: Obwohl im Budget ein Betrag von 6,5 Millionen Schilling ausgewiesen ist, machen wir, die mit der Praxis täglich konfrontiert werden, die Feststellung, daß eigentlich nur in einigen und bestimmten Betrieben die Förderung für die geschützten Arbeitsplätze in Anspruch genommen wird. Es müßte hier in vermehrtem Maße geholfen werden. Es gibt viele arme Menschen in der Steiermark, die infolge eines Unfalles oder eines sonstigen körperlichen Gebrechens nicht in der Lage sind, voll einsatzfähig für einen vollwertigen Beruf zu sein. Diese Menschen sollten wir nicht übersehen, sie sollen genauso in der Gesellschaftsordnung ihren Platz einnehmen dürfen. Erfreulich dabei ist eines, daß das Pflegegeld nach dem Behindertengesetz aufgestockt wurde und insofern auch eine Verbesserung erreicht werden konnte, daß der Satz, der monatlich ausbezahlt wird, von 595 auf 630 Schilling aufgestockt wurde, 630 Schilling sind sicher auch nicht viel, und es erscheint daher dieser Betrag gerechtfertigt. Wir meinen nur, daß hier noch weiter verbessert werden müßte. Es ist erfreulich, daß das Mindestalter vom 18. auf das 16. Lebensjahr herabgesetzt wurde, und ich würde meinen, daß man hier noch weiter herunterdrücken könnte, denn es gibt junge Menschen, die infolge eines Gebrechens den Eltern oder ihrer Familie sehr zur Last fallen können, und man sollte hier auch entschädigend eingreifen.

Die Förderung für das Rote Kreuz wurde aufgestockt. Wir begrüßen das sehr. Eine ständige Forderung unserer Fraktion bei den Budgetsitzungen; immerhin wurden für das Rote Kreuz im Budget um 600.000 Schilling mehr eingesetzt.

Und nun zur Wohnraumbeschaffung. Die Wohnraumbeschaffung ist eine sehr wertvolle Einrichtung im Fürsorgebudget. Es ist aber interessant, daß unter vier verschiedenen Posten immerhin doch nahezu 13 Millionen Schilling aufgewendet werden. 13 Millionen Schilling stehen hier eigentlich dem Fürsorgereferenten der Landesregierung, Herrn Landesrat Gruber, zur Verfügung, um zu entscheiden, sicher nach Feststellung der Bezirksbehörden, wer diese Beträge bekommen soll. Warum könnte man nicht hier auch einen Begutachtungsbeirat schaffen, den Sie immer wieder bei verschiedenen anderen Bereichen fordern, so daß ein Kreis von Abgeordneten, der sich nach dem Kräfteverhältnis der im Landtag vertretenen Parteien zusammensetzt, über die Ausschüttung dieser 13 Millionen Schilling befindet. (Abg. Ritzinger: "Bravo!" Abg. Fellinger: "Das beschließt so die Regierung!")

Das Landesfürsorgeheim, das für die Oststeiermark gefordert wurde, möchte ich noch unterstreichen. Bei dieser Gelegenheit sei es mir aber

auch gestattet zu sagen, daß wir endlich von diesen Siechenhäusern und Fürsorgeheimen abkommen sollten. In der Form, wie wir sie oft noch erleben, abkommen sollten in der heutigen Zeit und hinsteuern zu den Altenwohnhäusern. (Abg. Pichler: "Wem sagst du das?") Den Menschen, die in alten Lebensjahren stehen, die nicht so begütert sind in der sogenannten Wohlstandszeit, sollten wir auch damit danken, daß wir ihnen ordentliche Wohnungen verschaffen.

Die Familienhelferinneneinrichtung ist eine begrüßenswerte Institution, nur bräuchten wir auch auf dem männlichen Sektor Betriebshelfer. Das zu ergänzen, wäre eine dringende Notwendigkeit. Und ich glaube, mit etwas gutem Willen könnte es möglich sein, im nächsten Budget zumindest, wenn es uns im heurigen Jahr nicht gelungen ist, die Ansätze zu schaffen.

Vor einigen Monaten hat die OVP-Fraktion einem Antrag zur Schaffung eines Gehörlosenheimes in Graz eingebracht. Es ist zur Zeit so, daß diese Menschen in Wirtshäusern und Stätten, die sicher nicht passend sind für Leute, die sich nicht mit Worten verständigen können, ihre Veranstaltungen abhalten. Es wäre notwendig, daß diesem langen Wunsch zur Schaffung eines Gehörlosenheimes endlich entsprochen wird. (Landesrat Gruber: "Sie tanzen auf Glatteis, Herr Abgeordneter! Ich werde noch darauf zurückkommen!") Ich kann aber sonst gut tanzen, und wenn es einmal auf Glatteis sein muß, möchte ich es halt auch einmal probieren.

Die Beiträge für die Kriegsopfer wurden von 500.000 Schilling auf 100.000 Schilling reduziert. Sie haben nichtig gehört. Die Ansätze für den Kriegsopfer-Sonderbeitrag wurden von 500.000 Schilling auf 100.000 Schilling reduziert. (Abg. Pichler: "Das ist ja unfair!") Ob sich das unsere Kriegsopfer so gefallen lassen werden, das werden wir noch in der nächsten Zeit feststellen, denn ich bin der Meinung, man sollte diese Leute nicht übersehen, die doch unsere Heimat verteidigt haben, und wir Jungen stehen zu diesen Menschen. (Abg. Premsberger: "Das wurde im Finanz-Ausschuß bereits gesagt!" — Landesrat Bammer: "Herr Abgeordneter Schrammel, haben Sie im Finanz-Ausschuß geschlafen?") Ich schlafe in der Regel im Bett und in der Nacht, aber nicht im Ausschuß. (Abg. Pichler: "Wir sind alle im Ausschuß. Das ist unfair, so etwas!" — Landesrat Bammer: "Haben Sie im Finanz-Ausschuß geschlafen?" — Abg. Loidl: "Du weißt doch genau, um was es geht! So etwas ist doch ausgesprochen unanständig!")

Ein erfreulicher Amsatz ist die Einführung der Tage der Begegnung. Diese Einführung soll über die Gemeinden gefördert werden. Im vergangenen Jahr hatten wir einen Betrag von 500.000 Schilling im Budget ausgewiesen. Ich begrüße es sehr, daß im heurigen Jahr auf 1,000.000 Schilling aufgestockt wurde. Es ist eine gute Einnichtung. Ich möchte sagen, daß in vielen Gemeinden diese Gepflogenheit schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist oder längst schon gemacht wird. Ich konnte nach einer Frage im Finanz-Ausschuß — trotzdem Sie vorhin gemeint haben, ich hätte im Finanz-Ausschuß nicht aufgepaßt — feststellen, und das ist sehr hochinteressant, meine Damen und Herren

des Hohen Hauses, daß 500.000 Schilling ausgewiesen waren und daß scheinbar nur sozialistische Gemeinden befähigt sind, diese Beträge zu bekommen. (Abg. Ritzinger: "Oh!") Das wollen wir ankreiden. Ich kann an Hand der Unterlagen, die ich von Herrn Landesrat Gruber bekommen habe (Landesrat Gruber: "Sie haben gar keine Unterlagen bekommen. Der Abgeordnete Dr. Heidinger hat sie verlangt!"); zumindest unser Klub hat sie bekommen und Kollege Heidinger im Finanz-Ausschuß hat sicher das Recht, das lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen (Landesrat Gruber: "Ich habe das nur richtiggestellt!"), daß die Unterlagen an Ausschußmitglieder und gewählte Vertreter des Landes weitergegeben werden. (Landesrat Gruber: "Natürlich, das habe ich ja auch getan, Herr Abgeordneter, sofort!") Darf ich im Detail hier berichten: Es hat beispielsweise die Stadt Graz 50.000 Schilling bekommen. (Abg. Premsberger: "Graz hat ja auch eine "Begegnung der Alten" durchgeführt!") Jetzt wird es aber noch interessanter: Die Stadt Feldbach hat seit der letzten Wahl eine sozialistische Mehrheit (Landesrat Bammer: "Bedanken Sie sich beim Kollegen Lafer, daß das so ist!"), diese Stadt hat sogar 20.000 Schilling bekommen. (Landesrat Gruber: "Sind Sie dagegen?")

Die Marktgemeinde Kindberg — sozialistische Mehrheit — hat 20.000 Schilling bekommen. Die Gemeinde Burgau — sozialistische Gemeinde — hat 5000 Schilling bekommen, die Stadtgemeinde Mürzzuschlag - sozialistische Mehrheitsgemeinde hat 20.000 Schilling erhalten. Mürzhofen — auch eine SPO-Mehrheit — hat sogar 50.000 Schilling erhalten, gleich viel als wie Graz. Die Grazer werden nun sagen, daß ihnen der Betrag viel zu wenig war. (Abg. Premsberger: "Wollen Sie damit sagen, daß die OVP-Gemeinden solche Veranstaltungen nicht durchgeführt haben? Daß sie versäumt haben, sie zu machen?") Der Herr Kollege Premsberger hat nicht aufgepaßt, daß ich früher gesagt habe, es gibt unzählige Gemeinden, die das schon längst machen. Wir haben sogar Fälle, wo der Bürgermeister aus seiner Privattasche diese Begegnungen zahlt. Das wollen wir auch hier heute erwähnen. (Landesrat Bammer; "Nennen Sie die Namen dieser Bürgermeister, wir veranstalten eine Sammlung!") Bürgermeister Sommer der Gemeinde Übersbach beispielsweise. Aber ich kann noch ein paar erwähnen. Darf ich aber nur eines noch anführen: Von diesen Budgetansätzen hat eine ÖVP-Gemeinde 1000 Schilling erhalten und eine unpolitische Gemeinde 2000 Schilling und die großen Beträge sind halt sonstwohin geschwommen. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Nur Reden!" — Landesrat Gruber: "Das dürfen Sie sagen, bei Ihrer Generalrede!") Das will ich dahingestellt lassen. Wenn man Mürzhofen mit Graz vergleicht, glaube ich, ist Mürzhofen doch ein bißchen kleiner, höchstens es ist von der Sicht des Kindberger Bürgermeisters aus anders. Das könnte möglich sein. (Abg. Karrer: "Das werde ich nicht!")

Ich konnte überhaupt feststellen, Herr Landesrat Gruber, es tut mir leid, daß ich sehr kritisch auftreten muß. (Landesrat Gruber: "Ich bin dankbar, wenn Sie das kritisch aufzeigen! Sie täuschen sich,

wenn Sie glauben, daß Sie mir weh tun!") Na gut, dann können wir ja ganz offen sprechen. Ich bin der Meinung, Herr Landesrat, daß die Ansätze für das Fürsorgebudget sehr eingenebelt dargestellt sind. Vielleicht ist es so, daß durch einen sozialistischen Heiligenschein dann alles passend wieder ans Tageslicht gebracht werden soll. (Landesrat Gruber: "Für Blinde!") Ich habe gesagt, durch einen sozialistischen Heiligenschein. (Abg. Premsberger: "Wir haben nie gesagt, daß wir einen Heiligenschein haben!" — Abg. Ing. Stoisser: "Sie haben einen Scheinheiligenschein!") Der Herr Kollege Premsberger will mir das nicht glauben, aber ich darf jetzt noch etwas aufzählen: Mir ist aufgefallen, daß im Budget Fürsorge und Jugendhilfe im Abschnitt 41 unter der Bezeichnung "Sonstige Unterstützungen" 100.000 Schilling ausgewiesen sind; im Abschnitt 43 unter der Bezeichnung "Sonstige Förderungsmaßnahmen" 2,800.000 Schilling, im Unterabschnitt 445 "Sonstige Leistungen" 350.000 Schilling, im Unterabschnitt 447 unter "Sonstige Aufwendungen 320.000 Schilling und im Abschnitt 47 unter "Sonderleistungen" 650.000 Schilling. Jetzt möchte ich die Kollegen der sozialistischen Fraktion fragen, was sie dazu sagen, wenn im Budget unter "Sonstiges" nur in einer Budgetgruppe nicht weniger als 7,22 Millionen Schilling ausgewiesen sind. Ich glaube, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wir wollen auch im Detail darüber Bescheid wissen, wie die Beträge verwendet werden. (Abg. Pichler: "Aber du hältst die Regierung für schön dumm!" — Abg. Brandl: "Dein Mißtrauen gegen die Regierung!") Ich sage ein ungeklärtes Verhältnis zum zuständigen Referenten. (Abg. Heidinger: "Sie bringen mich für das nächste Jahr für den Finanz-Ausschuß auf ein paar ganz gute Ideen!" - Abg. Ritzinger: "Der Schrammel ist ein ganz gescheiter Bursch!") Es war höchste Zeit, daß du auch daraufkommst.

Wenn ich nun zum Schluß kommen darf: Verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, wir haben sicher das Recht, über diese 7,22 Millionen Schilling genau im Detail informiert zu werden, denn wir sollen ja dann draußen darüber Auskunft geben. Warum ich das gebracht habe? Deshalb, weil mir aufgefallen ist, daß eben nur vorwiegend sozialistische Gemeinden, beispielsweise bei der Budgetpost "Förderung des Tages der Begegnung", gefördert werden. (Abg. Brandl: "Die tun auch etwas!") Es sollen die Steuergelder gerecht verteilt werden, wir haben ja außer diesen Gemeinden, die 50.000 Schilling bekommen haben, auch noch andere, die diese sehr förderungswürdige Tätigkeit auch schon längst machen und auch einmal in den Genuß eines Beihilfenbetrages kommen sollten. Das gesamte Fürsorgebudget beträgt 314 Millionen Schilling. Ich bin der Auffassung, daß es sicher nicht ausreicht. Ich möchte aber nochmals fordern, daß wir im Detail auch die wesentlichen Punkte genauer ausgeführt bekommen. Wir brauchen dazu eine gesetzliche Basis, das Landes-Sozialhilfegesetz. (Beifall bei der OVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zu Worte gemeldet ist der Abgeordnete Wimmler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmler: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgabe von insgesamt 315 Millionen Schilling in der Gruppe 4 für Fürsorgewesen und Jugendhilfe läßt erkennen, daß das Land auf diesem Gebiet doch bemüht ist, den hilfsbedürftigen Menschen die gebührende Unterstützung, Hilfe angedeihen zu lassen. Es ist sehr erfreulich, daß in den Bezirken immer neue Altersheime errichtet werden. Es scheint mir aber immer notwendiger, die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Zahl der aufnahmesuchenden Ehepaare ständig im Steigen begriffen ist. In den neuen Wohnungen der Kinder können sie oft beim besten Willen keinen Platz finden und es wird daher in der Zukunft immer notwendiger sein, in Altersheimen Möglichkeiten für die Aufnahme von alten Ehepaaren in sogenannten Altenwohnungen zu schaffen, wie das Kollege Schrammel schon vorhin gemeint hat. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich auch auf die Tatsache hinweisen, daß bei der Ausbildung von Pflegepersonal meines Wissens insofern Schwierigkeiten auftreten, als das Mindestalter für den Beginn der Ausbildung mit 17 Jahren festgesetzt ist. Zwischen dem Ende der Pflichtschulzeit und dem beabsichtigten Ausbildungsbeginn müssen daher zwei Jahre überbrückt werden. Es ist mir zwar bekannt, daß es in Graz eine Vorschule zu dieser Berufsausbildung gibt, deren Kapazität aber nicht ausreicht, so daß Abweisungen bisweilen unvermeidbar sind. Dem Vernehmen nach soll auch die vorherige Absolvierung des polytechnischen Jahres verlangt oder zumindest empfohlen werden. Alle diese Umstände führen nicht selten dazu, daß dieser Ausbildungsweg erst gar nicht beschritten wird oder daß wirtschaftliche oder sonstige Überlegungen zur Wahl eines anderen Berufes führen. Es müßte daher meines Erachtens überprüft werden, ob 1. eine Herabsetzung des derzeitigen Mindestalters möglich wäre, 2. ob die Kapazität dieser Vorschulen vergrößert werden könnte und 3. eine Anrechnung der Vorschule auf das polytechnische Jahr vorgenommen werden könnte. An Hand eines Beispieles, meine Damen und Herren, darf ich bei der Behandlung dieser Gruppe auf Schwierigkeiten hinweisen, wenn Eltern im Wohnungsverband ihrer Kinder keinen Platz finden können und ganz auf sich allein gestellt sind. Das Beispiel: Ein pensionierter Handwerker lebt mit seiner Frau allein. Verwandte sind nicht vorhanden. Eines Tages erlitt die bis dahin rüstige Frau einen Schlaganfall, der sie in hohem Maße lähmte und gänzlich pflegebedürftig machte. Nach Entlassung aus dem Krankenhaus infolge Fehlens der Heilungsmöglichkeiten kann kein Pflegeplatz in einem Fürsorgeheim aufgetrieben werden. Der Mann muß die Frau nach Hause nehmen und sie pflegen. Bedauerlicherweise erkrankt er selbst und es besteht keine andere Möglichkeit, als die Frau zusammen mit dem Mann wieder in das Krankenhaus einzuweisen. Es werden sicherlich ähnlich gelagerte Fälle irgendwoanders ebenfalls auftreten, so daß sich meiner Meinung nach die Frage aufwirft, ob nicht Vorsorge getroffen werden könnte, daß in solchen Fällen bis zum Freiwerden eines Pflegeplatzes in einem Fürsorgeheim die Einweisung in ein Altersheim vorgenommen werden kann. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Hartwig. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Prof. Hartwig: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Schrammel hat einige Dinge gesagt, die man nicht einfach im Raum stehen lassen kann. Zunächst rein sachlich, seine Forderung nach der Verabschiedung des Sozialhilfegesetzes ist natürlich berechtigt. Sie wissen ja auch, Herr Abgeordneter, daß an diesem Gesetz gearbeitet wird. Sie wissen ebensogut, daß die Schwierigkeit darin gelegen ist, daß zunächst ein Rahmen für alle Bundesländer gefunden werden muß, innerhalb dessen sich dann das Gesetz erst durchführen läßt. Vorarlberg hat bereits eines, das ist aber das einzige, aber da liegt es daran, daß sie als Träger der Kosten das Land genommen haben, während die anderen Bundesländer möchten, daß die Gemeindeverbände weiterhin die Trägerschaft behalten. Da sind die Schwierigkeiten gelegen. Ich hoffe mit Ihnen, daß dieses Gesetz doch nunmehr bald verabschiedet werden kann. (Abg. Jamnegg: "Frau Abgeordnete, in Vorarlberg hat man schon 1970 ein sehr modernes Sozialhilfegesetz geschaffen!") Weil es keine Schwierigkeiten mit der Trägerschaft dort gegeben hat, weil das Land es übernommen hat. Aber es ist bis jetzt nur in Vorarlberg so. (Landesrat Gruber: "Vorarlberg ist ja auch nur ein Bezirk im Vergleich zu der Steiermark. Da ist es leichter!") Darf ich weiter fortsetzen. Herr Abgeordneter, was Sie hier über den in diesem Budget gekürzten Beitrag zum Kriegsopferverband gesagt haben, halte ich für - gelinde gesagt, ich finde jetzt kein ganz passendes Wort, weil ich nicht ein sehr häßliches Wort verwenden will, aber ich halte es zumindestens für ungewöhnlich. Sie waren im Finanz-Ausschuß anwesend und haben die Aufklärung des Herrn Landesrates dort gehört. Dann hierherzukommen und nun hier großartig zu sagen, unerhört, das ist gestrichen worden, halte ich doch für einen Vorgang, den wir uns, glaube ich, nicht leisten sollten. Das ist kein sehr angenehmer Weg, den Sie hier gehen. (Abg. Schrammel: "Es dürfte aber auch nicht passieren, daß ein Regierungsmitglied bei der Budgeterstellung eine so wichtige Post übersieht!") Das haben Sie nicht gesagt, Sie haben die Dinge hier ganz anders dargestellt.

Darf ich jetzt weitergehen. Es ist ein sehr sonderbares Vorgehen, das ich persönlich nicht für mich in Anspruch nehmen möchte. Es war die sozialistische Bundesregierung als erste von allen bis dahin installierten, der es gelungen ist, die Rentenversorgung der Kriegsopfer insofern zu verbessern, als endlich damit begonnen werden konnte. das Reformprogramm des Jahres 1964 nun auch in die Tat umzusetzen. Ich habe die Kriegsopferzeitung da. (Abg. Schrammel: "Der Entwurf war ja schon vorher da!") Aber er ist nie in die Tat umgesetzt worden, darauf kommt es ja letzten Endes an. Darf ich Ihnen sagen: In den Jahren von 1965 bis 1969 sind die Kriegsopferrenten um 25% erhöht worden, das waren um 5,6 % weniger, als die normale Rentendynamisierung sonst ausgemacht hat. Von 1969 bis 1973 wird dieser Faktor 7% über der normalen Dynamisierung liegen. (Abg. Brandl: "Das ist der Unterschied!" - Beifall bei der SPO. - Abg. Schrammel: "Das muß man jetzt richtigstellen!") Ich habe die Kriegsopferzeitung da, Sie können es gerne nachlesen, das sind nicht Zahlen, die ich erfunden habe. Ich glaube nicht, daß der Kriegsopferverband hier falsche Zahlen hineinschreibt. (Abg. Schrammel: "Sie haben gesagt, das ist ein einstimmiger Beschluß, und das stimmt nicht! Da muß man sich wehren!" — Glockenzeichen des Präsidenten.) Zur versteckten Armut muß ich sagen, Sie haben recht, es gibt ohne Zweifel immer noch Mitglieder unserer Gemeinschaft, die nicht in den Genuß der Leistungen kommen, die wir im allgemeinen für die Mitglieder als berechtigt und richtig ansehen. Es ist nur leider so, daß es so schwierig ist, sie auch dazu zu bringen, ihre Ansprüche entsprechend geltend zu machen. Sie wissen das ja auch. Vielfach sind das ja gerade Mitglieder der bäuerlichen Bevölkerung, die in echter Armut leben, deren Erfassung aber leider außerordentlich schwierig ist. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: "Die Erfassung ist schwierig!") Es wird ja immer wieder versucht, aber wenn Sie selber die Berichte sehen, die im Fernsehen gebracht werden, dann wissen Sie, daß es nicht so leicht ist, denn die, die erfaßt sind, die fallen ja nicht durch. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: "Wenn man wollte, müßte es eigentlich gehen, Frau Kollegin!") Warum haben Sie dann nie gewollt, es ist ja nicht neu. (Abg. Prof. Doktor Eichtinger: "Man hat ja wollen!") Aber es ist offenbar nicht gelungen, weil es nicht so leicht ist. Der Vorwurf, daß die sozialistischen Gemeinden bei dieser Aktion der Altenbetreuung bevorzugt würden, dazu möchte ich nur sagen, es gibt genügend Budgetposten, bei denen man ohne Schwierigkeiten nachweisen kann, daß die OVP-Gemeinden sehr stark bevorzugt werden. (Zwischenrufe von der OVP: "Welche Gemeinden? Wo?") Sie werden es schon noch hören, es wird darüber sicher noch gesprochen werden. Ich brauche mich jetzt damit nicht auseinanderzusetzen. Darf ich aber jetzt zu dem kommen, wozu ich mich eigentlich zu Worte gemeldet habe. Ich wollte gerne ein paar Worte über unsere Fürsorgeerziehungsheime sagen, auch ein paar Worte, die nicht ganz im Einklang mit dem stehen, was der Herr Abgeordnete gemeint hat, weil er von "altmodisch" oder "verzopft" im Zusammenhang mit unseren Fürsorgeheimen gesprochen hat. Sie wissen wahrscheinlich auch, daß gerade die Fürsorgeerziehungsheime auf dem wirklich letzten Stand der Erkenntnisse sind. Sie werden als offene Heime geführt, man kann heute nicht mehr sagen, die Absonderung der Außenseiter der Gesellschaft sei richtig. Diese jungen Menschen machen ja eine Schule bzw. Lehre mit und das hat zur Folge, daß sie ununterbrochen konfrontiert sind auch mit der Frage der Ferien, die die anderen Schüler haben oder mit Fragen des Urlaubes für Lehrlinge. Man darf mit Freude sagen, man ist wirklich mit Erfolg dazu übergegangen, auch diesen Zöglingen bzw. Jugendlichen, die in solchen Heimen untergebracht werden müssen aus den verschiedensten Gründen, Urlaub zu gewähren, sie also aus dem Heim zu entlassen. Ein Teil von ihnen geht in dieser Zeit nach Hause, ein anderer Teil nimmt an verschiedenen Ferienaktionen teil. 85 % der Insassen der steirischen Landesfürsorgeheime bzw. Erziehungsheime haben an einem solchen Urlaub bis jetzt teilgenommen, davon sind 74 % nach Hause gegangen. Das heißt nämlich, daß die jungen Menschen nun wieder in der Zeit ihres Urlaubes allen Belastungen des häuslichen Milieus, die ursprünglich dazu geführt haben, daß sie in das Heim eingewiesen wurden, ausgesetzt sind und die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind überraschend gut überraschend für die, die das zuerst als Experiment versucht haben. Es hat sich gezeigt, daß mit ganz wenigen Ausnahmen die jungen Menschen nach Ablauf des Urlaubes ordnungsgemäß und zeitgerecht in das Heim zurückkehren, was doch offenbar heißt, daß sie imstande sind, sich nunmehr den Belastungen gewachsen zu zeigen. Die restlichen 15 %, denen man einen Urlaub noch nicht gewähren konnte, sind zum Teil erst kurze Zeit in ihrem Heim oder die häuslichen Verhältnisse sind doch so bedrohend, daß man es nicht wagen kann, sie nach Hause zu schicken. Ich glaube, daß die Tatsache, daß sie zurückkommen, auch ein gutes Zeichen für die Heime ist, die offenbar doch so geführt werden, daß die jungen Menschen sie nicht als einen unerträglichen Zwang empfinden.

Ich möchte Ihnen noch ein Wort zu der Art der Berichterstattung über Erziehungsheime in den Massenmedien sagen: Ich halte es natürlich für richtig, wenn Mißstände aufgezeigt werden. Nur glaube ich, daß man manches Mal insoweit die Gewichte ungerecht verteilt, als eben nur die Mißstände gezeigt werden, was ohne Zweifel dazu führt, daß manchmal vielleicht irgend jemand nicht eingewiesen wird, weil der Widerstand dagegen zu stark ist auf Grund solcher Berichte. Man dürfte auch hin und wieder zeigen, daß es Heime gibt, die durchaus auch die Zufriedenheit ihrer Insassen finden und nicht so abschreckend sind, wie es gemeinhin angenommen wird. Dies ist so ähnlich wie bei den Sonderschulen.

Vielleicht darf ich noch ein Wort zur Jugendhilfe, zu der Post, die 2,8 Millionen Schilling für Kinder- und Schülerausspeisung ausweist, sagen: Hier wirken Schule und Fürsorge glücklich zusammen. Von den 16.858 Kindern, die in den Genuß dieser Ausspeisung kommen, gehen 3590 in 43 Schulen. Das sind vor allem Landkinder, die einen sehr weiten Schulweg haben und denen es auf diese Weise ermöglicht wird, eine warme Mahlzeit im Tag zu sich nehmen zu können, weil wir bis jetzt ja nicht die Möglichkeit haben, in den Schulen selbst für eine solche Verköstigung zu sorgen. Auch das ist ein Beweis dafür, daß wir da richtig und gut vorgehen konnten.

Eine Post, die mir zu gering dotiert erscheint, ist die Post der Ausbildungshilfen für Schüler an Erzieherschulen, und zwar deshalb, weil ich meine, bei dem großen Erziehermangel müßte diese Ausbildung ohne Zweifel sehr stark forciert werden. Ich glaube, man müßte außer den Ausbildungsbeihilfen hier auch ein bißchen mehr für Werbung tun, so wie etwa für die Krankenpflegeschulen, wo dies mit einem sehr guten Erfolg geschehen ist.

Im übrigen meine ich, daß Fürsorge etwas sehr Schönes und Menschliches ist. Man sollte nicht allzu viel dabei mit Polemik arbeiten. Ein bißchen schadet nicht. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Gruber das Wort.

Landesrat Gruber: Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß die Gruppe 4 schon im Finanzausschuß eine größere Beachtung als in der Vergangenheit gefunden hat und durch zahlreiche Anfragen der Damen und Herren des Ausschusses schon einiges vorweg beantwortet werden konnte, so daß ich es heute dem Hohen Haus ersparen kann, mit einer langen und breiten Darstellung die Aufgaben der Fürsorge nochmals darzulegen und mich daher verhältnismäßig kurz fassen kann.

Ich möchte einleitend sagen, meine Damen und Herren, die Fürsorgepolitik und die Sozialhilfepolitik des Landes kann man an sich nicht isoliert betrachten. Man muß sie gemeinsam mit der Sozialpolitik des Bundes und der Sozialpolitik bei den Gemeinden in den Bezirksfürsorgeverbänden sehen, aber man darf auch nicht darauf vergessen, daß im Bereiche der freien Wohlfahrtspflege große, wichtige und bedeutende Leistungen erbracht werden. Nur im Zusammenwirken aller dieser Faktoren ist eine optimale Sozial- und Fürsorgepolitik möglich, die für die Menschen in unserem Lande ein bestimmtes Netz der sozialen Sicherheit schafft, durch das letzten Endes doch niemand mehr durchfallen soll. Die Sozialpolitik des Bundes verdient einige Feststellungen, weil sie ja für die Sozialpolitik des Landes und in das Landesbudget hereinwirkt. Es ist hier die erfreuliche Feststellung zu treffen, daß im Bundesbudget für 1973 20,7 Milliarden Schilling für die Sozialpolitik bereitgestellt sind. Davon 14,5 Milliarden für die Sozialversicherungen, 3,1 Milliarden für die Kriegsopfer und 2,7 Milliarden für die Arbeitsmarktpolitik. Der Dynamisierungsfaktor ist mit 9 % festgelegt und damit werden alle Renten und Pensionen mit Ausnahme der Kleinrenten, die um 15 % erhöht werden, ab 1. Jänner 1973 wiederum eine Verbesserung erreichen. Im Bereiche der Opferfürsorge wurden ebenfalls entsprechende Erhöhungen durch Bundesgesetze vorgenommen, und ich möchte Ihnen zu Ihrer Information sagen, meine Damen und Herren, daß wir in der Steiermark immerhin noch 3371 Inhaber der Amtsbescheinigung und 1441 Inhaber eines Opferausweises haben, also insgesamt 4812 anerkannte Opfer des Faschismus, wofür wir selbstverständlich unserer Verpflichtung immer wieder nachkommen.

Im Kampf gegen die Armut, meine Damen und Herren, hat auch hier die Bundesregierung Kreisky wiederum einen Meilenstein für das Jahr 1973 gesetzt, indem die Mindest- und Kleinrenten von 1420 auf 1620 Schilling, also um 15%, erhöht wurden. Man kann ohne Zweifel sagen, daß die Regierung Kreisky mit Volldampf den Kampf gegen die Armut führt und hier weitere Verbesserungen herbeiführt. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Piaty: "Mit Volldampf bergab fährt!" — Landesrat Peltzmann: "Mit Volldampf fährt man nicht mehr, es ist

schon alles elektrisch!" - Abg. Prof. Dr. Eichtinger: "Auf dem Inflationsdampfer!" - Glockenzeichen des Präsidenten.) Betrachten wir nun die Sozialhilfe und Fürsorgepolitik des Landes Steiermark, die ja vom Herrn Abgeordneten Schrammel bereits qualifiziert wurde mit verstaubten und antiquierten Budgetansätzen, um die ein Nebel der Verschleierung gehüllt ist, der scheinbar für viele nicht durchschaubar ist. (Abg. Ritzinger: "Ein roter Nebel!") Ich nehme an, daß das nicht ernst gemeint war vom Herrn Abgeordneten Schrammel. Ich halte ihn nämlich für klug genug, daß er durchaus das Landesbudget studieren kann, um diesen Schleier oder Nebel, den er so nett hier darstellen wollte, zu beseitigen. (Abg. Marczik: "7 Millionen Sonstiges!") Ich komme noch darauf zurück, Herr Abgeordneter Marczik. Ich gebe mit Vergnügen auf alle Fragen Antwort und ich glaube, ich habe Ihnen das im Finanz-Ausschuß auch bewiesen, daß ich über die Fragen der Abgeordneten hinaus noch weitere Informationen gegeben habe, die gar nicht verlangt wurden. Ich weiß nicht, ob das alle gemacht haben.

Zur Fürsorgepolitik und Sozialhilfepolitik des Landes, die durch das Land, durch die Bezirksfürsorgeverbände und die Gemeinden und die im Lande Steiermark vorhandenen Organisationen der freien Wohlfahrtshilfe getragen werden. Wir haben im ordentlichen Haushalt Ausgaben von über 284 Millionen Schilling im vergangenen Jahr gehabt, und wir haben für das kommende Jahr 310,521.000 Schilling, also etwas mehr, zur Verfügung. Im ao. Haushalt stehen für 1973 für Baumaßnahmen 35,260.000 Schilling zur Verfügung. Wir werden in diesem Bereich natürlich die entsprechenden Baumaßnahmen der Landesjugendheime, der Fürsorgeheime, der Heilpädagogischen Station und unseres Landesbehindertenzentrums Andritz durchführen. Die Feststellung des Herrn Abgeordneten Schrammel, daß unsere Landesfürsorgeheime Siechenheime mit dem Stigma der Vergangenheit sind, muß ich doch (Abg. Schrammel: "Zum Teil, habe ich gesagt!") ein bißchen korrigieren. Denn wenn es noch ein solches Heim gibt, dann durch die Schuld der OVP. (Zwischenrufe von der OVP: "Oh, oh! Sehr billig!") Denn mir ist im Jahre 1964 aufgezwungen worden, in Mautern ein neues Fürsorgeheim zu bauen, und bis heute waren wir nicht in der Lage, in Mautern ein Grundstück zu erwerben, auf dem wir dieses Heim bauen könnten (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Weil Sie Schwierigkeiten haben!"), während die Stadtgemeinde Leoben im Jahre 1965 kostenlos einen Baugrund zur Verfügung gestellt hat (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Warum schreien Sie denn so?") und wir hätten längst in Leoben ein neues Landesfürsorgeheim. Es ist die Schuld der OVP in der Steiermark, daß kein neues Heim vorhanden ist, meine Damen und Herren! (Landesrat Peltzmann: "Sie sind aber ein schlechter Referent!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: "Sie können doch nicht verlangen, daß wir für Ihr Referat einen Grund suchen!" - Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Landeshauptmann, ich lasse mir den Schwarzen Peter in dieser Frage nicht zuspielen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Aber wir suchen den Grund nicht für Sie in Mautern!") Wir haben Grund gesucht in Mautern, das wissen Sie ganz genau, und warum wir den Grund nicht bekommen haben, wissen Sie auch, Herr Landeshauptmann, ich kann darauf im Detail Antwort geben. (Landesrat Peltzmann: "Weil der Abteilung nie etwas paßt!") Meine Feststellung ist unwidersprochen und unwiderlegbar, daß es die Schuld der OVP in der Steiermark ist, darüber können Sie nicht hinwegdiskutieren! (Abg. Pölzl: "Muß sich ein Abgeordneter gefallen lassen, von der Regierung angepöbelt zu werden?" — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Das ist der neue Stil des Herrn Gruber!") Und nun kommen wir zu den anderen Dingen, die hier noch angezogen wurden. Nimmt man die Aufwendungen, die das Land Steiermark, die Bezirksfürsorgeverbände und die Gemeinden - also die öffentlichen Gebietskörperschaften - leisten. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Hören Sie zu, ich will Ihnen ja eine Information geben, die Sie ganz bestimmt nicht wissen, so ist es immerhin interessant, daß bei Addition dieser Budgetsummen die öffentliche Fürsorge in der Steiermark 548,840.000 Schilling zur Verfügung hat, um die Aufgaben der Sozialhilfe und der Fürsorgepolitik zu bewältigen. Einen besonderen Meilenstein in der Fürsorgepolitik und in der Sozialpolitik — auch das möchte ich erwähnen - hat die Stadtgemeinde Graz und ihr Vizebürgermeister Stoiser gesetzt. Denn allein in der Stadt Graz und durch die Landeshauptstadt Graz werden 160 Millionen Schilling Bruttoaufwand für die Sozial- und Gesundheitspolitik erbracht, und 1032 Bedienstete sind in der Landeshauptstadt im Sozial- und Gesundheitsdienst tätig (Landesrat Peltzmann: "Die Gemeinderatswahlen sind erst im Frühjahr!") und dafür danke ich dem Herrn Vizebürgermeister Stoiser, weil auf seine Initiative und durch seine Leistungen diese Dinge gemacht wurden und darüber hinaus weitere fortschrittliche Dinge, die beispielhaft für Osterreich sind. (Beifall bei der SPO. — Landesrat Peltzmann: "Er wird sich freuen!" — Abg. Marczik: "Momentan ist er nicht da!") Nun, von den Budgetziffern weg zu den Akten, hinter denen die Menschen stehen und worin wir unsere Arbeit abwickeln. In der Rechtsabteilung 9 wurden im Jahre 1972 — damit Sie den Umfang einigermaßen auch erkennen können — 85.500 Aktenstücke als Eingangsstücke registriert. Ich habe mich nicht geirrt, meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, daß ich mich versprochen habe. (Abg. Eichtinger: "Sie irren sich nie!") Bei Ihnen ganz bestimmt nicht. 85.500 Akteneingangsstücke. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Beim Kriegsopferverband hat er sich geirrt!") Die Vermehrung der Dienstposten bezieht sich ausschließlich auf die Anstalten, in denen notwendige Maßnahmen sind. Ich möchte aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, meine Damen und Herren, Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Hans Nigitz, der vor wenigen Wochen verstorben ist und der durch drei Jahre Vorstand der Rechtsabteilung 9 war, der als Leiter der Politischen Expositur Bad Aussee und als Bezirkshauptmann von Bruck nach Graz gekommen und im 57. Lebensjahr verstorben ist, meinen Dank auszusprechen, weil Herr Hofrat Nigitz große Leistungen im Bereiche der Fürsorgepolitik und der

Sozialpolitik des Landes in diesen drei Jahren erbracht hat. Seit dem Tod von Herrn Hofrat Dr. Nigitz führt Frau Hofrat Dr. Johanna Pestemer die Geschäfte der Rechtsabteilung 9. Frau Hofrat Dr. Pestemer ist seit dem Jahre 1932 im Bereiche der Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrt tätig und hat seit dem Jahre 1959 die ständige Vertretung des jeweiligen Vorstandes der Rechtsabteilung 9 ausgeübt. Ich möchte auch Frau Hofrat Pestemer für ihren steten Einsatz danken und Ihnen sagen, daß Sie große Leistungen für das Land in dieser langen Zeit erbracht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist auch vielleicht ganz interessant, meine Damen und Herren, einen Blick auf die Ziffern der Bediensteten, die in der Sozialhilfe und in der öffentlichen Wohlfahrtspflege tätig sind, zu werfen. Eine Addition der Ziffern der Landesbediensteten, jener der Bezirkshauptmannschaften, der Bezirksfürsorgeverbände und der Altersheime ergibt, daß wir unter Ausgliederung der Landeshauptstadt Graz etwa 2000 Menschen im Bereich der Fürsorge und der Sozialhilfe tätig haben, trotzdem wissen wir, daß es noch immer zu wenig ist und noch immer mehr Anforderungen gestellt werden.

Nun zu einer Feststellung, die auch in die Frage der Personalpolitik hineinreicht:

Frau Dr. Elfriede Schick ist seit dem Jahre 1969, und zwar seit 10. März 1969, mit einstimmigem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung zur Anstaltsleiterin der Hörbehindertenanstalt bestellt worden. Die Kontrollabteilung hat im Jahre 1971 die Hörbehindertenanstalt überprüft und sagt auf Grund dieser Überprüfung folgendes aus: Für den Anstaltsleiter ist schon seit Jahren die Verwendungsgruppe a im Dienstpostenplan vorgesehen. Seit 13. März 1969 ist Frau Dr. phil. Schlick mit der Leitung beauftragt und als Vertragsbedienstete in b eingestuft, weshalb von der Rechtsabteilung 1 zu überprüfen wäre, unter welchen Bedingungen eine Überstellung in a durchgeführt werden kann. Die Einstufung in die Entlohnungsgruppe a ist wegen der Schwierigkeit der Leitung einer solchen Anstalt durch eine Akademikerin, wenn ihre Berufsausbildung auch nur teilweise einschlägig ist, gerechtfertigt. Das ist der Kontrollamtsbericht, der mir am 25. Jänner 1972 übergeben wurde. Es wurde bereits ein Regierungssitzungsantrag gestellt, um die Sache zu bereinigen und ich bin überzeugt, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart diesen Regierungssitzungsantrag sicherlich nicht unterschrieben und gestellt hätte, wenn er nicht ebenfalls von der Richtigkeit dieses Antrages überzeugt gewesen wäre. Aber es gibt scheinbar Kräfte, die diese Bestellung im Hintergrund verhindern. Es erscheint mir daher die Frage gerechtfertigt hier in diesem Hause: Wer ist hier eigentlich stärker als der zuständige Personalreferent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart? Wer verhindert diese gerechtfertigte Einstufung dieser Anstaltsleiterin, die einen schweren finanziellen Verlust deshalb erleidet, weil ihr die gerechtfertigt zukommende Einstufung nicht gewährt wird. (Abg. Pölzl: "Was heißt 'verhindert'?") Das heißt das, was ich gesagt habe. Ich glaube, wir können uns im allgemeinen über Fragen der Fürsorge noch bei verschiedenen anderen Angelegenheiten auseinandersetzen. Ich möchte Ihre Zeit nicht zu lange in Anspruch nehmen, wie über die Blindenbeihilfe, das Pflegegeld, die Verordnungen usw. (Abg. Pölzl: "Herr Landesrat Gruber, was heißt das, hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart die gerechte Entschädigung des Falles verhindert?") Herr Abgeordneter Pölzl, Sie tun sich schwer beim Zuhören, Sie tun lieber reden, das weiß ich schon. Wenn Sie aber eine Sache erklärt haben wollen, so wiederhole ich gerne, was ich gesagt habe: Ich habe nicht gesagt, der Herr Landeshauptmann Wegart verhindert, sondern im Gegenteil, ich habe gesagt, der Herr Landeshauptmann Wegart hat bereits einen Regierungssitzungsantrag gestellt, den er unterschrieben hat und der bereits auf der Tagesordnung der Regierungssitzung aufgeschienen ist. Daraus ist zu schließen, daß der Herr Landeshauptmann Wegart diese Einstufung für gerechtfertigt hält und ich frage daher: Wer ist stärker als der Herr Landeshauptmann Wegart, damit das wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden ist und nicht beschlossen wurde. Das ist meine Frage. (Abg. Pölzl: "Das klingt ja völlig anders!")

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Frage des Sozialhilfegesetzes, welches auch angeschnitten wurde. Es ist ohne Zweifel leichter für ein Bundesland in der Größe von Vorarlberg, bei Liquidierung der Bezirksfürsorgeverbände ein neues Sozialhilfegesetz zu machen als wie in der Steiermark. Vorarlberg ist das einzige Bundesland, das bisher imstande war, ein Sozialhilfegesetz zu machen. Sie können ja, Herr Abgeordneter Schrammel, wenn Sie es nicht wissen sollten, die Protokolle nachlesen über die Landtagsbudgetdebatten. Diese Frage zieht sich über das Fürsorgegrundsatzgesetz zum Landessozialhilfegesetz durch. Das ist ein Anliegen, das schon seit mehr als 40 Jahren behandelt und diskutiert wird. (Abg. Schrammel: "Leider schon so lange!") Schon so lange, da waren Sie noch gar nicht auf der Welt! Daher verlangen Sie von mir nicht, daß ich ein Zauberer bin und daß ich alles so schnell erledigen kann. (Abg. Dr. Heidinger: "Das ist schon eine "Ersitzung gegen die öffentliche Hand'!") Bitte, wenn Sie wollen, Herr Abgeordneter, bin ich auch damit einverstanden.

Nun, wenn wir uns noch einigen Posten zuwenden, sehen wir, daß vor allem die geschlossene Fürsorge eine ganz gewaltige Ausgabenpost darstellt, nämlich über 100 Millionen. Die Aufwendungen in der offenen Fürsorge gehen zwar zurück, jedoch müssen wir eine ganze Reihe anderer Dinge leisten.

Nun muß ich doch einige Erklärungen zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Schrammel geben: Für den Tag der Begegnung der Generationen, wo Sie diese Liste vorgelesen haben, die ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heidinger sofort auf seine Anfrage zur Verfügung gestellt habe, weil ich überhaupt keinen Grund sehe und sehen könnte, warum ich aus meinem Aufgabenbereich auf Fragen eines Abgeordneten eine entsprechende Erklärung, Antwort, Aufklärung — was immer Sie wollen — nicht geben sollte. Ich war selbst lange genug Abgeordneter in diesem Hause, Herr Abgeordneter Schrammel, und bin es heute noch. Ich

werde mir nicht anmaßen, die Rechte eines Abgeordneten in irgendeiner Form zu beschneiden oder einzuschränken. Abgesehen davon, daß dies in der Verfassung und in der Geschäftsordnung auch verankert ist. Ich darf Ihnen aber zu diesem konkreten Fall sagen: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagen würden, welche Gemeinde angesucht und nichts bekommen hätte. (Abg. Schrammel: "1000 Schilling hat eine OVP-Gemeinde erhalten!") Ja, das kann ich Ihnen auch beantworten. Es ist mir eine Rechnung vorgelegt worden von 3000 Schilling und wir geben etwa ein Drittel der Aufwendungen zu diesem Tag der Begegnung der Generationen. Sie können den Akt bei mir im Sekretariat einsehen. Das Ansuchen des dortigen Bürgermeisters, den Voranschlag für die Aufwendungen und meinen Beitrag, den ich geleistet habe, das alles können Sie einsehen. (Abg. Schrammel: "Aber Mürzhofen hat 50.000 Schilling erhalten!") Ja, das sind eben höhere Aufwendungen gewesen. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Pölzl: "In der SPO wird nichts nach parteipolitischen Grundsätzen gemacht!" — Glockenzeichen des Präsidenten.) Auf gar keinen Fall, Herr Kollege Pölzl.

Nun zur Frage Kriegsopferverband: Das ist doch eine ernste Sache. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß man das in einer solchen Art behandeln kann. Es wurde dies in einer nicht richtigen Form von Ihnen, Herr Kollege Schrammel, dargestellt. Ich habe im Finanzausschuß auf die Anfrage eines Ihrer Kollegen ganz offen und ehrlich geantwortet, wie es dazu gekommen ist. Ich habe damit angenommen, daß alle Mitglieder des Finanzausschusses, die im Saale waren, gewußt haben, wie das entstanden ist. (Abg. Schrammel: "Aber die übrigen Mitglieder des Hauses wissen es nicht!") Ich habe gar keinen Grund dazu, daraus ein Geheimnis zu machen. Fehler können überall passieren. Wenn Sie wünschen, daß ich das wiederhole, was ich dort gesagt habe, wiederhole ich es. (Abg. Schrammel: "Bitte!") Ich habe im Budget einen Antrag gestellt auf 500.000 Schilling für den Kriegsopferverband. Es ist dieser Antrag wie vieles auf 100.000 Schilling reduziert worden. Ich habe einen neuerlichen Antrag gestellt, ihn wieder auf 500.000 Schilling hinaufzusetzen. Während der Budgetverhandlungen ist mir von meiner Abteilung ein falscher Titel für diese Haushaltsstelle vorgelegt worden, und nachdem ich die Ziffern und den Titel nicht auswendig sofort im Kopf hatte, das kann auch jemandem anderen passieren, Herr Abgeordneter Schrammel. Bei den Budgetverhandlungen in der Landesregierung ist schon mehr passiert als so etwas. Das darf ich Ihnen aus meiner Erfahrung der 11 Jahre auch sagen - sind dann im gedruckten Budget nur 100.000 Schilling drinnen gewesen. Ich habe das Präsidium des Kriegsopferverbandes sofort zu mir geladen und habe es informiert.

Und noch eine Feststellung, wenn Sie mir schon jetzt den Schwarzen Peter zuspielen wollen. (Zwischenruf von der OVP: "Den haben Sie ja schon!" — Landesrat Peltzmann: "Den roten Peter!" — Abg. Dr. Dorfer: "Der rote Krampus ist bei Ihnen!") Keinen "Roten", natürlich den "Schwarzen". Wir haben für den Kriegsopferverband im heurigen Jahr eine Sondersubvention von 500.000 Schilling im Budget.

Erst bei dem Gespräch mit dem Präsidium des Kriegsopferverbandes habe ich gehört, daß sie dieses Geld noch nicht bekommen haben. Das ganze Jahr über, 11 Monate, hat der Kriegsopferverband dieses Geld nicht angesprochen. (Abg. Schrammel: "Laut Aussage des Präsidenten des Kriegsopferverbandes wurde diese Budgetpost nie schriftlich angefordert und ist jeweils ausgezahlt worden. Folglich ist das eine ganz normale Sache, wenn es ausbezahlt wird!" - Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Abgeordneter Schrammel, der Kriegsopferverband. (Abg. Gerhard Heidinger: "Wir warten auf die Zuwendungen des Herrn Landeshauptmannes im Fremdenverkehr!") Der Kriegsopferverband bekommt jene Mittel, die aus dem Zuschlag zur Lustbarkeitssteuer für ihn bereitgestellt sind, automatisch. Aber wenn er eine Sondersubvention bekommt, muß er natürlich ansuchen und diese begründen und wir haben im vorigen Jahr den Rechnungshof bei uns gehabt. Der Rechnungshof hat alle Subventionen in meinem Ressort - nicht nur für das letzte Jahr, sondern für fünf Jahre überprüft. Es hat hier einige Gespräche gegeben, das war noch zu Lebzeiten von Herrn Landeshauptmann Krainer. Wir haben gemeinsam Aufklärung gegeben und die Dinge entsprechend bereinigt. Da ist unter anderem auch gemeinsam, von Landeshauptmann Krainer und von mir, festgelegt worden, daß bestimmte Modalitäten auf Grund der Wünsche des Rechnungshofes bei Subventionsansuchen künftig zu berücksichtigen sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und das gilt natürlich auch für den Kriegsopferverband, meine Damen und Herren. (Abg. Schrammel: "Dann muß man ihn informieren. Die wissen es ja nicht! Sie haben es bisher immer bekommen!") Sie wissen es schon, Herr Abgeordneter Schrammel, aber ich kann natürlich nicht ununterbrochen... (Abg. Schrammel: "Der Präsident hat mir das gestern gesagt, daß er nicht informiert wurde!" -Abg. Dr. Eichtinger: "Ganz stimmt es nicht!") Soll ich mich mit Ihnen darüber streiten? Der Präsident des Kriegsopferverbandes kommt so oft zu mir mit irgendwelchen Wünschen. Er hätte einmal fragen können, wie das mit der Sache ist, und ich hätte es ihm gesagt. Wenn er das vergessen hat, ist das auf gar keinen Fall meine Schuld. Die Darstellung jedenfalls von Ihnen, Herr Abgeordneter Schrammel, daß sich das die Kriegsopfer nicht gefallen lassen werden, sozusagen, daß das eine Diskriminierung der Kriegsopfer ist, ist unrichtig. Denn wenn sie das Geld so dringend brauchen würden, dann hätten sie schon längst müssen die 500.000 Schilling für das heurige Jahr wenigstens einmal ansprechen. (Abg. Schrammel: "Wir fordern nur, daß sie die 500.000 Schilling im nächsten Jahr bekommen!") Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen. Da können Sie diskutieren. wie Sie wollen.

Aber bitte, ich sehe schon Blicke, daß ich die Zeit und die Geduld des Hohen Hauses zu sehr beanspruche. Ich würde Ihnen gerne noch mehr erzählen, damit Sie mir nicht sagen, ich bin mit der Informationsfreudigkeit säumig. Ich stehe Ihnen gerne weiter zur Verfügung, wenn Sie weitere Auskünfte haben wollen. Ich möchte doch zum Schluß kommen und nur zu dem, was Sie gesagt haben,

Herr Abgeordneter Schrammel, über das "Antiquierte und das Verstaubte unseres Fürsorgebudgets", folgendes sagen:

Wenn Sie das Büchlein "Modell Steiermark" zur Hand genommen haben — und ich nehme an, Sie haben es gelesen —, dann werden Sie auf 179 Seiten eine schwache Seite finden, die sich mit der Fürsorgepolitik beschäftigt und auseinandersetzt. Ich darf Ihnen daher empfehlen, nehmen Sie einmal die "Leitlinien der SPO", studieren Sie die, da werden Sie einiges dazulernen. Da werden Sie sehen, wie man Fürsorgepolitik mit Vernunft und Herz machen kann, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPO.) Das ist das, was ich Ihnen bei der Gelegenheit noch sagen möchte. (Beifall bei der SPO. — Landesrat Peltzmann: "Dieses Land hat das Glück gehabt, nicht nach den "Leitlinien der Sozialistischen Partei" regiert zu werden!")

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Fellinger: Ich wiederhole meinen Antrag, das Hohe Haus möge den Ansätzen der Gruppe 4 die Zustimmung geben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte die Damen und Herren, die mit den Ansätzen der Gruppe 4 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschieht.) Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir machen jetzt eine Mittagspause bis punkt 14 Uhr. Ich unterbreche daher die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14 Uhr.

Zweiter Präsident Ileschitz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Berichterstatter ist Abgeordneter Simon Pichler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Simon Pichler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Als nächste Gruppe haben wir die Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung zur Beratung. Diese Gruppe besteht aus 6 Abschnitten und 10 Unterabschnitten. Der Abschnitt 50 behandelt die Allgemeine Verwaltung des Gesundheitswesens und hat auf der Einnahmenseite 1000 Schilling und auf der Ausgabenseite 250.000 Schilling. Der Abschnitt 51 Gesundheitspflege, Einnahmen: 5,095.000 Schilling, Ausgaben: 20,761.000 Schilling. Der Abschnitt 52 Einrichtungen des Gesundheitswesens, Einnahmen: 908,000.000 Schilling, Ausgaben: 1.408,898.000 Schilling; Abschnitt 54 körperliche Ertüchtigung, Einnahmen: 201.000 Schilling, Ausgaben 18,636.000 Schilling; Abschnitt 55 Einrichtungen der körperlichen Ertüchtigung, Einnahmen: 305.000 Schilling, Ausgaben: 1,220.000 Schilling; Abschnitt 56 Jugendförderung, Einnahmen: 1,441.000 Schilling, Ausgaben: 9,080.000 Schilling.

Die Gesamtaufwendungen in dieser Gruppe betragen auf der Einnahmenseite 915,284.000 Schilling und auf der Ausgabenseite 1.458,855.000 Schilling. Dies bedeutet einen Zuschuß von 543,571.000 Schilling. Den Löwenanteil in dieser Gruppe haben die Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Sonderkrankenhäuser und Heilstätten. Diese Aufwendungen, meine Damen und Herren, für die Bevölkerung unseres Landes sind außerordentlich notwendig und sie erfolgen in erster Linie für unsere Hilfsbedürftigen, die Pflege und Heilung brauchen und daher die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch nehmen müssen. Es ist erfreulich, daß das Land Steiermark in der Lage ist, trotz der verhältnismäßig geringen Budgetmittel diese Mittel wieder aufzubringen und den Menschen unseres Landes zur Verfügung zu stellen.

Der Finanz-Ausschuß hat diese Gruppe in seiner Sitzung ausführlich beraten. Ich stelle nunmehr in dessen Namen den Antrag auf Annahme und bitte um Zustimmung.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Gruppe 5 sind wir nun bei jenem Bereich, der heute im Bewußtsein der Bevölkerung eine vorrangige Bedeutung erlangt hat. Das ist die Gesundheitspolitik. Und ich glaube, wir dürfen feststellen, daß das Land hier — und das auf viele Jahre zurück gesehen jährlich Mittel aufgewendet hat in einer Größenordnung wie kaum ein anderes Bundesland. Denn im Rahmen der Ausgaben steht das Gesundheitswesen — und darauf hat ja eben der Herr Berichterstatter hingewiesen - gleich nach dem gesamten Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen an vorderster Stelle. Für das Jahr 1973 sind im Budget für das Gesundheitswesen und die körperliche Ertüchtigung im ordentlichen Haushalt an Einnahmen 915,284.000 Schilling präliminiert, an Ausgaben 1.458,855.000 Schilling. Der Großteil dieser Mittel, und zwar 96,58 % der Ausgaben, entfällt auf die Spitäler. In Schillingen ausgedrückt, sind das 1.408,898.000,—, denen an Einnahmen 908,241.000, gegenüberstehen. Das bedeutet nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Jahr 1973 bei den steirischen Krankenanstalten einen Zuschußbedarf in der Größenordnung von 500,657.000 Schilling, das ist über eine halbe Milliarde Schilling. Wenn wir uns hier, meine Damen und Herren, die Entwicklung nur für kurze Zeit zurück näher ansehen, stellen wir fest, daß wir hier einer rasanten Entwicklung gegenüberstehen. 1973 beträgt der Abgang über 500 Millionen Schilling, 1972 waren es 396 Millionen, 1971 266 Millionen, 1970 224 Millionen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich also der Zuschußbedarf für die Spitäler allein in dem kurzen Zeitraum von vier Jahren um 123 % erhöht. Nun war es bisher hier bei allen Debatten um die Krankenanstalten nie sehr populär und für die sozialistische Fraktion auch nicht gerade opportun, über den enorm wachsenden Abgang bei den Spitälern zu sprechen. Hier haben wir — und ich sage das mit großem Bedauern, ich

werde das später auch noch begründen — leider bisher immer aneinander vorbeigeredet. Statt daß wir uns hier zusammenfinden, um gemeinsam für die Zukunft unserer Krankenanstalten vorzusorgen.

Bei den sozialistischen Sprechern haben wir bisher leider jedes reale Verständnis über die Folgen dieser immer weiter auseinanderklaffenden Kostenschere bei den Spitälern vermißt. Folgen, meine Damen und Herren, die eines Tages nicht nur die Erfüllung anderer Aufgaben des Landes in Frage stellen können, sondern schließlich auch die weitere Fortentwicklung in unseren Spitälern selbst. Bei allen Debatten, die wir bisher zu dieser Frage hier im Hohen Hause abgeführt haben, wurde uns von Ihnen immer entgegengehalten, "wir fragen nicht, was ein Menschenleben kostet" oder "für uns ist die Frage der Kosten der Spitäler irrelevant" und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian als zuständiger Referent, ich bitte, all das in den Protokollen nachzulesen, hat wörtlich erklärt "Eine Kostenrechnung aufzustellen und zu sagen, das Krankenhaus ist defizitär, ist für mich nicht möglich." Hier scheint nun aber doch ein fundamentales Mißverständnis vorzuliegen, denn die Kostenfrage ist schließlich die existenzielle Frage für unsere Spitäler überhaupt. Eine Frage, mit der sich alle einschlägigen Gremien auch außerhalb dieses Landtages heute mehr denn je beschäftigen. Und uns erfüllt — und das möchte ich mit aller Deutlichkeit anmerken dürfen —, uns erfüllt hier die berechtigte Sorge, wie wir bei dieser rasanten Kostenentwicklung als zweitgrößter Spitalerhalter in Osterreich in Zukunft da überhaupt noch unsere Pflichten werden erfüllen können. Wenn wir die Funktionstüchtigkeit unserer Spitäler auch für die Zukunft sichern wollen, und ich glaube doch, daß alle zusammen hier das wollen, und nicht nur das, sondern wenn wir in unseren Spitälern auch mit der dynamischen Entwicklung der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft Schritt halten wollen und den modernen Ansprüchen auch für die Zukunft gerecht werden wollen, dann werden wir uns wohl zwangsläufig auch über die künftige Finanzierungsmöglichkeit für unsere Spitäler einerseits und über eine sinnvolle Planung und auch über eine rationelle Führung unserer Krankenanstalten nach wirtschaftlichen Grundsätzen andererseits nicht nur Gedanken machen müssen, sondern natürlich auch entsprechend handeln und vorsorgen müssen.

Aber erlauben Sie mir zur Frage der Finanzierung im einzelnen auch folgendes anzumerken: Auch der Bund wird sich der Notwendigkeit, den Spitalserhaltern endlich höhere Zuschüsse zu geben, nicht länger entziehen dürfen. Finanzminister Androsch hat als Schwerpunkt des nun vorgelegten Bundesbudgets mehr Mittel für die Spitäler angekündigt. Die Frau Gesundheitsminister Leodolter hat im Mai dieses Jahres 500 Millionen Schilling als Zuschuß für die Spitalserhalter versprochen. Was aber, meine Damen und Herren, von all diesen Ankündigungen übrig geblieben ist, das wissen wir.

Der Herr Landesfinanzreferent hat in seiner Einbegleitungsrede darüber gesprochen, er hat allerdings hier in diesem Zusammenhang nur den Ge-

samtbetrag genannt, daß es insgesamt 250 Millionen Schilling sind, und das entspricht genau der Hälfte des Abganges, den allein die steirischen Krankenanstalten ausweisen, die hier für das gesamte Bundesgebiet, also für alle Spitalserhalter, zur Verfügung stehen. (Abg. Pölzl: "Das war ein Wahlversprechen!") Und nun werden diese 250 Millionen nach dem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt. Hier wurde überhaupt nicht berücksichtigt, daß jene Länder, die auch Universitätskliniken haben, natürlich auch einen größeren Aufwand zu verzeichnen haben. Und das, was die Steiermark vom Bund - so finde ich es jedenfalls im Budget erhalten hat, sind insgesamt für das kommende Jahr, und das ist weniger als für das laufende Jahr, 15,8 Millionen Schilling. Das ist, meine Damen und Herren, gelinde gesagt, nicht einmal ein Tropfen auf einem heißen Stein. (Abg. Gerhard Heidinger: "Aber mehr als bei Koren!" — Abg. Pölzl: "Bei Koren war der Schilling viel mehr wert, wie der von Androsch!") 17 Millionen haben wir im Vorjahr gehabt! Aber der Bund hätte ja Möglichkeiten gehabt, die Spitalserhalter fühlbar zu entlasten: zum Beispiel durch eine andere Gestaltung der 29. Novelle zum ASVG. Diese Novelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird allein die Arbeitnehmer in diesem Lande in den nächsten fünf Jahren mit 7 Milliarden Schilling belasten. Ein Facharbeiter wird durchschnittlich um 1134,60, ein Anstellter um 817,20 Schilling im Jahr allein an die Krankenkassen mehr zu bezahlen haben. (Abg. Premsberger: "Wer kassiert denn das alles?") Bleiben wir sachlich, Herr Kollege Premsberger. Und nun, meine Damen und Herren, bei diesen enormen Belastungen hätte man doch — und jetzt bitte ich jene Kollegen, die immer ans Rednerpult gehen im Interessen der Krankenkassen - auch ich bin hier kein Gegeninteressent —, bitte ich also zu beachten, daß man hier im Zuge der 29. Novelle zum ASVG. doch den Krankenkassen hätte dazu verhelfen können, durch eine andere Gestaltung der Novelle sie in die Lage versetzen können, den Spitalserhaltern ausreichende Verpflegskosten zu zahlen. Durch die 29. Novelle zum ASVG. werden den Krankenkassen, wie wir hören und wie das errechnet wurde, in den nächsten fünf Jahren insgesamt 10 Milliarden Schilling zufließen. Sie werden sicher wieder antreten hier zur vermeintlichen notwendigen Verteidigung. Doch, meine Damen und Herren, mit diesen grundlegenden Fragen nach möglichen Neuordnungen werden wir uns eines Tages unausweichlich doch auseinanderzusetzen haben. Das Land Steiermark, wie gesagt, als zweitgrößter Spitalserhalter in Osterreich, befindet sich hier und das wissen doch alle im Hohen Hause, in der ungünstigsten Situation. Denn bei der Höhe der Verpflegskosten rangiert die Steiermark, obwohl wir Universitätskliniken haben, vor dem Burgenland an letzter Stelle der Bundesländer. Über eine Bereinigung hier wird eines Tages gesprochen werden müssen. (Abg. Hammerl: "Die Gesundheit kostet überhaupt sehr viel Geld!" - Abg. Pölzl: "Der Sebastian kostet dem Land sehr viel Geld!" — Abg. Premsberger: "Unterbrechen Sie nicht, sonst kommt sie aus dem Konzept!") Nun, keine Sorge, ich komme schon nicht aus dem Konzept, aber ich

würde auch gerne hören, was Sie dazu zu sagen haben, Herr Kollege.

Und nun meine ich: Wenn nun die Sozialversicherung in der Steiermark trotz 29. Novelle zum ASVG entsprechend adäquate Verpflegskostensätze aus eigenem nach dem bisherigen Stand nicht leisten kann, so sollten eben — auch das wäre ein gangbarer Weg — entsprechende Zuschüsse vom Bund gegeben werden. Das ist doch nichts Außergewöhnliches. Wenn wir nun schon bei den Kostenersätzen sind, erlaube ich mir, an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian die Anfrage zu richten, und ich ersuche hier um eine Information, aus welchem Grund zum Beispiel die Ambulanzgebühren in den Landeskrankenanstalten seit 1. Oktober 1967 bis heute unverändert geblieben sind. Eng im Zusammenhang mit der Frage der Finanzierung und der Kostendeckung für die Spitäler steht natürlich auch, wie ich früher schon anführte, deren wirtschaftliche Führung. Hier teilen wir die Auffassung - und wir befinden uns hier in guter Gesellschaft — des Generaldirektors des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger Dr. Dragaschnik und zahlreicher anderer Experten, um nicht gerade die Frau Gesundheitsminister zu strapazieren, die auch dieselbe Auffassung vertreten hat, daß auch die Spitäler als komplizierte kostenintensive Betriebe rationell und nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen sind. Das wird um so eher möglich sein, glauben wir, wenn man zuerst einmal daran geht, die innere Umorganisation, die Reorganisation in den Spitälern, durchzuführen, so wie wir sie im Rahmen des Spitalsplanes, der bis heute nicht vorliegt, immerhin seit nahezu fünf Jahren hier im Hohen Hause verlangen. (Abg. Pölzl: "Gut Ding braucht Weile!") Wenn man endlich daranginge, die eindeutig - und von niemand widerlegbaren - veralteten Strukturen in unseren Spitälern zu überwinden, und wenn man hier endlich daranginge, die einzelnen Verantwortungsbereiche in unseren Spitälern überschaubarer zu gestalten. Und nun, meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, hören wir seit Jahren immer wieder, und zwar aus den Krankenanstalten selbst und nicht etwa von außen her, daß durch mangelnde Koordinierung und Rationalisierung immerhin Millionenbeträge verloren gehen oder zumindest unproduktiv eingesetzt sind. Und seit Jahren, auch das hören wir aus den Krankenanstalten selbst und nicht etwa von außen her, stehen in so manchen Kellern des Landeskrankenhauses Graz teure Apparate verpackt und ungenützt herum. Ich würde daher, meine Damen und Herren und Herr Landeshauptmannstellvertreter, vorschlagen (Abg. Premsberger: "Da müssen Sie die Herrn Klinikvorstände befragen!"), daß man die Kontrollabteilung unverzüglich beauftragt, hier einmal im Landeskrankenhaus Graz zum Beispiel an Hand der Anschaffungsanträge und der Inventarlisten in den einzelnen Abteilungen sowie über den Zweck der Verwendung eine Kontrolle, eine Überprüfung vorzunehmen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Darf ich etwas sagen? Wenn ich nicht Angst hätte und so schüchtern wäre, hätte ich gesagt, gehen wir zwei einmal durch die Keller, aber

das traue ich mich nicht!" - Abg. Pölzl: "Um die dringliche Anfrage aus der Welt zu schaffen!") Ich habe nichts dagegen, es können ja noch mehrere Kollegen mitgehen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Gelt, du tust ihm nichts. Also könnt ihr ruhig gehen!" - Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Im Keller werden wir uns wieder finden!") Ich hoffe, wir finden uns in einer Meinung, Herr Landeshauptmannstellvertreter, denn hier geht es doch um eine wichtige Frage und vor allem um finanzielle Mittel für unsere Spitäler! (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Alle meine Freunde beneiden mich schon ob dieser Möglichkeit!") Ich hoffe also, daß man hier einen Weg findet, und ich bitte, wenn es möglich ist, die Kontrollabteilung zu beauftragen, eine Überprüfung durchzuführen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Das gilt nicht, als Gesundheitsreferent muß der Jungwirth gehen!" — Landesrat Prof. Jungwirth: "Ich bin schon gesund!")

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch etwas anderes.

Am 10. November 1970, also vor zwei Jahren, haben wir beantragt, innerhalb der steirischen Krankenanstalten im Zuge einer Umorganisation, die keine besonderen Kosten verursachen würde, Spezialabteilungen für chronisch Kranke einzurichten. Bis heute, Herr Landeshauptmannstellvertreter, und ich muß Sie als den zuständigen Referenten ansprechen, haben wir keine Stellungnahme zu unserem Antrag erhalten. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Stell dir vor!") Dafür habe ich, und das hat mich aber belustigt, in den Leitlinien der SPO dieselbe Forderung wiedergefunden. (Abg. Pölzl: "Da schau her!" — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Die gehen ja bis 1985, die Leitlinien, Sie haben nicht recht gelesen!") Aber wir haben das vor zwei Jahren schon beantragt. (Abg. Pölzl: "Wessen Mißbrauch ist das? Das wurde von Euch mißbräuchlich verwendet!") Sie hätten es ja schon machen können, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Das geht ja bis 1985!" — Landesrat Dr. Krainer: "Das ändert ja nichts!") Daher möchte ich Sie fragen, wann man mit der Umorganisation und mit der Einrichtung dieser Spezialabteilung beginnen wird. (Abg. Pölzl: "Die Idee der Frau Jamnegg ist mißbräuchlich verwendet

Nun zum Schluß, Herr Landeshauptmannstellvertreter, darf ich noch die Frage an Sie richten, wann nun endlich die Landesspitalskommission, deren Einsetzung wir hier im Hohen Hause einstimmig, also auch mit Ihrer Stimme . . . (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Wollen Sie einen Kalender? Bis 31. Dezember!") Lassen Sie mich aussprechen. Ich war nicht im Finanzausschuß, es ist möglich, daß Sie dort eine Erklärung abgegeben haben. Lassen Sie mich trotzdem aussprechen, wann also wird diese Landesspitalskommission endlich stehen? (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Sie schauen mich so lieb an! Da steht drinnen: 31. Dezember! Es ist noch nicht soweit!" -Abg. Pölzl: "Welches Jahr?" — Abg. Dr. Heidinger: "Johanna, das ist das Weihnachtsgeschenk!") Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich möchte Ihnen jetzt folgendes sagen: Das ist nicht persönlich gemeint, aber ich möchte doch sagen, wenn man sich bis zum letzten Tag des Jahres - möglicherweise ist es der Silvesterabend, ich weiß es nicht (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Weihnachtsgeschenk!") Zeit gelassen hat, diese Kommission zu installieren, dann muß ich sagen, seien Sie mir nicht böse (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Aber nein, das könnte ich ja gar nicht!"), das kennzeichnet die Unlust des Ressorts, notwendige Reorganisationen im Bereich der Spitäler herbeizuführen. (Beifall bei der OVP. -Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Wie könnte ich Ihnen böse sein?" — Abg. Pölzl: "Es könnte auch etwas anderes sein!" - Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Ich hoffe auf Verständnis!" — Landesrat Bammer: "Aber den Mißbrauch müßt ihr zurücknehmen!")

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu einem speziellen Punkt der Gruppe 5 Stellung nehmen, und zwar zu jenem Punkt, wo auch im Landesvoranschlag 1973 für die Karies-Prophylaxe eine Erhöhung der bisherigen Jahresdotation von 400.000 Schilling auf 460.000 Schilling vorgesehen ist. Bedenkt man, daß zu diesen Beträgen des Landes in den Erläuterungen ist es ja ausgeführt, daß es sich um die Fluortablettenaktion handelt — eben jene der Gemeinden, des Bundes, der anderen Länder dazukommen, dann wird man kaum fehlgehen in der Annahme, daß hier für diese Aktion im Bereich des gesamten Bundesgebietes gut und gerne 25 Millionen Schilling oder mehr aufgewendet werden. Das zwingt aber auch dazu, die Frage genauest zu prüfen, ob diese Aktion gerechtfertigt ist, vertretbar ist und ob sie vor allem nutzbringend ist. Seit Jahren, und das ist Ihnen sicher ebenso bekannt, gibt es ja den Streit zwischen Fluoranhängern und Fluorgegnern. Man kann sich aber nach einer Reihe von Veröffentlichungen in den Zeitungen kaum des Eindruckes erwehren, daß wirtschaftliche Überlegungen von Erzeugerfirmen mehr Gewicht haben als medizinische Bedenken. Denn, meine Damen und Herren, Sie können nicht als Laie von mir erwarten, daß ich mir ein Urteil darüber anmaße, wer recht hat im Prinzip, ich kann auch nicht sagen, daß die Behauptung der Fluorgegner, daß die gesamte Aktion im Hinblick auf die Verminderung der Karies nutzlos sei, stimmt. Immerhin möchte ich doch erwähnen, daß schon 1966 die amerikanische Arzneimittelkontrollbehörde die Verordnung von Fluorpräparaten an Schwangere zur Prophylaxe der Zahnkaries wegen mangelnder Wirksamkeit amtlich verboten hat. Immerhin hat vor kurzem der bekannte Toxikologe und Experte Prof. Markart im Umweltseminar an der Universität Graz erklärt, daß die Fluorempfehlung äußerst problematisch und die Erfolgsmeldungen den statistischen Überprüfungen nicht standhalten. Immerhin haben von rund 130 Mitgliedsländern der Weltgesundheitsorganisation sich laut Sitzungsbericht aus dem Jahre 1969 nur etwa 30 für eine

Empfehlung der Fluoraktion ausgesprochen. Kurz und aut, man könnte diese Beispiele fortsetzen. Ich möchte aber nur auf folgendes hinaus: auf die Tatsache, daß die österreichische Arzneimittelkommission bereits 1960 Natrium-Fluorit-Präparate als Gift deklariert hat, das nur nach individueller ärztlicher Verordnung in den Apotheken abgegeben werden darf und haben auch eine Maximaldosis festgelegt. Diese Maximaldosis ist bei einer Kollektivabgabe in den Schulen, noch dazu unter Ausschaltung des Arztes und des Apothekers, weil sie ja bekanntlich von Lehrern und Kindergärtnerinnen ausgegeben wird, in keiner Weise mehr kontrollierbar. Und wenn man denkt, wie lang sich nun der Streit hinzieht, ob nun eine Schädlichkeit gegeben sein könnte — nicht nur eine Nutzlosigkeit, sondern sogar eine Gefährdung - und wenn man andererseits bedenkt, daß in zunehmendem Maße Fluorverbindungen in den verschiedensten Arzneimitteln vorkommen, in der Textilindustrie Imprägniermittel, in der technischen Industrie usw. Anwendung finden, dann ist die Frage der Überprüfung, wo und wann im Einzelfall diese Maximaldosis erreicht wird, praktisch nicht mehr möglich. Das war mit ein Grund, daß nun verschiedene Länder oder Städte in der Frage der Fluorierung des Wassers einen Rückzieher gemacht haben. Eben weil die Größenordnung der Fluorbeigabe nicht mehr kontrollierbar war im Hinblick auf die gesamten übrigen Fluoreinnahmen beabsichtigter oder unbeabsichtigter Art durch den in Frage kommenden Personenkreis. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, und das ist der Zweck dieser Wortmeldung, wenn man nun feststellt, daß es sich konkret um ein Präparat handelt, das zumindest umstritten ist, wo sich Fachleute raufen, wenn man zweitens feststellt, und das steht außer Streit, daß es sich um ein Gift handelt, das ab einem bestimmten Grenzwert schädlich ist, und wenn man drittens feststellt, daß dieser Grenzwert nicht klar erkennbar ist, weil nicht verfolgbar ist, wann, wo jemand und in welchem Ausmaß Fluor zu sich nimmt. direkt oder indirekt. Wenn das also feststeht, sollte man auch den Bedenken der Zahnärzte, die in ihrer letzten Tagung in Kärnten auch erhebliche Bedenken angemeldet haben, dadurch Rechnung tragen, daß man diese Fluortablettenaktion aussetzt, bis entweder klare, gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen in der einen wie in der anderen Richtung und bis vor allem jener Streit ausgetragen ist zwischen dem österreichischen Sanitätsrat, der Sanitätsbehörde, auf der einen Seite und den interessierten Firmen, die ja in sehr großem Maße von der Nützlichkeit dieser Aktion reden, und sollte mehr darauf Bedacht nehmen, daß nicht durch eine gutgedachte Maßnahme unter Umständen eine Bedrohung von Schulkindern in ihrer Gesundheit erfolgt.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm Herr Landesrat Bammer.

Abg. Marczik: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach zum Teil sehr ernsten und umfassenden Debatten über verschiedenste Kapitel und Pro-

blemstellungen des Landesbudgets darf ich mir nun erlauben, Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auf einen Bereich zu lenken, der in seiner Bedeutung nicht minder wichtig ist und der unser gemeinsames Interesse verdient. Es ist dies die Jugendförderung und hier im besonderen das Kapitel "Allgemeine Jugendförderung". Wir haben von der OVP aus gerade dieser Problemstellung immer größte Bedeutung beigemessen und dies im Steiermarkmodell auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie finden auch, meine Damen und Herren, wenn Sie es genau verfolgen, kaum ein Kapitel im Voranschlag, das nicht irgendwo mit Jugendförderung zu tun hat, ob es sich nun um wirtschaftliche Probleme oder um den Wohnbau dreht, ob es sich um die Jugendfürsorge handelt, überall begegnen Sie dieser Problemstellung und es ist daher nur sinnrichtig, daß immer wieder verschiedenste Redner aller Fraktionen zu diesem Problem Stellung nehmen. Mir kommt es heute darauf an, zunächst einmal kurz einige Schwerpunkte zu skizzieren, die dieses Kapitel kennzeichnen und die zum Ausdruck bringen, was das Land, hier speziell das zuständige Ressort, und das Landesjugendreferat in dieser Hinsicht bisher getan haben und zweitens, welche neuen Schwerpunkte bzw. Akzente gesetzt werden sollen. Meine Damen und Herren, eines ist, glaube ich, besonders wichtig in diesem Zusammenhang zu sagen: Es darf auf diesem Gebiet nie zu einem Stillstand kommen, daher weitere Versuche in Hinsicht auf eine noch wirkungsvollere, noch attraktivere und zukunftsorientierte Jugendarbeit. Ich darf Ihnen sagen und glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, dafür sorgt ja nicht zuletzt die Jugend selbst, die immer wieder ihre Vorstellungen unüberhörbar und sehr deutlich in diesem Zusammenhang zum Ausdrucke bringt. Von den vorhin erwähnten Schwerpunkten darf ich sagen, daß in diesem Unterabschnitt eine Förderung der Jugendverbände und deren Veranstaltungen besonders aufgezeigt und gefördert wird. Zum anderen ist auch angeführt die Förderung des Baues von Jugendwarteräumen. Meine Damen und Herren, und hier erlauben Sie mir, daß ich über den allgemeinen Überblick hinaus konkret die Bitte vorbringe, dem Problem des Jugendwarteraumes am Bahnhof in Judenburg besondere Beachtung zu schenken. Ich möchte gleich sagen, wir sind sehr dankbar dafür, daß hier geholfen und ein solcher Warteraum geschaffen wurde. Aber es ist nicht verborgen geblieben, daß dieser an sich sehr schön eingerichtete Raum höchstens für zwanzig Schüler Aufnahme bietet, während ein Durchschnitt von 80 Schülern in den Stoßzeiten dort untergebracht werden soll. Insgesamt sind es mehrere hundert, die diesen Raum täglich frequentieren. Ich weiß, daß nicht alles auf einmal geht, ich weiß, daß verschiedene Bezirke auch an die Reihe kommen wollen und müssen. aber ich bitte schon jetzt darum, hier Verständnis zu zeigen und das Problem besonders zu fördern. Ich möchte darüber hinaus sagen, was die Jugendwarteräume betrifft, meine Damen und Herren, ist das ein großes Problem im Zusammenhang mit den Schülerbussen, nämlich das Problem, daß es hier mangelt an Jugendwarteräumen für jene Schüler, die mit Autobussen fahren, und zwar überall im

Lande. Es wird daher diesem Problemkreis erhöhte Bedeutung beizumessen sein. Da mitunter eine sehr erhebliche Zeit zwischen dem Ende des Unterrichtes und der Heimfahrt vergeht, sind die Schüler gezwungen, überall auf den Straßen mehr oder minder glücklich die Zwischenzeit zu verbringen. Ich weiß, daß man hier auch an Tagesheime denkt und diese Dinge im Laufe der Zeit realisieren wird müssen, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal zusammenfassend: Das, was hier mit den Fahrschülern via Autobus noch ausständig ist, müßte man doch sehr rasch in Angriff nehmen!

Meine Damen und Herren! Daneben werden die Jugendherbergen wie bisher auch in diesem Jahr kräftig gefördert. Es gibt zahlreiche Fachlehrgänge seitens des Landesjugendreferates, hier nicht zuletzt auch für die Kampfrichterausbildung, zur Erlangung der Jugendsportnadel, Turnwartelehrgänge usw., Sie wissen, daß die internationalen Jugendkontakte sehr intensiv weitergepflegt werden, und ich darf darauf hinweisen, daß neben den bisher sehr glücklich verlaufenen Kontakten mit Ungarn, mit Jugoslawien, vor allem auch mit Südtirol, heuer der Kontakt mit der Stadt Berlin insofern eine Bereicherung erfahren hat, als heuer nicht nur ein Rekord aufgestellt wurde, da über 1000 Berliner Jugendliche und Kinder ihre Ferien in der Steiermark verbracht haben, sondern daß heuer erstmalig auch steirische Jugendgruppen zum Gegenbesuch nach Berlin gefahren sind. Daneben wurden Schiveranstaltungen durchgeführt, wie etwa die Veranstaltung am Präbichl, zu der ja sämtliche Jugendverbände eingeladen wurden und bei der immerhin über 100 Teilnehmer zu verzeichnen waren. Darüber hinaus hat der Waldlauf heuer ein Rekordergebnis von über 2000 Teilnehmern gezeitigt. Das ist doch ein sehr erfreuliches Zeichen.

Nun aber, meine Damen und Herren, sehr wesentlich erscheint uns gerade in der heutigen Zeit die Förderung der Medienerziehung. Als sehr wesentliches Moment sei auch genannt die außerschulische bildnerische Erziehung, wo den jungen Leuten die Möglichkeit geboten wird, ihre Talente entsprechend sinngemäß zu verwerten. Vor allem aber sind es zwei Dinge gewesen, die landauf, landab - und das kann man mit Freude feststellen — Beachtung bei den jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren gefunden haben. Das war einerseits das sogenannte "Jugendschach" und auf der anderen Seite die UNESCO-Arbeitsgemeinschaft. Was das Jugendschach betrifft, so gestatten Sie mir doch eine Randbemerkung dazu. Es ist nicht nur die Bestrebung und die Zielsetzung, das Schachspiel in weitesten Kreisen zu verbreiten und zu fördern, sondern ich glaube als Pädagoge dazu sagen zu dürfen, daß dieses Schachspiel sehr wesentlich dazu beiträgt, vorurteilsfreie logische Denkprozesse zu fördern in einer Zeit, in der wir alle und speziell die Jugend, der Manipulation und wenn Sie wollen der unkontrollierten Beeinflussung in erhöhtem Maße ausgesetzt sind. Ich glaube, daß das eine sehr, sehr wertvolle Arbeit darstellt. Was die Arbeitsgemeinschaft der UNESCO betrifft, so ist es ebenso erfreulich, daß gerade die jungen Menschen für diese Art der Entwicklungshilfe gegenüber anderen Völkern und der Kontaktnahme mit diesen ganz besondere Aufmerksamkeit gezeigt haben.

Und nun noch die zwei neuen Akzente, die hier gesetzt werden sollen und bisher auch bereits in die Wege geleitet wurden. Da ist einerseits das Projekt "Jugend forscht" und auf der anderen Seite "Jugend übersetzt".

"Jugend forscht" bietet den jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Vorstellung zur Gestaltung der Umwelt klar zu präzisieren. Und was "Jugend übersetzt" anlangt, so darf ich Ihnen den erfreulichen Bericht bringen, daß heuer schon über 1300 junge Menschen von den verschiedenen Bildungsanstalten des Landes an diesen Aktionen teilgenommen haben. Wir glauben alle gemeinsam, daß diese Aktionen noch immer die wertvollste Basis zur Verständigung unter den Völkern, unter den Menschen darstellen. So betrachtet, meine Damen und Herren, ist dies zwar keine vollständig genannte, aber eine sehr reiche Palette von Initiativen und Versuchen seitens des Landes, die Jugendarbeit in ihren vielfältigen Formen zu fördern. Wesentlich erscheint mir auch, daß dem Problem Freizeit im Hinblick auf unsere Jugend erhöhtes Augenmerk geschenkt wird. Ich darf sagen, wir werden gerade von unserer Seite gegen alle Vorstellungen von Zwangsnormen auftreten, aber wir sind dafür, daß hier ein noch reichhaltigeres, vielfältigeres Angebot für sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugend geboten wird. Voraussetzung aber und damit komme ich zum Schluß - ist, diesen gesamten Bereich noch genauer zu erforschen und für die Jugend die Anreize zu bieten, damit sie selbst ihren Vorstellungen und ihren Wünschen gemäß in einem noch stärkeren Engagement als bisher Vorschläge zu einer Verwirklichung zeitnaher und den tatsächlichen Erfordernissen entsprechender Jugendarbeit und schließlich und endlich auch der damit verbundenen Förderung erbringt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Bammer das Wort. Nach ihm spricht Dr. Piaty.

Landesrat Bammer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Dem Landtag liegt zur Gruppe 5 ein einziger Antrag vor. Dieser Antrag sagt im zweiten Teil sehr lakonisch, daß in jeder steirischen Gemeinde eine Sportanlage errichtet werden soll. Und dieser Antrag ist es auch, der mich veranlaßt hat, als dem Sport doch verbundener Funktionär zu den Sportfragen in unserem Lande etwas zu sagen. Ich glaube nämlich, daß - ohne zu qualifizieren — die Antragsteller sich es etwas leicht gemacht haben. Ich weiß schon, daß der Antrag gut gemeint ist, aber ich werde als Funktionär nicht ganz klug daraus. Denn es müssen doch die Antragsteller wissen, daß "Sportanlage" ein Sammelbegriff ist, der zu viele Möglichkeiten und Unterschiedlichkeiten in sich birgt, daß man nicht den Begriff Sportanlagen für alle unsere Gemeinden anwenden darf. Ist unter Sportanlage ein Fußballplatz mit oder ohne Leichtathletikanlage, ein Tennisplatz, eine Sporthalle, eine Kunsteisbahn, ein Schilift, eine Reitbahn oder gar irgendeine andere Einrichtung gemeint? Allein aus der Verschiedenartigkeit der Größe, der Landschaft und des Bedarfes geht hervor, daß dieser Antrag dem Wortlaute nach nicht zielführend ist. Es ist sogar bedauerlicherweise festzustellen, daß durch eine solche Oberflächlichkeit in der Vergangenheit in der Steiermark ein Zustand eingetreten ist, auch im Sportanlagenbau, der nicht in allen Bereichen als gesund bezeichnet werden kann. Denn wenn wir heute sagen und feststellen müssen, daß wir in der Steiermark mehr Schisprungschanzen als Schispringer haben, so ist hier die Förderung manchmal in nicht ganz richtige, um nicht zu sagen, in falsche Bahnen gelenkt worden. Und deshalb glaube ich doch berichtigen und den Antragstellern in Erinnerung bringen zu müssen, daß der Landesleitplan für die Sportstätten in der Steiermark eine gewissenhafte Erhebung der Bezirkshauptmannschaften, der Gemeinden, der Fachverbände, der Dachverbände und der Vereine für ein umfassendes Sportstättenbaukonzept mindestens für die nächsten zehn Jahre geführt hat. Und dieses Sportstättenbaukonzept wird durch die Landessportorganisationen und alle, die Einfluß auf die Förderung durch Mittel des Bundes haben, eingehalten, damit man zu einer sinnvollen Anwendung der öffentlichen Mittel beim Sportstättenbau kommt. Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß es viel komplizierter ist als einfach zu sagen, jede Gemeinde soll die ihren Verhältnissen und ihren Möglichkeiten entsprechende Sporteinrichtung erhalten.

Aber doch einiges auch sonst zum Sport: Seit unserem letzten Gespräch über Sport im Rahmen der Verabschiedung des Landesbudgets waren große sportliche Ereignisse in aller Welt und auch die Osterreicher, die aktiven Sportler und viel mehr noch die Fernsehsportler, die sich den Sport vom Fernsehschirm aus kredenzen lassen, haben an diesen Ereignissen teilgenommen. Konsequenz aus diesem gestiegenen Sportverständnis und Interesse ist doch die Tatsache, daß das passive Sportinteresse noch mehr zugenommen hat und nicht im gleichen Maße die Bereitschaft gewachsen ist, selbst aktiv Sport zu betreiben. Es haben sich deshalb Bundessportorganisationen, Landessportorganisationen, Massenmedien, die Zeitungen, Dach- und Fachverbände vereinigt, um in einer großen, umfassenden Aufklärungsaktion dafür zu werben, daß mehr Menschen in unserem Lande sich selbst sportlich betätigen und nicht nur und ausschließlich passiv Sport konsumieren. Die Fit-Aktion, eine Aktion, die dem Gesundheitssport dient, hat weites Interesse und gutes Echo gefunden. Volkssporttage, Volksschitage und Fit-Märsche sind genauso Allgemeingut geworden wie zum Beispiel die Erkenntnis, daß Langlaufloipen und sogenannte Schweißtropfenbahnen in zunehmendem Maße gefördert werden müssen, um eben das gesteigerte Interesse in Möglichkeiten umzusetzen, selber sich mitzubeteiligen. Daneben haben wir aber auch eine Reihe großer Veranstaltungen in unserem Lande in diesem letzten Jahr durchgeführt. Ich darf bei diesem Anlaß auch dem Landtag und der Landesregierung für die Förderung der großen internationalen ASKO-Sporttage danken. Es haben immerhin 1500 Sportler aus 20 Nationen in acht steirischen Städten an diesen Sporttagen teilgenommen und dies hat den Ruf der Steiermark als guter Boden für faire, sportliche Auseinandersetzungen in weite Teile sportlichen Welt getragen. Wir werden im März des kommenden Jahres in der Landeshauptstadt Graz eine außerordentlich interessante Veranstaltung miterleben dürfen, die Eishockeyweltmeisterschaften in der Gruppe B im Liebenauer Stadion, und das Bundesministerium für Unterricht, das Land Steiermark und die Stadt Graz haben sich gemeinsam bereitgefunden, nicht nur die Veranstaltung zu ermöglichen, sondern auch den Ausbau des Liebenauer Eisstadions zu vollenden (Beifall) und damit optimale Bedingungen für diese mit weltweitem Interesse verbundene, große Veranstaltung zu bieten. (Abg. Pölzl: "Kann man da schon Karten reservieren lassen, Herr Landesrat?") Ich darf jetzt schon die Interessierten — ganz besonders Herrn Abgeordneten Pölzl — einladen, sich Termine vorzumerken. Karten wird es sicher ausreichend geben, nachdem um 1000 Sitzplätze mehr als bisher im Eisstadion eingerichtet sein werden.

Bei diesem Anlaß möchte ich auch sagen, durch die Tatsache, daß mehr Sportförderungsmittel auch im Landesvoranschlag 1973 enthalten sind, ist mit einer verstärkten sportlichen Intensität im steirischen Sport zu rechnen. Ich glaube, daß es viele unter uns gefreut hat, festzustellen, wie ein junger Steirer — der Zehnkämpfer Sepp Zeilbauer — sich mit unerhörter Kraft und Selbstüberwindung durch die letzten Meter des 1500-Meter-Laufes in München geschleppt hat und in einem Weltklassefeld Neunter geworden ist, also eine außerordentliche Leistung vollbracht hat. Die Ansätze des Jahres 1973 geben der Landessportorganisation, den Fachund Dachverbänden und Vereinen gemeinsam mit den zusätzlichen Mitteln des Bundesministeriums für Unterricht die Chance, den steirischen Sport noch besser zu fördern. Ich bin sicher, bessere Leistungen und bessere Ränge der steirischen Sportler im gesamtösterreichischen Bild werden zweifellos ein bescheidener Dank und eine Anerkennung sein in diesem Sinn dem Landtag und der Regierung für dieses Sportverständnis aufrichtigen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident, Hoher Landtag! Das Gesundheitswesen in der Steiermark wird wie weiland das alte Rom von zwei Konsulen geführt: nämlich im einen Bereich - Abschnitt 50/51 — von Herrn Landesrat Jungwirth und in den übrigen Bereichen von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Insgesamt werden 1.429,000.000 Schilling für die Gesundheit ausgegeben, das ist nicht ganz ein Fünftel des gesamten Landesbudgets. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf den Unterabschnitt 513 lenken, wo erstmalig auf Initiative des Herrn Landesrates Jungwirth und in Befolgung der Grundsätze des Steiermark-Modells der Osterreichischen Volkspartei Ausgabenposten festgelegt wurden, die die sogenannte Vorsorgemedizin ermöglichen werden. In diesen Posten, mit einem Betrag von 9,2 Millionen Schilling, wird es möglich sein, eine Schwangerenvorsorge, eine Neugeborenenvorsorge und ein reduziertes Erwachsenenvorsorgeprogramm durchzuführen. (Beifall bei der OVP.)

Es muß uns klar sein, daß auf diesem Gebiet erstmalig eine Pionierleistung gesetzt wird — eine Leistung, die sicherlich ausbaufähig ist. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß im letzten Moment die Realisierung dieses Projektes beinahe in Frage gestellt war, da der Rotstift des Herrn Finanzreferenten diese Posten aus dem Budget zunächst eliminieren wollte.

Ich bedauere das deswegen, weil in den "Steirischen Leitlinien" der SPO die gleichen Forderungen wie im "Modell Steiermark" festgelegt wurden, und ich hoffe, daß damit nicht zum Ausdruck kommt, daß die linke Hand nicht genau weiß, was der linke Kopf will. (Abg. Dr. Strenitz: "Alles basiert im Humanprogramm!")

Aber meine sehr Verehrten, Schwamm darüber, es ist ja jetzt im Budget drinnen, und wir dürfen auch darauf hinweisen, daß ein Betrag für die Dokumentation festgelegt ist, denn die Dokumentation ist vielleicht der Schlüsselpunkt für die Vorsorgemedizin. Es wäre ohne weiteres möglich, hier die Keimzelle eines medizinischen Dokumentationszentrums zu sehen und das auszubauen, indem sämtliche Gesundheitsdaten aller Steirer — nicht nur in der Vorsorgemedizin - erfaßt werden. Auf diese Art und Weise könnten wir wesentlich rationeller sein. Nur ein kurzer Hinweis. Eine Röntgenuntersuchung in der freien Praxis und dann noch einmal eine Röntgenuntersuchung im Krankenhaus ist oft nicht nur ökonomisch unnotwendig, sondern ist auch im Sinne des Gesundheitsschutzes zumindest wegen der Strahlenbelastung problematisch. Auch die ärztliche Versorgung des flachen Landes wird einen ersten Schritt der Realisierung, der Sicherstellung erfahren, da ein Betrag enthalten ist, der es gemeinsam mit Beiträgen des Ministeriums für Gesundheit ermöglichen wird, ein Funknetz festzulegen, das die Steiermark erfaßt und das die ärztliche Versorgung, insbesondere am Samstag und am Sonntag und später auch in der Nacht, sicherstellen soll. Dieses Funknetz wird zunächst in Graz (Groß-Graz) ausgebaut und dann in den Bezirken Leibnitz, Radkersburg und in der Region Bad Aussee. Wenn weitere Mittel zufließen, werden auch die weiteren Bezirke schrittweise diesem Funknetz eingegliedert werden.

Und nun komme ich zum zweiten Bereich dieses Doppelkonsulates, nämlich zum Bereich der Krankenanstalten. Ich nehme an, daß er Ihr besonderes Interesse erweckt. Sie wissen ja, daß er ein chronisches Diskussionsthema dieses Landtages ist. Es ist an und für sich bedauerlich, daß der Landtag sein Kontrollrecht nur einmal im Jahr wirklich wahrnehmen kann, nämlich bei der Beschlußfassung über den Jahreshaushalt des Landes. Es ist das Recht der Legislative, hier Kritik zu üben, nicht aus einer Wadelbeißerei heraus oder nur um des Kritisierens willen, sondern als Diskussions- und Denkanstoß für die weitere Entwicklung. Hier habe ich einen ersten Beitrag eines solchen Denkanstoßes. Im "Blauen Montag" vom 20. November konnte man lesen, daß der Herr Referent der Rechtsabteilung 12, der in Personalunion zugleich der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei ist.

folgendes gesagt hat: "Die OVP sei aus Ignoranz oder Unvermögen, auf jeden Fall aber aus bewußter und gewollter Ablehnung jeder planenden Vorschau mit keinem der Existenzprobleme des Landes fertig geworden." (Landesrat Gruber: "Sie lesen da etwas, was gar nicht drinnen steht!") Ich habe das einmal gelesen. (Abg. Pölzl: "Sind Sie vorsichtig, Herr Landesrat, das steht drinnen!" — Landesrat Gruber: "Das glaube ich nicht, das muß ich zuerst gesehen haben!" — Abg. Dr. Eichtinger: "Tun Sie nicht so falsch!" — Abg. Marczik: "Der Herr Landesrat Gruber glaubt dem Herm Landeshauptmannstellvertreter Sebastian nicht!")

Ich habe das einmal gelesen und noch einmal gelesen, und dann habe ich die ganze Problematik des Krankenhauses vor meinem Auge paradieren lassen, wo ich doch glaube, daß ich nicht ein Outsider bin, der nur die Fassaden, sondern der diese Häuser wirklich von innen kennt. Und dann habe ich eigentlich ein Gefühl des Mitleides bekommen, nämlich des Mitleides mit all jenen Menschen, die dauernd den Splitter im Auge ihres lieben Mitbruders sehen, aber nicht bemerken wollen, wie faustdicke Balken vor den eigenen Augen stecken! (Beifall bei der OVP!)

Es wurde ja hier schon sehr oft von der Planlosigkeit in diesem Bereich gesprochen, und ich weiß, der eine glaubt es und der andere nicht. Ich kann Ihnen hier einen Kronzeugen bringen, der sicherlich — das werden Sie mir zugestehen müssen, ein Arzt ist, der sogar ein Primarius ist und - Sie werden es nicht glauben — auch ein Sozialist ist. (Abg. Gerhard Heidinger: "Es gibt solche!") Und dieser Kronzeuge ist die Frau Gesundheitsminister Dr. Ingrid Leodolter. (Landesrat Bammer: "Da sind wir in bester Gesellschaft!") Denn in der "Neuen Zeit" vom 16. Mai 1972 kann man lesen über eine Pressekonferenz, die die Frau Minister gegeben hat. Dort wurde sie über einen Bundesspitalsplan befragt. Und laut "Neue Zeit" sagte sie: "Mit dem Spitalsplan gibt es noch Schwierigkeiten. Von allen neuen Bundesländern hat bisher erst Oberösterreich einen Landesspitalsplan geliefert." Mit einem Wort, meine sehr Geehrten, wenn Sie den Gesetzen der Logik folgen... (Abg. Premsberger: "Das ist das gleiche wie bei den Gesundenuntersuchungen. Da war er immer dagegen, und die Krankenkasse war die erste, die das gemacht hat!" - Abg. Pölzl: "Das ist eine Frage, wie lange sich der Landtag vom Landeshauptmann Sebastian noch häkeln läßt! Fünf Jahre fordern wir den Spitalsplan!" — Abg. Premsberger: "Die Krankenkasse hat immer Vorsorgeuntersuchungen verlangt!" - Landesrat Gruber: "Kollege Pölzl, der Landeshauptmann hat selbst gesagt, er nimmt dich nicht mehr ernst. Ich glaube, der ganze Landtag nicht!" — Landesrat Peltzmann: "Lieber Landesrat Gruber, wenn man von Überheblichkeit spricht, dann kann man das von Ihnen sagen!" — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Das ist eine richtige Methode, andere Meinungen nicht ernst zu nehmen!" - Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine sehr Geehrten, wenn Sie diese Sache verfolgen, nämlich daß auf der einen Seite mit vollem Recht der Referent sich rühmt, 10 Jahre dieses Re-

ferat geleitet zu haben und die Frau Bundesminister für Gesundheit, die Ihrer Partei angehört, sagt, es gibt in einem einzigen Land, nämlich in Oberösterreich, eine Plan, so werden Sie mir doch den logischen Schluß zugestehen, daß hier in der Steiermark eine Planlosigkeit auf diesem Gebiet vorherrscht. (Beifall bei der OVP. — Abg. Zinkanell: "Was ist mit Niederösterreich, Tirol usw.?) Es mag ja, meine sehr Verehrten, ermüdend sein, Jahr für Jahr dieselben Vorwürfe und dieselbe Kritik zu hören. (Abg. Hammerl: "Wenn Ihnen nichts anderes einfällt!") Nicht mir fällt nichts anderes ein, dem Herrn Referenten fällt nichts anderes ein. (Beifall bei der OVP.) Wenn kritisiert werden muß, liegt das nicht an den Kritisierern, sondern an denen, die kritisiert werden müssen. (Beifall bei der OVP.) Dieser Landtag, auch Sie mit Ihrer Stimme, hat im Februar einstimmig beschlossen, daß der Herr Referent hier eine Kommission einsetzen soll. Wir haben ihn aufgefordert, daß er einen Plan vorlegen soll. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Muß!") Daß er das bis heute nicht getan hat, am 6. Dezember, fast gegen Ende des Jahres, ist ein glatte Ignoranz gegenüber dem Wollen und den Wünschen dieses Landtages! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pölzl: "Jawohl! Auf das kommt es an!" - Landesrat Peltzmann: "Das hat der Heidinger auch gesagt!") Ich frage Sie, meine sehr Geehrten, die Sie die Mitbestimmung immer im Munde führen und von Demokratisierung sprechen, warum gibt Ihr Referent dem Landtag nicht die Möglichkeit der Mitbestimmung? (Beifall bei der OVP. — Abg. Zinkanell: "Das können wir von anderen Regierungsmitgliedern auch verlangen. -- Landesrat Peltzmann: "Der Berufsschulorganisationsplan wurde gemacht!") Ich frage Sie: Warum sind Sie nicht für eine breite Basis der Mitentscheidung? Ich kann Ihnen auch ganz genau sagen, warum. Das Motiv, meine sehr Geehrten, liegt völlig klar auf der Hand. Denn wenn der Herr Referent die echte Absicht hätte, den Landtag bei der Gestaltung des Krankenhauswesens mitbestimmen zu lassen, dann hätte er diese Kommission vor der Budgeterstellung 1973 eingesetzt und nicht dieses Budget erst über die Bühne laufen lassen, um vielleicht irgendwann im letzten Abdruck des Jahres, sozusagen nur als formale Bestätigung dieses Beschlusses endlich diese Kommission zu konstituieren. Es ist der Stil der einsamen Beschlüsse, der hier gepflegt wird, der Stil einer gewissen Selbstherrlichkeit, die zu einer Kette permanenter Improvisationen führt, die sich nicht nach dem Bedarf orientieren oder nach der Funktion, sondern die den Verlockungen der Intervention, des Patronatssystems oder zu deutsch der Freunderlwirtschaft folgen, und wenn auf dem Krankenhaussektor etwas geschehen ist - und es ist etwas geschehen so ist es primär deswegen geschehen, weil es die Initiative der Primarärzte war, die da und dort etwas erreicht haben.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht spreche ich jetzt gegen meinen Stand. Es kann nicht Aufgabe sein, daß ein Krankenhaus sozusagen im Wildwuchs sich weiterentwickelt, je nachdem, ob dort oder dort ein guter und initiativer Primarius ist, sondern wir können ausschließlich nur... (Zwischenruf von der OVP: "Die Ge-

nossen Sozialisten lassen ihren Parteivorsitzenden da im Stich!")

Meine sehr Geehrten, eine Krankenhausplanung kann nur überregionale Prinzipien verfolgen und kann nur objektiven Normen des Bedarfes und der Funktionsgliederung folgen. Ich kann es nicht so machen, wie es der Qualtinger in seinem Lied über das Motorrad und den Motorradfahrer geschildert hat: "Ich weiß net, wo ich hinfahr, aber schneller bin ich dort!" (Beifall bei der OVP.) Man wird natürlich eine Kommission einsetzen, ich weiß nicht, wie die ausschauen wird, wahrscheinlich wird es eine Kommission sein, wo Leute drinnen sitzen, die die Fahne des Opportunismus immer wieder hochhalten, nachdem sie einfach immer nach dem Mund des jeweils Machthabenden reden und möglichst eine eigene Meinung vermeiden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Sie kommen schon hinein, Herr Abgeordneter! Auf Sie freue ich mich schon!") Na, ich würde hoffen. (Abg. Pölzl: "Freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Sie werden sehen, da tut sich was!" — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Ich habe immer schon gesagt, dort" weist auf die OVP-Abgeordneten -- "sitzen lauter Gescheite und dort" - weist auf die SPO-Abgeordneten — "lauter Dumme!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Gerhard Heidinger: "Ich glaube, der Herr Landeshauptmann hat sich geirrt, es ist umgekehrt!") Aber, Hoher Landtag, es wird diese Kommission nicht mehr viel korrigieren können, weil ja wesentliche Grundlagenentscheidungen über die ganze Struktur des steirischen Krankenhauswesens bereits von der Rechtsabteilung 12 in Vollverantwortlichkeit und in Eigenverantwortlichkeit getroffen wurden. Ich erinnere nur - das sei nur so nebenbei bemerkt — an das Lieblingsprojekt des Herrn Referenten, das Krankenhaus Leoben, und ich empfehle jedem, wenn er mit dem Auto die Umfahrung Leoben befährt, einen kurzen Blick hinüber zu machen, dorthin, wo die rote Wolke liegt und dann wissen Sie, welchen "Idealstandpunkt" dieses Krankenhaus hat! Und wenn der gleiche Referent sagt, daß er nicht in Leoben dort ein neues Krankenhaus baut, sondern 15 Autominuten weiter das Krankenhaus Bruck, und wenn wir hören durch gewisse Andeutungen - wir hören eben nur Andeutungen — daß die Funktionen geteilt werden, also dort eine Abteilung und da eine Abteilung, und zum Schluß wird es heißen: zweimal eine Küche und zweimal eine Wäscherei, zweimal ein technischer Betrieb und alles zweimal, dann wissen Sie es ganz genau, wie es nicht sein darf. (Unverständliche Zwischenrufe.) Sie können jedes Krankenhaus besuchen und Sie werden einen Satz bestätigt finden: Jedes Krankenhaus ist eine Baustelle unter dem Motto: Mäßig aber regelmäßig! Aber was viel schwerer ist, gewisse Dinge, die dem Herrn Referenten eigentlich sehr nahegehen sollten, nämlich die soziale Atmosphäre der dort Bediensteten kommt völlig zu kurz. Wissen Sie, meine sehr Geehrten, daß wir zwar ein sehr großartiges, imposantes Gebäude der I. Chirurgie bekommen haben, nebenbei müßten noch zusätzlich 300 Personalposten dort geschaffen werden, und das ganze kommt auf 270 Millionen Schilling, nur für die armen Bediensteten hat man alles vergessen, es gibt keine Sozialräume - der einzige Sozialraum, der übriggeblieben ist, ist der Atombunker in diesem Haus. (Abg. Pölzl: "Das geschieht ihnen schon recht, daß der OAAB jetzt dort die Mehrheit hat!") Es hat der Herr Kollege Groß gemeint, man könnte das Krankenschwesternproblem durch die Pragmatisierung lösen. Ich glaube es persönlich nicht. Aber wissen Sie, wo man es lösen könnte? Indem man denen anständige Wohnungen bietet, denn die Landesregierung, die Rechtsabteilung 12, baut Schwesternwohnungen, meine sehr Geehrten, hören Sie bitte zu: Zu einem Zeitpunkt, da diese Partei das Schlagwort von der Qualität des Lebens propagiert, bauen sie Zimmer mit 16 m², wo man jeder Schwester nur empfehlen kann, sie möge ja nicht übergewichtig werden, sonst wird sie in ihren eigenen Wänden eines Tages steckenbleiben. Wenn man Schwesternwohnungen baut, wo auf 10 Schwestern 1 Badezimmer kommt oder gar auf 15 Schwestern 1 Badezimmer, so sage ich Ihnen heute schon, das sind die Slums der achtziger Jahre. (Abg. Prof. Eichtinger: "Das gibt es doch nicht!") Aber auch andere Bereiche der Sozialatmosphäre werden völlig vernachlässigt. (Abg. Pölzl: "Meine Herren, es wird über Soziales geredet!" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Das interessiert doch den Landesrat Gruber nicht!" — Abg. Gerhard Heidinger: "Er hört ja zu, er läßt sich ja berauschen von der Rede des Abgeordneten Piaty!" — Abg. Pölzl: "Euch liegt weder der Parteivorsitzende noch das Krankenhauswesen am Herzen!")

Hoher Landtag, wir werden das Schwesternproblem nur lösen können, wenn wir auch der Tatsache ins Auge sehen, daß nach den drei Jahren der Verpflichtung wir die Schwestern im Bereich des Landes Steiermark halten müssen und daß diese Schwestern auch andere Aufgaben haben - nämlich Aufgaben der eigenen Familie usw. und daß wir hier auf diesem Gebiet ihnen ein Entgegenkommen zeigen müssen. Ich frage Sie, wo sind die Kindergärten geblieben, die man bauen und schaffen müßte, wo sind die Krabbelstuben? Wir haben eine Krabbelstube im Landeskrankenhaus Graz, wir haben keinen Kindergarten, denn der ist im Blindeninstitut und es gibt keine dieser Einrichtungen in irgendeinem Landesspital. Dafür haben wir aber - und das konnten wir auch in den Zeitungen lesen — am 14. Juni 1971 das elektronische Zeitalter am Landeskrankenhaus eröffnet. Soviel ich weiß, hat der Herr Referent mit einem Druck auf einen Knopf diese Apparatur ausgelöst. Ich kann Ihnen heute versichern, daß diese Apparatur auch heute noch nicht voll funktionsfähig ist. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Sagen Sie auch warum! Verlassen Sie sich nicht zu sehr auf meine Loyalität!") Herr Landeshauptmann, nicht ich und nicht einer von uns hat mit einem Knopfdruck und in der Zeitung groß herausgestrichen, das elektronische Zeitalter eröffnet. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: hat Grenzen! Sie verlassen sich auf meine Loyalität! Haben Sie auch den Anstand und sagen Sie, warum das so ist!") Warum es nicht klappt, weiß ich nicht, es wird schon Gründe geben. Ich überlasse es Ihnen, über die Gründe zu reden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Die Antwort genügt mir!" — Abg. Dr., Strenitz: "Anstand nicht, aber Aufstand!" - Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Wir haben heute im größten Krankenhaus Osterreichs nach wie vor, was ich jedesmal kritisiere, kein Zentrallabor, sondern wir haben mehr als ein Dutzend Labors mit 135 technischen Assistentinnen und 15mal die Einrichtung eines Labors, wo ein einziges genügen würde. Wir haben keine zentrale Aufnahme und wir haben keine zentrale Bettenerfassung. Wenn das im Großkrankenhaus Graz nicht möglich ist, brauchen sie keine EDV-Anlage, denn diese Einrichtungen sind die Voraussetzung, daß eine EDV-Anlage überhaupt wirksam sein kann. Wohl aber haben wir falsche Bettenzahlen. Denn man hört von dieser und von jener Stelle Zahlen, die verschieden sind, weil sich die Herren nicht einigen können, welche Bettenzahlen im Großkrankenhaus Graz die richtigen sind. Wir haben bis heute trotz Aufforderung des Landtages nicht eine Abteilung für chronisch Kranke. Wir müssen die teuren Betten für akut Kranke mit Pflegefällen voll belegen, weil keine Änderung durchgeführt wurde, die es ermöglichen würde, die Alten und die chronisch Kranken in eigenen Abteilungen zu konzentrieren. Die Wurzel liegt in einer bürokratischen Schwerfälligkeit. Denn die Rechtsabteilung 12 hat noch nicht einmal eine Anstaltsordnung festgelegt, obwohl das Land Steiermark als Aufsichtsbehörde seit 1957 dazu verpflichtet wäre, die Normen der inneren Ordnung des Krankenhauses zu statuieren und alle privaten Krankenhausträger diesen Auftrag längst erfüllt haben, nur das Land Steiermark als Aufsichtsbehörde hat diesen Auftrag bis heute nicht erfüllt. Es hat Primarius Professor Kaindl 52 Millionen aufgebracht, im Rahmen des Herzfonds für Herzüberwachungsgeräte bei Myocardinfarkten. Ich kann Ihnen aus meinem Krankenhaus sagen, die Apparate stehen seit zwei Monaten herum, geliefert vom Herzfonds mit Mitteln des Herzfonds, weil die Abteilung 12 bis heute noch nicht einmal die Genehmigung erteilt hat, daß diese Apparate angeschlossen werden dürfen. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Da schau her!") Ich frage mich nur, ob die Herren der Abteilung 12 es verantworten, wenn ein Patient stirbt in dieser Zeit, weil wir die Geräte nicht einsetzen können. (Landesrat Peltzmann: "Der Sebastian hat keine Zeit gehabt!" — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Er hat ja Parteitag gehabt!") Wir haben einen Antrag gestellt, daß ein Kurs für Diätassistentinnen durchgeführt werden soll beim zweitgrößten Krankenhausträger nach Wien. Es gibt bekanntlich eine Schule in Wien und in Innsbruck. Ich frage mich, warum wird das in der Steiermark nicht gemacht? Dieser Antrag ist seit zwei Jahren unerledigt in den Scheibtischladen der Abteilung 12. (Abg. Pölzl: "Hört, hört!") Im letzten Rationalisierungs-Ausschuß, das ist dieser Ausschuß, der rationalisieren soll seit 1968 und seit dieser Zeit in einem Dämmenschlaf dahinsiecht mit gelegentlichen Wachperioden, wo man schildert, was gemacht wurde, hat irgendein Kollege der sozialistischen Fraktion sozusagen als Aufschrei einer wunden Seele gesagt: "Immer wird über dieses Krankenhaus gesprochen. Was ist denn die Wurzel, daß sich dort nichts än-

dert?" Ich werde Ihnen jetzt die Antwort geben: Die Wurzel ist das Unvermögen der Abteilung 12, die Probleme lösen zu können. (Beifall bei der ÖVP.) Denn die Abteilung 12 — das sagt schon der Name - ist eine Rechtsabteilung. Aber das sind ja hier keine Rechtsprobleme, die wir zu lösen haben. Nicht juridische Spitzfindigkeiten, sondern Wirtschaftsprobleme, technische und medizinische Probleme. Und dazu ist diese Abteilung in ihrer Organisationsstruktur in keiner Weise gewachsen und vorbereitet. Ich möchte darauf verweisen, die Budgetziffern anzuschauen. Die Einnahmen im Titel Krankenhaus sind um 15 % gestiegen, die Ausgaben um 20 % und der Abgang ist um 29 % gestiegen! Meine sehr Geehrten, das ist eine Wirtschaftsentwicklung auf diesem Sektor, wo man Alarm schlagen müßte. Und hier geht es nicht mehr mit Administrieren. Wir müßten sehen, daß wir bis 1975 1200 neue Dienstposten schaffen müssen, um die 40-Stunden-Woche in den Griff zu bekommen. Mit einem Wort: Hier fehlt es an der entsprechenden modernen Organisationsstruktur. Man hat die ganze Organisation des Krankenhauses nicht in den Griff bekommen, so wie man die Finanzierung dieses Problemkreises nicht in den Griff bekommen hat. Ich kann mich hier auf einen ganz prominenten Mann berufen, nämlich auf den Herrn Generaldirektor Krisper von der Merkur, der all das vor einigen Tagen bei einer Pressekonferenz gesagt hat. Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn die Steiermark nicht nur bei den Sozialversicherungsträgern, sondern auch bei den Privatversicherungsträgern an vorletzter Stelle bei den Beiträgen für die Krankenhäuser steht. Ich möchte mich zum Schluß, damit wir auch einen konstruktiven Teil sehen, auf folgendes festlegen:

1. Ich würde den Herrn Referenten ernstlich auffordern, das Gutachten des deutschen Krankenhausinstitutes, für das der Landtag 600.000 S bewilligt hat, nicht als geheime Kommandosache in der Tischlade liegen zu lassen, sondern es der Regierung und dem Landtag ehebaldigst vorzulegen.

2. Die Spitalskommission in allernächster Zeit, das heißt noch in dieser Sitzungsperiode, zu konstituieren und nicht eine Konstruktion zu finden, die nur eine halbe Konstruktion sein kann und das Schicksal der Rationalisierungskommission haben müßte. Wir möchten dieser Kommission als Landtag den Auftrag geben, daß sie einen Krankenhausplan auszuarbeiten hat, der in einen umfassenden Raumordnungsplan eingebaut werden sollte. Und ich würde auch vorschlagen, daß der Landtag und die Landesregierung ernstlich prüfen, ob nicht das Krankenhaus als eigener Wirtschaftskörper konstituiert werden soll, damit das Nebeneinander, das Gegeneinander und die mangelnde Kontaktnahme von Abteilung 1, Abteilung 12 und Fachabteilung für das Gesundheitswesen beseitigt wird. Ein so wichtiges Problem wie das Krankenhauswesen kann nicht Angelegenheit der Parteipolitik sein, sondern kann nur einzig und allein sachlich und wirtschaftlich gelöst werden. (Beifall bei der OVP.)

Ich glaube, daß die moderne Gesellschaft geänderte Ansprüche hat und daß diese Ansprüche sich zum Beispiel auch darin ausdrücken, daß man der Gesundheit einen erhöhten Stellenwert einräumt. Es

ist auf die Dauer unerträglich und in der Offentlichkeit schwer vertretbar, daß der Steiermärkische Landtag, der ein Fünftel seiner Ausgaben für das Gesundheitswesen verwendet, nicht einen eigenen gesundheitspolitischen Ausschuß konstituiert, der sich mit Fragen der Gesundheit und des Krankenhauswesens primär beschäftigt. Das Budget ist eine Zeit der Wertung. Es hat heute oder gestern jemand gesagt: "Wir sollen uns keine Zensuren erteilen." Meine sehr Geehrten, wann wollen wir uns Zensuren erteilen? Es ist der Sinn des Landtages, daß er kritisiert und daß er Zensuren erteilt. Und so müssen auch wir in diesem Fragenbereich Zensuren geben, zumal der Herr Referent in seiner Eigenschaft als Vorsitzender Aufstiegschancen angekündigt hat. Er will die Mehrheit in diesem Land, und wir als politisch Tätige sind verpflichtet, meine sehr Geehrten... (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Sie werden mich nicht daran hindern, das zu sagen!" - Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Sicher!" — Abg. Pölzl: "Er will Sie nur hindern, daß Sie es werden!" — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Wenn er kann! In der Art nicht!" - Landesrat Gruber: "Ich bin überzeugt, daß er auf diese Art das Gegenteil erreicht!" - Abg. Premsberger: "Die Ärzte dürfen nicht soviel fordern, damit man mit dem Geld besser auskommt!" - Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: "Der Gratsch wird sich ärgern, wenn Sie noch etwas sagen!" — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Den Strenitz haben sie schon abgedreht!") Unsere Aufgabe als politisch Tätige ist zweifellos, vor der Schlußwertung, die der Wähler zu fällen hat, eine Zwischenwertung zu geben und mit dieser Zwischenwertung dem Wähler die geistige Entscheidungshilfe zu erleichtern. Ich möchte mich daher stellvertretend für meine Fraktion zu folgender Wertung bekennen: Der Herr Referent erhält für die Zukunftsplanung ein Ungenügend (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: "Einverstanden!"), für die Fähigkeit, seinen Ordnungsbereich modern zu gestalten, ein Mangelhaft und für das Verständnis und die soziale Verantwortlichkeit den Untergebenen gegenüber ein - seien wir ehrlich — Nicht ausreichend.

Mit einem Wort, das Schlußurteil muß lauten: Der Kandidat ist zum weiteren Aufstieg nicht geeignet. (Starker Beifall bei der OVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe lange nachgedacht, wie es möglich wäre, ohne mit unserem Humanprogramm in Konflikt zu kommen, dem Abgeordneten Dorfer jeden Tag zum Frühstück einen Sozialisten zu servieren. (Heiterkeit. — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Dem Piaty auch!") Wenn wir unseren Landeshauptmannstellvertreter nicht brauchen würden, nämlich als künftigen Landeshauptmann, so würden wir ihn Herrn Primararzt Piaty zum Frühstück servieren, damit die ganze Sache sich etwas beruhigt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: "Das war kein besonderer Gag!" — Abg. Dr. Dorfer: "Ich bin aber ein Genießer von feinen Leckerbissen!" — Von der SPO: "Sonst wä-

ren Sie nicht beim Wirtschaftsbund!" — Abg. Pölzl: "Der Peltzmann hat ja nichts zu tun mit dem Krankenhaus!") Sie können es sich aussuchen.

Meine Damen und Herren, es ist etwas auffallend für mich, daß der Herr Primar seine Show, die er jedesmal hier abzieht, fast nur wieder konzentriert hat auf die Fragen des Krankenhauses und ganz speziell auf die Person unseres Landeshauptmannstellvertreters. Die zweite Frage, die ebenso im Raum steht, ich bestreite nicht, daß es Probleme im Krankenhauswesen gibt, ist jene, die im neuen Budgetansatz einen Niederschlag findet. Die Gesundheitsvorsorge, Früherkennnung von Krankheiten. Diese Frage nimmt einen immer größeren Umfang in allen Industriestaaten der Welt ein. Ich habe sogar gehört, daß in anderen Ländern, z. B. in Deutschland, sich sogar medizinische Unternehmen auf privatwirtschaftlicher Basis dieser Aufgabe annehmen, und da wird um finanzielle Beteiligung geworben mit dem Slogan, man soll partizipieren an der Sicherheit des Arztberufes, man soll Anteil nehmen am sichersten Beruf der Welt. Bei uns wird es, so glaube ich, nicht so weit kommen, weil mit der so heiß umstrittenen 29. Novelle diese Frage ab 1974 als Pflichtleistung der sozialen Krankenversicherung auferlegt wird. Das heißt aber nicht, daß nicht auch die Ärzte daran recht gut und recht schön verdienen werden und wollen. (Abg. Dr. Piaty: "Das werden wir ja sehen!") Es ist aber durchaus erfreulich, daß die Steiermärkische Landesregierung erstmals im Budget eine finanzielle Grundlage von 4,3 Millionen Schilling für die Vorbeugung und 1.1 Millionen Schilling für die Auswertung, die tatsächlich sehr wichtig ist, vorgesehen hat. Aber Herr Primar, Sie haben das als eine Pioniertat hingestellt. Wenn Sie glauben, daß dies eine Pioniertat ist, weil es erstmals im Budget aufscheint, haben Sie recht. (Abg. Dr. Piaty: "Das habe ich gemeint!") Aber wenn Sie glauben, daß nunmehr die Pioniertat mit dem Geld, das hier zur Verfügung steht, vollzogen wird, dann wissen Sie ganz genau, daß das nicht stimmt, weil die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, ohne daß es eine Pflichtleistung wäre, bereits seit 1955 derartige sogenannte Gesundenuntersuchungen durchführt. (Abg. Hammerl: "Da hat ja der Piaty nichts davon!") Der Herr Dr. Piaty hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Ärztekammer es der Krankenkasse wahrlich nicht leicht gemacht, sondern den schwersten Widerstand entgegengesetzt (Landesrat Bammer: "Als Pionier?"), daß es zu dieser Gesundenuntersuchung gekommen ist und ich muß Ihnen sagen, Pioniere sind meines Erachtens Leute, die etwas vorwärtstreiben und nicht Leute, die etwas mit aller Gewalt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hintanhalten, wie Sie das zum Beispiel jetzt bei der Einrichtung des Hals-, Nasen- und Ohrenambulatoriums immer noch machen. (Abg. Dr. Piaty: "Das entscheidet die Rechtsabteilung 12 als Aufsichtsbehörde und nicht die Ärztekammer!") Herr Dr. Piaty, Sie wissen ganz genau, welchen Einfluß Sie auf diese Sache gehabt haben. Ich will nur sagen, daß es mit der Zurverfügungstellung von Geldern allein nicht getan ist, sondern daß sich die Verantwortlichen oder die sich für diese Aufgabe verantwortlich Fühlenden, und das sind nicht nur die Ärzte, sondern in erster Linie die Vertreter der Versicherten — also die Funktionäre der Sozialversicherung -, alle zusammen den Kopf zerbrechen müßten und heftig darüber diskutieren, wie diese Praxis am zweckmäßigsten aussehen soll. Es ist erfreulich, daß inzwischen ein grundsätzlicher Gesinnungswandel, betreffend die Frage der Vorbeugemedizin, eingetreten ist. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich die Arztekammer und vor allem Sie persönlich, Herr Präsident, dazu durchringen können, daß die materiellen Interessen sich in ein tragbares Verhältnis — wir machen uns keine Illusion, für Sie spielt das Geld eine große Rolle. (Abg. Dr. Piaty: "Wir sind sehr befriedigt, daß das für die Kassen keine Rolle spielt, wir werden uns danach richten!") Ich möchte nur, daß sich die materiellen Interessen in ein tragbares Verhältnis zu den Erwartungen der Bevölkerung und der Betroffenen bringen lassen. Ich sage das deshalb, weil die Auseinandersetzungen um die 29. Novelle hier nichts Gutes ahnen lassen. Was hier von der Arztekammer an Demagogie geboten wurde, in all diesem Zusammenhang, geht tatsächlich auf keine Kuhhaut, dieser Ausdruck ist hier schon einmal gebraucht worden. (Abg. Hammerl: "Schlangenhaut!") Vielleicht finden wir auf diesem Gebiet nun doch wieder zurück auf den Boden der Sachlichkeit. Ich halte es für meine Pflicht, jetzt, wo erstmals das Land Steuermittel zur Verfügung stellt, nicht als Abgeordneter, sondern auch als Versichertenvertreter, als Funktionär der Gebietskrankenkasse doch einiges zu sagen: Zuerst einmal glaube ich, daß der Vorbeugemedizin so große Bedeutung zukommt, daß sie der Mitarbeit der gesamten Ärzteschaft bedarf. Das ist eine sehr große Verantwortung, glaube ich, auch für Sie. (Beifall.) Ich meine aber auch, daß alle Präventivmaßnahmen, über die man sich noch gar nicht einig ist, wo noch experimentiert wird in der ganzen Welt und nicht nur bei uns, koordiniert durchgeführt werden müssen und daß es vor allem so gemacht wird, daß jeder Staatsbürger ohne große Schwierigkeiten sich einer Untersuchung unterziehen kann. Wenn wir sagen, jeder Staatsbürger, so wird das nicht jeder tun, denn es soll auf freiwilliger Basis sein, aber es wird immerhin eine sogenannte Massenuntersuchung sein und für diese Massenuntersuchung müßten brauchbare Befundprogramme erstellt werden. Und es wird kein Programm für den Sanitätsgefreiten Neumann geben dürfen, aber es wird leider auch kein so optimales Untersuchungsprogramm sein können, wie es die Gebietskrankenkasse für rund 6000 Versicherte im Jahr durchführt. Die Medizin wird immer teurer, die Investitionen und der Unterhalt kosten immer mehr, so daß es sich einzelne kaum mehr leisten können. Ich glaube, daß daher Gemeinschaften, welcher Art sie auch immer sind, zwangsläufig aktiviert werden müssen. Man muß dabei nicht unbedingt an die Ambulatorien der Gebietskrankenkassen denken, wenn man so etwas sagt. Massenuntersuchungen sind aber ohne ein sehr hohes Maß an Organisation einfach nicht durchführbar. Ich glaube auch, daß die Führung und Verantwortung solcher Vorbeugemedizin soweit als möglich den Ärzten anvertraut werden soll und sein kann. Aber eines dürfen wir auch nicht

vergessen, die Ärzte müssen sehr viel lernen und sie lernen auch sehr viel. Aber Organisation steht nicht in ihrem Lehrplan. Wir können es uns einfach nicht leisten, und es ist in einem anderen Zusammenhang mit den Ambulanzen im Krankenhaus schon davon die Rede gewesen, mit der Zeit der Patienten so umzugehen, als ob sie nichts kosten würde. Eine sparsame Organisation der notwendigen Untersuchungen ist halt nur möglich, wenn sich die verschiedenen Spezialisten über die Geräte, die man da braucht, einigen. Und ich kann mir nicht vorstellen, wie man das mit den überlasteten Arzten machen soll, wenn die Patienten von einem Facharzt zum anderen laufen müssen, wo ohnehin die Wartezimmer voll mit Leuten sind, die die kurative Medizin so notwendig brauchen. Ich habe mir da z. B. Liezen angeschaut, einen Bezirk, der bekanntlich größer ist als das Bundesland Vorarlberg. Dort haben wir einen Augenarzt, einen Chirurgen, einen Frauenarzt, einen HNO-Arzt, einen Röntgenarzt und drei Internisten. (Abg. Dr. Piaty: "7 Internisten!") Dann sind es drei Vertragsärzte. Ich kenne nur die Vertragsärzte. Es gibt in Hartberg einen Frauenarzt, einen Internisten, einen Kinderarzt, einen Röntgenarzt. In beiden Bezirken ist kein einziges Labor zur Verfügung. Und man kann sich vorstellen, daß man gerade bei einer Vorbeugemedizin, die vielfach durch Apparate, durch technische Vorrichtungen, Blutuntersuchungen, Harnuntersuchungen gemacht wird, unbedingt Laboratorien und dergleichen Einrichtungen braucht. Der Chefarzt der deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden, Prof. Rau, den Sie sicher kennen werden, hat gesagt, daß die Behauptung, Untersuchungszentren seien überflüssig, weil dies alles von jedem niedergelassenen Arzt gemacht werden könnte, sicher nicht zutrifft. Aber etwas anderes trifft zu, findet er, diese Zentren könnten in den Händen der Ärzteschaft liegen, wenn diese die Zeichen der Zeit erkennen und rechtzeitig in die Tat umsetzen würden. Bei uns wurden die Ärzte durch die Ärztekammer veranlaßt, nicht mit der Zeit, sondern gegen die Zeit zu marschieren. Vielleicht hat das auch bis zu einem gewissen Grad zu dem Showbedürfnis unseres Ärztekammerpräsidenten gezählt (Gelächter bei der SPO.), weil es attraktiver ist, an der Spitze von ein paar tausend weißgekleideten Arzten über die Ringstraße zu manschieren. Die Gebietskrankenkasse hat, wie schon gesagt, aus Eigeninitiative schon längst und von vielen Seiten bestätigt, in sehr vorbildlicher Weise Vorbeugeuntersuchungen durchgeführt. Ab 1974 werden wir im Sinne der neuen Bestimmungen des ASVG das optimal Mögliche für unsere Versicherten tun. Und bis dahin, meine Damen und Herren, sollten wir alle Erfahrungen sowohl aus den Experimenten des Gesundheitsministeriums — denn auch das sind vorerst Experimente — als auch aus den Aktivitäten, deren Einzelheiten wir noch nicht kennen, wir kennen erst die Summe, die zur Verfügung steht, wir wissen aber noch nicht, was mit den Geldern im konkreten beabsichtigt ist — sammeln und dann verwerten. Denn wenn erreicht werden soll, was gewollt und geplant ist und wofür auch viel Geld aufgewendet wird, nämlich nicht nur einzelnen, sondern Zehntausenden Menschen die Segnungen der vorbeu-

genden Medizin zugänglich zu machen, dann müßten ungeheure finanzielle Probleme gelöst werden. Und ich glaube, Frau Abgeordnete Jamnegg, das ist auch ein Problem, denn das Geld muß ja irgendwo herkommen. Es müssen medizinische Probleme gelöst werden und nicht zuletzt auch große organisatorische Probleme. Wenn koordiniert wird und wenn jeder nach seinen Kräften tut, was ihm zukommt und nicht nur bei jeder Gelegenheit versucht, politisches Kapital aus dieser Frage zu schlagen, Demagogie zu betreiben, dann können wir -so schwer das sein wird — wenigstens hoffen, daß wir wohl heftig miteinander streiten und uns auseinandersetzen, wie und wo etwas gemacht werden soll, aber wir sollten nicht vergessen, daß es bei all diesen Fragen um die Gesundheit der Menschen

Meine Damen und Herren! Ich habe erwartet, daß über die 29. Novelle, insbesondere über die Zusammenlegung und Konzentration der Landwirtschaftskrankenkasse mit der Gebietskrankenkasse hier auch debattiert wird. Ich bedauere es aufrichtig, daß der Kollege Nigl infolge seiner Halsoperation offenbar nicht imstande ist zu reden, daß er sich schonen muß, und ich bin überzeugt, er hätte ansonsten hier die Gelegenheit benützt, seinen glorreichen Marsch zum Gewerkschaftshaus und seine sonstigen Aktivitäten im Zusammenhang mit dieser Novelle hier zu begründen, und ich hätte es lieber getan, ihm zu antworten als jetzt hier zu reden, ohne daß er in der Lage sein wird — wegen seiner Krankheit — mir zu antworten. Aber ich muß doch ganz kurz, weil das so sehr politisch hochgespielt wurde, auf diese Frage eingehen. Vielleicht kann ich einige Argumente liefern, von denen ich zwar annehme, daß sie der Kollege Nigl genau weiß, aber vielleicht wissen es nicht alle anderen, damit Sie Ihre Fraktionskollegen, die mit einigermaßen Mühe zu leidenschaftlicher Aufregung gebracht wurden, wieder beruhigen können. Ich möchte nur darauf verweisen, auf eine grundsätzliche Sache, weil das auch ein Janusgesicht ist, das hier an den Tag gelegt wird, daß mit 1. Jänner 1974 die Krankenkassen der selbständig Erwerbstätigen und die neuerrichtete Sozialversicherung für die gewerbliche Wirtschaft zusammengelegt werden. Das war ein Verlangen der Österreichischen Volkspartei in der richtigen und vernünftigen Erkenntnis, daß man zusammenlegen, daß man koordinieren muß. Die Sozialisten haben keinen Augenblick gezögert, hier die Zustimmung zu geben. Aber sonderbarerweise, als es dann darum gegangen ist, die Landwirtschaftskrankenkassen mit den Gebietskrankenkassen zu vereinen, dann haben sich genau die gleichen Kreise, die vorher für die vernünftige Anderung eingetreten sind, dagegen gewandt und haben einen Proteststurm entfacht und sind gegen die 29. Novelle zu Felde gezogen. Es gibt doch so viele sachliche Argumente, die das nicht nur rechtfertigen, sondern notwendig machen. Es gibt so viele Zahlen, die nicht zu bestreiten sind, zum Beispiel, daß die Beschäftigten in der Landwirtschaft seit den letzten 20 Jahren um 68 % gesunken sind, daß die Pensionsempfänger um 48 % angestiegen sind, daß der Gesamtversichertenstand 70,3 % Beschäftigte 1951 hatte, während es 1971 nur mehr 39,8 % sind. Im